

Kommentar

Neoliberalismus? War nur so eine Idee

Der Internationale Währungsfonds stellt seine alten Konzepte in Frage. Überzeugende neue hat er jedoch nicht.

08.06.2016, von WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON

Ausgerechnet in einer Phase, in der politische Populisten in aller Welt mit Erfolg Globalisierung und Freihandel für alles verantwortlich machen, was in ihren Ländern schieflieft, distanziert sich der Internationale Währungsfonds (IWF) von der sogenannten „neoliberalen Agenda“. Führende Köpfe der Institution melden in Aufsätzen und Reden Zweifel an: Hat die Globalisierung wirklich die Ernte gebracht, die versprochen war? Haben die Spar- und Privatisierungsprogramme die erwarteten Erträge gezeitigt? War es gut, auf die Öffnung von Kapitalmärkten zu drängen? Der IWF wirft die Fragen in selbstprüfender Absicht auf und beantwortet sie mit einem leicht reumütigen: „Wir haben es wohl übertrieben.“



Autor: Winand von Petersdorff-Campen, Wirtschaftskorrespondent in Washington. Folgen:

Im Prinzip ist gegen Selbstexaminierung nichts einzuwenden. Doch eigentlich wäre gerade jetzt die beste Zeit, die Globalisierung und offene Marktwirtschaften vehement zu verteidigen gegen die rücksichtslosen Populisten auf beiden Seiten des Atlantiks. Man ahnt sie ja schon, die isolationistischen Reden der Abendlandretter. Wenn selbst der Währungsfonds die Globalisierung in Zweifel zieht, wer findet sich dann noch, die Freihandelsabkommen zu verteidigen, die gerade ausgehandelt werden sollen? Viele Bürger Europas und der Vereinigten Staaten gefallen sich darin, die gewaltigen Fortschritte zu ignorieren, die die Welt in den vergangenen 30 Jahren gemacht hat, und der Währungsfonds schickt sich nun ungewollt an, die Ignoranz zu befeuern. 1980 lebten 50 Prozent der Menschen in bitterer Armut, heute sind es, wie die Weltbank im vorigen Oktober froh verkündete, erstmals weniger als zehn Prozent. Das war in erster Linie ein Erfolg der „neoliberalen“ Agenda, die die Öffnung der Märkte verfolgte.

Marktöffnungs-Dogma gilt schon seit 2012 nicht mehr

Der IWF setzt seine Selbstkritik an zwei Punkten an: am Kapitalverkehr und am Sparen. Er bezweifelt im Lichte neuer Erkenntnisse, dass ein liberalisierter Kapitalverkehr ärmeren Ländern in der Summe genutzt hat. Die Erfahrungen zeigen tatsächlich, dass Länder, die in kurzer Zeit viel Kapital von außen erhalten, für Finanzkrisen deutlich anfälliger sind. Diese werden beispielsweise ausgelöst, wenn das Geld plötzlich sehr schnell wieder abgezogen wird, aus welchen Gründen auch immer. Am Ende sind die betroffenen Länder in einem schlechteren Zustand als zuvor, die Vermögen und Einkommen sind zudem ungleicher verteilt als vor der Krise. Diese Erkenntnis ist schon älter. Sie führte den Währungsfonds schon 2012 dazu, seinen „Kunden“ nicht mehr zwangsläufig eine komplette Öffnung der Kapitalmärkte abzuverlangen. Kapitalkontrollen sind kein Teufelszeug mehr, sondern manchmal der einzige Ausweg, schreibt der IWF. Das war gewiss kein kleiner Schritt für den Fonds. Er wäre noch überzeugender, könnten die wackeren Ökonomen die Alternativen benennen. Woher sollen aufstrebende Länder mit geringer Ersparnis das Kapital nehmen, um ihren Aufschwung zu finanzieren?

Die zweite Quelle der Selbstkritik sind die Spar- und Privatisierungsprogramme, die der IWF lange propagiert hat. Heute sagt der Fonds, die volkswirtschaftliche Lehre gebe keine eindeutigen Hinweise über den optimalen Schuldenstand eines Landes. Der IWF will damit nicht sagen, dass die südeuropäischen Länder nicht sparen müssten. Sie müssen es, wenn sie je wieder an die Kapitalmärkte zurückkehren wollen zur Refinanzierung ihrer Regierungsgeschäfte. Für Griechenland entfällt in dieser Hinsicht eine Ausrede.

Wie soll der IWF noch glaubwürdig bleiben?

Doch der Fonds sieht keinen Grund, warum beispielsweise das namentlich genannte Deutschland versucht, sein Haushaltsdefizit verschwinden zu lassen und seine Schulden zu drücken. Die Idee, dass der Abbau hoher Schulden Vertrauen schaffen und damit Wachstum stimulieren könnte, weisen sie zurück. Auch die Vorstellung, dass man mit gesunden Finanzen besser für Finanzkrisen oder andere Vorfälle gewappnet ist, sehen sie neuerdings kritisch. Und der

gezielte Abbau von Schulden ist in den Augen des IWF kontraproduktiv, weil dafür entweder Steuern erhöht oder produktive Staatsausgaben gestrichen werden müssen, mit negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Zusammengefasst lautet die neue Überzeugung des Fonds, dass hohe Staatsschulden zwar nicht toll seien, aber sie abzubauen noch viel schlechter sei.

Das überrascht dann doch. Deutschlands fiskalische Vorsorge ermöglicht immerhin, Flüchtlingskrisen und einen höheren Militärhaushalt zu finanzieren und zudem für die armen europäischen Brüder Garantien abzugeben. Zugleich ist nicht zu erkennen, dass die Sparpolitik zu großen Verwerfungen geführt hätte, während hohe Staatsdefizite die deutschen Konsumenten vielleicht doch verunsichert hätten.

Das andere Problem mit der Desavouierung der Sparsamkeit liegt im operativen Bereich, wo der IWF bisher am wirksamsten war. Der IWF wird zur (Finanz-)Hilfe gerufen, wenn ein Land sich um seine Finanzen sorgt. Wie soll der IWF-Manager vor Ort noch Sparprogramme durchsetzen, wenn die Fondsökonomien selbst nicht dran glauben?

Quelle: F.A.Z.

146,3

Ohne Willkommenskultur

Von ANTJE SCHMELCHER

09.06.2016 · Die Integration der „Heimatlosen“ nach dem Zweiten Weltkrieg ist gelungen. Aber sie hatte ihren Preis.

Der Schaffner wollte die Fahrkarten sehen, und die Frauen auf dem Bahnsteig in Bad Hersfeld konnten es nicht fassen. Sie hatten keine. Sie waren aus dem Breslauer Kessel über Leipzig bis nach Hessen geflohen. Es war Ende Februar 1945. Das Mietshaus, in dem sie gewohnt hatten, war zerstört – auf dem Grundstück war nur noch ein Krater. Sie hatten gesehen, wie Feldgendarmen der Wehrmacht einen vierzehn Jahre alten Jungen erschossen; überall suchten die „Kettenhunde“ unter den Fliehenden nach Fahnenflüchtigen. Sie hatten miterlebt, wie Familien in den Flüchtlingsstrecks ihre Verstorbenen mitschleiften – gefroren. Sie waren Überlebende, die alles verloren hatten. Und am Ende ihrer Flucht trafen sie auf Landsleute, die Dienst nach Vorschrift machten.



• ©epd Im Frühjahr 1946. Viele Vertriebene mussten mit harten Fußmärschen ihre Heimat in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verlassen. Oft konnten sie nur das Nötigste mitnehmen.



• © dpa In langen Trecks machten sich die nun Heimatlosen auf dem Weg nach Westen.



• © Picture-Alliance Auch in Güterwaggons kamen Menschen aus dem Osten in Deutschland an, zum Beispiel im Grenzdurchgangslager im bayerischen Furth im Wald.

Bis Kriegsende kamen Hunderttausende Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten des ehemaligen Reiches nach Deutschland. Nach dem Krieg sollte ihre Zahl auf zwölf Millionen steigen. Vierzehn Millionen Menschen hatten sich auf den Weg gemacht, die meisten von ihnen zwangsweise. Was mit denen geschehen ist, die nie angekommen sind, darüber sind sich Historiker bis heute nicht einig. Die Zahlen der durch Flucht, Vertreibung und Transport umgekommenen Menschen liegen zwischen 600 000 und zwei Millionen. Für die Ankömmlinge gab es viele Namen. „Flüchtling“ oder „Heimatloser“ war, wer vor Kriegsende vor der Roten Armee fliehen konnte. In der sowjetisch besetzten Zone wurde mit Rücksicht auf die Besatzungsmacht von „Umsiedlern“ und „Neubürgern“ gesprochen. Im amerikanischen Sektor hielt man sich aus diplomatischen Gründen zunächst an

den Begriff „Ausgewiesene“, da laut Potsdamer Abkommen die „Ausweisung“ oder „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ unter humanitären Bedingungen erfolgen sollte. Erst später setzte sich der Begriff „expellees“ für die Vertriebenen durch. Denn die bestanden darauf, keine Flüchtlinge zu sein. Schließlich hatten sie ihre Heimat nicht freiwillig verlassen und wollten dorthin zurück. Doch ein Zurück sollte es nicht geben. Dass sie bleiben mussten, war die bitterste Erkenntnis für die Vertriebenen. Im Potsdamer Abkommen stand, dass die Überführung nach Deutschland „durchgeführt werden muß“. Dieser Zwang war aber gleichzeitig der Motor für ihre Integration. Denn die Einheimischen mussten die Vertriebenen aufnehmen. Es gab keine Alternative. Dafür sorgte der Alliierte Kontrollrat, zum Teil mit Gewalt. Bewaffnete Soldaten der Besatzungsmächte suchten nach verborgenem Wohnraum und quartierten die heimatlos gewordenen Menschen zur Not auch gegen den Willen der Eigentümer ein.

Eine Willkommenskultur gab es nicht einmal für die zuvor von den Nationalsozialisten umworbenen „Grenz- und Auslandsdeutschen“. Im Gegenteil. An den Bahnhöfen prangten Schilder, mit denen Flüchtlinge abgeschreckt werden sollten. „Wir können niemanden mehr aufnehmen“, stand auf einer Tafel am Bremer Hauptbahnhof: „Bremen hat Zuzugssperre.“ Als Untermalung diente die zerbombte Silhouette der Stadt. Die Zuzugssperre sollte verhindern, dass Vertriebene und Flüchtlinge sich auf eigene Faust in den Städten einquartierten. Die meisten Menschen mussten zunächst auf dem Land untergebracht werden. Dort konkurrierten die Vertriebenen mit den einheimischen Ausgebombten aus den Städten und mit anderen Wohnungslosen um den knappen Wohnraum.



• © Picture-Alliance Die Vertriebenen mussten mit der Unterkunft vorlieb nehmen, die zur Verfügung stand, und wenn es nur ein Kuhstall bei Oldesloe war. Um 1950.



• © Picture-Alliance Etwas besser hatten es die Menschen, die in Nissenhütten in der Nähe von Neumünster unterkamen. Die Unterkünfte hatte die britische Armee in Fertigbauweise errichtet.



• © Picture-Alliance Ganze Familien mussten ihre Heimat verlassen.



• © Picture-Alliance Viele lebten jahrelang unter primitivsten Bedingungen. Um 1946.

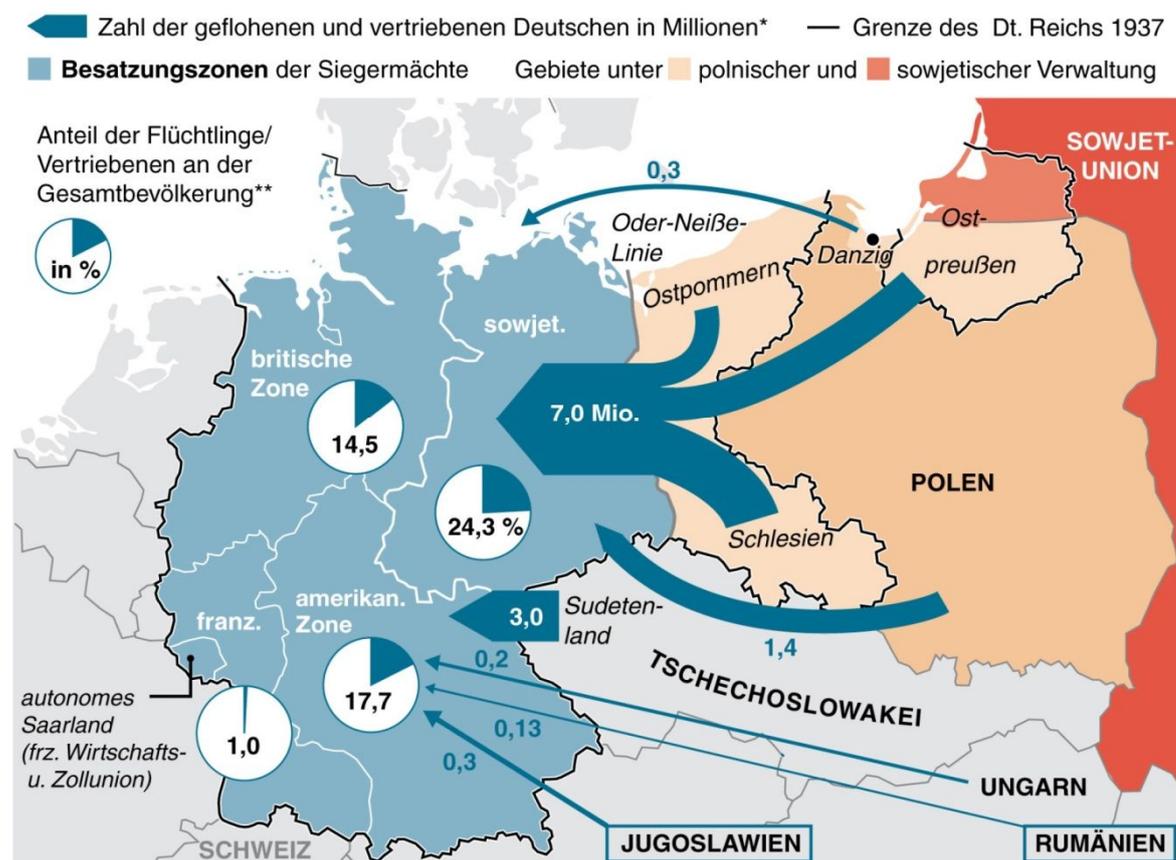
Der nationalsozialistische Rausch am Deutschtum war verflogen. Nun sollten sich die Deutschen erst kennenlernen. Ostpreußische Lutheraner trafen auf reformierte Niedersachsen, böhmische Bauern lernten die Kargheit nordhessischer Felder kennen, sudetendeutsche Katholiken mussten sich mit beinharten

württembergischen Pietisten arrangieren, das katholische Münsterland wurde evangelisiert, in Braunschweig zogen katholische Schlesier in eine protestantische Kirche ein. Niemand war darauf vorbereitet, und es dauerte Jahre, bis die zahlreichen kulturellen Missverständnisse aufgeklärt werden sollten. Viele Konflikte hatten einen konfessionellen Hintergrund. Sogar innerhalb derselben Konfession gärte es, besonders unter den so unterschiedlichen protestantischen Landeskirchen.

In einer Untersuchung über 105 vertriebene Bauernfamilien in der niedersächsischen Grafschaft Bentheim finden sich folgende Beispiele aus dem Jahr 1951: Eine einheimische Wirtin regte sich darüber auf, dass die Vertriebenen am Sonntag Alkohol tranken, und zwar zur Feier der Konfirmation. Ein einheimischer Bauer zerbrach den Tannenbaum eines Flüchtlingsbauern, weil er bei sich keine „heidnischen Sitten“ dulden wollte.

Eine Flüchtlingsfrau brachte zur Beerdigung einer Einheimischen einen Kranz. Sie hatte einen weiten Weg zurückgelegt, um ihn zu kaufen. Doch der Bauer warf ihn auf den Mist. Kränze waren hier zur Beerdigung nicht üblich. Das Problem für die Kirche waren die sogenannten Traditionschristen, also vor allem Bauern, deren Alltag mit den kirchlichen Riten so verwoben war, dass sie das eine ohne das andere kaum leben konnten.

Flucht und Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg



*nach Volkszählungen 1950 **1947

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung © dpa

Besonders die evangelische Kirche (EKD) war besorgt über die Eingliederung der Ostkirchen. „Kirche ohne Land“ lautete das Motto. Der EKD gelang es schließlich, die Vertriebenen in die Landeskirchen zu integrieren. Der Versuch der Ostkirchen, eigenständige Landeskirchen zu bilden, scheiterte. Noch schwieriger war das Verhältnis zwischen Einheimischen und den meist städtischen und gebildeten Protestanten, die ins ländliche katholische Bayern kamen. 1947 hielt einer der Mitbegründer der Bayernpartei eine Hassrede, in der er vor den Preußen „mit ihren geschminkten Weibsen mit lackierten Fingernägeln“ warnte. Die Feindschaft, die den Vertriebenen in Bayern entgegenschlug, hatte zur Folge, dass die Zahl der unehelichen Geburten stark anstieg. Eine Heirat zwischen Katholiken und Protestanten hieß „Mischehe“ und war verpönt. Es gab auch offenen Rassismus von Deutschen gegen Deutsche. Den größten Anteil von Vertriebenen an der Bevölkerung trug Schleswig-Holstein. Dort hielten sich viele Politiker für besonders „reinrassig“. Ein Flensburger Landrat sprach von der „Mulattenzucht, die der Ostpreuße nun einmal im Völkergemisch getrieben

hat“. Die Flüchtlinge waren nun „Untermenschen“ aus dem Osten und Nazis zugleich. Alle schlechten Eigenschaften wurden ihnen zugeschrieben. Man wollte „dat Schiet“ am liebsten in die Nordsee werfen. Auch in anderen Bundesländern wurden Ängste vor „Überfremdung“ geschürt. Im Kölner Karneval gab es Spottlieder auf die „polnischen Kaczmareks“. Noch Anfang der sechziger Jahre bat ein Landesminister die Karnevalsgesellschaften, das Unglück der Vertriebenen nicht zum Thema von Büttreden zu machen.

Doch wirtschaftlich konnten sie bald Fuß fassen. Zum einen durch das Lastenausgleichsgesetz von 1952, das finanzielle Entschädigungen für Vertriebene und Spätheimkehrer durch Vermögensabgaben vorsah, aber vor allem durch das beginnende Wirtschaftswunder mit seinem beispiellosen Konjunkturaufschwung. In fast allen Städten wurden genossenschaftliche Wohnsiedlungen gebaut, in denen Vertriebene unterkamen. Durch die flächendeckende Zwangsverteilung auf die Bundesländer kam es nicht zur Bildung von Gettos. Auf dem Land waren die einheimischen Bauern sogar bald enttäuscht, weil sie auf die Arbeitskraft der Vertriebenen gehofft hatten, die stattdessen in die Industrie abwanderten. Und auch dort herrschte Arbeitskräftemangel. Schon 1954 führte Bundeskanzler Adenauer in Rom erste Verhandlungen über den Zuzug von Gastarbeitern.



© dpa Theodor Oberländer brachte es als Vertreter der Vertriebenenpartei bis zum Minister unter Kanzler Adenauer. Er trat jedoch 1960 von seinem Amt zurück, nachdem er in der ehemaligen DDR wegen seiner Verstrickungen in nationalsozialistische Verbrechen verurteilt worden war.

In der Politik wurden die Vertriebenen nun in einer eigenen Partei sichtbar. Bis zur ersten Bundestagswahl war das vom Alliierten Kontrollrat nicht erwünscht. Es sollte keine Partei entstehen, die politisch nicht tragbare Gebietsansprüche geltend machen könnte. Nachdem der Zwang zur Lizenz entfallen war, gründete sich 1950 der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“, BHE. Während ehemalige NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher mehr oder weniger heimlich auch in den anderen Parteien unterkamen, waren sie hier sogar im Namen vertreten. Mit „Entrechtete“ waren nämlich die Entnazifizierten gemeint, die Arbeit und Ansehen verloren hatten. Die BHE war bald in allen Landesparlamenten und sogar in der Bundesregierung vertreten. Sie hatte sogar einem mutmaßlichen Kriegsverbrecher wie dem SA-Mitglied Theodor Oberländer zu einer Ministerkarriere verholfen.

Doch schon 1961 löste sie sich nach ausgebliebenen Wahlerfolgen auf. Die Vertriebenen hatten sich im übrigen Parteienspektrum der BRD wiedergefunden. Sie brauchten keine Paria-Partei mehr. Es waren die Vertriebenenverbände, die nun immer mehr ins politische Abseits gerieten. Mit ihrem Widerstand gegen die Ost-Verträge etablierten sie ihren reaktionären Ruf. Sie blickten immer noch auf das, was sie verloren hatten. Je weniger ihre Geschichte politisch opportun war, desto folkloristischer muteten ihre Treffen an. In einem sind sich die Historiker heute einig: Die Vertriebenen sind integriert worden. In der Ostdenkschrift der EKD wurde 1965 darauf hingewiesen, dass das Wohnungsproblem weitgehend gelöst sei. Zwar erhielten zu diesem Zeitpunkt 5,8 Prozent der Vertriebenen Sozialhilfe und nur 1,4 Prozent der Einheimischen. Doch die Denkschrift zeigt auf, dass die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen den Lebensstandard der Einheimischen fast erreicht hatte. Auch kulturell konnten sie Akzente setzen. In fast jeder Stadt erinnern Straßennamen an die Orte der alten Heimat. Vor allem die evangelischen Landeskirchen haben durch die oft strenggläubigeren neuen Mitglieder einen „Frömmigkeitsschub“ erfahren. Mit der Pflege ihrer Folklore haben die Vertriebenen auch das historische Gedächtnis wachgehalten. Eine andere Frage ist, ob sie in der neuen Heimat auch mental angekommen sind.



© dpa Die Vertriebenen organisierten sich in Vereinen, um ihre Traditionen hochzuhalten. Sie treffen sich bis heute regelmäßig, wie auch im September 1963 in Berlin, um an ihr Schicksal zu erinnern.

Folgt man der Perspektive vieler Vertriebener, hatte die Integration einen äußerst bitteren Beigeschmack. Es war eine Anpassung an die vorgefundenen Verhältnisse. Der Preis dafür war ihre kulturelle Selbstaufgabe, der Untergang ihrer Bräuche, ihrer Religiosität, ihrer Geschichte, ihrer Trauer und ihres Leids. In anderen Worten: Sie hatten keine Option auf „Multikulti“, also auf den Rückzug in homogene Enklaven mit den alten Riten der östlichen Landeskirchen. Es gab kein Little-Breslau, kein Klein-Königsberg, in das sie sich hätten zurückziehen können. Die meisten von ihnen schwiegen, um ihre Integration nicht aufs Spiel zu setzen. Sie verschwanden geräuschlos. Man könnte auch sagen: Sie sind Teil der Gesellschaft geworden, in der sie leben.

Der Fehler der Professoren

Die aktuelle Geldpolitik führt ins Unglück. Schuld daran sind auch viele Wissenschaftler, die die Notenbanken in ihrem Tun noch bestärken.

11.06.2016, von THOMAS MAYER



Witten/Herdecke.

© THILO ROTHACKER Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institutes und Professor an der Universität

Kürzlich besuchte ich eine Konferenz, bei der eine Forschungsarbeit zu den Wirkungen der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken zur Diskussion stand. Die Autoren analysierten die Entwicklung anhand des in der Wissenschaft zum Standard avancierten neoklassischen Modells. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Maßnahmen erfolgreich gewesen waren. Das eher bescheidene Wirtschaftswachstum und die hartnäckig niedrige Inflation seien darauf zurückzuführen, dass die Dosierung zu gering gewesen sei. Ihr Rat war folglich: noch tiefere negative Zinsen und noch mehr Wertpapierkäufe durch die Zentralbanken. Ich sollte die Arbeit kommentieren. Meine spontane Reaktion war: Was, wenn die Theorie falsch ist, auf der Diagnose und Therapie beruhen?

Die herrschende Lehre wird nicht in Frage gestellt

In akademischen Kreisen wird es nicht gerne gesehen, wenn man die herrschende Lehre in Frage stellt. Schließlich wurde diese in akribischer Kleinarbeit und endloser Diskussion gefestigt. In der Entwicklung und Festigung wurden akademische Weihen erworben und Karrieren gemacht. Daher ist man verständlicherweise nicht bereit, leichtfertig von der herrschenden Lehre abzugehen. Andererseits besteht aber die Gefahr, dass man diese mit Zähnen und Klauen verteidigt, auch wenn neuere Erfahrungen sie in Frage stellen. Genau dies passierte mit dem neoklassischen Modell in der Kreditkrise: Da Kredit dort keine Rolle spielt, ließ es seine Anhänger die Gefahren der Kreditausweitung übersehen und half nicht bei der Erklärung der Krisenursachen. Nach diesem Misserfolg erwartete ich, dass man nun die herrschende Lehre in Frage stellen würde. Weit gefehlt! Man stützte sich bei der Bewältigung der Krisenfolgen auf die gleiche Lehre, mit der man die Krise nicht hatte kommen sehen. Der Physiker Max Planck hätte mir das gleich sagen können: „Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflügt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben.“

Die akademische Vorgehensweise ist diametral der Denkweise entgegengesetzt, die ich in mehr als zwei Jahrzehnten im Finanzbereich kennengelernt habe. Jeder Akteur im Finanzmarkt wird laufend mit seinen Irrtümern konfrontiert. Weil es unmöglich ist, sich nicht zu irren, geht es darum, wie man mit seinen Irrtümern umgeht. Das Erfolgsrezept ist, sich so zu positionieren, dass die Verluste irrtümlicher Entscheidungen klein und die Gewinne richtiger Entscheidungen groß sind. In die Katastrophe führt, an einer Entscheidung festzuhalten, obwohl sie den erwarteten Gewinn vermissen lässt, und den Einsatz zu erhöhen, um ihn herbeizuzwingen. Auf diese Weise haben Händler ganze Banken in den Ruin getrieben. Die Geldpolitik hat sich weitgehend der im akademischen Bereich vorherrschenden Lehre und Vorgehensweise verschrieben. Auch nach der Krise hat sie an der neoklassischen Lehre festgehalten und aus den unbefriedigenden Wirkungen ihrer Anwendung auf Wachstum und Inflation geschlossen, dass die Dosis erhöht werden muss. Die Folgen davon waren tiefere Zinsen und größere Bilanzsummen der Zentralbanken. Inzwischen können es sich die Verantwortlichen gar nicht mehr leisten, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass sie irren. Der Ansehensverlust wäre zu groß. Also halten sie lieber durch bis zum erhofften Gewinn oder, was mir wahrscheinlicher scheint, bis zum bitteren Ende.

Pleiten schaden der Reputation nicht

Wie die akademische Lehre ist auch die akademische Reputation gegen praktische Misserfolge gefeit. Die Nobelpreisträger Robert C. Merton und Myron Scholes zogen in den 1990er Jahren in das Direktorium des Hedgefonds Long Term Capital Management (LTCM) ein. Die Umsetzung von Finanztheorien in Investitionsentscheidungen, für die Merton und Scholes ihre Preise bekommen hatten, führte im September 1998 zur spektakulären Pleite dieses Fonds. Die Auswirkungen auf den Finanzmarkt waren so groß, dass Amerikas Notenbank Fed im vierten Quartal 1998 ihren Leitzins um 0,5 Prozentpunkte senkte. Merton und Scholes verloren zwar viel Geld, nicht aber ihre akademische Anerkennung. Nach der Pleite von LTCM kehrte Merton an die Harvard-Universität, seine Alma Mater, zurück. Dort erhielt er im April 1999 die Auszeichnung für Lebensleistungen im Bereich der mathematischen Finanztheorie, deren Anwendung LTCM versenkt hatte. Scholes wurde wegen Steuerhinterziehung bei der LTCM-Pleite bestraft. Aber dank seiner akademischen Reputation fand er wieder Beschäftigung im Finanzsektor. Die Fed-Chefin, Professorin Janet Yellen, braucht wohl das Scheitern ihrer Geldpolitik nicht zu fürchten. Dr. Mario Draghi ist da weniger akademisch geschützt.

146,9

Negative Rates Alone Struggle to Lift Growth

Central banks are having a difficult time in their efforts to stimulate slumping economies

By **MIN ZENG** and **JON SINDREU**

Updated June 11, 2016 10:04 a.m. ET

[150 COMMENTS](#)

Add up the market value of all of the government bonds trading at negative rates around the world, and it comes to more than \$8 trillion, a testament to just how hard central bankers are pushing returns down in hopes of spurring people and businesses to spend.

But subtract inflation, and it becomes apparent how difficult that is. That number shrinks to \$6.8 trillion, half of its level just a few months ago, according to data from [J.P. Morgan Chase & Co.](#)

It is perhaps the clearest sign of the intense difficulty that central banks are encountering in their extraordinary efforts to stimulate slumping economies—even as interest rates plunge to fresh lows.

The 10-year U.S. Treasury yield on Friday tumbled to 1.639%, its lowest close since May 2013, and yields on comparable bonds in Germany and Japan hit fresh all-time lows, with 10-year rates in Germany on the verge of closing below zero for the first time.

Negative Interest Rates: How Do They Work?

Central banks across the globe are trying a radical approach to boost economic growth: negative interest rates. But what are negative rates and will they work? Image: Adele Morgan/The Wall Street Journal

But falling rates promise limited relief for consumers and businesses in many places, because in recent months inflation there has been tumbling, too. For many across Europe and Japan, even record-low interest rates don't translate into easier borrowing terms on a real, or inflation-adjusted, basis. For investors, it is likely another sign that ultralow interest rates will be with us for a long while.

"It just shows the limits that central banks face," said Alejandra Grindal, senior international economist at Ned Davis Research Inc. "They can push down nominal yields below zero, but they still struggle."

When recession hits or demand for goods and services otherwise abates, central bankers often reduce interest rates. In part, they aim to push rates into negative territory in inflation-adjusted terms. Doing so imposes an implicit cost on holding onto cash and gives people and businesses an incentive to spend.



Note: Inflation data are annualized.
Sources: TradeWeb (nominal yields);
government statistics (CPI)
THE WALL STREET JOURNAL ENLARGE

But that isn't easy to do when inflation is falling faster than nominal bond yields. Take Japan, said Jigar Vakharia, a J.P. Morgan analyst who generated the real-yield data, which was calculated as of Monday. Trillions of dollars worth of Japanese government bonds left the pool of negative-yielding debt after inflation data released earlier this month fell further into negative territory.

To calculate real yields, economists subtract the inflation rate from a nominal yield. For example, the 10-year Japanese government bond yielded negative 0.16% Friday. With the latest consumer-price-index reading showing a 0.3% decline from a year earlier, the real yield was positive 0.14% at 10 years, a key rate for many consumer and business loans.

The move signals that the [Bank of Japan](#) isn't having much luck getting the economy going, even after it pushed benchmark rates into negative territory early this year. The global pool of government bonds with negative real yields hit nearly \$14 trillion in February but has since shrunk by more than half, reflecting the free fall of inflation.

Many analysts say the apparent failure of low- and negative-rate policies amounts to an indictment of fiscal policies across the developed world. Economic growth is being stunted, they say, by governments' failures to enact policies addressing the challenges of employment, aging and infrastructure spending in a holistic way.

"I think we have reached the limit of what monetary policy can do," said Torsten Slok, chief international economist at Deutsche Bank. "The real case against negative interest rates is the folly of relying on monetary policy alone to rescue economies from depressed conditions."

Though the Federal Reserve hasn't enacted negative rates, it too is being buffeted by soft economic conditions. When the central bank's policy-setting board meets in the coming week, few analysts expect it to raise rates, reflecting low inflation and slackening jobs growth.

European central bankers are also struggling to keep real rates negative. By lowering interest rates below zero, the European Central Bank has broadly managed to ease the cost of credit for households and businesses. But new lending remains only about 17% of what it was in 2006, according to ECB figures.

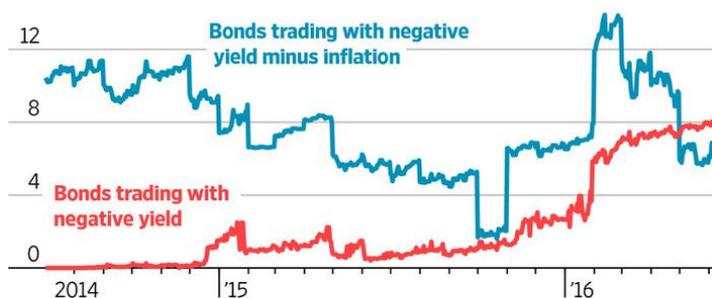
Negative rates don't appear to have helped boost inflation in Europe, either. It is currently at minus 0.1%. When the effects of oil and food are stripped out, price growth has mostly hovered below 1%, a sign that economic activity in the eurozone has been weak. Five years ago, inflation in the eurozone hit 3%.

Real rates in the eurozone are also much higher now than they were between 2011 and 2013, when they went as low as negative 2%.

Wrong Direction

More government bonds are trading at negative rates. But subtract inflation and 'real rates' are in many cases higher, reflecting central banks' struggles to lift price trends.

\$16 trillion



Notes: Based on the J.P. Morgan Global Government Bond Index; converted to U.S. dollars at the current rate; all figures as of June 6

Source: J.P. Morgan Chase

THE WALL STREET JOURNAL.

ECB President [Mario Draghi](#) recently pointed to real rates in order to defend ultraloose monetary policy against criticisms that it is hurting savers in core European countries such as Germany.

"Real rates today are higher than they were about 20, 30 years ago," Mr. Draghi said during a press conference in April. "But I am aware that to explain real rates to savers may be difficult."

One sign of how low inflation is undoing many of the central bankers' efforts: Interest rates are currently higher in the eurozone than they are in the U.S. when the effect of changes in prices is taken into account. Real rates based on overnight interbank borrowing, which is closely linked to central-bank policy, stand at negative 0.73% in the U.S., lower than the eurozone's negative 0.23%.

Other central bankers have had more success. In Switzerland, inflation has also been pervasively negative, but its ultra-depressed interbank rate—it hovers around minus 0.73%, the world's lowest—allows real rates to remain significantly negative as well.

Mark Dowding, senior fixed-income manager at BlueBay Asset Management, which had \$58 billion under management at the end of April 2016, said higher inflation in the U.S. saps his appetite for U.S. Treasury bonds. Unlike many of his peers who fled German bonds and embraced Treasuries, he favors German bunds over Treasury debt.

That is a concern because investors pouring into negative-yielding debt will collect less money than they put in if they hold the bonds to maturity, and they could suffer heavy losses if interest rates unexpectedly rise.

The biggest danger is that expansive policy could fuel large-scale distortions in markets, said Thomas Roth, executive director in the U.S. government-bond trading group at Mitsubishi UFJ Securities (USA) Inc. “Central banks have a history of sticking with the economic policy of the day and not listening to what the results are,” he said.

146,12

Hani Ramadan : "Une femme sans voile [...] passe d'une main à l'autre"

Invité à s'exprimer dans une école à Genève, le directeur du Centre islamique provoque un nouveau scandale en stigmatisant les femmes non voilées.
DE NOTRE CORRESPONDANT À GENÈVE, IAN HAMEL

Publié le 12/06/2016 à 09:08 | Le Point.fr



Le directeur du Centre islamique de Genève, Hani Ramadan. © AFP/ Jean Ayissi

L'idée relevait d'une bonne intention. Les derniers chiffres montrent que les actes de racisme ou de discrimination à l'égard des musulmans ont bondi en Suisse depuis l'année dernière. Une enseignante d'une école genevoise a pris l'initiative d'inviter dans sa classe le responsable d'une mosquée pour parler d'islamophobie. Le choix, en revanche, est plus discutable. Elle s'est adressée à Hani Ramadan, directeur du Centre islamique de Genève et frère aîné de Tariq Ramadan.

Le prédicateur, régulièrement pointé du doigt pour ses prises de position, a commencé par comparer les femmes voilées à des perles protégées dans des coquillages. En revanche, pour lui, « la femme sans voile est comme une pièce de deux euros. Visible par tous, elle passe d'une main à l'autre. » Révélée jeudi par le quotidien *Le Temps* et par la télévision Léman bleu, l'affaire est aussitôt montée jusqu'au département de l'Instruction publique (DIP), qui estime que « les positions publiques de monsieur Ramadan sont incompatibles avec les valeurs et la mission de l'école publique ». Hani Ramadan « est une personnalité contestée qu'il n'est évidemment pas recommandé d'inviter en classe pour parler d'enjeux sensibles réclamant dans le contexte actuel de la distance et du sang-froid », ajoute Pierre-André Preti, le porte-parole du DIP dans *La Tribune de Genève*.

Le sida, une punition divine

L'enseignante, qui n'aurait pas informé sa hiérarchie, a été convoquée pour un « entretien de service » par le DIP. La réaction est d'autant plus violente en Suisse qu'Hani Ramadan, ancien enseignant dans le secondaire, a été licencié de l'Instruction publique en 2003 pour avoir justifié la lapidation. « Parce qu'il s'agit d'une injonction divine, la rigueur de cette loi est éprouvante pour les musulmans eux-mêmes. Elle constitue une punition, mais aussi une forme de purification », avait écrit le directeur du Centre islamique de Genève dans une tribune publiée dans *Le Monde* en septembre 2002, un an après les attentats du World Trade Center.

Par ailleurs, le petit-fils d'Hassan al-Banna, le fondateur des Frères musulmans égyptiens, présentait le sida comme une « punition divine à l'encontre des comportements déviants ». « La personne qui respecte strictement les commandements divins est à l'abri de cette infection », assurait-il. Loin de s'amender, un mois plus tard, en octobre 2002, dans *Le Matin dimanche* de Lausanne, Hani Ramadan justifiait la peine de mort pour ceux qui osent abandonner l'islam pour embrasser une autre religion. « Dans le monde musulman, délaisser la prière, boire et forniquer sont des crimes pour lesquels la loi a prévu des châtements », lançait-il.

Les décorés du Thalys ? « Une manipulation »

Le frère de Tariq Ramadan est un habitué de ce genre de déclarations intempestives. En août 2015, il s'en était pris aux décorés du Thalys, considérant qu'il ne s'agissait que d'une manipulation tentant de rehausser le prestige des militaires américains, « passablement amoindri par les agissements d'une armée qui sème la mort à grande échelle depuis des décennies partout où elle se rend ». Et le 9 juin dernier, Hani Ramadan rappelait dans la presse helvétique que le Prophète ne serrait pas la main des femmes et que l'imiter est donc « un signe de respect » vis-à-vis des femmes... « Ce tollé suscité par le refus d'une poignée de main montre bien que le moindre prétexte est bon pour alimenter le processus de l'islamophobie », s'indigne-t-il.

Alors que Tariq Ramadan cherche à présenter une pratique de l'islam plus ouverte au monde moderne, Hani Ramadan n'hésite pas parfois à lui « casser la baraque » en rappelant que les deux frères ne sont, en fait, « que les deux faces d'une même médaille ». D'ailleurs, ne siègent-ils pas ensemble au conseil de direction du Centre islamique de Genève ? Un conseil de direction composé uniquement de membres de la famille Ramadan : Wafa, la veuve de Saïd Ramadan, le fondateur de la mosquée, et ses six enfants.

146,13

ADAIR TURNER

Adair Turner, a former chairman of the United Kingdom's Financial Services Authority and former member of the UK's Financial Policy Committee, is Chairman of the Institute for New Economic Thinking. His latest book is [Between Debt and the Devil](#).

JUN 10, 2016 15

A Tale of Two Debt Write-Downs

SINGAPORE – At the end of 2015, [Greece's public debt](#) was 176% of GDP, while [Japan's debt ratio](#) was 248%. Neither government will ever repay all they owe. Write-offs and monetization are inevitable, putting both countries in a sort of global vanguard. With [total public and private debt worldwide](#) at 215% of world GDP and rising, the tools on which Greece and Japan depend will almost certainly be applied elsewhere as well.

Since 2010, official discussion of Greek debt has moved fitfully from fantasy to gradually dawning reality. The rescue program for Greece launched that year assumed that a falling debt ratio could be achieved without any private debt write-offs. After a huge restructuring of privately held debt in 2011, the ratio was forecast to reach 124% by 2020, a target the International Monetary Fund [believed](#) could be achieved, “but not with high probability.” Today, the IMF believes that a debt ratio of 173% is possible by 2020, but only if Greece's official European creditors grant significant further debt relief.

Greece's prospects for debt sustainability have worsened because the eurozone's authorities have refused to accept significant debt write-downs. The 2010 program committed Greece to turn a primary fiscal deficit (excluding debt service) of 5% of GDP into a 6% surplus; but the austerity needed to deliver that consolidation produced a deep recession and a rising debt ratio. Now the eurozone is demanding that Greece turn its 2015 primary deficit of 1% of GDP into a 3.5%-of-GDP surplus, and to maintain that fiscal stance for decades to come.

But, as the IMF rightly argues, that goal is wildly unrealistic, and pursuing it would prove self-defeating. If talented young Greeks must fund perpetual surpluses to repay past debts, they can literally walk away from Greece's debts by moving elsewhere in the European Union (taking tax revenues with them).

The IMF now proposes a more realistic 1.5%-of-GDP surplus, but that could put the debt ratio on a sustainable path only if combined with a significant write-down. Eurozone leaders' official stance, however, continues to rule that out; they will consider only an extension of maturities and reduced interest rates at some future date.

If pursued to the limit, such adjustments can make any debt affordable – after all, a perpetual non-interest-bearing debt imposes no burden at all – while still enabling politicians to maintain the fiction that no debt had been written off. But the maturity extensions and rate reductions granted so far have been far less than needed to ensure debt sustainability. The time has come for honesty: A significant write-down is inevitable, and the longer it is put off, the larger it eventually will be.

Greece's unresolved debt crisis still poses financial stability risks, but its \$340 billion public debt is dwarfed by Japan's \$10 trillion. And while most Greek debt is now owed to official institutions, Japanese government bonds are held in private investment portfolios around the world. In Japan's case, however, debt monetization, not an explicit write-off, will pave the path back to sustainability.

As with Greece, official fiscal forecasts for Japan have been fantasies. In 2010, the IMF [described](#) how Japan could reduce net debt (excluding government bonds held by quasi-government organizations) to a “sustainable” 80% of GDP by 2030, if it turned that year's primary fiscal deficit of 6.5% of GDP into a 6.4%-of-GDP surplus by 2020, and maintained that surplus throughout the subsequent decade.

But virtually no progress toward this goal had been achieved by 2014. Instead, the [new scenario](#) foresaw that year's 6%-of-GDP deficit swinging to a 5.6% surplus by 2020. In fact, fiscal tightening on anything like this scale would produce a deep recession, increasing the debt ratio.

The Japanese government has therefore abandoned its plan for an increase in sales tax in 2017, and the IMF has ceased publishing any scenario in which the debt ratio falls to some defined “sustainable” level. Its latest forecasts suggest a 2020 primary deficit still above 3% of GDP.

But the debt owed by the Japanese government to private investors is in free fall. Of Japan’s net debt of 130% of GDP, about half (66% of GDP) is owed to the Bank of Japan, which the government in turn owns. And with the BOJ buying government debt at a rate of ¥80 trillion (\$746 billion) per year, while the government issues less than ¥40 trillion per year, the net debt of the Japanese consolidated public sector will fall to 28% of GDP by the end of 2018, and could reach zero sometime in the early 2020s.

The current official fiction, however, is that all the debt will eventually be resold to the private sector, becoming again a real public liability which must be repaid out of future fiscal surpluses. And if Japanese companies and households believe this fiction, they should rationally respond by saving to pay future taxes, thereby offsetting the stimulative effect of today’s fiscal deficits.

Realism would be a better basis for policy, converting some of the BOJ’s holdings of government bonds into a perpetual non-interest-bearing loan to the government. Tight constraints on the quantity of such monetization would be essential, but the alternative is not no monetization; it is undisciplined *de facto* monetization, accompanied by denials that any monetization is taking place.

In both Greece and Japan, excessive debts will be reduced by means previously regarded as unthinkable. It would have been far better if debts had never been allowed to grow to excess, if Greece had not joined the eurozone on fraudulent terms, and if Japan had deployed sufficiently aggressive policy to stimulate growth and inflation 20 years ago. Throughout the world, radically different policies are needed to enable economies to grow without the excessive private debt creation that occurred before 2008. But having allowed excessive debt to mount, sensible policy design must start from the recognition that many debts, both public and private, simply cannot be repaid.

146,15

La compétitivité allemande s’effrite (un peu)

LE MONDE ECONOMIE | 11.06.2016 à 10h09 • Mis à jour le 11.06.2016 à 10h11 | Par Cécile Boutelet (Berlin, correspondance)



La hausse continue du coût du travail en Allemagne est-elle en train de menacer la compétitivité du pays ? La question partage les experts et inquiète certaines entreprises, alors que les Allemands jouissent d’une embellie historique de leur pouvoir d’achat. Selon les chiffres de l’Institut national de la statistique Destatis, le coût du travail a augmenté de 3,1 % au premier trimestre 2016, en rythme annualisé, par rapport à la même période de 2015. Pour la cinquième année consécutive, il a augmenté plus rapidement en Allemagne que dans la moyenne de l’Union européenne.

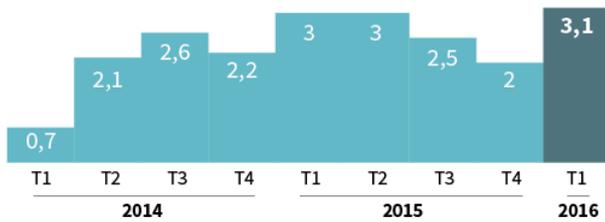
« *Ce ne serait pas problématique si la productivité avait augmenté au même rythme, or ce n’est pas le cas, s’alarme Christoph Schröder, de l’Institut d’économie de Cologne IW Köln, proche du patronat. Bien sûr, la compétitivité allemande n’est que partiellement liée aux coûts du travail, mais combien de temps l’Allemagne pourra-t-elle se permettre une politique salariale expansive ?* »

Pour l’expert, « *on ne peut plus parler d’une compétitivité excessive de l’Allemagne, qui mettrait en difficulté les autres pays européens* ». Il en veut pour preuve les chiffres du commerce extérieur avec la zone euro. Déjà, en 2014, l’excédent commercial allemand avec l’Europe était revenu à son niveau de 1999. « *A cette époque, on parlait de l’Allemagne comme de l’homme malade de l’Europe. On peut donc dire que, sur ce point, l’Allemagne a fait ses devoirs* », estime M. Schröder.

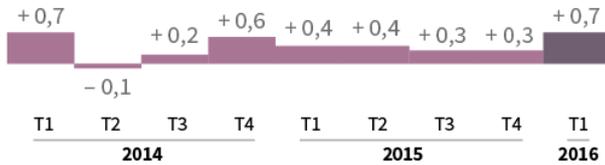
« 47 % DES ENTREPRISES INDUSTRIELLES VEULENT INVESTIR À L’ÉTRANGER EN 2016. LE PLUS HAUT NIVEAU DEPUIS 1995 »

Les entreprises industrielles semblent aussi s’inquiéter de cette évolution du coût du travail : elles sont de plus en plus nombreuses à privilégier les investissements à l’étranger plutôt qu’en Allemagne, très souvent pour des raisons de coûts. C’est ce que suggère une enquête annuelle menée par la chambre allemande de commerce et d’industrie (DIHK). Quelque « *47 % des entreprises industrielles veulent investir à l’étranger en 2016, un taux similaire à 2015. C’est le plus haut niveau depuis le début de notre étude, en 1995* », explique Volker Treier, de la DIHK.

ÉVOLUTION TRIMESTRIELLE DES COÛTS DE MAIN-D'ŒUVRE PAR HEURE TRAVAILLÉE, EN RYTHME ANNUALISÉ



ÉVOLUTION TRIMESTRIELLE DU PIB ALLEMAND, EN %



SOURCE : DESTATIS DESTATIS

« Un site de production cher »

Or, « depuis 2013, la hausse des coûts, en Allemagne, est une raison invoquée de plus en plus souvent pour expliquer les décisions d'investissement à l'étranger », note le DIHK. Un quart des entreprises interrogées décident d'investir à l'étranger pour des raisons de coûts, contre 20 % seulement il y a trois ans.

« Certes, cette part reste plus faible que pendant la décennie précédente, où l'économie allemande était confrontée à de graves problèmes de compétitivité », poursuit Volker Treier. Mais il juge que l'évolution des coûts en Allemagne, ceux de l'énergie comme ceux du travail, influe de plus en plus sur les décisions d'investissement. Un point de vue partagé par les plus grands employeurs du pays : « l'Allemagne devient un site de production cher », disent, de concert, les représentants de l'industrie automobile et des constructeurs de machines.

« On ne peut pas parler d'une menace immédiate »

Peut-on, pour autant, parler d'une remise en question de la compétitivité germanique ? Klaus Günther Deutsch, économiste au syndicat des industries allemandes (BDI), en doute. « On ne peut pas parler d'une menace immédiate, juge-t-il. L'Allemagne a eu une longue phase pendant laquelle l'évolution des salaires et de la productivité a conduit à une faible augmentation des coûts unitaires du travail. Actuellement, nous nous trouvons dans une phase d'adaptation progressive, en particulier par rapport à la zone euro. »

En effet, la hausse du coût du travail n'a, pour l'instant, pas eu de conséquences dramatiques sur la capacité de l'Allemagne à exporter et à attirer les investisseurs. La récente décision du groupe chinois Midea d'augmenter sa participation dans le constructeur de robots allemand Kuka, pour la somme record de 4,5 milliards d'euros, a rappelé combien l'industrie allemande jouit d'un grand prestige à l'étranger. Et le commerce extérieur continue de bien se porter : selon les chiffres publiés jeudi 9 juin par Destatis, les exportations du pays ont bondi de 3,8 % en avril 2016, par rapport à avril 2015.

« Reflet de la conjoncture mondiale »

Preuve supplémentaire, les carnets de commandes de l'industrie sont bien remplis : en mars, ils ont augmenté de 1,9 %, soit le plus haut niveau depuis un an, notamment grâce à la demande de pays hors Union européenne, en hausse de 4,3 %. « Cette situation reflète aussi la conjoncture mondiale inhabituelle dans laquelle nous nous trouvons. La baisse du prix du pétrole, la faible inflation et la situation de change ont compensé l'effet de la hausse des salaires et ont permis à l'Allemagne de conserver ses parts de marché. Mais cela ne durera pas éternellement », estime Christoph Schröder, de l'IW Köln.

« COMBIEN DE TEMPS L'ALLEMAGNE POURRA-T-ELLE SE PERMETTRE UNE POLITIQUE SALARIALE EXPANSIVE ?
»

A l'heure où le rattrapage des salaires allemands est bien accueilli, aussi bien par les syndicats que par les voisins européens, certains jugent qu'ils jouent un rôle mineur par rapport à d'autres facteurs dans la perte de compétitivité, réelle, de l'Allemagne par rapport à d'autres pays. C'est ce que suggère une étude de l'école de commerce suisse IMD, parue fin mai, qui s'appuie sur un sondage mené auprès de 5 400 managers sur 340 critères.

Selon les auteurs de cette étude, le pays ne figure plus parmi les dix sites les plus attractifs pour les investisseurs internationaux. Classée au 12^e rang, l'Allemagne se trouve derrière Hongkong, la Suisse, les Etats-Unis, la Suède, le Danemark ou encore les Pays-Bas. L'étude souligne notamment le système fiscal, jugé complexe, les infrastructures vieillissantes, mais aussi une hausse du risque d'instabilité politique, en raison des résultats du parti populiste AfD et des sondages récents. « *Le plus gros danger pour l'Allemagne est l'autosatisfaction* », estime le directeur de l'étude Arturo Bris.

Cécile Boutelet (Berlin, co

146,18

Le Point.fr

Le Point.fr, no. 201606

Sébastien Le Fol - Le Postillon, mardi 14 juin 2016

Guy Sorman - Non, l'Occident n'est pas en déclin !

Par Guy Sorman

En France notamment, l'autocritique et le déclinisme virent au masochisme. Alors que le pays est bien placé dans la course au progrès.

Tous les parents auront entendu de leurs enfants que ceux-ci vivront forcément moins bien que nous. Les miens le disent, j'en ai quatre : un échantillon représentatif. La plupart des jeunes en sont persuadés, et leurs parents souvent aussi. Cette conviction, si répandue soit-elle, me paraît sans fondement. S'il est exact que la génération sortante, née dans les années 40-50, a bénéficié de progrès extraordinaires, on peut parier sans erreur que nos héritiers en connaîtront plus encore. Au cours de ma vie, comme à peu près tous les Français, je suis passé du poêle à charbon à la climatisation, du téléphone à manivelle au smartphone, du wagon de troisième classe au TGV, du stylo à plume Sergent-Major à l'ordinateur, d'une médecine à base de bleu de méthylène au scanner. Il est également remarquable que ces avancées aient été partagées entre nous tous, indépendamment des revenus des uns et des autres. Telle est la réalité, mais la perception en est différente. Des clameurs s'élèvent contre les inégalités qui, en fait, se réduisent : exemples entre mille, l'accès à la médecine et à Internet est universel, ainsi que les voyages exotiques. Et l'espérance de vie des Français s'accroît, chaque année, d'à peu près un an. Mais on entend que le progrès serait en panne et l'ascenseur social bloqué au rez-de-chaussée...

D'où surgit cette contradiction entre l'amélioration concrète de la vie et la perception collective qui va en sens inverse ? Deux explications viennent à l'esprit : d'ordre civilisationnel d'abord. Depuis que l'Occident est l'Occident, les Occidentaux n'ont cessé de se morfondre sur leur déclin. Cicéron, en son temps, considérait que Rome était mieux « avant ». François Villon, en notre XVe siècle, se demandait avec nostalgie « Où sont passées les neiges d'antan ? » Le misanthrope de Molière, Alceste, pleurait les airs d'autrefois, forcément meilleurs. En 1918, l'historien allemand Oswald Spengler publie *Le Déclin de l'Occident*, un best-seller, ancêtre des postures déclinistes qui perdurent dans nos éditoriaux et librairies. Chacun, aujourd'hui, se doit de regretter les Trente Glorieuses, qui, pour l'essentiel, furent consacrées à reconstruire la France d'après guerre : qui voudrait revenir aux logements insalubres, aux hôpitaux vétustes, au travail à la chaîne des années 60 ? Il se trouve seulement qu'être occidental, de toute éternité, invite à la nostalgie du temps passé, jamais retrouvé, ce mythe de l'âge d'or derrière nous et une manie aiguë de l'autocritique, jusqu'au dénigrement de soi, parfois.

Les Français enregistrent 5 % des brevets triadiques, en particulier dans les hautes technologies.

Par-delà cette constante dans notre culture, le sentiment de vivre moins bien et que le pire serait à venir tient à une lecture erronée des indices économiques. On confond, par exemple, la croissance faible avec un recul du pouvoir d'achat, alors qu'une même rémunération permet aujourd'hui d'acquérir plus de biens et de meilleure qualité qu'hier, parce que certains prix baissent et que les produits modernes - médicaments, téléviseurs, téléphones - sont infiniment supérieurs à ceux d'hier. Mais les indices répétés par les médias et acteurs politiques ne reflètent pas ces progrès qualitatifs. Et on ne regarde pas au bon endroit. Mon indicateur favori, introuvable dans les commentaires publics, est celui des brevets triadiques, c'est-à-dire des inventions enregistrées dans trois espaces juridiques qui sont les États-Unis, l'Union européenne et le Japon. Un brevet triadique décrit une innovation universelle, tandis qu'un brevet déposé dans un seul pays, la Chine en particulier, recouvre une amélioration locale, non essentielle. Le brevet triadique permet de mesurer avec exactitude l'innovation réelle, de savoir où elle a lieu et de prédire l'avenir avec une certaine précision : un brevet triadique d'aujourd'hui deviendra - pas tous, bien entendu - le produit ou le service révolutionnaire de demain, une gélule miraculeuse contre le cancer, un nouvel Uber ou ce que l'on n'imagine pas. Deux tendances fortes se dessinent en ce moment, qui débouchent déjà sur des applications pratiques : l'Internet des choses (tout sera connecté, notre corps inclus)

et la fabrication industrielle par des imprimantes en 3D. Qui trouve-t-on en tête de distribution ? Sans surprise, les États-Unis, avec un tiers (35 %) des brevets mondiaux chaque année, suivis par l'Union européenne, Suisse incluse (31 %), puis le Japon (25 %), dont le déclin est donc très exagéré. Les Français à eux seuls enregistrent 5 % de ces brevets, en particulier dans les hautes technologies, où ils dépassent les Allemands. Loin derrière mais riches de promesses viennent la Corée du Sud, puis Taïwan, puis rien ou presque. La Chine, la Russie, l'Inde, le Brésil apparaissent à peine sur cet écran, ce qui, pour les décennies à venir, les contraindra à suivre ou à copier les innovations occidentales : le XXI^e siècle sera aussi américain et plus généralement occidental (Japon inclus) que le fut le XX^e siècle.

Quelle est l'utilité de se quereller autour d'un Code du travail qui fut conçu pour protéger les ouvriers alors qu'il n'y a plus d'usines ?

Encore faut-il rappeler qu'un brevet devient un produit ou un service uniquement si un entrepreneur s'en saisit et le propose sur le marché à un prix acceptable. Les Américains comprennent cela mieux que les Français : les premiers estiment à 70 % - selon plusieurs sondages cités par Jean Tirole, Prix Nobel d'économie (*Économie du bien commun* , PUF, 2016, à lire obligatoirement) - que l'entreprise conduit le changement et améliore la société, tandis que seulement 30 % des Français font confiance à l'économie de marché. Ce refus français de l'économie réelle, son ignorance semée dès le lycée par des manuels débiles, est la cause première de la morosité nationale et des combats décalés qui mobilisent une certaine jeunesse - les supporters de Nuit debout -, les syndicats, et une grande partie de la classe politique.

Quelle est l'utilité de se quereller autour d'un Code du travail qui fut conçu pour protéger les ouvriers des usines, alors qu'il n'y a - presque - plus d'ouvriers ni d'usines ? Mieux vaudrait se mobiliser autour de ce que l'innovation brevetée nous promet : des produits et services à développer dans des entreprises à créer, grâce à l'Internet des choses et à la fabrication en 3D entre autres. Comme l'explique Jean Tirole, ces innovations esquissent une économie à venir qui remplacera le travail tel qu'on l'a connu depuis la révolution industrielle, par des microentreprises et des emplois multiples.

Le salariat traditionnel en voie de disparition

Le travail ne va-t-il pas disparaître sous l'effet de ces mutations ? Une rengaine : en 1831, les canuts de Lyon détruisirent les machines à tisser de crainte de perdre leur emploi. Ils en ont trouvé un autre, moins usant et mieux rémunéré. En 1945, la moitié des Français étaient agriculteurs, ils sont maintenant 3 % : notre pays ne compte pourtant pas 50 % de chômeurs, puisque de nouveaux métiers, qui n'existaient pas en 1945, ont absorbé les anciens travailleurs de la terre. Alors s'indigner, à gauche, parce que l'on effleure le Code du travail et, à droite, sans rien proposer d'autre que de revenir aux 39 heures au lieu de 35, voilà qui renvoie à un monde en voie de disparition, pas à celui qui vient et sera plus intéressant que l'ère ancienne des manufactures. On attendrait plutôt des propositions qui permettront à chacun de trouver sa place dans cette économie à venir et d'organiser la solidarité nationale sur des bases nouvelles, puisque le salariat traditionnel sera en voie de disparition. Qui en parle ? Si ces faits étaient mieux connus, ne devraient-ils pas susciter l'enthousiasme des générations montantes ?

Je ne réfute pas ce que la quête d'utopie peut comporter de créatif. Il y a peu, invité à Pékin par l'université du Peuple à prononcer une conférence définissant « les valeurs de l'Occident », j'ai avancé comme hypothèse que l'Occident se distinguait de la Chine par sa capacité d'autocritique. Parfois, comme chez Cicéron, Villon et Molière, cette autocritique tourne au masochisme, au déni du réel, à l'autodestruction. L'Occident se vit en crise, mais il ne l'est pas : suivez l'indice des brevets ! La France ? Elle est endépression, mais cela se soigne en regardant devant soi plutôt que derrière.

146,20

FAZ.NET-Gespräch

Wie schlecht geht es der EU wirklich?

Der Politologe Werner Weidenfeld kennt sich in der Europäischen Einigung aus wie kaum ein anderer. Er erklärt, warum die EU gerade in der Krise steckt. Und wie unsere Politiker sie lösen können.

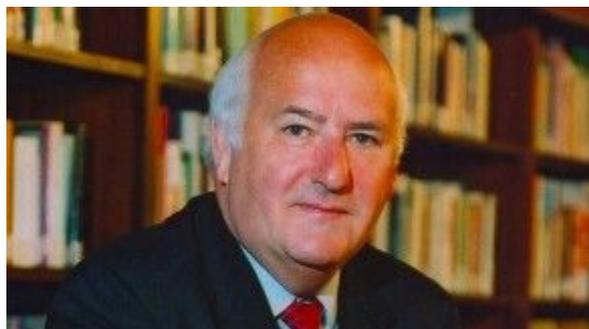
15.06.2016, von ALEXANDER ARMBRUSTER

Herr Professor Weidenfeld, steckt die EU gerade in der größten Krise seitdem es sie gibt?

Ob es im die größte ist, kann ich noch nicht abschätzen, das wissen wir wohl erst hinterher wirklich. Sie ist aber in einer Hinsicht zumindest einzigartig.

In welcher?

Es gibt zwei große Probleme, die unsere Politiker zeitgleich vor eine bisher nicht dagewesene Herausforderung stellen. Das eine ist ein Strukturproblem: Durch Internet, Digitalisierung und Globalisierung sind nahezu alle Probleme heute hochinternational und sehr komplex. Ich würde sogar sagen: So komplex war's noch nie. Gleichzeitig erleben wir – und zwar in vielen Ländern – ein Kulturproblem, das da lautet: Die Mehrheit ist vielfach der Ansicht, dass sie nicht wirklich versteht, was vor sich geht. Die Politiker müssen viel mehr als bisher versuchen, diese beiden Phänomene miteinander zu verbinden.



© CAP Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politische Wissenschaft an der

LMU München und beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Europäischen Einigung. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl war er von 1987 bis 1999 Koordinator der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit.

Erklären Sie einmal am Beispiel der Flüchtlingskrise, die nach wie vor viele Bürger dieses Landes bewegt, was Sie damit konkret meinen.

Was darin von Beginn an gefehlt hat, war eine große Erklärung oder Orientierung. Schauen Sie: Die Kanzlerin hat zum Beispiel mit ihrer Willkommensgeste am 4. September des vergangenen Jahres nach den Umfragen damals den Erwartungshorizont der Deutschen getroffen. Was sie nicht getan hat, war es, diese Geste auch öffentlich einzuordnen in eine gesamte Strategie nach dem Motto: Diese Geste ist einer von X Punkten eines Planes, wie ich anstrebe, diese Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Diese Einordnung passierte nicht. Nach einer anfänglichen großen Freude folgte eine Phase der Ernüchterung – und viele Menschen sind sozusagen ihrer Ratlosigkeit überlassen worden.

Ist die Flüchtlingskrise mittlerweile nicht vielleicht schon gelöst, wenn auch nicht so, wie sich das die Kanzlerin zunächst vorgestellt hat? Einige ost- und südosteuropäische Länder haben Zäune gebaut, dann gibt es eine Vereinbarung mit der Türkei – mit dem Ergebnis, dass sowohl nach Deutschland als auch beispielsweise nach Griechenland jeden Tag viel weniger Menschen kommen.

Momentan ist das so und vielleicht bleibt das auch so. Aber auch diese Entscheidungen sind ja nur ein Mosaikstein, auch sie vermitteln den Menschen keinen übergeordneten Sinn oder eine Vision, die langfristig heute für die EU begeistern kann.

Also fehlt es daran, an einer begeisternden Erzählung von Europa?

Ja. Ältere Menschen, die sich schon lange mit dem Thema beschäftigen, wissen aus der Geschichte, dass es immer wieder große Krisen in der EU und der EU selbst gegeben hat. Ich erinnere an die fünfziger Jahre, also gar nicht so lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, eine gemeinsame europäische Armee eigentlich schon beschlossene Sache war und ebenso eine echte politische Union. Das scheiterte dann im August 1954 bekanntlich in der französischen Nationalversammlung. Ein gewaltiger Schaden für das Projekt der europäischen Einigung war das – aber es ging weiter, weil die Verantwortlichen sofort einen neuen Aufbruch wagten. Der „Geist von Messina“ führte zu den Römischen Verträgen und damit zu einem historischen Erfolg.

Später tauchte dann der Begriff „Eurosklерose“ auf – auch das eine schwierige Phase.

Ja. Aber auch da ging es mit einer Vision weiter – mit dem Binnenmarkt und dem beherzten Engagement wichtiger Akteure damals, die bereit waren, Führung zu übernehmen.

Und wieso gelang es in der Vergangenheit leichter, mit einer Erzählung von Europa zu begeistern und wieso fällt das heute offenbar so schwer?

Weil wesentliche große Erzählungen quasi schon konsumiert sind. Nehmen Sie das Friedensprojekt EU: Die Älteren wissen noch, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine in historischer Perspektive große Leistung. Die Jüngeren hingegen sind damit aufgewachsen, das gehört für sie quasi zu den natürlichen Verhältnissen, die per se nicht eigens überzeugen müssen, weil sie erst einmal auch gar nicht angezweifelt werden. Genauso ist das mit dem Binnenmarkt und - in den Ländern, die den Euro eingeführt haben - auch mit der Währungsunion. Eine überzeugende Erzählung, ein Narrativ, heute kann davon nicht mehr primär zehren.

Haben Sie denn eine Erzählung parat, die heute unter jungen Menschen zieht?

Es gilt darzulegen, wie der machtvolle europäische Raum demokratisch gestaltet wird und wie dann diese Weltmacht im Werden ihre weltpolitische Mitverantwortung wahrnimmt.

Bieten rechte Parteien wie die Alternative für Deutschland in der Bundesrepublik, die FPÖ in Österreich oder der Front National in Frankreich denn eine Erzählung, die überzeugt? Zumindest haben all diese Parteien jüngst ja ziemlich gut abgeschnitten in Wahlen.

Nein, das tun sie nicht. Sie bieten – und dazu zählen auch ein [Donald Trump](#) in Amerika oder die Brexit-Kampagnenführer in Großbritannien – aber eine Andockmöglichkeit für Frustration und Verängstigung und für Leute, die eben irritiert sind darüber, was sie im traditionellen Sinne von Politik erleben. Diese Parteien werden ausweislich der Umfragen gerade nicht gewählt, weil die Menschen deren Vertreter für besonders kompetent oder die Konzepte für überzeugend hielten. Wer in großen Bahnen denkt, kann in der Geschichte übrigens immer wieder solche Phänomene entdecken, in denen ein Megatrend – heute ist das die Internationalisierung – eine Gegenbewegung hervor bringt, die Ängste davor kanalisiert. Ich nenne das Kompensationsgesellschaft.

FAZ.NET-Interview: Wie schlecht geht es der EU, Herr Weidenfeld? (von @AlaArmbruster)

Den Begriff müssen Sie nochmal genauer erklären bitte.

Kompensationsgesellschaft bedeutet: Ein dominanter Megatrend wie Internationalisierung wird mit dem Gegentrend beantwortet: Nationalismus, Regionalismus.

Was sind denn aus Ihrer Sicht das größte Thema für die EU in den kommenden Jahren?

Über die vergangenen Jahre, noch bevor die Schuldenkrise und die Flüchtlingskrise begannen, hat ein gewaltiger Machttransfer stattgefunden von den Mitgliedstaaten der EU nach Brüssel. Vielen Menschen ist das gar nicht bewusst, bis heute nicht. Um das zu illustrieren: Als ich meine erste Europa-Vorlesung gehalten habe vor Jahrzehnten, habe ich immer aufgezählt, für was die EU zuständig ist: Landwirtschaft und Außenhandel. Heute frage ich umgekehrt, für was sie nicht zuständig ist – das sind im Grunde nur die Schulpolitik und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Weil es diesen schrittweisen Transfer gegeben hat, stellt sich natürlich umso häufiger die Frage nach der Legitimation von Entscheidungen und der Transparenz.

Ein Beispiel bitte.

Für die Währungsunion, die infolge ihrer Krise neue Formen der Zusammenarbeit und Institutionen hervor gebracht hat, ist zu fragen, ob ein eigenes Parlament Sinn macht, in dem die Abgeordneten nach den Bevölkerungen der jeweiligen Länder sitzen. Davon abgesehen wird übrigens Deutschland im kommenden Jahr mehr Macht bekommen in der EU, weil dann eine wichtige Reform des Ministerrates in Kraft tritt.

Welche ist das?

Nach 2017 kann nicht mehr als Sonderregelung abermals die alte Stimmgewichtung bei Mehrheitsentscheidungen im Rat aufgerufen werden.

Wenn Sie eine einzelne konkrete größte Herausforderung für Europa nennen müssten, welche wäre das?

Sicherheit. Die EU muss klären und erklären, wie Sicherheit in Zeiten der unbegrenzten Mobilität und des Terrors und neuer Bedrohungsstrukturen für die Menschen gewährleistet werden kann. Das treibt die Menschen sehr um, und die Reaktionen auf die Flüchtlingskrise ist nur eine markante Ausprägung davon. Diese große Frage der Sicherheit müssen unsere Politiker allerdings einbetten im Grunde in ein ganzes Gesellschaftsbild, das sie als Orientierung vermitteln möchten.

Wie sollen sie das machen? Soll die Kanzlerin im Fernsehen eine Grundsatzrede halten?

Eine Rede alleine wird nicht genügen. Sie muss in vielen Formaten diese Orientierung geben – eines davon kann auch eine Rede im Fernsehen sein.

Ist eine so lange amtierenden Regierungschefin überhaupt die Richtige für eine neue Vision? Müsste eine neue Vision nicht von einem neuen Amtsträger kommen?

Ich denke, dass sie auf jeden Fall versiert genug ist, das hinzubekommen, wenn sie möchte. Und ganz ehrlich: Eine Alternative zur Kanzlerin, jemand, dem die Mehrheit der Deutschen vertraut, dieses Land zu führen, gibt es derzeit meiner Auffassung nach gar nicht. Sie können das beispielsweise daran ablesen, wie schwer sich die SPD damit tut, einen Kanzlerkandidaten auch nur zu finden für eine Bundestagswahl, die ja nun auch nicht mehr so lange hin ist.

Kann es sein, dass Vertrauen und Begeisterung für die EU unter jungen Menschen auch deswegen abgenommen haben, weil sie etwa von ihren Eltern oder Großeltern weniger erzählt bekommen von deren ganz persönlichen Erfahrungen aus schlimmen Zeiten?

Ja, vielleicht. Ich selbst habe in meiner Kindheit zum Beispiel viel über Konrad Adenauer erzählt bekommen – mein Großonkel hatte ihn mehrfach im Kloster Maria Laach vor den Nazis versteckt. Das hat schließlich dazu geführt, dass ich mich mein Leben lang mit der Europäischen Einigung beschäftigt habe. Adenauer hatte übrigens neben den ökonomischen und machtpolitischen Begründungen der Europäischen Einigung auch eine kulturelle gefunden: Europa diene auch zum Schutz des deutschen Volkes vor seinen eigenen fragwürdigen Traditionsbeständen, sagte er einmal – vor antiwestlichen Affekten und antidemokratischem Denken.

146,23

Umfrage unter Deutsch-Türken

Angekommen, aber auf Distanz

Wie denken die türkischen Einwanderer in Deutschland über Integration und Religion? Eine neue Umfrage offenbart starke Unterschiede zwischen den Generationen.

16.06.2016, von MECHTHILD KÜPPER



© PICTURE-ALLIANCEGroßer Wille zur Integration: Fußballfans während eines EM-Spiels der türkischen Nationalmannschaft

Große Umfrage unter Türkischstämmigen in Deutschland: das sind die Ergebnisse

Umfrage: Was denken türkische Einwanderer über Integration und Religion?

Detlef Pollack hat Erfahrung mit Umfragen zu Integration und Religion, er sehe meistens „sofort, was los ist“, sagt er. Doch die Umfrage unter 1200 Türkischstämmigen in Deutschland zum Thema habe ihn regelrecht verblüfft, der starken Ambivalenzen wegen, die darin zutage treten. Pollack ist Religionssoziologe.



Autorin: Mechtild Küpper, Politische Korrespondentin in Berlin.Folgen:

Er arbeitet im Exzellenzcluster Religion und Politik der Universität Münster und hat gemeinsam mit Olaf Müller, Gergely Rosta und Anny Dieler die Studie entwickelt. Einerseits sind die Befragten eindeutig in Deutschland „angekommen“. Andererseits fehlt es ihnen an Anerkennung.

Sie fühlen sich diskriminiert, als Bürger 2. Klasse. Die befragten Mitglieder der ersten Generation leben durchschnittlich seit 31 Jahren in Deutschland. 40 Prozent aller Befragten sind hier geboren, 28 Prozent sind deutsche Staatsbürger, acht Prozent besitzen die deutsche und die türkische Staatsbürgerschaft.

Verblüffend positiv wirken die Auskünfte über die persönliche Lebenslage: 90 Prozent der Befragten fühlen sich in Deutschland sehr oder eher wohl. 87 Prozent fühlen sich Deutschland sehr eng oder eng verbunden; über ihr Verhältnis zur Türkei sagen das 85 Prozent. Ihr Wille zur Integration ist stark – 70 Prozent. Auf die Frage „Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten?“ antworten 44 Prozent ja, fünf Prozent sagen „mehr als gerechten Anteil“.

Große Diskrepanz zwischen Ost und West

Damit gleichen sie annähernd den befragten Westdeutschen. Diese empfinden zu 49 Prozent, dass sie gerecht teilhaben. Die Ostdeutschen jedoch fühlen sich nur zu 24 Prozent gerecht und zu sieben Prozent „mehr als gerecht“ bedacht. „Sehr positiv“ ist die Haltung der Befragten zu Menschen deutscher Herkunft (41 Prozent) und zu Christen (35 Prozent). Gewisse Vorbehalte lassen die Antworten auf die Frage nach der Beurteilung von Atheisten und Juden ahnen; die Forscher aus Münster sprechen von einer erkennbaren „latenten Abwehrhaltung“, die Konfliktpotential bergen könnte.

Die Antworten auf die Frage, was Einwanderer tun sollten, um in Deutschland gut integriert zu sein, lassen an Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig: Deutsch lernen (90 Prozent), die Gesetze beachten (84 Prozent), gute Kontakte zu Deutschen haben (76 Prozent). Das werden Deutsche wohl ähnlich raten oder fordern. „Mehr von der deutschen Kultur übernehmen“ (39 Prozent), sich im Kleidungsstil anpassen (33 Prozent) oder die Staatsbürgerschaft annehmen (32 Prozent) rangieren vergleichsweise hinten.

Dramatisch verbessert haben sich im Vergleich der ersten zur zweiten und dritten türkisch-deutschen Einwanderergeneration Bildungserfolge, Sprachkenntnisse und Kontakte zu Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft: Besitzen 40 Prozent der Angehörigen der ersten Einwanderergeneration keinen Schulabschluss, so sind es unter denen der zweiten und dritten Generation nur noch 13 Prozent.

Moschee-Besuch nimmt ab

Hatte die erste Generation nur zu 47 Prozent gute oder sehr gute Deutschkenntnisse, so sagen 94 Prozent der zweiten und dritten Generation das über sich. Enge Kontakte zu Menschen deutscher Herkunft hatten in der ersten Generation nur 47 Prozent – aber 74 der zweiten und dritten Generation. Erstaunlich sind die Antworten auf die Fragen nach der Religion.

Der Moschee-Besuch hat bei den türkischstämmigen Einwanderern der zweiten und dritten Generation ebenso nachgelassen (von 32 auf 23 Prozent) wie das persönliche Gebet, zu dem Muslime fünfmal am Tag aufgerufen sind (von 55 auf 35 Prozent). Was aber die Selbsteinschätzung angeht, bezeichnen sich mehr Angehörige der zweiten und dritten Generation als tief, sehr oder eher religiös als die der ersten (72 zu 62 Prozent). Das verstehen die Forscher als Zeichen, dass Religion zum „Identitätsmarker“ geworden ist.

Erschreckend sind die Antworten auf Fragen, an denen religiöser Fundamentalismus abzulesen ist. 57 Prozent der ersten Generation pflichteten dem Satz bei, die „Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“. 36 Prozent pflichteten der Aussage bei: „Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben“, und dem Satz „Es gibt nur eine wahre Religion“ stimmten 54 Prozent zu.

Befremdlich hohe Zustimmung für einen Satz

„Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“: Das bejahten 40 Prozent der Angehörigen der ersten Generation. Wer allen vier Aussagen zustimmt, wird als religiöser Fundamentalist angesehen, das sind demnach 18 Prozent der ersten Generation.

Unter den Mitgliedern der zweiten und dritten Generation lässt die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen nach (36, 27, 46 beziehungsweise 33 Prozent); die Zahl derer, die allen vier Sätzen zustimmt, sinkt auf die Hälfte (neun Prozent). Die Popularität derartiger Haltungen, vermuten die Münsteraner Forscher, könnte sich weiter abschwächen, „sofern die strukturelle und soziale Integration insbesondere bei der zweiten/dritten Generation weiter von Erfolg gekrönt ist“.

Dass der Prozess begonnen hat, zeigt sich in den Zustimmungswerten zu Sätzen über die traditionelle Hausfrauenrolle und die Erwerbstätigkeit von Müttern, vor allem, wenn man die türkischstämmigen Frauen der zweiten und dritten Generation befragt.

Befremdlich wirkt die hohe Zustimmung zu dem Satz, die „Bedrohung des Islams durch die westliche Welt“ rechtfertige seine Verteidigung mit Gewalt, oder Gewalt sei „gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islams geht“. 20 beziehungsweise sieben Prozent der Befragten stimmten dem zu; auch hier weniger Jüngere als Ältere. 21 Prozent der Frauen der zweiten und dritten Einwanderergeneration tragen ein Kopftuch; 27 Prozent der befragten Männer und Frauen finden, muslimische Frauen sollten es tragen.

Wahrnehmung des Islams als Knackpunkt

Die Assoziationen zum Christentum sind äußerst positiv. Doch bei der Bewertung des Islams klaffen die Urteile der Gesamtbevölkerung und die der türkischstämmigen Einwanderer in Deutschland auseinander: „Achtung der Menschenrechte“ attestieren 57 Prozent der Türkischstämmigen dem Islam, 53 Prozent schreiben ihrer Religion „Solidarität“, 56 Prozent „Toleranz“, 65 Prozent „Friedfertigkeit“ zu.

Umgekehrt schreiben 82 Prozent der Deutschen dem Islam eine „Benachteiligung der Frau“ zu, 64 Prozent „Gewaltbereitschaft“ und 72 Prozent „Fanatismus“. 83 Prozent der Türkischstämmigen sind wütend, „wenn nach einem Terroranschlag als Erstes die Muslime verdächtigt werden“. 61 Prozent finden, der „Islam passt durchaus in die westliche Welt“. 73 Prozent möchten Bücher und Filme vom Staat verbieten lassen, die „Gefühle tief religiöser Menschen verletzen“.

Thema des Konflikts, resümieren die Forscher, sei die Wahrnehmung des Islams: „Für eine umfassende und nachhaltige Integration der Bevölkerungsgruppe der Türkeistämmigen, aber auch mit Blick auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, sind Veränderungen auf der Ebene der Wahrnehmung und der Anerkennung mindestens ebenso notwendig“ wie Bildungsteilhabe und Integration im Arbeitsmarkt. Die Mehrheitsbevölkerung, raten sie, solle Verständnis für die spannungsreiche Lage von Einwanderern zeigen.

Diese sollten ihrerseits Verständnis für Vorbehalte aufbringen. „Wir müssen ihnen etwas zumuten“, sagt Pollack. Mit der verbreiteten Gewaltakzeptanz sollten die türkischstämmigen Einwanderer in ihren Gemeinden kritisch umgehen lernen. Keinesfalls verspricht er sich etwas davon, die verbreitete Opfermentalität unter Muslimen zu bedienen. Den meisten sei bewusst, dass es ihnen in Deutschland besser geht als in der Türkei.

Quelle: F.A.Z.

146,25

Les Français sont ceux qui travaillent le moins d'Europe

Par [Marine Rabreau](#)

Publié le 16/06/2016 à 06:00

LE SCAN ÉCO - Les Français travaillent désormais moins que les Finlandais ! Ceux qui sont à temps complet ont travaillé 1646 heures en 2015. Soit 199 heures de moins que les Allemands et 130 heures de moins que les Italiens. Les non-salariés, en revanche, travaillent relativement beaucoup.

De toute l'Europe, ce sont les Français qui travaillent le moins. Selon les tout derniers chiffres relevés par Eurostat et rapportés par l'organisme Coe-Rexecode, les salariés à temps complet de l'Hexagone ont travaillé 1646 heures en 2015. Soit 14 heures de moins qu'en 2013 (année des derniers chiffres disponibles jusqu'alors). **Et 199 heures de moins qu'en Allemagne, 130 heures de moins qu'en Italie, ou 228 heures de moins qu'au Royaume-Uni.**

Entre 2013 et 2015, toujours pour les salariés à temps complet, **l'écart s'est creusé avec des partenaires européens importants, comme les Pays-Bas, le Danemark, l'Espagne et l'Allemagne.**

Jusqu'à 2013, les Finlandais étaient ceux qui travaillaient le moins sur le Vieux continent. **Depuis 2014, ce sont les Français.**

• Les fonctionnaires français travaillent moins que la durée légale

Durée effective annuelle moyenne de travail des salariés à temps complet en France

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Agriculture | 1 752 | 1 795 | 1 803 | 1 766 | 1 752 | 1 685 |
| Industrie | 1 678 | 1 692 | 1 676 | 1 663 | 1 656 | 1 649 |
| Construction | 1 686 | 1 701 | 1 695 | 1 666 | 1 691 | 1 665 |
| Services marchands | 1 755 | 1 752 | 1 751 | 1 728 | 1 724 | 1 718 |
| Services non marchands | 1 606 | 1 603 | 1 610 | 1 588 | 1 588 | 1 569 |
| Ensemble de l'économie | 1 679 | 1 682 | 1 680 | 1 660 | 1 658 | 1 646 |

En France, c'est le secteur des services non marchands -administration publique, éducation, santé, action sociale etc.- qui affiche la durée effective de travail des salariés à temps complet la plus faible relativement aux autres secteurs. 1569 heures de travail par an, c'est moins que la durée légale de travail, qui est de 1607 heures par an (les 35 heures par semaine). Fin mai dernier, **[l'élu centriste Philippe Laurent a remis un rapport sur les agents de la fonction publique](#)** a également fait état de cet écart avec la durée de travail réglementaire, auprès de la ministre de la Fonction publique.

• En France, 10,6 semaines d'absences par an

Lorsqu'ils sont interrogés, les Français estiment qu'ils travaillent effectivement en moyenne 39 heures par semaine. Or, Eurostat a calculé que la Français sont absents 10,6 semaines par an.

10,6 semaines d'absences par an

dont :

| | |
|---------------|------------------------------|
| » 7 semaines | Congés ordinaires et RTT |
| » 1,6 semaine | Maladie ou garde d'enfant |
| » 0,8 semaine | Jours fériés |
| » 0,5 semaine | Autres |
| » 0,4 semaine | Congé maternité ou paternité |
| » 0,2 semaine | Formation |

Ainsi sur les 52,14 semaines de l'année, le nombre d'heures effectivement travaillées représente l'équivalent de 41,6 semaines de 39 heures (soit 1621 heures, un chiffre proche de celui calculé par Eurostat).

• En France, les non-salariés travaillent relativement beaucoup

Pour les travailleurs non-salariés à temps complet, la durée effective annuelle moyenne de travail était de 2335 heures en France en 2015, soit 42% de plus que celle du salarié moyen à temps complet. «Dans la quasi-totalité des pays de l'Union européenne, les non-salariés travaillent plus longtemps que les salariés mais dans des proportions sensiblement différentes de celle de la France», commente Coe-Rexecode dans son étude. L'écart est de 26% pour l'Allemagne, 21% pour l'Italie, 8% pour le Royaume-Uni.

• Des temps partiels 6% supérieurs à la moyenne européenne

Pour les travailleurs salariés à temps partiel, la durée effective annuelle moyenne de travail était de 981 heures par an en 2015 en France (soit près de 60% de la durée d'un temps complet), contre 889 heures pour un salarié moyen à temps partiel allemand (48% de la durée d'un temps complet), 1017 heures pour un salarié à temps partiel en Italie (57% d'un temps complet), 873 heures au Royaume-Uni (47% d'un temps complet).

The global anti-establishment rebellion, seen through the eyes of Ricardo Hausmann, Theda Skocpol, Yanis Varoufakis, and other *Project Syndicate* commentators.

Introducing **Editors' Insight**: a fortnightly review of the best thinking on current events and key trends.

The Resistible Rise of Populism

Populism has historically been a slippery phenomenon, sometimes focused squarely on economic grievances, but often exploiting such grievances to advance a chauvinist political agenda. That is also true today, when populist movements are gaining ground in Europe and the US, even as they and their leaders are being forced from power in Latin America.

JUN 10, 2016 15



What's behind the swelling tide of populism-cum-nationalism seen in almost every corner of the globe? Why do so many yearn for rule by strongmen (or, in the case of France's Marine Le Pen and Peru's Keiko Fujimori, strong women)? For *Project Syndicate* commentators, the question is not only what's driving the phenomenon, but also what can and should be done to confront it.

What's Popular About Populism?

Some people, says former Chilean finance minister [Andrés Velasco](#), “blame runaway globalization; others blame income inequality; still others blame out-of-touch elites who simply *don't get it*.” But the truth seems to be that all three have played a part.

That underscores a basic point made by Harvard's [Joseph S. Nye](#): The catalyst for populism lies as much in those being led as in the ideas and characters of the populist leaders. “A Russian public anxious about its status; a Chinese people concerned about rampant corruption; a Turkish population divided over ethnicity and religion: All create enabling environments for leaders who feel a psychological need for power.” Similarly, in the United States, “[Donald] Trump magnifies the discontent of a part of the population through clever manipulation of television news programs and social media.”

Status anxiety is also clearly at the root of Vladimir Putin's sky-high popularity in Russia, which remains robust despite the country's myriad economic travails. Indeed, [Andrei Kolesnikov](#) of the Carnegie Moscow Center argues that “Putin's regime [through its annexation of Crimea] was able to create a sense of restored historical justice and revive expectations of a return to ‘great power’ status.”

This politicization of status anxiety explains why the same agenda has emerged in country after country. Nye's Harvard colleague [Theda Skocpol](#) describes it as “a mix of anti-immigrant toughness, economic patriotism, and social benefits for native-born citizens.” Indeed, for Skocpol, what is unique about Trump's campaign in the US is that he has so completely absorbed the

political trope of Europe's far right. Before Trump, she says, "no major US party...offered such a program," which amounts to "a promise to 'make America great again' by reasserting white male hegemony."

The desire to defend ethnic hegemony and/or restore national greatness is a response to the perception that globalization threatens both. As Princeton University historian [Harold James](#) argues, "instead of rejecting foreign products, opponents of globalization today are rejecting foreign people." In particular, populist opponents of multilateral and regional trade deals "focus on concerns that arcane tribunals protecting the interests of foreign corporations can undermine national sovereignty."

As [Marcel Fratzscher](#), President of the think tank DIW Berlin, points out, this frame of mind can lead even an export powerhouse like Germany to act against its own national interests. The Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the US, most economists agree, would boost Germany's already-buoyant export sector. And yet many Germans "fear that the TTIP is just another trick, intended to take advantage of Germany's economic strength and generosity. Overcoming this fear will be no easy feat."

Bad Policies Breed Bad Politics

What is clear, says [Ngaire Woods](#), Dean of Oxford's Blavatnik School of Government, is that populist movements "share a sense of disenfranchisement – a sense that the 'establishment' is failing to give ordinary citizens a 'fair shake.'" When name-brand banks pay huge fines for blatant criminality, when major multinational companies avoid paying taxes where they operate, and when the world's wealthy stash their money offshore, it is easy to understand how "declining public trust fuels the revolt against globalization" and its establishment supporters.

That sense of being conned and betrayed reflects not only dissatisfaction with private-sector behavior, but also a widespread perception that governments have been declaring one thing, and then doing precisely the opposite, often to further interests that have little to do with the issue at hand. Ever since the financial crisis of 2008 hit, governments have loudly proclaimed that only the pain of austerity can restore economic health. But, as [Bill Emmott](#) argues, "there can be pain without gain – a lesson that Western populations have been learning the hard way since at least 2012."

Indeed, according to Emmott, "the years of fiscal austerity in the US, Europe, and Japan [have] achieved nothing," owing to slow economic growth – for which austerity is chiefly responsible. "The more governments cut their deficits," he argues, "the more growth slows – and the further out of reach debt-reduction targets become."

And it's not just government policies that sometimes miss the mark and arouse suspicion. Exhibit A is the International Monetary Fund's behavior in the never-ending Greek debt saga. According to [Daniel Gros](#), "the IMF's assessments of debt sustainability in Greece are undermined by a deep conflict of interest." After all, given the Fund's status as senior creditor, "if Greece's creditors accept a haircut, the IMF's credits would become more secure." Worse, if Greece's debt really does become unsustainable, "it will be primarily because of the IMF itself – or, more precisely, the high cost of its loans."

The European Central Bank's motivations are similarly hypocritical, claims former Greek finance minister [Yanis Varoufakis](#). The ECB's "ongoing acquiescence in the extend-and-pretend charade demanded by Greece's creditors has demolished its claim to be independent." That acquiescence is obvious: "To keep Greece's banks open, and accept their government-guaranteed collateral, the ECB is obliged to grant Greek debt an exemption from its no-insolvency rule. And, to keep the noose firmly around Greece's neck, Germany insists that this exemption is conditional on its approval." In other words, "it is politicians that tell the ECB when to cut off liquidity to an entire banking system."

A Warning from the South

Recent experience in Latin America has shown how grim the consequences of populism in power can be. Venezuela, writes Harvard's [Ricardo Hausmann](#), "should be rich," but "is suffering the world's deepest recession, highest inflation, and worst deterioration of social indicators." First Hugo Chávez, and now his successor, President Nicolás Maduro, have made the country "the poster child of the perils of rejecting economic fundamentals." As a result, Venezuelans, "who live on top of the world's largest oil reserves, are literally starving and dying for lack of food and medicine."

Argentina, which voted out its populist president Cristina Fernández earlier this year, must now grapple with the legacy, including 15 years of exclusion from international capital markets. This financial isolation, says Harvard's [Carmen Reinhart](#), meant that for “years, Argentina’s government has been financing deficits with the printing press, resulting in high inflation, now above 30%.” President Mauricio Macri’s new government must also “address the pent-up need – owing to the country’s long external-financing hiatus – to upgrade basic infrastructure.”

Macri’s victory, and the Venezuelan opposition’s victory in the National Assembly election last December, signals a strengthening anti-populist reaction in the region. As Allianz’s chief economic adviser, [Mohamed A. El-Erian](#), views it, “rather than “being ‘pulled’ by the attractiveness of what [Latin America’s] political right is advocating, this complex phenomenon is predominantly a reflection of the ‘push’ implied by anemic growth and disappointing provision of public goods, especially social services.”

What the region can’t afford is more disappointment. Its “governments must be seen to deliver to their citizens,” El-Erian warns. “Otherwise, the shift will prove to be only a stop on an uncertain path – politically more complicated and economically harder to navigate – toward an even less stable destination.”

But the risks are high for all emerging economies, says Nobel laureate [Michael Spence](#). “As these economies add items – protecting themselves from volatility, countering unfavorable external conditions, and adapting to powerful technological trends – to their core structural growth agendas, they will invariably make mistakes, and even stumble.” Without bold policy initiatives, particularly higher investment in human capital, populist prescriptions are likely to regain support in Latin America – and perhaps, as elsewhere, in an even more lethal form.

Confront, Don’t Appease

In the advanced economies, populists may not always frame their electoral appeals in terms of economic distress or unfairness, but economic underperformance certainly serves their aims. According to [Nouriel Roubini](#), “if weak productivity growth persists – and with it subpar growth in wages and living standards – the recent populist backlash against free trade, globalization, migration, and market-oriented policies is likely to strengthen.” But “addressing the causes of the productivity slowdown before it jeopardizes social and political stability,” as Roubini advocates, is easier said than done.

That point is driven home by [Dani Rodrik](#). “Ultimately,” he argues, “it is the economy-wide productivity consequences of technological innovation, not innovation *per se*, that lifts living standards.” And here, techno-optimists must make a stronger case about “how the effects of technology play out in the economy as a whole.” For example, in the US, “the most rapid productivity growth since 2005” has occurred in two sectors (ICT and media industries) that account for “less than 10%” of GDP. “By contrast, government services and health care, which together produce more than a quarter of GDP, have had virtually no productivity growth.”

But more than growth will be needed to stem the populist tide. The demagogues and, more important, their programs need to be tackled head on. For Woods, this means addressing populists’ fundamental claim that only they are willing and able to “protect ordinary people from the harsh realities of globalization.” Globalization will need “to be managed not just to permit the winners to win, but also to ensure that they do not cheat or neglect their responsibilities to their societies.” At the same time, “governments will need to overhaul their own operations, to prove their impartiality. Robust regulation will require significant investment in government capacity and the legal services that support it.”

It is no less important to avoid overselling policy initiatives. Financial transaction taxes are a case in point. “While by no means a crazy idea,” says Harvard’s [Kenneth Rogoff](#), “an FTT is hardly the panacea that its hard-left advocates hold it out to be.” On the contrary, such taxes are “particularly troublesome because they distort intermediate activity, which amplifies their effects.” Instead, reforms should focus on “better regulation of financial markets.” In particular, the authorities should “force financial firms to issue much more equity.” The rationale is straightforward: “The more banks are forced to evaluate risks based on shareholder losses rather than government bailouts, the safer the system will be.”

But, paradoxical though it may sound, adherence to such pragmatic policies must be accompanied by fervent idealism. “Of course economic and political reforms that reduce inequality of income and power are indispensable, both for their own sake

and to make appeals to shared sacrifice credible,” says Velasco. “Yet just as indispensable is the moral conviction, passionately expressed, that the ‘immigrant’s daughter who studies in our schools’ is a genuine member, with full rights, of that common us.”

Last but not least, we must accurately describe today’s populists and the threat they pose. “Donald Trump has been compared to a fascist,” says [Ian Buruma](#), “as has Vladimir Putin and a variety of demagogues and right-wing loudmouths in Europe.” This is a mistake, born of careless overuse of a term whose meaning “few still know firsthand.” Although these figures “may be repulsive... they are not organizing uniformed storm troopers, building concentration camps, or calling for the corporate state. Putin comes closest, but even he is not Hitler.”

And yet Buruma hedges:

The true mark of the illiberal demagogue is talk of ‘betrayal.’ The cosmopolitan elites have stabbed ‘us’ in the back; we are facing an abyss; our culture is being undermined by aliens; our nation can become great again once we eliminate the traitors, shut down their voices in the media, and unite the ‘silent majority’ to revive the healthy national organism. Politicians and their boosters who express themselves in this manner may not be fascists; but they certainly talk like them.

Indeed they do. And now, as then, those that do must be stopped, which means addressing the genuine problems that fuel populism and exposing populists’ lies about the causes of these problems. Even Hitler wasn’t Hitler – until he was.

146,31

Geschäftsbeziehungen

Wie gut kennen Sie die Franzosen?

Ganz Europa schaut nach Frankreich. Der Fußball bringt die unterschiedlichen Kulturen zusammen. Jenseits des Rheins gelten besondere Spielregeln – auch im Geschäftsleben. Der Test der Carl Duisberg Centren zeigt, ob Sie fit sind für Geschäfte „à la française“.

146,32

Derrière le désastre français, la crise de l'autorité de l'Etat

Par [Maxime Tandonnet](#)

Publié le 17/06/2016 à 10:54



FIGAROVOX/TRIBUNE - Pour Maxime Tandonnet, la cause essentielle de la crise française est politique. Il prône une refondation de la démocratie française et le retour à un Etat fort.

Maxime Tandonnet décrypte chaque semaine l'exercice de l'État pour FigaroVox. Il est l'auteur de nombreux ouvrages, dont Histoire des présidents de la République, Perrin, 2013. Son dernier livre Au coeur du Volcan, carnet de l'Élysée est paru en août 2014. Découvrez également ses chroniques sur son [blog](#).

La situation chaotique à laquelle nous assistons est le fruit d'une crise de l'autorité sans précédent. La banalisation de la violence, des destructions, du terrorisme sanglant, du sabotage est le signe d'un pays qui sombre peu à peu dans l'anarchie. Toutefois, contrairement à des événements comme mai 1968, cette crise n'interrompt pas le déroulement de la vie quotidienne: les épreuves du bac ont lieu normalement, l'euro de football poursuit son cours, l'essence coule dans les réservoirs. La décomposition est progressive, se manifestant par une montée de l'anomie, la destruction de l'éthique et du sens de l'honneur, du respect de la vie et de la dignité d'autrui, la perte des valeurs morales à l'image du saccage de l'hôpital Necker. Ainsi, la désintégration actuelle, qui combine l'horreur croissante et la poursuite de la vie quotidienne, peut se poursuivre indéfiniment, toujours plus loin dans les profondeurs de la barbarie.

La vision politicienne et sectaire est trompeuse. Tenir pour unique responsable «la gauche au pouvoir» en espérant que sa chute en 2017 réglera à elle seule les problèmes, conduit à une impasse.

Deux réflexes classiques ne font qu'aggraver la confusion mentale. La vision politicienne et sectaire est trompeuse. Tenir pour unique responsable «la gauche au pouvoir» en espérant que sa chute en 2017 réglera à elle seule les problèmes, conduit à une impasse. Le désastre est bien plus profond. Déjà en 2005 et 2007, les émeutes dans les banlieues soulignaient la dégradation du climat français. L'autre attitude consistant à désigner des boucs émissaires est tout aussi dérisoire. Accuser «l'Europe», la «mondialisation, ou le «capitalisme financier» du chaos en cours, constitue un autre mode de fuite dans les chimères. La France est le seul pays en Europe qui sombre dans un tel climat de quasi-guerre civile. La crise actuelle est avant tout franco-française, même si le contexte européen et international y contribue à la marge.

La cause essentielle du désastre français est politique. L'extrême impopularité des dirigeants du pays débouche sur le chaos social. La France n'a plus confiance dans ses élites politiques, de l'extrême droite à l'extrême gauche, depuis des décennies, avec quelques brèves périodes de rémission. Elle ne se sent plus gouvernée. Depuis le début des années 1980, la courbe de popularité des dirigeants politiques, en dehors de soubresauts éphémères, ne cesse de s'effondrer. 88% des Français ont une vision négative de la politique (cevipof). La déliquescence au sommet de l'Etat se diffuse dans la société. Un pays privé d'autorité politique, du sentiment que ses dirigeants sont à la barre et gouvernement pour le bien commun, ne peut que sombrer dans le désordre.

Un changement d'homme à la tête de l'Etat et une autre majorité en 2017 suffiront-ils à résoudre la crise? Rien n'est moins certain. Compter sur le seul changement de personnalités à l'Elysée, à Matignon et dans les ministères, est un leurre dangereux. Ce ne sont pas seulement les hommes, avec leurs forces et leurs faiblesses qui sont en cause, mais un modèle de pouvoir.

Le régime français tel qu'il est devenu aujourd'hui, est foncièrement pervers et nuisible.

Le régime français tel qu'il est devenu aujourd'hui, est foncièrement pervers et nuisible. Un seul homme, le chef de l'Etat, est censé incarner à lui seul le pouvoir politique, dans une logique de personnalisation à outrance qui n'a rien de démocratique ni de républicain. Ultra médiatisé, du matin au soir, présenté comme la figure même du pouvoir, il est toutefois irresponsable pendant cinq ans, à l'abri de tout contrôle démocratique. Or, sa toute puissance est illusoire. Dans le contexte des transferts de compétence à l'Europe, de la décentralisation, de l'endettement et de gigantesques déficits, il ne dispose d'aucune baguette magique pour régler à lui seul les problèmes. Son image cumule alors les échecs et les déceptions, mais elle est intouchable, hors de portée de toute sanction. Le déni de la responsabilité est patent. La crise qui ne se déclenche jamais dans la sphère politique se traduit par l'implosion de la société française.

Le président devient ainsi le bouc émissaire suprême de la Nation. Pour tenter de sauvegarder son image, voire espérer une réélection, il communique, démultiplie les apparitions, les coups médiatiques. Mais personne n'est dupe. L'hyper-présidence médiatique et la logghorée, ne font qu'aggraver le sentiment populaire que la politique a déserté l'action et le service de l'intérêt général au profit de la posture et de la parole. Il sombre ainsi dans le culte de lui-même, entraîne la vie publique dans un tourbillon de narcissisme. Dans l'ensemble de la classe politique, l'obsession de prendre sa place à l'Elysée se substitue à l'idée de bien commun. Et ce spectacle misérable laisse le pays sans repère, sans direction, sans modèle, ouvrant la voie au chaos dramatique qui s'est emparé de la France.

Le malaise politique français tient avant tout à un état d'esprit, l'effacement du bien commun au profit de l'idée qu'une poignée d'individus se font de leur destin personnel. Aucune solution «miracle» et immédiate ne saurait en venir à bout. L'unique commencement de réponse à cette chute sans fin est une refondation de la démocratie française et le retour à un Etat au sens le plus noble du terme, fondé sur des règles de droit et non des visages médiatisés. La France a besoin d'un Parlement souverain, fort et indépendant, non pas enchaîné par la discipline majoritaire et la terreur d'élections anticipées, mais capable de prendre ses responsabilités. Il lui faut un Premier ministre, véritable chef de gouvernement qui décide, choisit, gouverne, démissionne plutôt que de reculer, responsable de sa politique devant le Parlement; des ministres puissants, décideurs et non plus des communicants emblématiques. Elle attend un chef de l'Etat impartial, qui soit le «guide de la France», au-dessus des contingences politiciennes, incarnation de la sagesse et de l'autorité morale, capable de protéger son autorité et le prestige de la fonction par le silence et la discrétion. De fait, il suffirait d'appliquer la Constitution de la Cinquième République à la lettre. Mais comme par hasard, cela n'intéresse absolument personne... Dans une France plongée dans le chaos, qui pourrait songer, même cinq minutes, à appliquer la Constitution?

146,34

«Les droits de l'homme érigés en religion détruisent les nations»

- Par [Alexandre Devecchio](#)
- Publié le 17/06/2016 à 20:05



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - A l'occasion de la sortie de son livre «Les droits de l'homme contre le peuple», Jean-Louis Harouel a répondu au FigaroVox. Il dénonce une nouvelle religion séculière centrée sur l'obsession de la non-discrimination : celle-ci paralyse la politique des pays occidentaux.

PUBLICITÉ

Jean-Louis Harouel est professeur agrégé de droit à Paris II et auteur de «La grande falsification. L'art contemporain», «Le vrai génie du christianisme» et «Revenir à la nation» (Editions Jean-Cyrille Godefroy). Son dernier ouvrage Les droits de l'homme contre le peuple est paru aux éditions desclée de Brouwer.

FIGAROVOX. - Après le massacre d'Orlando, les commentaires et les mises en accusation se sont succédé. On s'est focalisé sur l'aspect homophobe du crime, on a pointé du doigt les mouvements conservateurs et les religions monothéistes. L'islamisme est passé au second plan. Les démocraties occidentales sont-elles de nouveau tombées dans le piège de ce que vous appelez «la religion des droits l'homme»?

Jean-Louis HAROUEL. - Autant il est aisé de condamner au nom de l'Évangile les violences provoquées ou cautionnées par la religion chrétienne, autant il n'est guère possible de condamner la violence musulmane au nom des textes saints de l'islam, dès lors que l'invitation à la violence y est expressément et abondamment inscrite. Concernant l'homosexualité masculine - la seule ayant été prise en compte -, les sociétés chrétiennes l'ont certes longtemps réprouvée et punie sévèrement au motif que la Bible (Genèse, 19) rapporte que Yahvé a lancé le feu du ciel sur Sodome et Gomorrhe. Mais, déjà dans la France de Louis XV, ainsi que l'a constaté l'historien Maurice Lever dans son livre *Les bûchers de Sodome* (1985) où il notait l'absence des bûchers à cette époque, la royauté de droit divin faisait preuve d'une grande modération. Au contraire, les textes saints de l'islam sont féroces. Il y a en particulier un hadith terrible du Prophète qui invite les croyants à tuer les homosexuels: «L'envoyé d'Allah - Bénédiction d'Allah et Salut sur Lui - a dit: Qui que vous trouviez qui agit à la manière des gens de Loth, tuez l'actif et le passif». Ce texte figure dans la Sunna (rassemblant les actes, dires et approbations de Mahomet: les hadiths) dont la réunion avec le Coran constitue la Charia. Or celle-ci est le guide de ceux qui veulent revenir au respect de la loi divine. Le lien avec le massacre d'Orlando est plus qu'évident.

C'est un déni de réalité que de mettre systématiquement sur le même plan les religions monothéistes afin de ne pas avoir à prononcer de critique envers l'islam.

C'est un déni de réalité que de mettre systématiquement sur le même plan les religions monothéistes afin de ne pas avoir à prononcer de critique envers l'islam. Ce déni de réalité est pratiqué par les démocraties occidentales

au nom d'un «politiquement correct» qui n'est qu'un aspect d'une religion séculière que l'on peut appeler religion des droits de l'homme.

Dans la seconde moitié du XXe siècle, cette religion a très largement occupé le vide creusé en Europe occidentale à la fois par l'effondrement de la pratique religieuse chrétienne et par l'implosion du communisme soviétique.

Avatar de la religion de l'humanité, le culte des droits de l'homme a remplacé depuis quelques décennies le communisme - dont il partage la nature de religion séculière - dans son rôle d'utopie censée instaurer le règne du bien sur la terre. Dans cette nouvelle religion séculière, les droits de l'homme sont en charge de la promesse du royaume de Dieu sur la terre, en charge du projet d'une humanité réconciliée grâce à l'instauration d'une société parfaite, au moyen de la mutation du monde ancien en un monde nouveau entièrement cosmopolite et fondé exclusivement sur les droits des individus.

À la suite de François Furet, l'historien américain Samuel Moyn a confirmé en 2010 dans *The last Utopia* que l'hégémonie de l'idéologie des droits de l'homme depuis les dernières décennies du XXe siècle s'est édifiée sur les ruines des idéologies révolutionnaires. C'est de l'implosion des utopies antérieures qu'est née la «dernière utopie» que sont les droits de l'homme comme norme suprême censée faire advenir un monde meilleur.

En quoi les islamistes se servent-ils des droits de l'homme pour accroître leur influence?

Dans la mesure où ils favorisent le succès des revendications musulmanes, les droits de l'homme contribuent à la montée en puissance de l'islam en France et dans les autres pays occidentaux. Lorsque, au nom du principe de non-discrimination, des droits individuels sont reconnus (par la loi, le juge ou l'administration) à des membres d'un groupe identitaire au titre de leur appartenance à ce groupe, ces droits deviennent des droits du groupe, et donc des droits collectifs. La sacralisation des droits individuels par la religion séculière des droits de l'homme aboutit finalement à la mise en place de droits identitaires, ce dont l'islam a su tirer un grand profit.

L'islam ne manque jamais d'utiliser l'arme des droits de l'homme pour contraindre les pays européens à adopter un profil bas face à la population musulmane qui y vit. Sous couvert de non-discrimination et de respect de la liberté religieuse, c'est une civilisation antagoniste de la civilisation européenne qui poursuit son entreprise de conquête et de domination.

En Europe occidentale, l'islam a profité à plein des droits de l'homme. C'est sur eux que se fondent les revendications vestimentaires, alimentaires et autres des musulmans.

En Europe occidentale, l'islam a profité à plein des droits de l'homme. C'est sur eux que se fondent les revendications vestimentaires, alimentaires et autres des musulmans, lesquelles relèvent en réalité d'une prise de pouvoir de nature politique, d'une appropriation de territoires, d'une domination de secteurs de la société. L'islam combinant en lui le politique, le juridique et le religieux, toute concession faite à l'islam comme religion est aussi une concession faite à l'islam politique et juridique, avec pour effet de transformer peu à peu les pays européens concernés en terres musulmanes.

Selon vous, les droits de l'homme sont mis au service d'une «immigration colonisatrice». Beaucoup d'immigrés viennent en Europe et en France pour mieux vivre ou par attrait pour le modèle occidental et non pour nous coloniser

Je suis bien d'accord avec vous: beaucoup d'immigrants s'introduisent et s'incrument en Europe occidentale simplement pour des raisons d'intérêt personnel, pour jouir d'un niveau de vie et de conditions d'existence infiniment meilleurs que dans leur pays. Ils n'ont pas d'arrière-pensées colonisatrices ou conquérantes. Mais les Wisigoths, les Burgondes et les Francs jadis autorisés par le pouvoir impérial à trouver refuge et à s'installer sur le territoire de l'Empire romain d'Occident n'avaient pas non plus d'intentions conquérantes. Simplement, deux générations plus tard, ils avaient pris le pouvoir et s'étaient taillé des royaumes sur le territoire de l'Empire

anéanti. L'histoire montre par de nombreux exemples qu'une immigration numériquement minoritaire mais vigoureuse peut s'emparer durablement du pouvoir et dominer la population autochtone.

Aussi bien certaines personnalités musulmanes ne cachent-elles pas leurs intentions conquérantes en Europe. Tel le cheikh Youssouf al Quaradawi, l'un des principaux de l'UOIE (Union des organisations islamiques européennes, dont la branche française est l'UOIF), qui déclarait en 2002: «Avec vos lois démocratiques nous vous coloniserons. Avec nos lois coraniques nous vous dominerons.»

Que faites-vous des réfugiés?

On ne peut pas ne pas secourir les réfugiés. Pour autant, nous n'avons pas les moyens de les accueillir sur la base des niveaux de vie et modes de vie occidentaux. Ils ne peuvent raisonnablement attendre de nous que des conditions de logement ainsi que des prestations sociales et médicales minimales. De plus, il ne faut pas leur laisser penser qu'ils vont s'installer durablement chez nous. Il faut leur faire savoir que, dès que la situation sera rétablie dans leur pays, ils seront invités à y repartir. D'ailleurs, autant l'accueil s'impose moralement pour les enfants, les mères et les vieillards, autant la place normale des hommes jeunes et adultes n'est pas ici mais dans leur pays, sur le sort duquel ils semblent avoir bien vite tiré un trait. Dans bien des cas, la qualité même réelle de réfugié dissimule plus ou moins une immigration motivée par la recherche d'une vie plus facile, c'est-à-dire une immigration économique.

Étant donné l'énorme accroissement démographique au sud de la Méditerranée, l'Europe doit s'attendre à voir prochainement déferler une immigration économique d'une ampleur encore jamais vue.

Or, étant donné l'énorme accroissement démographique au sud de la Méditerranée, l'Europe doit s'attendre à voir prochainement déferler une immigration économique d'une ampleur encore jamais vue, se comptant en dizaines de millions d'individus s'invitant dans nos pays dans l'espoir d'y améliorer leurs conditions de vie. Mais l'Europe occidentale sera incapable d'absorber une telle masse d'immigrés. Elle périra à moins que les immigrants économiques ne soient systématiquement reconduits dans leur pays. Cependant, pour que les États concernés acceptent de favoriser la reconduite de leurs ressortissants, il est évident qu'il sera indispensable de rétribuer leur bonne volonté par une énorme augmentation de l'aide au développement. Spécialiste reconnu des questions de développement, Claude Sicard, dans un article de la Revue politique et parlementaire (n° 1076, décembre 2015), préconise la création par les pays européens d'une taxe de 50% sur les dépenses publicitaires, destinée à financer le retour dans leurs pays respectifs des immigrants économiques reconduits chez eux.

En quoi les droits de l'homme nous condamnent-ils à l'impuissance collective?

Pour mettre fin à l'appel d'air permanent qui attire par millions les immigrants d'origine extra-européenne, il faut restaurer la discrimination fondatrice de l'idée de cité: celle qui traite différemment le citoyen et le non-citoyen, le national et l'étranger. Il faudrait idéalement qu'il n'y ait plus d'intérêt matériel à s'incruster illégalement sur le sol français. Or cela va à l'encontre de la religion séculière des droits de l'homme.

Dès l'aube des années 1980, Marcel Gauchet avait bien vu que, si les démocraties européennes faisaient des droits de l'homme leur politique, elles se condamneraient à l'impuissance collective. La religion des droits de l'homme handicape très dangereusement la France face au déferlement de l'immigration et à la présence sur son sol d'un islam de masse. Instaurant une morale d'État vertueusement suicidaire, la religion des droits de l'homme interdit à nos dirigeants d'envisager ces problèmes et d'y répondre d'un point de vue politique.

La religion des droits de l'homme est la négation des droits collectifs des nations européennes. Elle refuse à la collectivité nationale le droit de vivre comme elle le souhaite. La souveraineté démocratique consiste dans la propriété d'un groupe humain sur lui-même, son destin, son identité, son sol, son patrimoine matériel et

immatériel. Refusant cette souveraineté, la religion des droits de l'homme détruit l'idée de patrimoine d'un groupe humain, elle prétend le contraindre à le partager, le mettre en commun. Bref, c'est une nouvelle forme de communisme.

Pour combattre la menace islamiste, faut-il renoncer à ce que nous sommes, nous trahir? Les droits de l'homme ne font-ils pas partie des fondamentaux de l'Occident au même titre que les racines chrétiennes?

La religion séculière des droits de l'homme n'est pas, malgré les apparences, d'origine chrétienne, car elle découle de deux grandes hérésies: la gnose et le millénarisme. Les droits de l'homme comme religion ne sont pas un prolongement du christianisme: c'est un système de croyances post-chrétien.

La religion (ou utopie) des droits de l'homme qui règne aujourd'hui ne relève pas des «fondamentaux de l'Occident» au même titre que ses racines chrétiennes. Inspirée par une compassion cosmique indifférente aux États et aux nations, sa conception des droits individuels est profondément différente de la conception classique, celle des déclarations américaines et française de la fin du XVIIIe siècle, lesquelles ont établi avant tout les libertés publiques des citoyens au sein des États-nations démocratiques. D'ailleurs, ces deux réalités très différentes sont désignées dans la langue anglaise par des appellations distinctes: pour les droits de l'homme actuels, human rights, terme apparu seulement au milieu du XXe siècle ; tandis que, pour les droits individuels reconnus aux citoyens en 1776 et 1789, on parlait de rights of man. À cela répond en France la distinction entre d'une part les «libertés publiques», centrées sur les seuls nationaux, et d'autre part les «droits fondamentaux» - terme introduit dans les années 1970 - dont les grands bénéficiaires sont les étrangers, systématiquement admis à tous les acquis et avantages des peuples européens

Nous sommes confrontés à deux impératifs vitaux : bloquer d'urgence les flux migratoires et arrêter le processus de la conquête musulmane.

La fidélité aux «fondamentaux de l'Occident» passe par le rejet du délire anti-discriminatoire suicidaire de la religion séculière des droits de l'homme et le retour aux droits de l'homme conçus comme protecteurs des citoyens contre le pouvoir, c'est-à-dire aux libertés publiques - centrées sur les seuls nationaux - qui sont notre patrimoine juridique.

Pour «résister» aux droits de l'homme, vous allez jusqu'à prôner des mesures dérogatoires ou discriminatoires. Le risque n'est-il pas tout simplement de renoncer à la démocratie pour aller vers des régimes autoritaires, voire totalitaires?

Nous sommes confrontés à deux impératifs vitaux: bloquer d'urgence les flux migratoires et arrêter le processus de la conquête musulmane. Pour cela, il nous faut résister à la religion séculière des droits de l'homme qui favorise notre submersion par une immigration extra européenne sans limite et la domination d'une civilisation musulmane conquérante qui veut imposer ses mœurs et son droit. Pour tenter de survivre comme peuple, nous n'avons pas le choix: nous sommes dans l'obligation de rétablir ou de créer des discriminations, lesquelles ne contredisent d'ailleurs nullement la démocratie, bien au contraire.

Les fanatiques d'une immigration érigée en droit de l'homme prétendent mener en faveur des étrangers entrés clandestinement un combat citoyen. C'est une imposture: leur combat est un combat contre la cité et la citoyenneté, un combat anti-citoyen et anti-démocratique.

La démocratie repose sur l'idée de discrimination. En son article 3, la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen du 26 août 1789 énonce que «le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la Nation». Il n'y a pas de démocratie possible en l'absence d'un cadre territorial et humain bien précis. Ainsi que l'écrit Rousseau au début de l'Émile, «où il n'y a pas de patrie, il ne peut plus y avoir de citoyens». Patrie, démocratie:

dans les deux cas, il s'agit du peuple, d'un peuple particulier. L'existence d'une démocratie suppose une discrimination entre citoyens et non-citoyens, entre nationaux et étrangers.

Quant à une discrimination à l'égard de l'islam, elle n'est pas davantage contraire à la démocratie. D'ailleurs, c'est la démocratie la plus ancienne et la plus exemplaire du monde, la démocratie helvétique, qui nous en donne l'exemple et nous montre la voie. En interdisant la construction de minarets, le peuple suisse n'a aucunement restreint la liberté religieuse, il a instauré une discrimination d'ordre symbolique destinée à faire comprendre aux musulmans vivant dans le pays que la Suisse n'était pas une terre d'islam, que la civilisation arabo-musulmane n'y était pas chez elle et ne devait pas chercher à y imposer ses mœurs et ses règles de droit prétendument divines. Dans le même esprit, il est vital d'adopter en France et dans les autres pays européens des mesures discriminatoires l'égard de l'islam. C'est une discrimination amplement justifiée par le fait que l'islam est avant tout un système politique et juridique, qui fonctionne en France et dans les autres pays européens comme une machine de guerre dirigée contre la civilisation européenne dans le but de lui substituer la civilisation arabo-musulmane.

De toute manière, si nous laissons se poursuivre la conquête musulmane, nous sortirons purement et simplement des droits de l'homme, car les textes fondateurs de l'islam sont porteurs d'un système structurellement ultra-discriminatoire (à l'encontre des non-musulmans, des femmes, des esclaves) et négateur de la liberté d'expression. La Déclaration sur les droits de l'homme en islam de 1990 interdit d'exprimer toute opinion «en contradiction avec les principes de la Charia».

146,39

EZB und Verfassungsgericht

Karlsruher Warnung

In Karlsruhe geht es an diesem Dienstag um das, was auch viele Briten umtreibt. Ganz allgemein: Entfaltet die EU ein Eigenleben, das sich von den Bürgern abgekoppelt hat? Und konkret: Handelt die EZB im Rahmen ihres Mandats?

21.06.2016, von [REINHARD MÜLLER](#)

Nicht wenige wundern sich: Warum nur verkündet das [Bundesverfassungsgericht](#) nur zwei Tage vor der Abstimmung in Großbritannien über einen „Brexit“ sein Urteil über das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank, nachdem sie Anleihen von Euro-Staaten ankaufen darf? Schließlich geht es doch ganz wesentlich um die Machtverteilung in Europa, um das Gebaren und die Kontrolle einer unabhängigen europäischen Institution. Das alles stimmt – doch auch das deutsche Verfassungsgericht ist unabhängig, und so setzt es auch seine Termine an. Eine vorausseilende Abstimmung mit allen möglichen Erklärungen und Ereignissen anderer, gar auswärtiger Verfassungsorgane findet nicht statt – und würde auch dem Selbstverständnis der Karlsruher Richter widersprechen.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“. Folgen:

In der Sache freilich geht es an diesem Dienstag um das, was viele Europäer, was auch viele Briten umtreibt: Entfaltet die EU ein Eigenleben, das sich von den Bürgern abgekoppelt hat? Konkret: Handelt die [EZB](#) im Rahmen ihres Mandats? Und ganz allgemein: Wie steht es mit der Demokratie in Europa? Aber auch: Inwiefern hat der Einzelne das Recht, weitere Schritte der europäischen Integration vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen?

Der Zweite Senat unter Vorsitz von Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle und unter Federführung von Berichterstatter Peter Huber hatte entschieden, dass er das EZB-Programm für rechtswidrig hält, sich aber eine europarechtskonforme Auslegung vorstellen kann. Der vom Bundesverfassungsgericht (erstmalig) damit befasste [Europäische Gerichtshof](#) kam dann zu dem erwartbaren Schluss, das Handeln der EZB sei von ihrem Mandat gedeckt.

Die Karlsruher Richter bauten ein Brücke

Und jetzt? Jetzt muss Karlsruhe abermals eine Grenze ziehen und zugleich das Kooperationsverhältnis mit dem Europäischen Gerichtshof hervorheben. Es muss unter Berücksichtigung der Luxemburger Entscheidung seine eigenen Grundsätze aufrechterhalten. Und es dürfte die [Bundesbank](#) daran erinnern, an welchen Maßnahmen sie sich auf europäischer Ebene nicht mehr beteiligen darf. Unabhängig ist auch die EZB nur im Rahmen ihres vertraglichen Mandats.

Schließlich muss jedes Handeln vom Souverän, vom Bürger, legitimiert und kontrolliert werden (können). Und genau dieser Gedanke steckt letztlich hinter der oft gescholtenen, schon alten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, keinen Schritt der europäischen Einigung zu blockieren, ihn aber mit Leitplanken und Warnhinweisen zu versehen. So erkannte Karlsruhe in dem bisher nicht angewendeten und der Sache wohl überholten Programm der EZB einen Verstoß gegen die Kompetenzverteilung der Union. Der Beschluss zum Ankauf von Staatsanleihen könne Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Euro-Rettungspolitik überlagern, die zum Kernbereich der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Mitgliedstaaten zählen. Das Verfassungsgericht sieht die Gefahr einer „erheblichen Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten“ und damit eines „Finanzausgleichs“, den die europäischen Verträge so nicht vorsehen.

Doch bauten die Karlsruher Richter ihren Luxemburger Kollegen eine Brücke. So könnte womöglich das Handeln der EZB mit dem europäischen Vertragsrecht vereinbar sein, vorausgesetzt, ein Schuldenschnitt sei ausgeschlossen, Staatsanleihen einzelner Mitgliedstaaten würden nicht in unbegrenzter Höhe angekauft und Eingriffe in die Preisbildung am Markt so weit wie möglich vermieden. Doch heben die Luxemburger Richter hervor, dass die EZB sich ihre Ziele selbst setzen kann und dann aber verhältnismäßig handeln muss. Der Europäische Gerichtshof stellt also durchaus auch Planken auf, schränkt aber seine eigene Kontrolle stark ein: So muss die EZB demnach, wenn sie Staatsanleihen an den Sekundärmärkten erwirbt, „ihr Tätigwerden mit hinreichenden Garantien versehen, um sicherzustellen, dass es mit dem Verbot der monetären Finanzierung in Einklang steht“. Das dürfte ihr gelingen.

Cameron preist Karlsruhe als Vorbild

Immerhin hat der Europäische Gerichtshof die vom Bundesverfassungsgericht gebaute Brücke durchaus betreten. Die Luxemburger Richter haben sich auf die Sache eingelassen – werden aber auch künftig Karlsruher Souveränitätsvorstellungen vom letzten Wort nicht akzeptieren. Das Bundesverfassungsgericht wird sich auch in seinem kommenden Dienstag zu verkündenden Urteil kaum davon abbringen lassen, dass klar rechtswidriges Handeln durch europäische Organe in Deutschland keine Wirkung entfaltet. An einem solchen Handeln dürfte sich auch die Bundesbank nicht beteiligen. Das Bundesverfassungsgericht wird sich in dieser Sache das letzte Wort nicht nehmen lassen.

Das gilt gerade in diesen Zeiten, in denen auch der britische Premierminister [David Cameron](#) das Bundesverfassungsgericht als Vorbild pries. Man müsse prüfen, so sagte er, „wie Deutschland und andere EU-Staaten ihre Verfassung und Souveränität aufrechterhalten“. So habe sich das deutsche Bundesverfassungsgericht das Recht vorbehalten zu überprüfen, ob bei der Übertragung von Befugnissen auf die Europäische Union

essentielle verfassungsrechtliche Freiheiten gewahrt blieben. Und die Karlsruher Richter, so Cameron weiter, nähmen sich das Recht, Akte der EU darauf hin zu kontrollieren, ob sie im Rahmen des europäischen Rechts erlassen wurden oder ob sie „die Grenze überschreiten“. Dass das Bundesverfassungsgericht sich auch betont europafreundlich gibt und sein Kooperationsverhältnis mit dem Europäischen Gerichtshof hervorhebt, interessiert in Großbritannien freilich weniger.

Die EZB wird sich kaum beirren lassen

Immerhin hatten die Karlsruher Richter schon vor mehr als 20 Jahren aus verfassungsrechtlichen Gründen gefordert, die europäische Währungsunion müsse als Stabilitätsgemeinschaft ausgestaltet sein. Andernfalls hätte Deutschland nicht auf die D-Mark verzichtet, ja nicht verzichten dürfen. Karlsruhe brachte sogar die Möglichkeit eines Austritts aus der Währungsunion ins Spiel, sollte das Stabilitätsziel aufgegeben werden.

In der mündlichen Verhandlung zum OMT-Beschluss fragte Bundesverfassungsrichterin Sibylle Kessal-Wulf: „Sind wir hier acht Rechtsmediziner, die sich über einen toten Körper beugen?“ Und Präsident [Vobkuhle](#) äußerte die Erwartung, dass sich die EZB ohnehin nicht beirren lassen werde. Doch Bundestag, Bundesregierung und auch die Bundesbank sind an die Karlsruher Rechtsprechung gebunden. Und die Bundesbank hat Sitz und Stimme und vor allem Kapital in der EZB. Sie darf sich an aus Karlsruher Sicht rechtswidrigen Maßnahmen der EZB nicht beteiligen.

146,41

June 20, 2016 7:58 pm

German high court to rule on legality of ECB financial weapon

Claire Jones, Frankfurt



Germany's highest court will on Tuesday make a landmark judgment on one of the European Central Bank's most important — and most controversial — weapons to fight financial crises.

The German Constitutional Court decision at 10am local time on the legality of the ECB's Outright Monetary Transactions programme has been four years in the making.

There are many reasons why the decision by the court in Karlsruhe is important.

What is the OMT programme?

ECB president Mario Draghi had been at the helm for less than a year when he said in the summer of 2012 his central bank would do “whatever it takes” within its mandate to save the eurozone from collapse.

In September of that year, Mr Draghi unveiled the OMT, which did more, perhaps, than any other policy to soothe fears that the eurozone would collapse. At the crux of the programme is a pledge to buy eurozone government bonds in potentially unlimited quantities to counteract any sharp rise in borrowing costs for eurozone governments.

Now past the halfway mark in his eight-year term, Mr Draghi has never had to use the OMT — in part because the programme's design was strong enough to counteract speculation about the euro's demise. Eurozone sovereign borrowing costs are now at or close to record lows in many economies — including some of the weaker members of the currency union.

Why is the OMT still important?

The OMT remains the main tool in the ECB's armoury should the single currency area suffer another sovereign debt crisis. The German constitutional court's decision is also significant for EU law, as it could challenge the supremacy of the European Court of Justice.

Carsten Nickel, deputy director of research at Teneo Intelligence, a consultancy, said an adverse judgment would be a setback not only for the ECB, but would “constitute a political blow for the entire . . . architecture of crisis-fighting in the eurozone”.

The Constitutional Court case could have implications for the ECB's landmark quantitative easing programme of €80bn-worth of monthly bond purchases, which a group of German citizens have also challenged.

Gunnar Beck, a barrister and academic at the University of London who is representing a group of German academics and businessmen against QE, described Tuesday's decision as “crucially important”.

There is a big difference between the OMT and QE, however. While both programmes involved buying government bonds, the ECB has unleashed QE to hit its inflation target of just under 2 per cent and not to counter bouts of market turmoil. The Bundesbank has repeatedly complained about OMT; it has made many fewer objections about QE, which it recognises as legal and within the central bank's mandate.

What has happened since the creation of the OMT?

37,000 German citizens petitioned the Constitutional Court on the OMT's legality soon after the policy was unveiled.

It is likely that the German constitutional court will see the legal limits for the OMT to be tighter than the European Court of Justice has defined them

In a highly unusual move, the German Constitutional Court in 2014 then deferred judgment on the [legality of the OMT](#) to the European Court of Justice — though only after Karlsruhe made clear that there were several aspects of its design that it objected to. The ECJ last year [backed](#) Mr Draghi and said the OMT was within his central bank's mandate.

Some analysts think the German Constitutional Court may want to split the difference between its own ruling two years ago and that of the ECJ last year.

“It is likely that the German constitutional court will see the legal limits for the OMT to be tighter than the European Court of Justice has defined them. That may mean that the Bundesbank may not participate in an ECB action that is legal in the European Court's view,” said Hendrik Haag, a partner at Hengeler Mueller, a German law firm.

How could the German Court create a headache for the ECB?

One area where Mr Haag thinks the German court could be tougher involves the question of whether the ECB could become too big a player in sovereign debt markets. European law forbids the bank from buying from governments and participating in so-called primary markets, as this contravenes rules on the direct financing of states by central banks. But the ECJ judgment allowed the ECB to buy from bondholders in the secondary market as the central bank sees fit. Karlsruhe may apply a more stringent criteria for when — and how much — the ECB can buy,

Are there other potential problems?

The ECB's QE programme is designed so that national central banks take almost all of the hit for any losses stemming from a default by their government. By contrast, it is not clear from the OMT's design exactly how losses would be shared if the programme was ever activated.

A key question has been whether due to Berlin's guarantee for the Bundesbank's balance sheet, an ECB decision for national central banks to buy bonds under OMT ultimately constitutes a decision about Germany's budget,

Unlike earlier crisis-fighting programmes, the OMT throws open the possibility of assets purchased by the ECB being written down in a debt restructuring, along with those held by other investors. This is dubbed in the legal jargon as “pari passu” treatment. For the German Constitutional Court, the possibility of the Bundesbank being on the hook for the losses of another eurozone member state creates a problem.

“A key question has been whether due to Berlin's guarantee for the Bundesbank's balance sheet, an ECB decision for national central banks to buy bonds under OMT ultimately constitutes a decision about Germany's budget,” said Mr Nickel. “According to the German basic law, only the Bundestag is empowered to take budgetary decisions.”

Essay: Between the borders

Bibliography

<http://www.economist.com/news/21700545-references-between-borders>

References for 'Between the borders'

Jun 13th 2016 | [From the print edition](#)

- Britain's Europe: A Thousand Years of Conflict and Cooperation. By Brendan Simms. *Allen Lane*, 2016
- The Cube and the Cathedral: Europe, America and Politics without God. By George Weigel. *Gracewing Publishing*, 2005
- The English and Their History. By Robert Tombs. *Penguin*, 2014
- Europe: A History of its Peoples. By Jean-Baptiste Duroselle, translated by Richard Mayne. *Viking*, 1990
- Europe: A History. By Norman Davies. *Oxford University Press*, 1996
- Europe: An Unfinished Adventure. By Zygmunt Bauman. *Polity Press*, 2004
- Europe: The Struggle for Supremacy, from 1453 to the Present. By Brendan Simms. *Basic Books*, 2013
- The European Dream: How Europe's Vision of the Future is Quietly Eclipsing the American Dream. By Jeremy Rifkin. *Polity*, 2004
- The European Rescue of the Nation-State. 2 nd Edition. By Alan S. Milward. *Routledge*, 1992
- Is the EU Doomed? By Jan Zielonka. *Polity*, 2014
- A Grand Illusion? An Essay on Europe. By Tony Judt. *New York University Press*, 2011
- In Europe: Travels Through the Twentieth Century. Geert Mak, translated by Sam Garrett. *Vintage*, 2008
- The Italians. By John Hooper. *Allen Lane*, 2015
- Jean Monnet: The First Statesman of Interdependence. By François Duchêne. *Norton*, 1994
- Mémoires. By Jean Monnet. *Librairie Arthème Fayard*, 1976
- The New Old World. By Perry Anderson. *Verso*, 2011
- The Passage to Europe: How a Continent Became a Union. By Luuk Van Middelaar, translated by Liz Waters. *Dutch Foundation for Literature*, 2013
- Postwar: A History of Europe Since 1945. By Tony Judt. *Vintage Books*, 2010
- The Trouble with Europe: Why the EU isn't working - What could take its place - How the referendum could change Europe. By Roger Bootle. *Nicholas Brealey Publishing, 3rd revised Referendum edition*, 2016
- Turbulent and Mighty continent: What Future for Europe? By Anthony Giddens. *Polity Press*, 2013
- Unhappy Union: How the euro crisis – and Europe – can be fixed. By John Peet and Anton La Guardia. *Profile Books*, 2014
- World Order. By Henry Kissinger. *The Penguin Press*, 2014

146,43

Kommentar

Die Haftungsgemeinschaft

Die Geldpolitik ist entgrenzt: Kunst, Häuser und Firmen kaufen. Undenkbar? Das gibt es – in Europa. Nicht erst seit dem Urteil des Verfassungsgerichts.

21.06.2016, von **HOLGER STELTZNER**



© DPA/Verfassungsgerichts-Präsident Andreas Voßkuhle verkündet das Urteil zum OMT-Programm.

Der Europäische Gerichtshof hat der [Europäischen Zentralbank](#) einen Blankoscheck ausgestellt und das Bundesverfassungsgericht hat ihn jetzt unterschrieben: [Es hat das zwar niemals aktivierte, aber weiterhin existente Kaufprogramm für Staatsanleihen unter dem Kürzel OMT abgesegnet](#). Die EZB darf dies als weitgehende Zustimmung für alle möglichen Käufe von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und anderen Vermögenswerten feiern.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber, Folgen:

Das [Bundesverfassungsgericht](#) war so etwas wie die letzte Hoffnung für diejenigen, die von der Sinnhaftigkeit einer rechts- und regelgebundenen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion überzeugt sind. Hatten doch die höchsten Richter Deutschlands die Erwartung geschürt, dass auch in Zeiten einer „alternativlosen“ Rettungspolitik weiterhin marktwirtschaftliche Prinzipien gelten und der EU-Vertrag von Maastricht mit dem ausdrücklichen Verbot der Haftung eines Eurolandes für ein anderes nicht außer Kraft gesetzt ist.

Das Verfassungsgericht selbst hatte die Rechtswidrigkeit des OMT-Programms festgestellt, als es den Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB als eine Umgehung des Verbots der monetären Staatsfinanzierung beurteilte. Auf einmal macht sich das Verfassungsgericht die Auslegung des Europäischen Gerichtshofs zu eigen, nachdem es erstmals in der Geschichte eine Entscheidung an den Gerichtshof der [EU](#) weitergereicht hatte.

Die Richter nennen wachsweiße Bedingungen

Die Verfassungsrichter äußern zwar weiter Bedenken, doch sie fühlen sich an die Rechtsprechung der Luxemburger Richter gebunden. Sie nennen wachsweiße Bedingungen, wonach „nicht offensichtlich gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung“ verstoßen werde, wenn man Käufe von Staatsanleihen nicht ankündigt oder diese begrenzt. Die Kontrollvorbehalte seien „europarechtsfreundlich auszuüben“, auch der Gerichtshof der EU besitze „Anspruch auf Fehlertoleranz“, sagte [Andreas Voßkuhle](#), der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. So darf man wohl auch die Kehrtwende der höchsten Richter lesen. Kann man daraus wirklich den Schluss ableiten, dass die europäische Rechtsgemeinschaft gestärkt aus diesem Verfahren hervorgeht?

Das OMT-Programm ist längst Geschichte. Unter dem Programmkürzel QE kauft die Zentralbank schon seit mehr als einem Jahr Anleihen von Eurostaaten und seit kurzem Unternehmenspapiere – im Gesamtvolumen von mehr als 1,7 Billionen Euro. Der Ausgang der anhängigen Verfassungsklage gegen dieses Programm ist nun vorhersehbar. Auf Kritik von Ökonomen, dass selektive Kreditpolitik für Firmen doch keine Geldpolitik sei und eine Notenbank Unternehmensanleihen nicht am Primärmarkt, also direkt von Unternehmen kaufen sollte, entgegnet die EZB, dass dies keinen großen Unterschied mache. Da fragt man sich, warum der Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt keine Staatsfinanzierung sein soll. Jeder kann natürlich juristisch so argumentieren, wie es ihm hilft. Ob das jedoch der Glaubwürdigkeit der Zentralbank dient, zumal der Nutzen ihrer extremen Geldpolitik immer geringer, die schädlichen Folgen hingegen immer sichtbarer werden?

Die Banque de France kauft einen Rembrandt

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Der Markt für Pfandbriefe ist schon leergekauft. Dasselbe dürfte bald für Unternehmensanleihen gelten. Kauft die EZB dann Aktien wie die Bank von Japan? Oder Kunst oder Häuser oder ganze Unternehmen? Das kann man sich nicht vorstellen? Aber das gibt es schon – und zwar in Europa. Manche Notenbank in der EU nimmt die Aufforderung von EZB-Präsident Mario Draghi („whatever it takes“) wörtlich. Die Banque de France etwa hat vor kurzem auf Wunsch der klammen französischen Regierung ein teures Bild von Rembrandt der Familie Rothschild abgekauft und an den Louvre weitergereicht.

Mehr zum Thema

[Video-Kommentar von F.A.Z.-Ressortleiter Staat und Recht, Reinhard Müller, zum BVG-Urteil](#)

[Bundesregierung sieht sich durch Verfassungsgericht bestätigt](#)

[Was alles in diesem wichtigen Urteil steckt](#)

[Verfassungsgericht erlaubt EZB-Programm unter Auflagen](#)

Die ungarische Notenbank, von der Regierung an der ganz kurzen Leine gehalten, kauft im Auftrag ihres Dienstherrn Häuser und sogar die Wertpapierbörse des Landes. Hierfür übernahm Ungarns Notenbank einfach die Begründung der EZB zum Kauf von Staatsanleihen, angeblich sei der „Transmissionsriemen“ der Geldpolitik gestört. Auf diese Weise hält Ungarn den Anhängern einer entgrenzten Geldpolitik in der Eurozone den Spiegel vor.

Sind unterschiedliche Zinsen für Staaten und Unternehmen eine Folge der Störung des geldpolitischen „Transmissionsriemens“? Oder sind sie das Ergebnis der jeweiligen Risikoeinschätzung von Bonität und Wirtschaftslage durch Investoren? Ein Einheitszins für die unterschiedlichen Volkswirtschaften der Eurozone wäre nur dann gerechtfertigt, wenn in der Eurozone ein Staat für den anderen vollumfänglich haften würde. Ist es das, was die EZB mit ihrer extremen Geldpolitik und dem Kauf von Wertpapieren anstrebt? In der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht ließ der Vertreter der EZB tief blicken. Von Fragen bedrängt stellte er das Nichtbestandsgebot des Maastrichter Vertrags auf den Kopf, als er feststellte: Die Währungsunion ist eine Haftungsgemeinschaft.

Quelle: F.A.Z.

146,46

June 21, 2016 1:09 pm

German high court backs ECB on crisis-fighting tool

Claire Jones, Frankfurt



The Constitutional Court said Germany's central bank could participate in the OMT programme as long as certain conditions are met

Mario Draghi has been vindicated by Germany's highest court, which ruled in favour of the European Central Bank's most important — and controversial — weapon to fight financial crises.

Analysts feared a judgment against the [ECB](#) from the Constitutional Court in Karlsruhe would have stoked market jitters two days ahead of a crucial vote on whether the UK remains in the EU. Tensions were soothed after the court said the ECB's Outright Monetary Transactions programme was in line with Germany's constitution.

Mr Draghi, the ECB's president, unveiled the OMT in September 2012, months after he promised the central bank would do "whatever it takes" within its mandate to save the eurozone from collapse. Germany's political and economic establishment was outraged by the OMT's design, which at its core involves a pledge to buy short-term sovereign debt of troubled eurozone economies in potentially unlimited quantities to combat a market panic.

While tensions between the central bank and its [critics in Germany](#) will remain long after Tuesday's verdict, the court said OMT did not present a "constitutionally relevant threat to the German [parliament's] overall budgetary responsibility".

In a landmark judgment on how far the central bank can go to save the single currency from collapse, the court said the programme was "at least to a large extent monetary [policy]" — meaning it fell within the ECB's mandate to stabilise prices.

The [decision](#) clears the last remaining legal hurdle to the deployment of the policy. It also weakens legal challenges against the ECB's quantitative easing programme, under which the eurozone's central bankers are buying €80bn of mostly government bonds each month in an attempt to steer inflation towards their target of just under 2 per cent.

The court said the Bundesbank, Germany's central bank, could participate in the OMT programme as long as certain conditions were met. Those conditions make explicit what was implicit in a European Court of Justice decision on the programme last year.

"The Constitutional Court's judgment was quite clever," said Hendrik Haag, a partner at the German law firm Hengeler Mueller. "It's not a direct contradiction to what the European Court of Justice said. But in explicitly binding the Bundesbank to specific conditions, the criteria for OMT is now much clearer."

Mr Haag added: "There is now a very clear recipe [that the ECB must follow] for OMT."

Mr Draghi has never had to use the OMT, in part because of the credibility of the ECB's commitment to buy large amounts of government debt. Eurozone sovereign borrowing costs are now at or close to record lows in many economies — including some of the weaker members of the currency union.

The handling of the case has important repercussions for European law and highlights tensions between courts responsible for upholding national constitutions and the supremacy of the ECJ.

“The entire case has not only brought German opposition against the ECB's non-standard monetary policy measures into court rooms, it has also been a nice illustration of the ongoing struggle and difficulties in Europe and the eurozone to delegate powers and responsibility from the national to the European level,” said Carsten Brzeski, economist at the German bank ING-DiBa.

In a first for Karlsruhe, the German Constitutional Court in 2014 deferred judgment on the [legality of the OMT](#) to the ECJ. Last year, the [ECJ backed Mr Draghi](#) and said the OMT was within his central bank's mandate.

Peter Gauweiler, the claimant in the case, attacked Karlsruhe for lacking the courage to oppose the ECJ and “attempting to withdraw from the affair to save face”.

“Instead of effectively protecting the European allocation of competencies, the principle of democracy and the budgetary autonomy of the German parliament, the court, while verbally maintaining its aspiration to fend off usurpations of competence by European Union bodies, has in reality backed down in the first serious conflict with the ECJ,” Mr Gauweiler said. “Today is not a good day for democracy in Europe.”

The court did, however, criticise the ECJ's handling of the case, citing concerns over the way facts were established and the judicial review of the ECB's mandate.

The ECB's independence meant there was a “notable reduction” in democratic legitimacy for its actions, the court said, adding that this should have led to “restrictive interpretation and to [a] particularly strict judicial review of the [ECB's] mandate”.

“This holds all the more true if the principles of democracy and sovereignty of the people are affected — and thereby the constitutional identity of a member state, which the European Union is required to respect,” the court said.

Mr Haag said: “The Constitutional Court are pretty right [to criticise the ECJ] for taking for granted what the ECB told them. Each country has its own legal history. And as a lawyer used to the work of constitutional court, I thought the ECJ decision was on the light side.”

The European Commission said: “We welcome that in substance the court confirms the decision by the European Court of Justice.”

The conditions attached to the Bundesbank's participation in the OMT programme mean the volume of the ECB's purchases must be limited from the outset, that purchases are not announced, that bonds are bought only from member states with market access, and that this debt is sold as quickly as possible and only held to maturity in exceptional circumstances.

The ECB has said it will only buy bonds with maturities of between one and three years under the programme, but the limits on volumes could raise doubts about attempts to expand the programme.

One of the most complex questions now facing the central bank is how to ensure the OMT meets rules set by the ECJ and Karlsruhe that require a “minimum period” between governments issuing bonds and the ECB buying the same bonds from investors.

Under EU law, the ECB can only buy government bonds from private investors and not directly from governments. While in theory the ECB could buy bonds from investors minutes after governments issue them, the judgment from Karlsruhe could lead to a push to set a longer minimum period between issuance by states and purchase by the central bank.

“Some of the conditions are quite thorny ones. The ECB has to come up with a sensible solution on what the minimum period is,” said Mr Haag. “[Otherwise] there could be a legal action to say there is a distortion of the minimum period.”

A total of 37,000 German citizens petitioned the Constitutional Court on the OMT’s legality soon after the policy was unveiled. A group of academics and business leaders have filed a [complaint against QE](#).

146,49

- [ECONOMY](#)
- [CENTRAL BANKS](#)

German Court Rejects Legal Challenge to ECB's Bond-Buying Program

European Central Bank still faces four more lawsuits against its quantitative easing policy



ENLARGE

An illuminated euro currency symbol is projected on to the European Central Bank's headquarters in Frankfurt, Germany. The ECB's bond-buying program is credited with easing fears of a breakup of the eurozone. PHOTO: BLOOMBERG NEWS

By [TOM FAIRLESS](#) and [TODD BUELL](#)

Updated June 21, 2016 12:26 p.m. ET

[7 COMMENTS](#)

FRANKFURT—Germany's top court ruled Tuesday that an unlimited bond-buying program created by the European Central Bank at the height of Europe's debt crisis complies with German law, ending a yearslong legal challenge to a program credited with easing fears of a breakup of the currency zone.

The [verdict is an important victory](#) for ECB President [Mario Draghi](#) over his German critics at a time of renewed tensions between the ECB and its biggest shareholder, Germany.

It marks an about-face for Germany's Federal Constitutional Court, which had harshly criticized the bond program in early 2014 before referring it to the European Court of Justice, the European Union's top court. The decision was immediately criticized by top German economists and plaintiffs in the case.

Peter Gauweiler, a conservative politician and one of the most high-profile plaintiffs, warned that the decision demonstrated a lack of courage, and might even affect Britain's referendum on Thursday on whether to leave the EU.

"The message of the judgement is that there is no effective protection through the courts against constant usurpations of competence by the EU authorities," Mr. Gauweiler said. "The judgement may be grist to the mill for Brexit advocates."

The bond-buying program, called Outright Monetary Transactions, or OMT, was created in September 2012, [weeks after Mr. Draghi pledged to do "whatever it takes"](#) to save the euro. While the program has never been used, the mere prospect of a flood of ECB funds to buy the bonds of vulnerable eurozone governments was credited with restoring investors' confidence in the single currency.

It also sparked public outrage and multiple lawsuits in Germany, supported by thousands of plaintiffs, amid concerns that the ECB had overstepped its mandate. Jens Weidmann, president of Germany's powerful Bundesbank, warned that the decision put the ECB in the realm of fiscal policy.

In a four-page news release on Tuesday, the German court ruled that the OMT program "doesn't present a constitutionally relevant threat to the German Parliament's right to decide on the budget," provided conditions lay down a year ago by the European Union's top court are respected.

Testifying to European lawmakers in Brussels, Mr. Draghi said the OMT program had "preserved the singleness of monetary policy within the euro area."

"We always argued that it would fall within the mandate of the ECB," he said.



ENLARGE

Bundesbank President Jens Weidmann, one of the critics of the ECB's bond-buying program. PHOTO: REUTERS

The German court had initially expressed deep misgivings about the OMT program, arguing that the ECB overstepped its mandate and that it constituted monetary financing of governments, which is forbidden under EU law.

But in an unprecedented move, the German court referred the case to the European Court of Justice in early 2014. The European court ruled a year ago that the OMT program was legal, highlighting certain design features that helped restrict its use, including that it is limited to certain types of bonds selected on the basis of precise criteria.

“The backing down of the German constitutional court is a smart move, as it would inevitably have lost the battle against the European Court of Justice on issues of European law,” said Marcel Fratzscher, president of Germany’s Institute for Economic Research in Berlin.

One illustration of the power of OMT: yields on 10-year Italian government bonds have fallen from more than 6% in the summer of 2012 to around 1.5% today, lower than the yield on 10-year U.S. Treasuries.

Crucially, Tuesday’s verdict doesn’t restrict the ECB’s ability to implement its latest €1.8 trillion bond-purchase program, lawyers and analysts said.

“The important thing for the ECB is that its room for maneuver regarding the current asset purchases hasn’t been restricted,” said Holger Sandte, an analyst with Nordea Bank in Copenhagen.

The ruling doesn’t yet mark the end of the ECB’s legal woes in Germany. Four lawsuits have been filed with the constitutional court against the ECB’s latest bond-purchase program, a court spokeswoman said. A date for a decision has yet to be set.

Tensions between the ECB and its host nation have escalated in recent weeks, particularly since the ECB expanded its stimulus in March. In unusually blunt criticism in April, German Finance Minister Wolfgang Schäuble called for an end to easy-money policies and warned that the ECB was partly to blame for the rise of a new populist party, the Alternative for Germany, suggesting its low interest rates had hurt savers.

The OMT program is one of a trio of bond plans created by the ECB since Greece’s debt crisis erupted in 2010. Six years ago, the ECB began buying bonds of Greece, Ireland and Portugal to quell contagion risks from Greece’s crisis. In 2011 it added Spanish and Italian bonds to the mix. In all, the ECB bought over €200 billion in bonds under this program, but it failed to resolve the debt crisis. Analysts said the plan was undermined by its limited and temporary nature and by vigorous opposition from the ECB’s German contingent, and the bond plan was shelved in 2012.

‘[I]t is obvious that the OMT program primarily follows the fiscal goal of maintaining access to credit for highly indebted states’
—Clemens Fuest, president of the Ifo economic think tank

Fifteen months ago, the ECB launched [a massive bond-buying facility](#), known as quantitative easing or QE, to prevent deflation risks and push inflation closer to the bank’s target near 2%. The ECB is purchasing €80 billion a month in public and private debt securities, mostly government bonds, and has said it plans to implement the program at least through March 2017.

In its ruling Tuesday, the German court laid out clear conditions for the Bundesbank to participate in the OMT program, and ordered Germany’s government to keep a close eye on the actions of the ECB.

Clemens Fuest, president of the prestigious Ifo economic think tank, said the German judges “hadn’t dared” to challenge the European court.

“That is a shame because it is obvious that the OMT program primarily follows the fiscal goal of maintaining access to credit for highly indebted states,” Mr. Fuest said.

--Andrea Thomas in Berlin contributed to this article

146,51

ifo-Präsident Fuest kritisiert Verfassungsgericht

21.06.2016

Der neue ifo-Präsident Clemens Fuest hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kritisiert. „Die Richter haben gegenüber ihrem Vorlagebeschluss von 2014 eine Kehrtwende vollzogen und es nicht gewagt, die Europäische Zentralbank (EZB) beim Kauf von Staatsanleihen stärker in die Schranken zu weisen als der Europäische Gerichtshof (EuGH)“, sagte er am Dienstag.

„Das ist schade, **denn es ist offensichtlich, dass das OMT-Programm in erster Linie das fiskalische Ziel verfolgt, hoch verschuldeten Staaten den Zugang zu Krediten zu erhalten. Die damit verbundenen Risiken tragen die deutschen Steuerzahler mit, ohne dass der Bundestag zugestimmt hat.** Die Schranken für eine Beteiligung der Bundesbank durch die Bedingungen des EuGH fallen viel zu schwach aus und hätten vom Bundesverfassungsgericht geschärft werden müssen. Die verlangte dauerhafte Beobachtung der EZB durch Bundestag und Bundesregierung auf Risiken für den Bundeshaushalt ist eine zahnlose Bestimmung.“

Urteile: Karlsruhe stützt EZB-Anti-Krisenkurs unter Auflagen

21. Juni 2016, 16:54 Uhr

Karlsruhe/Frankfurt (dpa) - Zwei Tage vor dem Brexit-Referendum hat die Europäische Zentralbank (EZB) grundsätzlich Rückendeckung aus Karlsruhe für ihren Anti-Krisenkurs bekommen: Das Bundesverfassungsgericht gab einem zentralen Baustein der Euro-Rettung seinen Segen - setzte aber Grenzen.

Die Richter billigten am Dienstag im Grundsatz, dass die EZB einzelne Eurostaaten im Notfall gezielt durch Staatsanleihenkäufe in großem Stil stützt. Damit dürfte sich die Bundesbank an solchen Maßnahmen beteiligen.

EU-Kommission und Bundesregierung begrüßten die Entscheidung zum sogenannten OMT-Programm ("Outright Monetary Transactions") aus dem Sommer 2012, das bislang nie zum Einsatz kam. Die EZB sieht sich bestärkt: "Das Urteil bestätigt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, dass das OMT-Programm mit EU-Recht vereinbar ist und in unser Mandat fällt", sagte Notenbank-Präsident Mario Draghi.

Ein negatives Votum aus Karlsruhe kurz vor der Abstimmung der Briten über den Verbleib in der Europäischen Union hätte an den Finanzmärkten Turbulenzen auslösen können. Anleger reagierten am Dienstag gelassen auf das Urteil.

Allerdings zog das oberste deutsche Gericht Leitplanken ein. Die EZB muss sich an bestimmte Regeln halten. Bundestag und Bundesregierung müssen das dauerhaft überwachen und wenn notwendig einschreiten.

Die deutschen Verfassungshüter schlossen sich damit in wesentlichen Punkten einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Sommer 2015 an. Der Senat habe zwar weiterhin Bedenken, sehe sich aber an die Luxemburger Rechtsprechung gebunden, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle in Karlsruhe.

Mehrere Klagen gegen das OMT-Programm sind damit formal gescheitert. Die Kläger hatten der Notenbank vorgeworfen, ihre Kompetenzen überschritten zu haben. Unstrittig ist jedoch, dass allein die Ankündigung der Währungshüter auf dem Höhepunkt der Euro-Schuldenkrise die Finanzmärkte beruhigte.

Umstritten war, ob die EZB eigenmächtig Risiken für den Steuerzahler eingehen und direkt in nationale Haushalte eingreifen durfte. Die Verfassungsrichter hatten Anfang 2014 schwerwiegende Bedenken geäußert, vorab aber den EuGH entscheiden lassen. Der Luxemburger Gerichtshof sah in dem Beschluss keinen Verstoß gegen EU-Recht. Auf dieser Grundlage fiel nun das endgültige Urteil.

Damit erlauben die Karlsruher Richter der Bundesbank als größtem EZB-Anteilseigner die Teilnahme an OMT-Anleihenkäufen unter bestimmten Bedingungen. Zum Beispiel dürften solche Käufe nicht vorab angekündigt werden. Ihr Volumen müsste im Voraus begrenzt sein.

Bundesregierung und Bundestag verpflichtet der Richterspruch, die Umsetzung des Programms dauerhaft zu überwachen und bei Verstößen einzugreifen. Dabei muss die Politik auch darauf achten, ob gekaufte Anleihen später noch zu einem Risiko für den Bundeshaushalt werden.

Das Verfassungsgericht habe klargestellt, dass für die Überprüfung des Mandats der Notenbank in erster Linie der Europäische Gerichtshof zuständig sei. "In dieser Rechtsauffassung fühlen wir uns bestätigt", erklärte Finanzstaatssekretär Jens Spahn (CDU).

Geklagt hatten unter anderen der frühere CSU-Vize Peter Gauweiler, der Verein "Mehr Demokratie" mit Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) und die Linksfraktion im Bundestag.

"Ich bin zufrieden, weil Auflagen erteilt worden sind, die es vorher nicht gab", sagte Gregor Gysi, Ex-Fraktionschef der Linken im Bundestag. Der frühere CSU-Vize Peter Gauweiler betonte die Bedeutung für die

anstehende verfassungsrechtliche Bewertung der aktuellen Anleihenkäufe der EZB. Auch dagegen gibt es bereits Klagen.

Um die Konjunktur anzukurbeln, steckt die Notenbank seit März 2015 viele Milliarden Euro in Staats- und Unternehmensanleihen ("Quantitative Easing", QE). Auf diese Käufe ist das Urteil nach Einschätzung von Volkswirten nicht direkt übertragbar. Der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, sieht in den Auflagen für die praktische Geldpolitik keine Einschränkung.

Nach Einschätzung von Helmut Siekmann, Professor an der Universität Frankfurt und Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS) ist die EZB "nicht gestärkt, aber auch nicht wesentlich geschwächt": "Es bleibt ein gewisser Schwebezustand."

Der neue ifo-Präsident Clemens Fuest kritisierte das Urteil als "Kehrtwende". Das Gericht habe es nicht gewagt, die EZB beim Kauf von Staatsanleihen stärker in die Schranken zu weisen als der EuGH.

Aus Sicht des Wirtschaftsweisen Volker Wieland hat Karlsruhe dagegen gewisse Grenzen für die Beteiligung der Bundesbank an OMT gesetzt: "Das hat Signalwirkung auch für die anderen Mitglieder des EZB-Rates".

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) forderte: "Es ist nun höchste Zeit, in Deutschland einen Schlussstrich unter die Streitigkeiten mit der EZB zu ziehen." Die rechtlichen Querelen könnten die Glaubwürdigkeit der EZB schädigen und damit letztlich der deutschen Wirtschaft schaden.

[Verfassungsgericht \(BVerfG\) zur Verhandlung am 16. Februar](#)

[Gliederung der Verhandlung](#)

[Urteil des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\), 16.6.2015](#)

[Verfassungsgericht zur Vorlage an den EuGH, 7.2.2014](#)

[BVerfG-Beschluss zur Aussetzung des Verfahrens, 14.1.2014](#)

[EZB zum OMT-Programm, 6.9.2012](#)

[EZB-Kaufprogramme, auf Englisch](#)

[Rechtlicher Rahmen der EZB](#)

[Allgemeine Infos zur Europäischen Zentralbank](#)

[Allgemeine Infos zu Verfassungsbeschwerden](#)

[Allgemeine Infos zu Organstreitverfahren](#)

[Mitteilung Bundesverfassungsgericht zu Urteil 21.6.2016](#)

[Urteil Bundesverfassungsgericht 21.6.2016](#)

[Draghi-Rede 21.6.2016](#)

Seitennavigation

STARTSEITE

146,54

21. Juni 2016, 18:48 Uhr

Karlsruher EZB-Urteil

Das Huhn und der Euro

Das Bundesverfassungsgericht urteilt: Mario Draghi darf nicht nur brüten, er darf auch fliegen. Mit diesem Urteil beendet das Karlsruher Gericht seinen 42-jährigen Konflikt mit dem Luxemburger EU-Gerichtshof.

Von Heribert Prantl

Das Huhn, das goldene Eier legt: Vor Jahrzehnten warben deutsche Banken mit diesem Motto. Heute ist die Europäische Zentralbank (EZB) für die goldenen Eier zuständig. Die EZB muss zu diesem Zweck das tun, was ein Legehuhn tun soll: auf dem Nest sitzen.

Wenn man sich also Mario Draghi (nicht um ihn zu beleidigen, sondern um den hoch komplizierten Streit um sein OMT-Programm anschaulich zu machen) als Huhn vorstellt, wird die Sache klar: Darf das Huhn nur brüten? Oder darf es auch flattern? Darf es, wenn es sein muss, auch einmal über den Zaun fliegen? Darf es gar so tun, als wäre es ein Adler? Die Kläger in Karlsruhe wollten dem Huhn verbieten lassen, dass es abhebt; sie wollten sein Flattern und Fliegen verhindern. Sie wollten mit ihren Klagen erreichen, dass das Bundesverfassungsgericht dem Huhn die Flügel stutzt. Sie sind gescheitert.

Das Urteil belässt dem Huhn seine Freiheit, es lässt der Europäischen Zentralbank ihre Spiel- und Freiräume; die sind groß und die bleiben groß. Aber sie sind nicht beliebig, die EZB darf sich nicht ihr eigenes Recht setzen. Draghi kann also nicht tun und lassen, was er will. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist eine Unabhängigkeit von der Politik, sie ist eine Unabhängigkeit von den Regierungen, aber nicht eine Unabhängigkeit vom Recht. Das Recht bestimmt die - allerdings weit gesetzten - Grenzen der EZB-Währungspolitik. Und die Einhaltung dieser Grenzen garantiert vor allem und zuerst der Europäische Gerichtshof. Das ist nun das Ergebnis des historischen Streits zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Draghi darf nicht nur brüten, er darf auch fliegen

Der kalte "dreißigjährige Krieg" zwischen dem deutschen Verfassungsgericht in Karlsruhe und dem EU-Gerichtshof in Luxemburg, der genau genommen ein zweiundvierzigjähriger Krieg war, ist zu Ende. Das jüngste Karlsruher Urteil markiert den Frieden von Karlsruhe und Luxemburg. Das große Gericht in Karlsruhe akzeptiert, nach langem Zögern, aber nun mit souveräner Geste, bei europäischen Angelegenheiten die Interpretationshoheit und die Entscheidungsgewalt des noch größeren Gerichts in Luxemburg.

Das ist ein neuer Friede zum Wohl Europas. Das höchste deutsche Gericht in Karlsruhe wollte es nicht riskieren, dass nach einem Bannstrahl aus Deutschland womöglich die Basis des EU-Gemeinschaftsgerichts erodiert, es wollte nicht riskieren, dass Gerichte oder Regierungen anderer EU-Staaten sich nun ermuntert fühlen könnten, Luxemburger Entscheidungen zu missachten.

Karlsruhe unterwirft sich nicht Luxemburg, Karlsruhe wiederholt aber in einer ganz entscheidenden Frage, nämlich bei der Euro-Rettung, was es vor ein paar Jahren bei der berühmten "Honeywell"-Entscheidung schon gesagt hat: Der EU-Gerichtshof in Luxemburg habe einen Anspruch auf Fehlertoleranz, solange damit die deutsche Verfassungsidentität nicht verletzt wird. Eine solche Verletzung sahen die Karlsruher Richter bei der Euro-Rettung nicht - auch wenn sie dazu allerlei Vorbehalte formulierten.

Das ist nicht der von den Klägern, das ist nicht der von Peter Gauweiler & Co. erhoffte Donnerschlag gegen die behaupteten Verstöße gegen das Grundgesetz und die deutsche Souveränität; das ist ein Handschlag der Karlsruher mit den Luxemburger Richtern; das ist der herz hafte Einstieg in eine wohlwollende Kooperation. Karlsruhe erklärt nicht seinen Rückzug aus den europäischen Dingen, lässt aber dem Luxemburger Gericht auch in den kitzeligsten EU- und Euro-Angelegenheiten das Vorrecht.

Seit dem berühmten "Solange-I"-Beschluss von 1974 hatte es sich das Bundesverfassungsgericht vorbehalten, in jedem Einzelfall die Vereinbarkeit von europäischem mit deutschem Recht selbst zu prüfen. EU-Recht und dessen Interpretation in Luxemburg wollte das höchste Gericht in Karlsruhe nur akzeptieren, "solange" das dem Karlsruher Gusto entspricht. Dieser Gusto, dieser Karlsruher Geschmack hat seine grundgesetzlich festgelegten Vorlieben. Nun erklärt das Karlsruher Gericht, dass es künftig auch Speisen akzeptiert, die es für versalzen hält - solange sie noch irgendwie genießbar sind . . ., weil halt die Geschmäcker in Europa verschieden sind. Der eine mag's scharf und deftig, der andere nicht.

Nach Belieben schalten und walten kann die Europäische Zentralbank aber auch jetzt nicht. Zwar nehmen sich die Karlsruher Richter zurück. Aber die Luxemburger Richter hatten ja zuvor erklärt, dass die EZB unter ihrer rechtlichen Aufsicht steht. Das hat den Karlsruher Richtern ihr Urteil erleichtert. Die Luxemburger Richter müssen nur ihr Rechtsversprechen auch einlösen.

Das bedeutet: Die Europäische Zentralbank darf nicht aus der Rolle fallen. Das Huhn muss Huhn bleiben, es darf sich nicht zum Adler aufschwingen.

146,56

Wer versteht Europa?

Der verspätete Kontinent

Man tue die Antieuropäer nicht als Populisten ab. Vielleicht sind sie Realisten. Was hat die EU denn gebracht? Vom Nutzen und Nachteil eines Experiments, das vielleicht keine Zukunft hat. Ein Gastbeitrag.

25.06.2016, von HERMANN LÜBBE

Unter deutschen Europa-Politikern ist die Meinung populär, ja, unwidersprechlich geworden, nationalstaatliche Souveränitätsansprüche verlören fortdauernd an Geltung. Wo sie sich dennoch erhöhen, habe man es mit Überwindungsbedürftigen Vorgestrigkeiten zu tun. Prominente Intellektuelle sprechen von „postnationalen Konstellationen“, in denen wir uns bereits jetzt befinden, in die wir uns aber noch nicht sachangemessen hineingedacht hätten.

Richtig ist trivialerweise, dass Nationalstaaten, kleine wie große, fortschreitend an Autarkie verlieren, ökonomisch und technisch, informationell und selbstverständlich auch militärisch. Der Anteil der Lebensvoraussetzungen wächst, die auch für Großstaaten innerhalb der eigenen Grenzen sich nicht mehr beschaffen und sichern ließen - von der frühneuzeitlich schon deklarierten Freiheit der Meere bis zur Gewährleistung der technischen und sonstigen Bedingungen des internationalen Transfers von Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Wie erklärt es sich, dass in etlichen europäischen Ländern der Anteil der Bürger rasch anwächst, die mit der EU-Politik hadern, ja, sie für revisionsunfähig, schadensträchtig halten und sogar Austrittsbewegungen favorisieren? In Frankreich wie in Deutschland sind bekanntlich die EU-kritischen Bewegheiten inzwischen sogar politisch wirksam verfasst, entziehen den sogenannten Altparteien Stimmen und konsolidieren sich ihrerseits als Parteien. Die publizistisch, auch parlamentarisch immer noch dominante Antwort auf diese Frage lautet, hier breite sich „Populismus“ aus.

Argumente bitte, keine Moralisierung

Demokratiepolitisch gesehen, ist das eine prekäre Diagnose. „Populismus“ - so nennt man doch die Spekulation auf politische Zustimmungsgewinne durch Appelle an sich ausbreitende Volksmeinungen, die in der dominanten politischen Klasse als selbstschädigend, ja, moralisch zweifelhaft eingeschätzt werden. Meinungen dieser Art haben ja tatsächlich ihren Auftritt, und es wäre eine ihrerseits politisch selbstschädigungsträchtige Demokratieromantik, Volksmeinungen schon ihres Subjekts wegen für unfehlbar zu halten. Selbst dominanter Konsens verurteilt aber Dissenter nicht zum Schweigen, und ebendeshalb bleibt im Verfahrenskontext der Demokratie der Versuch stets prekär, unangenehme Meinungen, die oft und nachhaltig sich politisch zur Geltung bringen, in der Absicht, demgegenüber die eigene Meinung zu einer Meinung mit Sondergeltung zu erheben, als „unerhört“ oder „indiskutabel“ mundtot zu machen.

Auch im eigenen Interesse ist es oft besser, statt Abscheu Argumente aufzubieten, wie aktuell in der Debatte über Nutzen und Nachteil der Europäischen Union die Briten, die sich in einem Referendum jetzt mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der [EU](#) entschieden haben. Gewiss: Es gibt Kontinental-Europäer und sogar europapolitisch Einflussreiche, die finden, der Austritt der Briten sei für die Union sogar vorteilhaft. Jetzt hat man es ja endlich nicht mehr mit einem Mitglied zu tun, dem man auf seine mannigfachen Einigungsvorbehalte statt moralisierend politisch argumentierend entgegen müsste.

Eben das ist ja die europapolitische Vorzugslage, die Großbritannien sich auch intern durch die Abstimmung über die Fortdauer der Unionszugehörigkeit gesichert hatte: Die Regierung hielt, realistisch, einen nach geänderten Zugehörigkeitsregeln fortdauernden Verbleib in der Union für vorteilhaft. Diese Vorteile hatte die Regierung ihren austrittsgeneigten Bürgern gegenüber statt moralisierend argumentativ der Sache nach darzutun. Sie hat aber zu wenig überzeugt. Das ist für Großbritannien ein sogar quantitativ kalkulierbarer Schadensfall, aber doch keine Aufkündigung der Geltung der Werte, wie sie in den Ländern Europas gemeinhin wie auch sonst in der Welt Geltung haben.

Wer redet da von „Kleinstaaterei“?

Der Fall Großbritannien ist für die aktuellen Debatten um die angeblich postnationalen Voraussetzungen und Konsequenzen der europäischen Einigung noch aus einem zusätzlichen Grund wichtig. In Großbritannien steht jetzt nach dem Brexit-Referendum die politische Beantwortung der Frage an, ob das Land als solches fort dauern oder sich nach gut dreihundert Jahren seiner weltgeschichtlich so überaus wirksamen Existenz auflösen solle, in die beiden Herkunftskronländer England und Schottland vor allem. Mehr als eine gelegentliche Interessensbekundung in dieser Sache war nicht Sache der kontinentalen Mitgliedsländer der [Europäischen Union](#) - wohl aber die Wahrnehmung, was die Debatte über Nutzen und Nachteil der Errichtung neuer souveräner Nationalstaaten auf den Britischen Inseln für die vorherrschende populäre Meinung vom Postnationalismus bedeutet, der vermeintlich den Prozess der europäischen Einigung prägt.



© WONGE BERGMANN  „Ideologische und politische Extremismen sind plausible Reaktionen auf

Erfahrungen sich auflösenden Vertrauens in die Zukunftsfähigkeit verfügbarer institutioneller und pragmatischer Bedingungen politischen Handelns“: Hermann Lübbe.

Die „Konstellationen“, die sich hier herausbilden, sind ja gerade nicht „postnational“. Sie sind vielmehr eine Konsequenz der Ausdifferenzierung nationaler Interessen in einem dramatisch verlaufenden Prozess der Pluralisierung der Staatenwelt. Es trifft ja zu, dass die Staatenwelt heute dichter als jemals zuvor in Staatsgrenzen überschreitende Institutionen mit großräumigen Zuständigkeiten eingebunden ist. Völkerrechtliche Beziehungen mit ihren wechselseitigen Rechten und Pflichten verdichten sich. Aber mit der Herausbildung neuer Großstaaten ist dieser Prozess gerade nicht verbunden.

Ganz im Gegenteil war das zwanzigste Jahrhundert eine Epoche irreversiblen Verfalls staatlich verfasster oder beherrschter Großräume gewesen. Zählt man durch, **so ergibt sich nahezu eine Verneunfachung souveräner Nationalstaaten im Verlauf von sieben Jahrzehnten. Ausnahmslos sind diese Staaten inzwischen Mitglieder der UN und existieren somit im Schutz des Völkerrechts.** Vor der Wucht dieses Vorgangs wirkt die gutgemeinte Erklärung eines hochgestellten EU-Beamten deutscher Herkunft weltfremd, der bei Gelegenheit einer Konferenz in Luxemburg erklärte, der Sinn der europäischen Einigung sei die Überwindung der „Kleinstaaterei“ auf unserem Kontinent.

Was ist denn eine Nation?

Was sich tatsächlich abspielt, beschreibt man besser mit Rekurs auf das moderne Völkerrecht - **mit dem ersten Artikel der Charta der Vereinten Nationen von 1945 zum Beispiel, der in seinem zweiten Absatz bekanntlich den Grundsatz der „Selbstbestimmung der Völker“ deklarierte, der von nun an die „Beziehungen zwischen den Nationen“ prägen solle.** Die politische Frage des neunzehnten Jahrhunderts, was denn überhaupt eine Nation sei, hat sich dabei freilich neuerlich als spannungsträchtig erwiesen. So oder so ist die Nation nichts, was sich allein schon durch die Proklamation einer guten Verfassung stiften ließe.

Wieso wächst aber just im unleugbaren Vorgang des rasch sich verdichtenden völkerrechtlichen Staatenverbunds die Menge der darin kooperierenden souveränen Staaten, statt abzunehmen, dramatisch an? **Auch heute noch stehen ja weitere staatliche Separationen auf der politischen Tagesordnung.** Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen und Gründen der modernisierungsspezifischen Pluralisierung der Staatenwelt ist nicht einmal schwer zu finden.

Aber sie ist ungewohnt und verlangt die Neuvergegenwärtigung des möglicherweise schon vergessenen Schulwissens, dass in jedem Verbundsystem die Menge der Möglichkeiten der Mitglieder dieses Verbunds, Beziehungen untereinander herzustellen, in einem quadratischen Verhältnis zur Anzahl dieser Mitglieder anwächst. Das gilt jedenfalls dann, wenn die Mitglieder eines solchen Systems nach Funktion und Interaktion nicht gemäß dem fixierten Plan einer Maschinenmechanik ein für alle Mal festgelegt, vielmehr frei sind in Nutzung kontingent unterschiedlicher Gelegenheiten, sich zu verbinden, zu trennen und in anderen Kombinationen neu zu verbinden, Erfahrungen zu sammeln und zu transferieren oder Kapitalien aller Art zu bilden, um zu investieren.

Abhängig vom Recht auf Selbstbestimmung

Zentralstaatsgemäß und planungsverpflichtet sind die Vorzüge solcher Freiheiten nicht zu haben. Sie sind von gewährleisteten Selbstbestimmungsrechten abhängig - mit dem Effekt fortschreitender Generierung neuer Handlungsmöglichkeiten und Zwecke, die keine Planung im Vorhinein hätte entwerfen können. Eben das pluralisiert dann zugleich die Selbstbestimmungsinteressen und erklärt die Rationalität der nach Zahl und Inhalt expandierenden Souveränitätsansprüche staatlicher Gebietskörperschaften im Verbund wechselseitiger Abhängigkeiten, in die uns kraft ihrer Lebensvorzüge die moderne Zivilisation weltweit hineinzwingt.

Hat man sich diese Zusammenhänge klargemacht, **dann versteht man zugleich Nutzen und Nachteil der EU besser. Als Freihandelszone von kontinentaler Weite sind ihre Vorzüge unwidersprechlich,** und vom Interesse Großbritanniens, doch wenigstens auch weiterhin am europäischen Freihandel partizipieren zu können, war schon die Rede. **Auf das Stichwort „Freihandelszone“ reagiert freilich die dominante europapolitische Öffentlichkeit, zumal in Deutschland, vorwiegend empfindlich - als wäre es eine Missachtung höherer Zwecke, die man auch noch hat, einen Zweck zu rühmen, der vielleicht dürftiger, aber dafür bereits erreicht ist. Es gehe doch, hört man, darum, aus Europa eine „Wertegemeinschaft“ zu machen, zur Wahrung des Friedens letztendlich.**

Friede ist Voraussetzung der EU

Die Rede, immerhin verdanken wir doch der Union eine für europäische Verhältnisse beispiellos lange Friedenszeit, ist wirklichkeitsfremd. **Der Friede, der in Europa mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwingend wurde, war eine Voraussetzung europäischer Vergemeinschaftungen, aber doch nicht ihre Wirkung. Überdies blieb just die Friedenserhaltungsmacht der Union, als es einmal darauf ankam, beschämend schwach, in der Bosnien-Krise nämlich, als das alte Jugoslawien zerfiel. Die**

europäische Gemeinschaft war hier zu einer politischen adäquaten Antwort in friedenserhaltender Absicht gar nicht fähig. Die Amerikaner waren es, die mit militärischen Mitteln die Rückkehr zum Frieden erzwangen.

Das also ist unvergessen, im Kontext der islamistischen Herausforderungen erst recht. **Umso wichtiger bleibt, nach dem Verlust ihrer Geltung als Friedensmacht, die wirtschaftspolitische Effizienz der EU.** Inzwischen ist auch diese, wie bekannt, nicht mehr unbestritten, und man ist gut beraten, jetzt nach dem Realismus im verbreiteten Anti-EU-Populismus zu fragen. **In den europäischen Ländern, die vor der Gründung der Währungsunion als Hartwährungsländer galten, in Deutschland zumal, gilt der Euro inzwischen als bedauerlicher und bedrohlicher Schadensfall.** Das hat seine Gründe, darunter auch harte Gründe.

Der Währungsverbund ist fragwürdig

Wozu überhaupt ein Währungsverbund, der Europa, statt seine Union zu festigen, just geldpolitisch mehr als je zuvor und mit schwerwiegenden Folgen teilte? Frühe Warnungen sind unvergessen geblieben - die des damaligen Schweizer Nationalbankpräsidenten Markus Lusser zum Beispiel, der konstatierte, ein Verbund starker Währungen könne tatsächlich einen bescheidenen Vorteil haben, ein Währungsverbund mit Einschluss der Schwachen hingegen werde zum Großschadensfall werden.

Für sprachempfindliche Laien musste bereits ein signifikanter Metaphernwechsel, der die neue Einheitswährung rhetorisch begleitete, Misstrauen erwecken. **Jahrelang galt doch die künftige, vertraglich in Aussicht gestellte europäische Währung als „Krönung“ der Union. In Reaktion auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde jetzt die Einheitswährung zum „Motor“ des EU-Verbunds auf dem Weg zu ihrer Vollendung bestellt.** Beschwichtigend gaben in Deutschland Experten zu verstehen, ganz unmetaphorisch habe **Frankreich** die deutsche Wiedervereinigungseuphorie als Gelegenheit zur Abschaffung der D-Mark in der Absicht genutzt, den prestigeschädigenden Zwängen zur Abwertung des Franc, komplementär zu den Aufwertungen der Deutschen Mark, zu entkommen. Das mag man im Rückblick kaum glauben - schädigte das doch die Exportchancen Frankreichs, und das abermals komplementär zu einschlägigen Begünstigungen deutscher Präsenz auf dem Weltmarkt. Das und anderes mehr sind keine Fragmente aus fachlichem Insiderwissen.

„Koste es, was es wolle!“

Die Überschuldungskrise ist nicht nur ein europäisches Thema. **Aber die öffentliche Meinung, nicht nur in Deutschland, glaubt doch nicht grundlos zu wissen, dass die Gemeinschaftswährung in Europa hoffnungslose Exzessverschuldungen gefördert hat; und die Kreditschöpfungskunst der Europäischen Zentralbank, die in den Euroländern beklagt oder gefeiert wird, wirkt inzwischen wie ein Tun im Vorgriff auf Privatvermögen einschließlich der Sparguthaben. Im Rückblick hat es aus der Perspektive der Bürger seine Evidenz, dass der Euro statt als europäischer Einheitsbeschleunigungsmotor als Entsolidarisierungsferment wirksam ist.** Schwerwiegende Mängel der Regeln, die die Einheitswährung solide machen sollten, liegen zutage, die inzwischen entdeckte und praktizierte Möglichkeit der Europäisierung der Staatsschulden vor allem.

Die Schadensträchtigkeit der Entwicklung hat Dimensionen, die sich in der **Standardabwehr** verantwortlicher Parteien spiegelt: **Sie sakralisieren den Währungsverbund, wie Peter Graf von Kielmansegg das genannt hat.** Das bedeutet: **Man beschweigt feiernd, was zu erörtern wäre.** Die Konsequenz dieses Verhaltens ist **demokratiepolitisch ihrerseits schadensträchtig.** Sie versetzt Personen, die sich mit Besorgnissen zu Wort melden, in den Status von Unpersonen, **Thilo Sarrazin** zum Beispiel, der darüber freilich zum Bestsellerautor wurde und damit den europäischen Schadensfall noch vergrößerte.

„Koste es, was es wolle!“ - so sagt man mit hörbar mutmachender Übertreibung in Alltagsnotfällen, denen man sich gewachsen weiß. Mit vollem Ernst gesagt, müsste es sich schon um Fälle in der Nähe zur Alternative von Krieg und Frieden handeln, um noch passend zu wirken. **Als Auftakt zur kostenträchtigen Rettung einer über ein ungeeignetes Währungsgebiet hinaus ausgebreiteten Währung passt das Wort schlechterdings nicht. Entsprechend hat es Wähler wie Parteifreunde erbittert, und so wirkt es bis heute fort.**

Ist direkte Demokratie die Antwort?

Die politischen Konsequenzen sind bekannt: Zustimmungsverluste der Parteien, die sich über selbstaufgelegte Correctness-Regeln für die Erörterung wichtiger Fragen, die anhaltend die Bürger beschäftigen, unfähig gemacht haben, dazu das Aufkommen von Alternativparteien, die tatsächlich auch durch **„Populismen“**, also durch wirklichkeitstranszendente Ungemeinheiten sich auffällig machen, nichtsdestoweniger aber im Interesse der Erhaltung eigener Wirklichkeitsnähe ernst zu nehmen sind. **Schließlich ereignen sich Geltungsverluste der ganzen sogenannten politischen Klasse.**

Komplementär dazu aktivieren sich direktdemokratische Betätigungswünsche, die ja, wenn sie denn auch rechtlich Geltung gewannen, als Faktor der Parteienkontrolle wirken würden und überdies Solidität der politischen Informationen der Stimmbürger steigern könnten. Ohnehin befindet sich ja kraft Ausbildung und Tätigkeit in wie nie zuvor anspruchsvollen Berufen und Beschäftigungen die politische Urteilskraft der Bürger auf einem historisch beispielloser hohen Niveau, und destruktive, wirklichkeitssentlastete Populismen sind heute nicht nur beim Publikum anzutreffen, vielmehr im Altparteienmilieu gleichfalls.

Entsprechend nimmt generell die Anzahl der Fälle zu, in denen die Bürger sich mit Entwicklungen konfrontiert finden, auf die dominante Parteien, durch sakralisierte Populismen gesprächsunfähig geworden, antwortlos zu sein scheinen. **Die mit guten Gründen bezweifelte**

Zukunftsfähigkeit des Euros als einer Währung, die Länder inkompatibler Fiskalpolitiken zusammenbinden soll, ist dafür das mit Abstand wichtigste Beispiel.

Wie die EU ihre Werte am besten schützt

Das andere, momentan sogar aktuellere ist die **Migrationskrise**. Es ist trivial, ja, banal, dass nach demokratisch uneingeschränkt legitimierbarer Entscheidungskraft wie nach mobilisierbaren technischen, sozialen und finanziellen Ressourcen die europäischen Nationalstaaten von Österreich bis Schweden und von Frankreich bis Ungarn mit Einschluss ihrer Interaktionen für die Mobilisierung migrationspolitischer Fähigkeiten ungleich kompetenter sind als die Union. Nichtsdestoweniger: **Ebendiese allenfalls subsidiär hilfreiche Union als Generalmigrationsproblemlöser anzurufen bewirkt statt nützlicher Effekte Selbstisolation und überdies die Selbstisolation besonders schadensträchtiger Sorte durch Erhebung eines höheren moralischen Anspruchs.**

Es gebe „überall nichts in der Welt“, fand Kant, „was für gut könnte gehalten werden, als allein ein guter Wille“. Das hört sich gut an, ist aber nur richtig, wenn der Wille über seine Güte hinaus auch gut beraten, also klug ist und die Zweckmäßigkeit seines Handelns unter Kontrolle zu halten weiß. Auch die „Werte“, denen die europäische Gemeinschaft als Wertegemeinschaft sich verpflichtet weiß, verlangen ebendiese Kontrolle. **Der Begriff der Werte entstammt ja der Ökonomie, und nirgendwo taucht er in den alteuropäischen Ethik-Lehrbüchern oder auch in unseren Katechismen auf. „Wert“ - das ist das Resultat der Schätzung einer Sache, einer Norm oder auch einer Handlung unter dem Aspekt ihrer Dienlichkeit für Zwecke, auch für gemeinsame Zwecke, und dabei kann man sich naheliegenderweise in komplex gewordenen Lebensverhältnissen auch verschätzen.**

Aus heutiger Perspektive ist es leicht zu finden, dass sich die europäische Währungsgemeinschaft im vermeintlichen Unwert der Währungskonkurrenzen, die der Euro dann tatsächlich beendete, grob verschätzt hat. Und ebenso ist inzwischen evident geworden, dass es den Wert des Asylrechts im Ensemble der Menschenrechte faktisch beschädigen müsse, wenn man in letzter Instanz seinetwegen die europäischen Grenzen öffnet oder als wichtigsten Kontrollpartner die Türken bemüht. Ihre Werte schätzt die Europäische Union am besten, wenn sie sich ihrer pragmatischen Zwecke versichert und das Urteil über die Zweckmäßigkeit ihrer Politik der Gemeinschaft der ihr angehörigen souveränen, nämlich uneingeschränkt demokratisch legitimierten Staaten überlässt.

Deutschland will nicht mehr es selbst sein

Es wäre Populismus, heute das geeinte Europa immer noch, wie einst sein erster Kommissionspräsident, für einen „unvollendeten Bundesstaat“ zu halten. Dieser Populismus erweckt die Illusion, Europa sei auf dem Wege zu diesem Ziel. **Vorzugsweise in Deutschland, wo eine historisch erklärbare Neigung verbreitet ist, nicht mehr man selbst sein zu wollen, ist diese Meinung verbreitet. Entsprechend meint man, wir existierten bereits postnational. Weder in Norwegen noch in der Schweiz wäre das diskutabel, in England und Schottland erst recht nicht und in Frankreich ohnehin nicht und so auch in Polen nicht anders.**

Nicht die Verfügbarkeit des Euros in einem fiktiven souveränen europäischen Großstaat ist ein geeigneter Maßstab für die Einschätzung des Werts dieser Währung, sondern einzig die haushaltspolitischen Folgen seiner Verfügbarkeit sind es. Und nicht die Hoffnung auf unionsweit geltende migrationspolitische Entscheidungen ist hilfreich, vielmehr das Vorbild einzelner Länder, die nach Verfahren und integrierter Effizienz in Europa sich besser als ihre Nachbarn migrationspolitisch zu behaupten wissen.

Es drängt sich die Frage auf, wieso einem die in Deutschland zumeist als „populistisch“ gekennzeichneten Manifestationen von Sorgen, die Zukunftsfähigkeit deutscher Regierungs- und Volksparteien betreffend, in den neuen Bundesländern ungleich auffälliger und häufiger als im Westen begegnen, und das überdies oft mit Äußerungsformen, die in der Tat populistisch sind, nämlich in ihrem Meinungsgehalt so weit verbreitet wie sachfern. Die Beantwortung dieser Frage scheint mit Schwierigkeiten verbunden zu sein - insbesondere bei westlich geprägten Intellektuellen, denen es Genugtuung bereitet hätte, wenn sie in Nachwirkung des stets abschätzig thematisierten DDR-Sozialismus, weil er doch, immerhin, ein Sozialismus war, in Dresden oder Leipzig statt neonationalistischer Bewegtheit gern migrationspolitischen Internationalismus hätten demonstrieren sehen, nicht zuletzt im Gegensatz zu neoliberalistisch infizierten Dekadenzen im Westen.

Woraus sich der Erfolg der AfD speist

Die medial verbreitetste Erklärung des Faktums, dass just in der Ex-DDR die Ausrufung einer Alternative zur liberalistisch verfärbten, postnationalistischen Öffentlichkeit Westdeutschlands am lautesten tönt, will wissen, es handele sich dabei um einen intellektuellen Provinzialismus, der sich in der DDR, unbeschadet ihres altsozialistischen Internationalismus, in der Konsequenz ihrer bedauerlicherweise unvermeidlich gewordenen zuwanderungslosen Abschottungspolitik habe ergeben müssen. Just dort, wo es Migrantenmassen gar nicht gab, habe entsprechend die Ausrufung der Überfremdungsgefahr das nachhaltigste Echo auslösen können.

Die Plausibilität dieser Erklärung lebt von der intellektuellen Befriedigungswirkung, die es bereitet, eine Erklärung, die auf den ersten Blick paradox zu sein scheint, auf den zweiten Blick als zwingend verstehen zu dürfen. Selbst wenn man das gelten ließe, hat eine ganz andere, ungleich schlichtere Erklärung ungleich größere Plausibilität: Der DDR-Sozialismus war ja, wie der Sozialismus generell, von Fortschritten der Erfahrung seiner Zukunftsunfähigkeit belastet - im Vergleich mit den wirtschaftlichen und sonstigen Freiheiten der nahen BRD ohnehin und intern im Anblick von Phänomenen des sich ausbreitenden Verfalls zu Hause. Das löste den Jubel der Menge aus, die beim Fall der Mauer, wie befreit, durch deren Lücken drang.

Man sucht nach einer Erklärung, wieso einem prominenten westlichen Intellektuellen eine vor die Fernsehkamera gehaltene Banane passend zu sein schien, um das plausibel zu machen. Zu diesem Plausibilisierungsversuch passt dann seinerseits der nachgeschobene demokratieromantische Tadel, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hätte doch nicht, die Gunst eines historischen Augenblicks nutzend, als Beitritt der DDR zur BRD sich ereignen dürfen, sondern als Ereignis einer reiferen Demokratie, als Konsensresultat nämlich von Verhandlungen eines Verfassungskonvents von Bürgern zweier auf- und hinaufhebungsbedürftiger Republiken.

Vaterlandsrhetorik im DDR-Sozialismus

So oder so: Was tatsächlich stattfand, wurde dominant als Befreiung durch Zugehörigkeit zum zukunftsfähig verfassten Teil des eigenen Landes nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus erfahren. Die Last kollektiver Erfahrung, so könne es auf Dauer nicht weitergehen, fiel ab. Ebendiese spezifisch ostdeutsche Erfahrung erklärt jetzt zugleich, wieso der Osten Deutschlands auf die neuen und aktuellen gesamtdeutschen Erfahrungen von einer ersichtlich zukunftsunfähigen europapolitischen Entwicklung auffälliger reagiert als der Westen, bis hin zu den vielbeklagten Populismen. Den real existent gewesenen Sozialismus hatte man glücklich hinter sich, nun aber überraschend die Solidaritätsgemeinschaft aller europäischen Schuldner vor sich und außerdem die Folgen der Vorwegübernahme der als europäisierungsfähig ausgerufenen Lasten einer pragmatischemsueu chaotisierten Migrationspolitik.

Die Rason der politischen Suche nach zukunftsfähigen Antworten auf die genannten politischen Herausforderungen der europäischen Gegenwart ist überall in Deutschland dieselbe. Aber die Erfahrungen der Dringlichkeit einer alternativen Politik gewannen zwangsläufig größere Intensität, wo man ganz anderen Aussichtslosigkeiten, die Zukunft des eigenen Landes betreffend, vor kurzem ja erst entronnen war. Das spiegelt sich heute in den Wahlergebnissen von Ost und West. Dass im Osten Deutschlands die Suche nach Alternativen häufiger als im Westen zugleich von nationalpolitischer Rhetorik Gebrauch macht, lässt sich als sozialistisches Erbstück verständlich machen. Es lohnt sich, an die Präsenz von Vaterlandsrhetorik zu erinnern, die im sozialistischen Deutschland auffälliger war.

Mir selbst begegnete diese Vaterlandsrhetorik bereits unvergesslich bei Gelegenheit meiner Entlassung aus der sowjetischen Gefangenschaft im Frühherbst des Jahres 1945. Damals stellte sich die sowjetische Besatzungspolitik ersichtlich um, in der Absicht einer Sozialisierung der von ihr beherrschten Territorien Deutschlands, und die Massenentlassung eines Teils der Kriegsgefangenen war ein naheliegender Teil dieser Politik. Zur Verabschiedung erklärte uns Ex-Jungsoldaten der Hitler-Wehrmacht ein sowjetischer Oberst, die tapfere Rote Armee habe gesiegt und damit auch die deutsche Nation von der Klassenherrschaftsdiktatur des Faschismus befreit. In ein schwer zerstörtes Land kehrten wir nun zurück und hätten es wieder aufzubauen, und die Maßgaben für die Errichtung zukunftsfähiger Verhältnisse hätten ja nicht zuletzt, historisch sogar zuerst, deutsche Denker entwickelt - Karl Marx und Friedrich Engels zum Beispiel.

Das preußische Erbe der DDR

Oft habe ich mich später an dieses Entlassungswort erinnert gefühlt - bei späteren Besuchen in Ostblock-Universitäten nämlich im Anblick der vier gestaffelten Reliefköpfe der Meisterdenker des Sozialismus, die zum emblematischen Inventar der Parteidiktaturen von Ost-Berlin bis nach Moskau gehörten. Man bedenke: Insoweit galt man also hier, gerade auch als Deutscher, als Angehöriger einer befreiten Nation einschließlich des reichen Erbes ihrer bürgerlichen Fortschrittlichkeiten von gestern, und die DDR etablierte sich später als der privilegierte sozialistische Hüter dieses Erbes - in der Gelehrten-Präsenz bei Kant-Feiern in Riga, in Königsberg, bei gesamtdeutschen Versammlungen der Goethe-Gesellschaft in Weimar, und auch Luther wurde selbstverständlich nostrifiziert und in der letzten Phase der DDR-Existenz sogar der Berliner Dom denkmalpflegerisch kompetent restauriert.

Selbstverständlich blieben auch die Leistungen von Friedrich Engels in seiner Rolle als Militärhistoriker hochgeehrt. In der Nachfolge Lenins war Clausewitz-Lektüre kanonisiert, und die Volksarmee hielt, mit der wichtigsten Ausnahme des sowjetischen Stahlhelms, Erinnerungen an den preußischen Militärlook wach, vom Uniformschnitt bis zum Paradeschritt. Die Erwartung, das alles hätte mit dem Ende der DDR zugleich sich auflösen müssen, wäre weder realistisch noch sinnvoll gewesen, und das erklärt zugleich, wieso intellektuelle „Wessis“ in Nachwirkungen kanonisierter „Kritischer Theorie“ sich heute nur ungern auf diese deutsch-nationalen Traditionsgüter des real existent gewesenen Sozialismus beziehen.

Ideologische und politische Extremismen sind plausible Reaktionen auf Erfahrungen sich auflösenden Vertrauens in die Zukunftsfähigkeit verfügbarer institutioneller und pragmatischer Bedingungen politischen Handelns. Der Appell an die Bereitschaft zu einer Unternehmung, die uns jetzt „alternativlos“ - eben: „koste es, was es wolle“ - abverlangt sei, zersetzt das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Gegenwartslage, und die blanke Ankündigung „Wir schaffen das“ verstärkt das alles, wenn der Partner, den man gleichzeitig dafür als alternativlos und unabdingbar erklärt, die EU nämlich, sich erwartungsgemäß seinerseits als handlungsschwach erweist.

Hermann Lübke, geboren 1926 in Aurich, lehrte bis zu seiner Emeritierung Philosophie und Politische Theorie in Zürich.

Die Lehren aus dem Brexit

Die Europäische Union braucht dringend eine Reform. Sonst werden nach Großbritannien noch weitere Länder die EU verlassen.

25.06.2016



© THILO ROTHACKER Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institutes und Professor an der Universität Witten/Herdecke.

Nun ist es also passiert. Die Briten ziehen den gefährlichen Alleingang dem Verbleib in der siechen Europäischen Union vor. Wir sollten nicht so tun, als ob die Entscheidung gegen die **EU** allein auf das besondere Selbstverständnis der Briten zurückgeführt werden könnte. Vielmehr haben die Debatte um den Brexit und sein Vollzug Schwachstellen offengelegt, die der EU nun erst recht zum Verhängnis werden könnten. Gefragt sind jetzt nicht blinde Durchhalteparolen auf dem Weg zur „immer engeren Union“, sondern die Anpassung der EU-Institutionen an Wünsche der Bürger.

Gerieben haben sich die Briten vor allem an drei der EU-Mitgliedschaft zugeschriebenen Misslichkeiten: der Immigration, den finanziellen Kosten der Mitgliedschaft und dem Verlust an nationaler Souveränität. Hinzu kam der überall zu beobachtende Widerstand gegen die „Eliten“. Vor dem Hintergrund eines brummenden Arbeitsmarkts ging es bei der Sorge um die Zuwanderung nicht so sehr um die Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze als um die Verteilung von Sozialleistungen, darunter nicht zuletzt die für alle Inländer bestehende staatliche Gesundheitsfürsorge. Zuwanderung wird dann zum Problem, wenn sie die Sozialleistungen für die Inländer bedroht. Auch in der Debatte um die Kosten der Mitgliedschaft ging es vornehmlich um die Umverteilung britischer Steuergelder an ausländische Empfänger. Solange es kein europäisches Staatsvolk gibt, gibt es klare Grenzen für grenzüberschreitende „Solidarität“. Schließlich stand hinter der Klage über den Verlust an nationaler Souveränität nicht nur die Sehnsucht nach der verlorenen Großmacht Britanniens. Es waren konkrete Beschwerden über die zunehmende Begrenzung der Entscheidungsbefugnisse des britischen Parlaments in wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitischen Angelegenheiten, die Wasser auf die Mühlen der „Brexiteers“ lenkten. Im Gegensatz zu den die Migration, Verteilung und nationale Souveränität direkt betreffenden Programmen der EU wurde der Nutzen der europäischen Handelsgemeinschaft und des Binnenmarkts auch von den EU-Gegnern nie ernsthaft in Frage gestellt.

Natürlich ist die Bewertung von Kosten und Nutzen der EU durch die Briten nicht direkt auf andere Völker übertragbar. Schon immer hatten die Briten ein nüchternes Verhältnis zur **Europäischen Union**. Den Briten fehlt der politische Imperativ zur europäischen Einigung, der durch die auf kontinentalem Boden ausgetragenen Kriege geschaffen wurde. Andererseits rückt mit der Zeit die aus der Nachkriegszeit stammende politische Begründung der EU in den Hintergrund und die wirtschaftliche nach vorn. Daher dürfte sich die britische Kosten-Nutzen-Analyse der EU nicht länger grundlegend von der in anderen Mitgliedsländern unterscheiden. Migration ist in allen Ländern ein drückendes Thema, Umverteilung kommt nur in den Empfängerländern gut an, und Souveränitätsverlust wird als schmerzlich empfunden. Fährt die politische Elite fort, diese Sorgen zu missachten, könnte die Exit-Debatte schnell auf Fixit (Finnland), Frexit (Frankreich) und schließlich gar Gexit (Deutschland) überspringen.

Um dies zu vermeiden, müssten die bestehenden EU-Programme auf ihre Bürgerverträglichkeit geprüft werden. Bei der Währungsunion müsste die finanzielle Umverteilung unter Euroländern über Beistandsprogramme und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) klar begrenzt werden. Bei der Bankenunion müsste der Vergemeinschaftung der Haftung durch eine gemeinsame Einlagenversicherung ein Riegel vorgeschoben werden. Der Fiskalunion durch Steuerharmonisierung und Vergemeinschaftung der Staatsfinanzierung durch die EZB-Ankaufprogramme müsste eine Absage erteilt werden. Und schließlich müsste der Entstehung einer Sozialunion durch Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme entgegengetreten werden.

All dies wird nicht ohne eine Einhegung des Europäischen Gerichtshofs abgehen, der durch seine integrationsfreundliche Auslegung des Europarechts gewachsene nationale Rechtsnormen aushöhlt. Nationale Parlamente müssen die Herren über die EU-Institutionen bleiben. Diese Institutionen und das Europäische Parlament dürfen sich nicht immer weitere Kompetenzen anmaßen.

Die Zollunion und der gemeinsame Binnenmarkt haben große wirtschaftliche Vorteile gebracht, ohne die von den Briten identifizierten Befindlichkeiten zu berühren. Das legitimiert die Übertragung der Kompetenz in diesen Bereichen an EU-Kommission und Parlament. Nur wo die EU mehr Freiheit und Wohlstand bringt, wird sie durch „mehr Europa“ stärker. Ansonsten wird sie durch „mehr Europa“ zugrunde gehen.

146,62

WIRTSCHAFT

BIZ-BERICHT

26. Juni 14:01

Ein fatales Trilemma bedroht die Weltwirtschaft

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) schlägt Alarm: Eine ungünstige Konstellation dreier Risiken bedroht die globale Stabilität. Der Brexit könnte das System ins Wanken bringen.

Von Anja Ettl, Holger Zschäpitz

Schulden der Industriestaaten

als Anteil an der Wirtschaftsleistung in Prozent

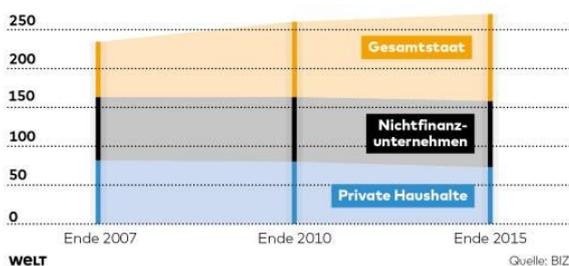


Foto: Infografik Die Welt

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat sich einen Ruf als Wächter der globalen Stabilität erworben. Die Notenbank der Zentralbank betrachtet die weltweiten Risiken stets durch die Linse der Währungshüter. Als sie ihren aktuellen Jahresbericht verfassten, hatten die Finanzwächter aus Basel bereits ein Schreckensszenario vor Augen. Eindringlich warnen sie darin vor einer gefährlichen Dreierkonstellation: Die Kombination aus Rekordverschuldung, niedrigem Wachstum und schwindendem Handlungsspielraum könnte die Welt in eine neue Krise führen. Und dieses Trilemma riefen die Experten bereits aus, noch bevor die Briten mit ihrem Votum zum EU-Austritt weitere Schockwellen um den Globus schickten.



Foto: picture alliance / dpaBIZ-Chef Jaime Caruana

"Es dürfte eine Phase der Unsicherheiten und Anpassungen bevorstehen. Das Vereinigte Königreich ist in hohem Maße mit der Weltwirtschaft verflochten, und London ist einer der wichtigsten internationalen Finanzplätze", warnte BIZ-Chef Jaime Caruana zum Auftakt des Jahrestreffens der 60 wichtigsten Notenbanken, bei dem traditionell auch der Risikoreport vorgestellt wird.

Dass die Versammlung in Basel kein gemütlicher Plausch unter Notenbankern werden würde, war bereits im Vorfeld abzusehen. Weltweit haben die Hüter des Geldes die Leitzinsen auf null oder sogar darunter gedrückt und auch mit weiteren unkonventionellen Methoden versucht, die Welt zu retten. Dabei sind sie an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen, wie das auch im Jahresbericht kritisch angemerkt wird.

Doch durch den Brexit ähnelt das von langer Hand geplante Treffen in diesem Jahr eher einer nach Basel ausgelagerten Krisensitzung. Bereits am Samstag hatte sich bereits Agustín Carstens, mexikanischer Zentralbankpräsident und Vorsitzender des mächtigen BIZ-Wirtschaftsrats, in einer eilends verfassten Mail an die Öffentlichkeit gewandt: "Die Präsidenten der Zentralbanken unterstützen die von der Bank of England

ergriffenen Maßnahmen und betonen ihre Bereitschaft, für das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte zu sorgen."

Die Zentralbanken stehen wie üblich Gewehr bei Fuß

Am vergangenen Freitag hatte das Votum der Briten für den Austritt aus der EU die Finanzmärkte weltweit in schwere Turbulenzen gestürzt. Insgesamt wurde an diesem Tag ein Börsenwert von 2,5 Billionen Dollar vernichtet, das entspricht in etwa dem Bruttoinlandsprodukt Brasiliens. Vor allem Bankwerte gerieten massiv unter Druck. Das britische Pfund stürzte auf den tiefsten Stand seit 31 Jahren.

"Die Zentralbanken und der private Sektor halten umfassende Notfallpläne bereit, um Störungen an den Finanzmärkten zu begrenzen", sagte Caruana. Die Zentralbanken hätten in der Vergangenheit rasch gehandelt und seien bereit, das wieder zu tun, da sie über das erforderliche Instrumentarium verfügten.

Für die Notenbanker kommt der Brexit zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. [Sie haben ihre Munition weitgehend verschossen](#), weitere unterstützende Maßnahmen wären wohl nur noch mit massiven Nebenwirkungen zu haben. Daher mahnt die BIZ in ihrem 86. Jahresbericht eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung an, damit der Übergang zu einem robusteren und nachhaltigen globalen Wachstum gelingen und bestehende Schwachstellen behoben werden könnten. Im Rahmen dieser Neuausrichtung sollte der Aufsichts-, Fiskal- und Strukturpolitik eine größere Rolle zukommen. "Es sind Maßnahmen erforderlich, die wir nicht wieder bereuen, wenn die Zukunft zur Gegenwart wird", betont die BIZ.

Doch genau hier kommt das Trilemma ins Spiel. Die Schulden der meisten Staaten sind in den vergangenen Jahren kräftig weiter gestiegen. Den meisten Regierungen dürfte es daher kaum möglich sein, das konjunkturelle Füllhorn erneut auszuschütten. Andernfalls könnte es schnell zu einer neuen Staatsschuldenkrise kommen. Nichts dürfte die BIZ so sehr fürchten. Denn die meisten Banken haben in ihren Bilanzen nach wie vor große Mengen an Staatsanleihen. Jede Staatspleite würde sich sofort zu einer globalen Finanzkrise ausweiten.

Fatale Abhängigkeit für beide Seiten

Die Gefahr eines solchen Dominoeffektes, im Jargon ist von "doom loop" die Rede, ist so groß wie nie zuvor. Nach einer Analyse der Ratingagentur Standard & Poor's haben Banken in Europa ihren Bestand an Staatsanleihen seit dem Tief im September 2008 von damals 355 Milliarden Dollar auf jetzt 791 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt. Damit geraten beide Seiten in eine fatale Abhängigkeit. Fallen Staaten, dann fallen auch die Banken, geht es den Banken schlecht, kauft niemand mehr die Staatsanleihen. Immerhin hat sich in der Euro-Zone die Europäische Zentralbank mit ihrem Anleihekaufprogramm zum größten Käufer von öffentlichen Schuldtiteln aufgeschwungen und reduziert damit ein wenig das Risiko. Die Entwicklungen nach dem Brexit zeigen aber, dass auch an dieser Stelle der Einfluss der Notenbanken schwindet. Die Risikoaufschläge der Peripherieländer waren deutlich nach oben geschossen.

Einen Ausweg aus dem BIZ-Trilemma hat der [Brexit](#) deutlich erschwert. Denn die neue politische Unsicherheit dürfte kaum das globale Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Aus Sicht der BIZ birgt das Trilemma drei große Gefahren. Zum einen werden die Volkswirtschaften anfälliger für Schocks. Zum anderen schwächen die ultraniedrigen oder sogar negativen Zinsen die ohnehin wacklige Finanzindustrie weiter. Darüber hinaus schwächen auch die überzogenen Erwartungen das Vertrauen in die Notenbanken – und damit deren wichtigste Geschäftsgrundlage.

146,64

L'éditorial d'Alexis Brézet : reconquérir les peuples

Publiée 26/06/2016 à 19:43



Pour le directeur des rédactions du *Figaro*, le Brexit démontre que l'Europe doit se reconstruire, changer de gouvernance, de politique, de philosophie. Et s'appuyer sur les peuples.

Messieurs les Anglais, tirez-vous sans traîner! Au lendemain du divorce voulu par une majorité du peuple britannique, il semblerait que les dirigeants européens - France en tête - n'aient rien de plus urgent que de chasser du domicile commun ces pelés, ces galeux par qui le scandale arrive. Les mêmes qui depuis des semaines juraient aux Britanniques un amour éternel se précipitent pour fermer à double tour la porte derrière eux! Outre qu'elle est singulièrement mesquine, cette logique punitive, qui se voudrait dissuasive à l'égard de tous ceux qui, à travers l'Union, rêvent d'imiter les Anglais, n'est évidemment pas à la hauteur de l'événement. La crise gravissime que traverse l'Europe ne se résoudra pas dans les invectives ou les représailles.

Bien sûr, on peut maudire l'Angleterre et les Anglais. Bien sûr, on peut déplorer ce navrant usage de la démocratie qui consiste à confier l'avenir d'un continent à une nation insulaire composée, nous explique-t-on avec mépris, d'ilotes xénophobes et de vieillards égotants. On peut dénoncer, comme BHL, «la victoire du souverainisme le plus rance, du nationalisme le plus bête, la victoire de l'Angleterre moisie». Mais on ne changera rien à l'évidence: interrogé sur l'Europe, un peuple a dit non.

Encore un! Cela devient une habitude. Car, avant les Anglais, il y avait eu les Danois (en 1992 et 2000). Et les Irlandais (en 2001 et 2008). Et les Suédois (en 2003). Et les Français (en 2005). Et les Hollandais (en 2005 aussi). Et les Grecs (en 2015)... Au point qu'on se demande, après tant de rebuffades - il est vrai souvent, et en France même, superbement ignorées -, comment les dirigeants européens ont pu être surpris quand l'«impossible» est arrivé.

Mais les chefs d'État et de gouvernement en grand désarroi, qui ces jours-ci se pressent au chevet de l'Union, ont-ils vraiment pris la mesure du drame qui se joue?

L'Europe n'est pas malade du Brexit. Elle n'est pas malade non plus de l'égoïsme ou de la xénophobie. Elle se meurt du désamour de ses peuples. Elle crève de ne pas vouloir regarder la vérité en face.

La vérité est que cette gigantesque machinerie que l'on dit en panne, et qui pourtant produit à la chaîne des directives, des résolutions, des jurisprudences, des normes et des sanctions, ne sait plus parler au cœur des Européens.

La vérité est que la propension de l'Europe à se mêler de tout - la forme des concombres, la fabrication des fromages, la taille des plaques minéralogiques - irrite les citoyens. Et que le souverain mépris des institutions européennes pour leurs difficultés quotidiennes les exaspère plus encore.

La vérité est que les Européens seraient sans doute prêts à pardonner à l'Europe d'être envahissante sur l'accessoire si elle était efficace sur l'essentiel. C'est tout le contraire: son impuissance à régler vraiment la crise de la dette, sa paralysie face à l'afflux de migrants l'ont amplement démontré.

La vérité est que les maux qui sont à l'origine du vote britannique - immigration incontrôlée, chômage persistant, dégringolade des classes moyennes, sentiment de dépossession culturelle, angoisse identitaire - frappent peu ou prou

L'Europe entière, et que bien d'autres pays - dont la France - auraient très probablement apporté la même réponse à la même question.

Les Européens seraient sans doute prêts à pardonner à l'Europe d'être envahissante sur l'accessoire si elle était efficace sur l'essentiel.

L'Europe n'est pas la cause de tout, loin s'en faut. Mais, face à la montée de nouveaux périls, elle n'a pas su démontrer qu'elle était un rempart pour les Européens. Pire, elle leur a donné le sentiment (pas toujours faux: qu'on pense à la question des travailleurs détachés, au Traité transatlantique négocié en catimini, aux négociations jamais interrompues avec la Turquie) que son action avait tendance à les aggraver.

Alors que les peuples de l'Union, dans le grand tohu-bohu de la mondialisation, n'ont jamais été si demandeurs de protection, cette Europe de la libre circulation sans limites ni frontières, si peu assurée de son projet et de ses valeurs qu'elle en vient à nier ses racines, les inquiète plus qu'elle ne les rassure. Les peuples, du coup, reviennent à la seule protection qui vaille: celle de la nation.

Au fond, la vérité, qu'il faudra bien se décider à reconnaître un jour, est que le rêve de Jean Monnet d'une «course sans retour vers les États-Unis d'Europe» a vécu: les élargissements sans rime ni raison l'ont tué. Conçue comme un super-État, dotée de superpouvoirs et d'une super-administration, l'Europe intégrée supposait, pour fonctionner, que les peuples consentissent indéfiniment à ce «despotisme doux et éclairé», dont Jacques Delors, un jour qu'il était en veine de franchise, a fait l'aveu. Mais les peuples n'aiment pas le despotisme, fût-il doux et éclairé. Cette fois, le vieil argument, usé jusqu'à la corde, selon lequel moins ça marche plus il faut aller loin, ne fonctionnera pas. Le Brexit - telle du moins peut être sa vertu - fait obligation aux Européens de tout réinventer.

Un nouveau traité ne saurait être ratifié que par un référendum : on ne fait pas le bonheur des peuples malgré eux

La tentation sera grande - elle est déjà à l'œuvre chez François Hollande et Angela Merkel - de se contenter d'un simple ravaudage. Un peu de coordination fiscale par-ci, un peu de coopération militaire par-là, un poil de soutien à l'investissement, un zeste de gardes-frontières, quelques mesures pour les réfugiés, sans oublier, côté identité, de vrais monuments sur les billets de banque, passez muscade, le tour serait joué! Parce qu'elle a le mérite de ne remettre en cause aucun dogme, parce qu'elle leur épargne l'épreuve de la rédaction (et de la ratification) d'un nouveau traité, la solution a minima a évidemment les faveurs des dirigeants européens qui, n'ayant rien voulu voir, n'ont rien prévu ni imaginé. Mais qui peut croire que cela puisse suffire? Qui peut croire que les peuples européens se contenteront d'une énième fin de non-recevoir? L'Europe est à reconstruire, pas à rapetasser.

Moins de fédéralisme, moins de Commission, moins de directives, moins d'angélisme multiculturel, moins de libre-échangeisme dogmatique, moins d'universalisme abstrait. Plus de subsidiarité, plus de Conseil, plus de démocratie, plus de frontières, plus de protection de nos industries, plus de respect des identités. L'Europe doit tout changer: de gouvernance, de politique et de philosophie même. Cela passe à l'évidence par un nouveau traité qui, dans tous les pays où la chose est possible, ne saurait être ratifié que par un référendum populaire.

Risqué? Peut-être. Mais l'Europe ne changera pas sans les peuples: on ne fait pas le bonheur des gens malgré eux. Difficile? Sans aucun doute. Mais l'Europe qui mesure l'inanité d'avoir prétendu se substituer aux nations ne survivra pas contre elles. Quand on s'est trompé de route, il faut savoir rebrousser chemin afin de se remettre sur la bonne voie et repartir de l'avant. Après tout, la France a changé cinq fois de République sans abandonner l'idéal républicain. L'Europe peut bien changer d'Union sans trahir ce qu'elle est: une irremplaçable communauté de culture, d'histoire et de destin.

146,66

Britain and the EU

A tragic split

How to minimise the damage of Britain's senseless, self-inflicted blow

Jun 24th 2016 | [From the print edition](#)



HOW quickly the unthinkable became the irreversible. A year ago few people imagined that the legions of Britons who love to whinge about the European Union—silly regulations, bloated budgets and pompous bureaucrats—would actually vote to leave the club of countries that buy nearly half of Britain's exports. Yet, by the early hours of June 24th, it was clear that voters had ignored the warnings of economists, allies and their own government and, after more than four decades in the EU, were about to [step boldly into the unknown](#).

The tumbling of the pound to 30-year lows offered a taste of what is to come. As confidence plunges, Britain may well dip into recession. A permanently less vibrant economy means fewer jobs, lower tax receipts and, eventually, extra austerity. The result will also shake a fragile world economy. Scots, most of whom voted to Remain, may now be keener to break free of the United Kingdom, as they nearly did in 2014. Across the Channel, Eurosceptics such as the French National Front will see Britain's flounce-out as encouragement. The EU, an institution that has helped keep the peace in Europe for half a century, has suffered a grievous blow.

Managing the aftermath, which saw the country split by age, class and geography, will need political dexterity in the short run; in the long run it may require a redrawing of traditional political battle-lines and even subnational boundaries. There will be a long period of harmful uncertainty. Nobody knows when Britain will leave the EU or on what terms. But amid Brexiteers' jubilation and Remain's recriminations, two questions stand out: what does the vote mean for Britain and Europe? And what comes next?

Brexit: the small print

The vote to Leave amounts to an [outpouring of fury against the "establishment"](#). Everyone from Barack Obama to the heads of NATO and the IMF urged Britons to embrace the EU. Their entreaties were spurned by voters who rejected not just their arguments but the value of "experts" in general. Large chunks of the British electorate that have borne the brunt of public-spending cuts and have failed to share in Britain's prosperity are now in thrall to an angry populism.

Britons offered many reasons for rejecting the EU, from the democratic deficit in Brussels to the weakness of the euro-zone economies. But the deal-breaking feature of EU membership for Britain seemed to be the free movement of people. As the number of new arrivals has grown, immigration has risen up the list of voters' concerns.

Accordingly, the Leave side promised supporters both a thriving economy and control over immigration. But Britons cannot have that outcome just by voting for it. If they want access to the EU's single market and to enjoy the wealth it brings, they will have to accept free movement of people. If Britain rejects free movement, it will have to pay the price of being excluded from the single market. The country must pick between curbing migration and maximising wealth.

David Cameron is not the man to make that choice. Having recklessly called the referendum and led a failed campaign, he has shown catastrophic misjudgment and cannot credibly negotiate Britain's departure. That should now fall to a new prime minister.

We believe that he or she should opt for a Norwegian-style deal that gives full access to the world's biggest single market, but maintains the principle of the free movement of people. The reason is that this would maximise prosperity. And the supposed cost—migration—is actually beneficial, as Leave campaigners themselves have said. European migrants are net contributors to public finances, so they more than pay their way for their use of health and education services. Without migrants from the EU, schools, hospitals and industries such as farming and the building trade would be short of labour.

Preventing Frexit

The hard task will be telling Britons who voted to Leave that the free having and eating of cake is not an option. The new prime minister will face accusations of selling out—for the simple reason that he or she will indeed have to break a promise, whether over migration or the economy. That is why voters must confirm any deal, preferably in a general election rather than another referendum. This may be easier to win than seems possible today. While a deal is being done, the economy will suffer and immigration will fall of its own accord.

Brexit is also a grave blow for the EU. The high-priesthood in Brussels has lost touch with ordinary citizens—and not just in Britain. A recent survey for Pew Research found that in France, a founder member and long a strong supporter, only 38% of people still hold a favourable view of the EU, six points lower than in Britain. In none of the countries the survey looked at was there much support for transferring powers to Brussels.

Each country feels resentment in its own way. In Italy and Greece, where the economies are weak, they fume over German-imposed austerity. In France the EU is accused of being "ultra-liberal" (even as Britons condemn it for tying them up in red tape). In eastern Europe traditional nationalists blame the EU for imposing cosmopolitan values like gay marriage.

Although the EU needs to deal with popular anger, the remedy lies in boosting growth. Completing the single market in, say, digital services and capital markets would create jobs and prosperity. The euro zone needs stronger underpinnings, starting with a proper banking union. Acting on age-old talk of returning powers, including labour-market regulation, to national governments would show that the EU is not bent on acquiring power no matter what.

This newspaper sees much to lament in this vote—and a danger that Britain will become more closed, more isolated and less dynamic. It would be bad for everyone if Great Britain shrivelled into Little England and be worse still if this led to Little Europe. The leaders of Leave counter with the promise to unleash a vibrant, outward-looking 21st-century economy. We doubt that Brexit will achieve this, but nothing would make us happier than to be proved wrong.

146,67

Flüchtlingspolitik am Pranger

Laufenlassen und Weiterwursteln

Wer hat die Asylrechtskarre denn überhaupt an die Wand gefahren? Der Verfassungsrechtler Hans-Jürgen Papier präzisiert in München seine Kritik an der Bundesregierung.

27.06.2016, von **PATRICK BAHNERS**



© FRANK RÖTH

„Der Verfassungsstaat muss funktionieren, er darf durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden.“ Hans-Jürgen Papier, von 2002 bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, erneuert seine Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik.

Die im Lande umlaufende Rede, die **Bundesregierung** breche in der Flüchtlingspolitik das Recht, erhielt im Januar einen gewaltigen Schub, **als der ehemals höchste Repräsentant der höchstzuständigen Instanz, Hans-Jürgen Papier, bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, dem „Handelsblatt“ ein Interview gab.** Man musste ihn so verstehen, dass mit der Öffnung der deutschen Grenze für Flüchtlinge, die anderswo einen Asylantrag hätten stellen können, die schlimmste Verfassungskrise in der Geschichte der Bundesrepublik eingetreten sei: „Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.“



Autor: Patrick Bahners, Feuilletonkorrespondent in München.

Jeder Bürger weiß, was daraus folgt, wenn er es in der eigenen Sphäre dazu kommen lässt, dass sich ein Spalt zwischen Normen und Tatsachen auftut: Ein rechtswidriger Zustand muss beseitigt werden. Der Berliner Staatsrechtslehrer Christoph Möllers gab seinerseits ein Interview, in dem er **Papier** vorhielt, er sage nicht, welche Rechtsnorm die Regierung verletze. Tatsächlich kam das Wort „rechtswidrig“ in Papiers Interview nicht vor. Jetzt hielt Papier, Emeritus der Ludwig-Maximilians-Universität, auf Einladung seiner Münchner Kollegen einen Vortrag über „Flüchtlingspolitik als Herausforderung für Staat und Verfassung“. Er hatte Gelegenheit, seinen Standpunkt zu verdeutlichen und im Lichte der jüngsten Ereignisse zu überprüfen.

Durch die Schließung der Balkan-Route sieht Papier sich bestätigt: Es sei nun anerkannt, dass unkontrollierte Zuwanderung kein Dauerzustand sein könne. Statt von einer Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit sprach er von einem Auseinanderdriften, das 2015 seinen Höhepunkt erreicht habe. Bewegen sich Norm und Staatshandeln wieder aufeinander zu? Papier hält an der Ansicht fest, dass der Kurs der Regierung Merkel von der rechtlich vorgegebenen Bahn abweiche: Seit der Grundgesetzänderung von 1993 sei das Asylrecht nur noch für die Verfolgten gedacht, die sich nicht auf dem Landweg nach Deutschland durchgeschlagen hätten. Gemäß dem Asylgesetz sei die Einreise aus den Nachbarstaaten illegal, also zu unterbinden. Wie kann die Abhilfe aussehen?

Das katastrophale Ergebnis einer europäischen Unglücksfahrt

Wieder liegt dem Bürger die Antwort auf der Zunge: Man müsste das Gesetz nur wieder anwenden. Dass die Sache so einfach gerade nicht ist, stellte Papier zu Anfang des Vortrags heraus: „Der immer wieder zu hörende Ruf nach der Rückkehr zum Recht dürfte wegen seiner intellektuellen Schlichtheit zur Problembewältigung nicht reichen.“ Am Ende bemühte er den bei Kritikern der Regierung beliebten Gemeinplatz des Gegensatzes von Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

War Papiers Warnung vor der Parole der Rückkehr zum Recht ein Akt diskreter verantwortungsethischer Schadensbegrenzung? Nein: Dieselbe Formulierung gebrauchte er schon am 9. Dezember 2015 in einem Hamburger Vortrag, [der am 18. Januar, kurz nach dem „Handelsblatt“-Interview, im „Verfassungsblog“ publiziert wurde](#). Hätte er denselben vorsorglichen Hinweis im Interview gemacht, wäre dessen Wirkung eine andere gewesen.

Ausdrücklich hatte er im Zeitungsgespräch der Bundesregierung die Verantwortung für den Funktionsausfall des flüchtlingsrechtlichen Instrumentariums gegeben. Auf die Frage, welche Grenzen die Regierung überschritten habe, sagte er: „Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren.“ Die Wendung „an die Wand gefahren“ kehrte im Münchner Vortrag wieder, bezog sich nun aber auf die europäischen Regierungen insgesamt. Es zeigte sich, dass Papier mit dem Bild der Unglücksfahrt das katastrophale Ergebnis bezeichnet, nicht aber den Vorgang beschreibt, der dazu geführt hat. Dieser stellt sich als allmählicher Prozess dar. Über viele Jahre wurde versäumt, durch gemeinschaftliches Handeln die Bedingungen für ein europäisches Asylverfahrensrecht vereinheitlichter Standards und dezentraler Abwicklung zu schaffen.

Keine Entscheidungen im formalen Sinne

Papier wiederholte den „Vorwurf des historisch bedeutsamen Politikversagens“ und setzte hinzu, dass er damit kein „Staatsversagen“ meine. Das war in deutscher, zumal bayerischer Tradition eine Reverenz an die von Juristen getragene Verwaltung, die den Fortbestand des Staates zu sichern hat, wenn die Regierung Dummheiten macht. Versagen der Politik soll heißen, dass es die Regierung an Vorsorge fehlen ließ, als sie die Überlastung des europäischen Asylsystems sehenden oder blinden Auges hinnahm. Papiers Klage über den Mangel an exekutiver Voraussicht war der rote Faden seiner Analyse. Der Vorwurf ist plausibel, aber nicht eigentlich juristischer Natur. Natürlich ist die Vorsorge für das Gemeinwohl die ureigene Aufgabe der Regierung; aber sie stellt keine Rechtspflicht dar, deren Erfüllung eingeklagt werden könnte.

Die formale Frage der Rechtmäßigkeit des deutschen Regimes der geöffneten Grenzen hängt an einer Bestimmung des Europarechts, Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung, der vorsieht, dass ein Staat Asylverfahren an sich ziehen kann, für die er eigentlich nicht zuständig ist: in Papiers Lesart eine Ausnahmenvorschrift, die die Regel nicht aushebeln darf. In München widersprach ihm Claus Dieter Classen, Europa- und Völkerrechtler in Greifswald: Die Bestimmung sei in der Sache älter als die deutsche Asylrechtsreform und fixiere ein allgemeines Recht, das die Staaten sich vorbehalten hätten.

Um die Bundesregierung wenigstens für die Zukunft für bessere Vorsorgebemühungen in die Pflicht zu nehmen, griff Papier auf die Wesentlichkeitstheorie des [Bundesverfassungsgerichts](#) zurück: Die Frage des Umfangs der Zuwanderung sei so wichtig, dass sich der Gesetzgeber damit befassen müsse. Auf der Karlsruher Wesentlichkeitstheorie beruhte zum Beispiel das erste Kopftuchurteil: Ein Kopftuchverbot könne nicht durch Erlass erfolgen. Es liegt typischerweise eine Vorschrift vor, eine normative Entscheidung, die als Kompetenzüberschreitung der Exekutive bewertet wird. Die von Papier kritisierten Entscheidungen der Regierung sind aber größtenteils gar keine Entscheidungen im formalen Sinne und haben normative Qualität höchstens indirekt.

Die typische Redeweise eines Verfassungsrichters

Er rügt ein Laufenlassen und Weiterwursteln: Nicht-Entscheidungen, die mit der Zeit Handlungszwänge erzeugen. Wie solches Regierungshandeln in Gestalt faktischer Selbstfestlegungen in der Praxis unter die Herrschaft der Wesentlichkeitslehre gebracht werden soll, konnte er nicht sagen - es fehlt ja an der Vorschrift, die gerichtlich angegriffen werden könnte. Auch über die Gesetzesinitiativen der Asylpakete hinaus hat sich das Parlament zuletzt ständig mit der **Flüchtlingspolitik** befasst. Bedarf diese einer zusätzlichen parlamentarischen Legitimation jenseits des Vertrauens der Regierungsfractionen in die Regierung? Wo Papier eine Quasi-Gesetzgebung sieht, die Einführung eines liberalisierten Einwanderungsrechts durch die Hintertür des Asylrechts, dürfte die Regierung darauf beharren, dass sie zur Vorsorge Spielräume diplomatischer Improvisation benötigt, die ein Gesetz unnötig begrenzen würde.

„Der Verfassungsstaat muss funktionieren, er darf durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden.“ Diese Formulierung wählte Papier im „Handelsblatt“ wohl ohne einen Gedanken daran, dass man Staatsstreichvorwürfen gegen Angela Merkel auch in bürgerlichen Kreisen begegnet. Die Überdeutlichkeit seiner Mahnung hat kompensatorischen Sinn: Er formuliert so scharf, weil er weiß, dass es gegen Funktionsstörungen der Verfassungstechnik kaum rechtliche Mittel gibt. Es ist die typische Redeweise eines Verfassungsrichters. Die Symmetrie von Rechtsbruch und Sanktion, die Straf- und Zivilrecht bestimmt, ist dem Verfassungsrecht fremd. Hier macht sich der Staat fortwährend Vorgaben, die er nicht erfüllen kann. Wie Papier im Vortrag zugestand, ist die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit im Verfassungsstaat normal.

Quelle: F.A.Z.

146,70

Bagehot's notebook

British politics

Anarchy in the UK

Britain is sailing into a storm with no one at the wheel

Jun 26th 2016, 19:47 BY BAGEHOT



IT WAS a troubling exchange. On live television Faisal Islam, the political editor of SkyNews, was recounting a conversation with a pro-Brexit Conservative MP. "I said to him: 'Where's the plan? Can we see the Brexit plan now?'" [The MP replied:] "There is no plan. The Leave campaign don't have a post-Brexit plan... Number 10 should have had a plan." The camera cut to Anna Botting, the anchor, horror chasing across her face. For a couple of seconds they were both silent, as the point sunk in. "Don't know what to say to that, actually," she replied, looking down at the desk. Then she cut to a commercial break.

Sixty hours have gone by since a puffy-eyed David Cameron appeared outside 10 Downing Street and announced his resignation. The pound has tumbled. Investment decisions have been suspended; already firms talk of moving operations overseas. Britain's EU commissioner has resigned. Sensitive political acts—the Chilcot report's publication, decisions on a new London airport runway and the renewal of Britain's nuclear deterrent—are looming. European leaders are shuttling about the continent meeting and discussing what to do next. Those more sympathetic to Britain are looking for signs from London of how they can usefully influence discussions. At home mounting evidence suggests a spike in racist and xenophobic attacks on immigrants. Scotland is heading for another independence referendum. Northern Ireland's peace settlement may hang by a thread.

But at the top of British politics, a vacuum yawns wide. The phones are ringing, but no one is picking up.

Mr Cameron has said nothing since Friday morning. George Osborne, the chancellor of the exchequer, has been silent. (This afternoon I texted several of his advisers to ask whether he would make a statement before the markets open tomorrow. As I write this I have received no replies.) The prime minister's loyalist allies in Westminster and in the media are largely mute.

Apart from ashen-faced, mumbled statements from the Vote Leave headquarters on Friday, Boris Johnson and Michael Gove have also ducked the limelight; Mr Johnson is meeting friends and allies today, June 26th, at his house near Oxford in what are believed to be talks about his impending leadership bid. Neither seems to have the foggiest as to what should happen next. Today Mr Gove's wife committed to Facebook the hope that "clever people" might offer to "lend their advice and expertise." And Mr Johnson's sister, Rachel, tweeted: "Everyone keeps saying 'we are where we are' but nobody seems to have the slightest clue where that is."

Ordinarily the opposition might take advantage of the vacuum: calling on the government to act, offering its own proposals, venturing a framework. But Labour has turned in on itself, a parade of shadow ministers resigning this afternoon in what seems to be a concerted coup attempt against Jeremy Corbyn, the party's useless leader. In a meeting tomorrow Tom Watson, the party's deputy leader, is expected to call on Mr Corbyn to quit. Of the need for stability and leadership following Thursday's vote the party has little to say.

No one seems capable of stepping forward and offering reassurance. The Leavers, who disagreed on what Brexit should look like, do not think it is their responsibility to set out a path. They reckon that falls to Number 10 (where they have appeared in public, it has mostly been to discard the very pledges on which they won the referendum). Number 10, however, seems to have done little planning for this eventuality. It seems transfixed by the unfolding chaos; reluctant to formulate answers to the Brexiteers' unanswered questions. As Mr Cameron reportedly told aides on June 24th when explaining his decision to resign: "Why should I do all the hard shit?"

This could go on for a while. The Conservative leadership contest will last until at least early October, perhaps longer. It may be almost as long until Labour has a new chief, and even then he or she may be a caretaker. The new prime minister could call a general election. It might be more than half a year until Britain has a leader capable of addressing the myriad crises now engulfing it.

The country does not have that kind of time. Despite arguments for patience from continental Anglophiles, including Angela Merkel, the insistence that Britain immediately invoke Article 50 of the Lisbon Treaty, launching exit negotiations that can last no longer than two years, is hardening. Soon it may be a consensus. Britain could be thrust into talks under a lame-duck leader with no clear notion of what Brexit should look like or mandate to negotiate. All against a background of intensifying economic turmoil and increasingly ugly divides on Britain's streets. The country is sailing into a storm. And no one is at the wheel.

146,71

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

Brexit Goes to Brussels

The EU missed one chance to reform. It shouldn't miss another.

Europe Editorial Page Editor Joseph Sternberg on the political fallout from Britain's vote to leave the European Union.

June 27, 2016 6:59 p.m. ET

European Union leaders have their first official opportunity Tuesday to consider the U.K.'s historic vote to leave the bloc. As they debate whether to accommodate or punish the British for their choice, their overriding concern should be to not miss another opportunity to reform the EU.

Practical questions are likely to dominate this week's meetings as the EU's remaining 27 member states try to understand the mechanics of a British divorce. Prime Minister David Cameron won't immediately invoke the clause in Europe's Lisbon Treaty that sets the clock running on a two-year negotiation over exit terms, leaving that task to his successor. German Chancellor Angela Merkel is right to say that the EU should wait for the British to act, which will allow passions to cool and give European leaders a chance to think through the implications.

Once negotiations begin, the remaining members of the EU will have to decide on what terms to keep trading with Britain. One view is to punish British voters in order to discourage other countries from following London out the door: high tariffs and long delays on a return to the common market for products and services, and reduced freedom of movement for Brits.

This would be a mistake. Britain remains the world's fifth-largest economy and is a significant market for many European products. There's a reason German manufacturers are pressing for favorable terms for Britain.

As for Britain's exports, the last thing European leaders should want is to sock their own fragile economies with higher import prices. Britain became one of the EU's main business hubs because its laws and culture make it an efficient provider of financial, information-technology and marketing services. Those advantages won't disappear, and Europe still will need them—**despite the inevitable French instinct to try to boost Paris and Frankfurt as financial hubs at London's expense.**

Investors are making this case to anyone in the political class who cares to listen. Monday's sell-off in bank stocks across the Continent—prompting the Italian government to contemplate a €40 billion (\$44.47 billion) capital injection—is a warning that Europe's economies and its financial system remain weak nearly a decade after the 2008 panic. They'll struggle to cope with the fallout from reduced trade with an economy Britain's size, let alone the political uncertainty arising from an acrimonious negotiation.

The best option for the EU is to offer London generous terms on trade, without the political, judicial and regulatory encumbrances that drove Britain out of the Union in the first place. That should bring a swift end to the economic uncertainty now surrounding Brexit, while proving that the EU is capable of accepting a democratic verdict without spite.

The EU should also see Brexit as an opportunity—possibly the last one—to prove itself capable of reform. A growing number of Europeans already are shunning Brussels's bromides that “more Europe” is the solution to all the Continent's problems. **If Brussels doesn't offer an alternative soon, the consequences of a new anti-EU crack-up elsewhere will be even more serious than Brexit.**

Such a liberal order will require the EU to return to its original function as a common market, dedicated to the free movement of goods, services and capital.

It also will require Britain's Leave campaigners to stick to their most liberal ideals, especially on the free movement of people. Although anxiety about immigration motivated many Leave voters, Britain will continue to need foreign talent and will also benefit from the ability of Brits to live and work in Europe. **Free labor movement has proved to be a crucial political safety valve for young people in particular when jobs are scarce in some parts of the EU.**

A new burst of liberalism might help Europe save the eurozone. The common currency is under strain as governments have struggled to make the labor-market, regulatory and tax reforms that are necessary for growth. The bloc needs an impetus for reform, which Brexit can provide.

The EU can still thrive if it returns to its founding liberal principles. Doing so will require greater imagination and political will than we've seen in many years from European leaders, **but Brexit might be the spur they need to change themselves and reform their union before other member states start following Britain's lead.**

146,72

June 27, 2016 2:04 pm

I do not believe that Brexit will happen



Gideon Rachman

There will be howls of rage, but why should extremists on both sides dictate how the story ends?



All good dramas involve the suspension of disbelief. So it was with [Brexit](#). I went to bed at 4am on Friday depressed that Britain had voted to leave the EU. The following day my gloom only deepened. But then, belatedly, I realised that I have seen this film before. I know how it ends. And it does not end with the UK leaving Europe.

Any long-term observer of the EU should be familiar with the shock referendum result. In 1992 the Danes voted to reject the Maastricht treaty. The Irish voted to reject both the Nice treaty in 2001 and the Lisbon treaty in 2008. And what happened in each case? The EU rolled ever onwards. The Danes and the Irish were granted some concessions by their EU partners. They staged a second referendum. And the second time around they voted to accept the treaty. So why, knowing this history, should anyone believe that Britain's referendum decision is definitive?

It is true that the British case has some novel elements. The UK has voted to leave the EU altogether. It is also a bigger economy than Ireland or Denmark, which changes the psychology of the relationship. And it is certainly true that the main actors in the drama seem to think it is for real. David Cameron, the UK prime minister, announced his resignation following the vote; and [Jonathan Hill](#), Britain's EU commissioner for financial services, has followed suit.

Yet there are already signs that Britain might be heading towards a second referendum rather than the door marked exit. [Boris Johnson](#), a leader of the Leave campaign and Britain's probable next prime minister, hinted at his real thinking back in February, when he said: "There is only one way to get the change we need — and that is to vote to go; because all EU history shows that they only really listen to a population when it says No."

Having been a journalist in Brussels at the time of the Danish referendum on Maastricht, Mr Johnson is very familiar with the history of second referendums. It is also well known that he was never a diehard Leaver, and hesitated until the last moment before deciding which side to back.

His main goal was almost certainly to become prime minister; campaigning to leave the EU was merely the means to that end. Once Mr Johnson has entered 10 Downing Street, he can reverse his position on the EU.

But would our European partners really be willing to play along? Quite possibly. You could see that in the talk by Wolfgang Schäuble's finance ministry in [Germany](#) of negotiating an "associate" membership status for Britain. In reality, the UK already enjoys a form of associate membership since it is not a participant in the EU's single currency or the Schengen passport-free zone. Negotiating some further ways in which the country could distance itself from the hard core of the bloc, while keeping its access to the single market, would merely elaborate on a model that already exists.

And what kind of new concession should be offered? That is easy. What Mr Johnson would need to win a second referendum is an emergency brake on free movement of people, allowing the UK to limit the number of EU nationals moving to Britain if it has surged beyond a certain level.

In retrospect, it was a big mistake on the part of the EU not to give Mr Cameron exactly this concession in his renegotiation of the UK's terms of membership early this year. It was the prime minister's inability to promise that Britain could set an upper limit on immigration that probably ultimately lost him the vote.

Even so, with 48 per cent of voters opting to stay in the union, the result was extremely close. If the Remain campaign could fight a second referendum with a proper answer to the question of immigration it should be able to win fairly easily.

But why should Europe grant Britain any such a concession on free movement? Because, despite all the current irritations, the British are valuable members of the EU. The UK is a big contributor to the budget and it is a serious military and diplomatic power.

Just as it will be painful for the UK to lose access to the EU's internal market, so it will be painful for the EU to lose access to the British labour market. More than 3m EU nationals live and work in Britain, with more than 800,000 from Poland alone.

Agreeing to an emergency brake on free movement of people might mean some modest limits to future migration. But that would surely be better than the much harsher restrictions that could follow a complete British withdrawal from the EU.

Of course, there would be howls of anger on both sides of the Channel if any such deal is struck. The diehard Leavers in Britain would cry betrayal, while the diehard federalists in the European Parliament — who want to punish the UK and press on with "political union" in Europe — will also resist any new offer. But there is no reason to let the extremists on both sides of the debate dictate how this story has to end. There is a moderate middle in both Britain and Europe that should be capable of finding a deal that keeps the UK inside the EU.

Like all good dramas, the Brexit story has been shocking, dramatic and upsetting. But its ending is not yet written.

146,73

June 29, 2016 5:31 am

Where does Angela Merkel stand on Brexit?

Ulrich Speck

Second to delaying Article 50 indefinitely, the best option is to keep UK close, writes Ulrich Speck



Angela Merkel is the European leader who will be most influential in the relationship between Britain and Europe in the next few months. When the news broke last Friday that the Leave campaign had won the [referendum](#), the German chancellor was the only EU leader besides UK prime minister David Cameron that [US President Barack Obama](#) called. So what are her views on Brexit?

First, she may be quietly hoping that the referendum can be reversed. Similar things have happened several times in EU history. Ms Merkel herself helped lead the repackaging of the EU constitution after French and Dutch voters rejected it in 2005. What followed was a “period of reflection”, used to come up with a new plan — to introduce core elements of the constitution in the form of an intergovernmental treaty. The resulting Lisbon treaty entered into force in 2009.

Perhaps following this model she is playing for time, counterbalancing those in the EU who push for a quick Brexit, notably French President François Hollande as well as the Social Democrat party with which she is in coalition. From Brussels, Martin Schulz, [European Parliament](#) president — another German Social Democrat — pushes for a quick Brexit, as does [Jean-Claude Juncker](#), European Commission president.

Second, if Brexit happens despite [procrastination](#) — that is, if a British government triggers Article 50 of the Lisbon treaty — Ms Merkel’s priority will be to minimise the damage done by the divorce. That does not mean she would give the UK carte blanche. She is determined to protect the overall architecture of the EU, and she is well aware of the risk of disintegration if Britain gets a deal outside the EU that looks attractive for Eurosceptics inside it. That includes, as she made clear on Monday, that access to the single market is available only in return for respect for freedom of movement for workers. But she is equally determined for the EU to maintain a good relationship with the UK that preserves as much substance as possible, keeping Britain as close as possible to the EU. Ms Merkel would be in favour of helping the UK to secure a good deal but she would have to balance this aim with the political goal of protecting the integrity of the EU.

Third, Ms Merkel’s view of the vote — and the difference in her reaction from Mr Hollande — is partly shaped by history. It was French President Charles de Gaulle who in 1963 blocked UK membership. And, since Britain joined in 1973, France has often seen it as a competitor rather than a partner, tilting the balance towards free-market liberalism and impeding closer French-German union. Germany, by contrast, has always seen UK membership as an important counterweight to French dirigisme.

Meanwhile, at home, Mr Hollande is under pressure from an anti-EU movement and Ms Merkel is not. [Marine Le Pen](#), the National Front leader, has promised a similar referendum in France. Alternative for Germany (AfD), the emerging rightwing populist party, is split on Brexit. Unlike in France, support for the EU in Germany is very high. Ms Merkel is naturally not as much concerned about contagion as Mr Hollande, who needs to demonstrate to the French that exit is not an option, to prevent next year’s presidential election becoming a plebiscite over a Frexit vote. Mr Hollande, therefore, is going to be inclined to punish Britain.

Fourth, Ms Merkel does not belong to the camp of EU-federalists, who have always perceived Britain as a traitor to the cause of ever-closer union. Paris tends to this view, as does the German SPD and Mr Juncker. Ms Merkel is, in EU speak, an “intergovernmentalist”, seeing the EU as an instrument of the nation states and not subscribing to the federalist view that Europe in its present form is only a very preliminary of what will one day be the United States of Europe. From the intergovernmentalist perspective, Brexit would be a huge loss.

Fifth, a big concern for Ms Merkel is the economic impact of a Brexit. The markets may be further shaken once Brexit negotiations start. Britain is [Germany’s third-largest trading partner](#), after the US and France. At present it is entirely unclear what the terms of trade would be between an EU of 27 and Britain outside.

Finally, Ms Merkel is looking at Brexit from a global perspective. She is deeply concerned about Europe’s role in a globalised world. For her, the EU is an instrument that helps European states to deal with the challenges of globalisation by making them more competitive and by giving them collectively greater weight on the global stage.

A Brexit would certainly diminish that role. The size of the EU economy would shrink and the union would lose a country that has helped Europe to develop a global perspective. Especially in the past few years Germany and Britain have often taken similar positions on conflicts and questions of global concern. Ms Merkel appears concerned that Brexit could lead to a decline of European influence, especially with regard to China. It would also make the union a less attractive partner for the US.

The best outcome for Ms Merkel would be if the British government would simply not trigger Article 50. The second best would be an agreement that keeps the UK close to the EU in terms of market access and political co-operation. What the German chancellor wants to prevent is an inimical divorce that would destroy trust and humiliate Britain.

The writer is a foreign-policy analyst based in Heidelberg and Berlin. His Twitter account is [@ulrichspeck](#)

Brexit : vingt intellectuels eurocritiques lancent un appel pour un nouveau traité

Publiée 30/06/2016 à 18:04



TRIBUNE - Les auteurs* demandent une renégociation des traités qui s'articulerait autour de trois priorités : la souveraineté, la prospérité et l'indépendance stratégique.

Le peuple britannique a exprimé souverainement sa volonté de rester maître des décisions qui le concernent. Ce vote courageux et massif est évidemment une claue pour la dérive technocratique dans laquelle l'Union européenne actuelle s'est laissé enfermer depuis au moins trois décennies, sur la base de traités marqués au coin du néolibéralisme alors triomphant (Acte unique, traité de Maastricht, traité de Lisbonne), ou de l'ordo-libéralisme allemand (traité de cohérence budgétaire dit «TSCG» de 2012).

Tout montre que dans la plupart des pays européens, les citoyens n'acceptent plus d'être gouvernés par des instances non élues, fonctionnant en toute opacité.

Tout montre que dans la plupart des pays européens, les citoyens n'acceptent plus d'être gouvernés par des instances non élues, fonctionnant en toute opacité. Le vote britannique peut être une chance: il doit être l'occasion de réorienter la construction européenne, en articulant la démocratie qui vit dans les nations avec une démocratie européenne qui reste à construire.

Nous demandons la réunion d'une conférence européenne sur le modèle de la conférence de Messine de 1955 qui, après l'échec de la Communauté européenne de défense (CED), a permis de remettre la construction européenne sur les rails et a préparé efficacement le traité de Rome. Cette conférence se réunirait à vingt-sept, avec un statut spécial d'observateur pour la Grande-Bretagne.

Cette conférence aurait pour objet la renégociation des traités sur les trois questions cruciales dont la méconnaissance a conduit à l'affaissement de l'actuelle construction européenne: la souveraineté, c'est-à-dire la démocratie, la prospérité et l'indépendance stratégique.

D'abord rendre à la souveraineté populaire et à la démocratie leurs droits dans une Europe confédérale qui serait faite de l'entente et de la coopération entre les nations: cela suppose une réorganisation profonde des compétences et, le cas échéant, du mode de désignation des institutions européennes (Conseil, Commission, Parlement, Cour de justice, BCE). Il faudrait notamment outiller le Conseil européen où vit la légitimité démocratique en le dotant des services capables de préparer et exécuter ses décisions. De même le Parlement européen devrait procéder des Parlements nationaux pour que les compétences déléguées puissent être démocratiquement contrôlées.

Le paradigme néolibéral - la croyance en l'efficacité des marchés - ne peut se substituer à la définition de politiques industrielles et d'un cadrage social.

Ensuite, rendre à l'économie européenne les clés de la prospérité en revoyant profondément les règles actuelles en matière de politique économique et monétaire. Le paradigme néolibéral - la croyance en l'efficacité des marchés - ne peut se substituer à la définition de politiques industrielles et d'un cadrage social. Le modèle mercantiliste allemand (excédent extérieur approchant les 10 % du PIB) est intransposable aux autres pays et notamment à ceux de l'Europe du Sud. Il faut redéfinir un modèle européen de développement acceptable pour tous les Européens.

Enfin, il faut donner à l'Europe la capacité stratégique qui lui a toujours fait défaut depuis l'origine. Nous nous rapprocherions ainsi de l'«Europe européenne» du général de Gaulle: il faudra pour cela renouer un dialogue avec la Russie, pays européen indispensable pour l'établissement d'une sécurité dont toutes nos nations ont besoin et définir des politiques ambitieuses et cohérentes de co-développement vis-à-vis de l'Afrique et au Moyen-Orient.

Ce sont là les trois clés de l'avenir de l'Europe. Nous avons la conviction qu'il appartient à la France de lancer cette grande initiative qui proposera de remettre l'Union européenne sur ses pieds. Les peuples européens et pas seulement le nôtre, l'attendent. Nous faillirions à notre devoir de citoyens français mais aussi d'Européens si nous n'agissions pas pour que la France se porte aux avant-postes de cette grande tâche.

Nous appelons tous ceux qui refusent le rétrécissement du champ de l'avenir à œuvrer pour réorienter la construction européenne sur ces bases nouvelles.

** Liste des signataires: Marie-Françoise Bechtel, Guillaume Bigot, Jean-Pierre Chevènement, Gabriel Colletis, Éric Conan, Franck Dedieu, Alain Dejammet, Éric Delbecque, Jean-Pierre Gérard, Christophe Guilluy, Loïc Hennekinne, Paul Jorion, Jean-Michel Naulot, Michel Onfray, Natacha Polony, Jean-Michel Quatrepoint, Emmanuel Lévy, Benjamin Masse-Stamberger, Claude Revel, Henri Sterdyniak, Jacques Sapir, Paul Thibaud.*

146,76

WIRTSCHAFT

ECONOMIST-CHEFIN

30.06.16

"Am Ende kann Angela Merkel die Sache richten"

Die Chefin des renommierten britischen "Economist" fällt ein hartes Urteil über die Treiber des Brexit: Sie stünden vor einem Scherbenhaufen. Richten könne es in Europa nun nur eine.

Von [Andrea Seibel](#) Ressortleiterin Meinung/Forum

Die EU drückt aufs Tempo, in Großbritannien ist von Eile nicht wirklich was zu spüren. Nach dem Brexit-Votum steht das Land vor extrem wichtigen Entscheidungen. Angela Knäble aus London schätzt die Situation ein. Quelle: Die Welt

Zanny Minton-Beddoes ist die erste Frau an der Spitze des britischen "Economist". Sie hat die Anmutung einer Leichtathletin. Die Redaktion hatte sich beim Referendum für "Remain" ausgesprochen. Letzten Freitag stand kurz auf der Homepage des Wirtschaftsmagazins: "Oh fuck!" Der neue Titel, der eine Unterhose in Union Jack-Anmutung im Wind zeigt, heißt: "Anarchy in the UK". So hieß die erste Single der "Sex Pistols".

Die Welt: Das Unerwartete ist geschehen: [Brexit](#).



Foto: Eventpress Stauffenberg/paZanny Minton Beddoes

Zanny Minton Beddoes: Es war ein politisches Erdbeben. Diese Wahl war eine gegen vieles, nicht für etwas. Und wenn es eine Wahl für etwas war, dann für etwas, das gar nicht existiert! Daher die [ungeahnten Folgebeben](#), die wir in diesen Tagen und Stunden erleben.

Die Welt: Labour und Konservative implodieren als Parteien, der Separatismus Schottlands droht. Großbritannien ist in einer [veritablen Staatskrise](#).

Zanny Minton Beddoes: Das sind Erschütterungen wie eine Acht auf der Richterskala. Es ist verrückt. Wir wissen nicht, wie viel Schaden angerichtet wurde. Auch für die EU. Die Welt jedenfalls hat den Knall gehört. Das ist ein Moment von historischer Tragweite. Meiner Meinung nach vielleicht so gravierend wie der Fall der Berliner Mauer.

Die Welt: Aber 1989 war Aufbruch, Freude, Glück. Und jetzt? Zweifel, Unwägbarkeit, Angst.

Minton Beddoes: Wir brauchen den großen Blick auf alles. Wir, die an den Erfolg und die Fortschritte der offenen, liberalen, internationalen Ordnung glauben, von der die EU das am weitesten entwickelte Beispiel ist: Bewegungs- und Reisefreiheit, freier Waren- und Kapitalaustausch, Integration über die Grenzen hinweg. Diese Ordnung zu verlassen, ist eine große Niederlage für diese Vision, philosophisch betrachtet. Denn was bedeutet das für die "zurückgebliebene" EU? Alle Mitglieder wissen doch, dass, wenn Großbritannien austritt, etwas zu Ende gegangen ist.

Die Welt: War [Boris Johnson](#), der begnadete Redner, doch nur ein Spieler? Er tritt jetzt wohlwissend nicht an als Cameron-Nachfolger.

Minton Beddoes: Die Brexiter haben nicht an die Konsequenzen gedacht, weil sie die Komplexität des Nein nicht durchschaut haben. Nun steht Johnson vor einem Scherbenhaufen. Er erkannte zu spät, dass er nicht die Unterstützung seiner parlamentarischen Kollegen hatte und nicht nächster Premier werden konnte.

Die Welt: Glauben Sie, dass die EU in dieser Krise lernfähig ist?

Minton Beddoes: Die [EU hat Angst vor Wiederholungen](#). Es wäre aber sehr kurzsichtig, den Briten eine Lektion zu erteilen. Das wäre für niemanden gut. Und die EU trägt eine große Lebenslüge vor sich her, denn sie ist selten wirklich visionär, sondern von den Anfängen an viel öfter stark im Verteidigen nationaler Interessen und im muddling through. Am Ende kann am ehesten Angela Merkel die Sache richten, denn sie ist zu diesem Pragmatismus in der Lage.

Die Welt: Sie ist sehr umstritten wegen ihrer Flüchtlingspolitik.

Minton Beddoes: Angela Merkel ist, obwohl sie [nächstes Jahr vor Wahlen](#) steht, immer noch die einflussreichste und fähigste Politikerin in Europa. Sie wird in den nächsten Wochen eine enorm wichtige Rolle spielen. Es ist Ironie der Geschichte, dass dieses "merkeln", dieses "Auf-Sicht-Fahren", worüber die Briten sich während der [Euro-Krise](#) immer beschwert haben, nun Grund für Optimismus ist. Großbritannien ist zweifelsohne in einer schwächeren Position als zuvor. Aber für uns vom "Economist" wäre es das beste Ergebnis, wenn so viel Zugang wie möglich zum Markt bliebe. Dazu gehört natürlich auch die Bewegungsfreiheit der EU-Bürger, also genau das, was die Briten am meisten auf die Palme gebracht hat!

Wir müssen nach vorne schauen. Und kluge und bedachte Leute können das beste daraus machen. Es ist vielleicht trotz allem eine Chance, wieder Führung im Land herzustellen, Führung, die diesen Namen verdient, und auch Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern. Das gilt sowohl für Großbritannien als auch für die EU.

Die Welt: Das ist die optimistische Variante. Was aber, wenn nichts mehr klappt?

Minton Beddoes: Die letzten sieben Tage waren für mich der Beweis, wie schnell ein vermeintlich stabiles Land [aus den Fugen gerät](#). Alles steht auf dem Prüfstand. Das ist doch unser aller Weckruf!

Die Welt: Die Briten, die ja mehr sind als ein Land, sondern eine prägende Kultur, haben immer die Finalität der EU infrage gestellt. Und dies, obwohl die ganze Welt sich in supranationalen Strukturen bündelt, seien es die UN, die WTO, der IWF, die Nato. Und jetzt wollen die Briten souverän sein, autonom. Warum geht das nicht? Und sind die transnationalen, gleichmacherischen Gebilde wirklich die beste Lösung heutzutage?

Minton Beddoes: Das ist die große Frage. Britishness hat aber doch die Souveränität schon jetzt in einer Reihe von Aggregatzuständen und Bündnissen garantiert. Die EU ist allerdings anders. Für die Briten ist sie vergiftet. Viele konservative Politiker hierzulande haben sie als Sündenbock für alles Mögliche benutzt. Von der Gurke bis zur [Glühbirne](#) oder Banane wurde dieses ferne, superbürokratische, undemokratische Gebilde schlechtgemacht. Wenn man das lange genug betreibt, braucht man sich nicht zu wundern.

Die Welt: Nichts ist mehr, wie es war. Und?

Minton Beddoes: Brüssel gelingt es nie, all das zu tun, was es tun müsste. Es tut immer nur gerade genug, um den Laden zusammenzuhalten. Man sah das in der Euro-Krise; man sieht es in der Flüchtlingskrise. So wird es auch jetzt wieder sein. Radikale Reformen wird es nicht geben. Aber auch kein Ende der EU. Es wird interessant sein, [wie die Politiker das hinbekommen](#). Wir sind jedenfalls jetzt das neue Griechenland (*lacht*).

Brexit's fallout

Adrift

Leaderless and divided, Britain has its first taste of life unmoored from Europe

Jul 2nd 2016 | [From the print edition](#)

THE campaign to leave the European Union repeatedly urged Britain to “Take back control”. It is now a week since voters narrowly opted for Brexit, and the country has seldom looked so wildly off the rails. The prime minister has handed in his notice. The leader of the opposition is struggling to survive a coup. The pound hit a 31-year low against the dollar and banks lost a third of their value, before stabilising. Meanwhile there is talk in Scotland and Northern Ireland of secession.

Every one of these calamities was predicted in the event of a Leave victory, and yet still the country seems transfixed by what it has brought upon itself. It is time to snap out of the daze. The country needs a new leader, a coherent approach to negotiating with the EU, and a fair settlement with those nations within its own union that voted Remain. The damage to Britain's prosperity and to its standing in the world is already grave, and will become far worse if the country now fails to “take back control” of its future.

The sick man of nowhere

Brexit's grisly first week, and the misery ahead, have already provoked buyer's remorse. More than 4m people have signed a petition calling for a re-run of the vote. An instant rejection of the result would be wrong. Although we regret the Brexit vote, 34m people have cast their ballot and the result was clear. A straight rematch would be no fairer than allowing England's footballers another crack at Iceland, which inflicted a second humiliation a week after the referendum.

And yet Britain's fate is still highly uncertain. Although Britons opted to leave the EU, Brexit comes in 57 varieties. The mildest sort would be an arrangement like Norway's, involving continuing access to Europe's “single market” in return for the free movement of people from EU countries and a contribution to the EU budget. At the opposite extreme, Britain could cut its ties entirely, meaning no more payments into the EU budget and no more unlimited migration—but no special access to the market which buys nearly half Britain's exports, either. Voters were told they could have it all. They cannot.

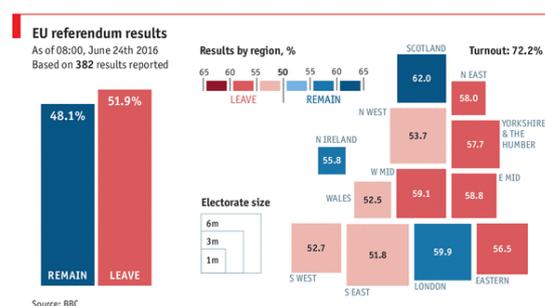
The Norwegian option would do the least damage to the economy. It would also be the best chance to preserve the union with Scotland and Northern Ireland, both of which voted Remain. The ruling Scottish Nationalists, who lost an independence referendum in 2014, always said that Britain's leaving the EU would justify another ballot on independence. They are right—especially since in 2014 many Scots voted to stay in Britain in order to remain in the EU. But independence would be painful: it might mean promising one day to adopt the euro and hardening the border with England, with which Scotland trades more than it does with the EU. Under a Norwegian-style deal, Scots might prefer to stick with England. The Nationalists should wait to see a deal before asking for a new referendum.

In Northern Ireland Brexit raises other problems. One is the prospect of resurrecting the border between north and south, a dismal piece of symbolism which might be avoided if Britain got a Norwegian settlement. Another shamefully overlooked snag is that Britain's exit from Europe will break the Good Friday Agreement of 1998,

in which Northern Ireland's peace process was underpinned by the EU. This treaty has kept the peace in the UK's most troubled region for nearly 20 years. Fixing the mess will be an urgent task for the prime minister.

Point of no Breturn

Who should that be? Tory party members, who have the final say, may favour one of the victorious Leave campaigners, a mediocre bunch who have disgraced themselves during the campaign: lying about inflated budget payments and phantom Turkish migrants, before vanishing after the vote when the Brexit hit the fan. None of them would make a worthy prime minister. And yet the very falseness of the prospectus they flogged may be their best qualification for the job. Britain's next leader must explain to 17m voters that the illusion they were promised—all the EU's benefits with none of its obligations—does not exist. Only when the authors of the Brexit fantasy themselves return from Brussels without this magical deal might Leave voters accept that a compromise is necessary.



Daily chart: Britain votes to leave the European Union

European leaders are in no mood to negotiate with their bolshie neighbour. That is why Britain should delay as long as it can before invoking Article 50 of the Lisbon treaty, the mechanism for a Brexit negotiation, which sets a two-year deadline. For every extra month that the cost of Brexit sinks in, the possibility of a fudge will increase. Angela Merkel, a champion procrastinator who, like her French and Dutch counterparts, faces angry elections next year, may also feel that accommodating some British demands, such as allowing an emergency brake on the free movement of people during “surges” (perhaps applied across the EU), would be possible, though she may find it hard to sell the idea to other European leaders.

Given that nearly half of British voters did not want out, it is likely that a majority might prefer a Norwegian compromise to complete isolation. Whatever deal takes shape in Brussels will be so far from what was promised by the Leave campaign that it will surely have to be put to the British public again, through a general election, another referendum or both. It is even possible that the whole notion of Brexit may stall. A thin majority have said they would prefer life outside the EU to life inside. But it may be that, when faced with the question of whether to endorse a Norway-like deal that entails many of the costs of being in the single market without having a say in the rules, many would rather stay in the EU after all.

Negotiating over Brexit will stretch the tolerance of both British voters and European leaders. Yet the EU specialises in muddled compromises and talking its way around referendums. After months of economic hardship, and a recession-induced fall in immigration, British voters may be ready to think differently about the balance between immigration, the economy and their place in Europe. By far the most likely outcome of this sorry situation remains Brexit. But it would be wrong completely to discount the possibility of an inelegant, humiliating, and yet welcome, Breversal.

146,79

Kommentar

Paris braucht Druck

Wenn die Briten aus der EU austreten, gewinnt die deutsch-französische Achse in Europa an Gewicht. Das birgt auch Konfliktpotential.

01.07.2016, von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS



© DPA/Für einen geregelten Binnenmarkt schlägt Präsident Hollande eine europäische Unternehmensbesteuerung und eine Lockerung der Haushaltsregeln vor.

Die Königin und der sozialistische Präsident waren voller Hoffnung. „Französischer Elan und britischer Pragmatismus schaffen zusammen Wunderwerke“, freute sich Elisabeth II. bei der Eröffnung des Eurotunnels 1994. [François Mitterrand](#) pflichtete ihr bei: „Der Tunnel ist ein wahrer Trumpf für die Stärkung der Europäischen Union“.

Mitterrand war der proeuropäischste aller französischen Präsidenten, und das englische Königshaus ist wegen seiner Verwandtschaftsbeziehungen zum Hochadel des Kontinents die europäischste aller britischen Institutionen. Doch wie viele andere haben sich die beiden Staatsoberhäupter in ihrem europäischen Optimismus damals gewaltig geirrt.

Auch Frankreich hat das Brexit-Votum in weiten Teilen mit Enttäuschung aufgenommen. Viele Franzosen grollen den Briten zwar wegen ihrer marktwirtschaftlichen Gene und ihrer Bremserrolle bei europäischen Projekten, dennoch empfinden sie den Ausstieg als Verlust. Frankreich wünscht sich aufgrund seiner eigenen Krisen eine starke Union, keinen Klub mit Auflösungstendenzen.

Ablehnung der heutigen EU nimmt in Frankreich zu

Erfahrung mit europäischen Referenden haben die Franzosen genug. Schon der Maastricht-Vertrag zur Euroeinführung hat 1992 nur eine dünne Mehrheit erhalten. Den europäischen Verfassungsentwurf, der die [EU](#) enger zusammenrücken lassen sollte, brachten die Franzosen dann 2005 zum Scheitern. Die Angst vor „dem polnischen Klemptner“, der für ein liberales Europa mit offenen Binnengrenzen für Arbeitskräfte stand, machte damals die Runde. Dies obwohl Frankreich ebenso wie Deutschland nach der Ost-Erweiterung 2004 die Personenfreizügigkeit für die neuen EU-Mitglieder erst sieben Jahre später zuließ. Die Briten dagegen hatten ihre Grenzen sofort geöffnet – aus französischer Sicht ein schwerer Fehler.

Mit Recht kritisieren die Franzosen, dass die Briten immer auf die Erweiterung der EU drängten – und sich nun aus ihr verabschieden, weil sie angeblich nicht mehr funktioniere. Danke für den Bärenienst! Doch die Ablehnung der EU in ihrer heutigen Form nimmt auch in Frankreich zu. Sie erreicht den Umfragen zufolge zwar keine Mehrheit für einen Ausstieg, doch die Zuwächse des Front National und in geringerem Maße der extremen Linken verdeutlichen den Trend.

Dialektische Kritik am EU-System

Die Abneigung speist sich vor allem aus einer als unerträglich empfundenen Einmischung von außen. Gleichzeitig wird „Europa“ vorgeworfen, im rauen Wind der Globalisierung keinen Schutz zu bieten. Die Gründe der französischen EU-Skepsis stehen teilweise im Gegensatz zu denen in Deutschland.

Während die verschiedenen Regelbrüche viele Deutsche erzürnen, sind in Frankreich vor allem die Regeln selbst der Grund für die Ablehnung. 55 Prozent wollen künftig mehr nationale Autonomie, nur 25 Prozent mehr europäische Integration.

Dennoch wärmt [Präsident Hollande](#) nun einen Plan auf, der eine Wirtschaftsregierung des Euroraums mit einem von EU-Abgeordneten der Euroländer kontrollierten Budget für öffentliche Investitionen vorsieht. Er weiß, dass so etwas, wenn überhaupt, nicht schnell zu verwirklichen ist.

Der Austritt der Briten ist ein herber Verlust

Für die nahe Zukunft schlägt er daher eine europäische Unternehmensbesteuerung vor, die gegen die Niedrigsteuer-Länder gerichtet ist, sowie eine Lockerung der Haushaltsregeln, indem die Verteidigungsanstrengungen der Länder berücksichtigt werden.

An diesen Vorschlägen sieht man, wie sehr die Briten den Deutschen bald fehlen werden. Hollande überhört das Signal aus Großbritannien. Viele französische Vorschläge für „mehr Europa“ und mehr Zentralisierung sind zwar nicht für bare Münze zu nehmen, denn auch Frankreich verweigert die Abgabe nationaler Souveränität.

Das wird nicht zuletzt im Dauerstreit über die europäischen Haushaltsregeln sichtbar. Immer dann jedoch, wenn die Franzosen auf Durchsetzung ihrer Forderungen hoffen können, kommt ihnen der Ruf nach Europa gelegen. Ohne Großbritannien gewinnt das deutsch-französische Tandem in der EU an Gewicht – und damit auch sein eingebauter Konfliktstoff.

Solide Haushaltspolitik zur Stabilisierung des Binnenmarktes

Wichtig ist es jetzt, auf gemeinsamen Haushaltsregeln zu bestehen. Sie sind eine Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents und für das Funktionieren der Gemeinschaftswährung. Solange niemand glaubwürdig erklärt, wie man auf eine Alternative zum Euro umsteigen kann, ist eine solide Haushaltspolitik unerlässlich.

Ansonsten ist irgendwann auch der EU-Binnenmarkt bedroht. Hinter vorgehaltener Hand sind die reformbereiteren Franzosen nicht unglücklich über den Druck aus Brüssel. Bei einem Schuldenstand von fast 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes braucht Frankreich die Defizitgrenzen als Argumentationshilfe.

Das europäische Drängen bleibt auch nicht völlig wirkungslos, selbst wenn ihm der Nachdruck fehlt: Zwischen 2009 und 2015 fiel die französische Neuverschuldung von 7,2 auf 3,5 Prozent.

Das Einwirken aus Brüssel auf die Politik der Mitgliedstaaten ist selten populär. Doch kann es heilsam wirken, solide Finanzen und ein gleichmäßiges Spielfeld für den Wettbewerb nutzen allen. Die EU kann sich nicht danach richten, was den Leuten gerade am besten gefällt. Ihre Glaubwürdigkeit hängt am Respekt vor den gemeinsam vereinbarten Regeln.

Hass in der muslimischen Welt

Der Terror hat sehr viel mit dem Islam zu tun

Auch das Attentat in Orlando sollte die Tat eines Einzeltäters sein, der die Religion nur zu seiner Rechtfertigung missbraucht – ein gängiges Erklärungsmuster. Wie glaubhaft ist es? Ein Gastbeitrag.

01.07.2016, von RUUD KOOPMANS



© AP/Der Hass auf Andersgläubige, legitimiert vom religiösen Fundamentalismus, bringt Gewalt hervor.

Wenn wir Barack Obama glauben dürfen, hat der Massenmord an 49 schwulen Männern und lesbischen Frauen in Orlando nichts mit dem Islam zu tun. In seiner Reaktion auf das Blutbad erwähnte der amerikanische Präsident das Wort „Islam“ kein einziges Mal. Stattdessen stufte er die Tat mit dem Begriff „homegrown terrorism“ als hausgemachtes Problem ein. Außerdem sei dies ein weiteres Beispiel von „Selbstradikalisierung“. Dieser Begriff, wie auch der des „einsamen Wolfes“ wird immer wieder gerne nach radikalislamischen Anschlägen benutzt und deutet sie als das Ergebnis des isolierten Werdegangs eines Individuums ohne jeden Bezug zur muslimischen Gemeinschaft.

Wenn Barack Obama und andere Mitglieder der amerikanischen Regierung den Islam in der Vergangenheit schon in Verbindung zu Terroranschlägen erwähnten, so verbanden sie dies stets mit der einschränkenden Bemerkung, dass „der“ Islam eine friedfertige Religion sei, die übergroße Mehrheit der Muslime mit dem fundamentalistischen Gedankengut nichts zu tun haben wolle und die Attentäter gar keine richtigen Muslime seien, sondern die Religion nur als Deckmantel für ihre Zwecke missbrauchten. Damit setzt die Regierung Obama auf genau die gleiche Deutung, die auch von Sprechern muslimischer Organisationen und vom sich für aufgeklärt haltenden Teil der politischen Öffentlichkeit bedient wird – nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Wie glaubhaft ist diese Deutung?

Eine Antwort auf diese Frage muss zunächst einmal Aussagen und Verhalten des Täters selbst ernst nehmen. Während seiner Tat erklärte Omar Mateen in verschiedenen Telefonanrufen seine Treue zum „Islamischen Staat“, solidarisierte sich mit den radikalislamischen Attentätern des Boston-Marathons und dem ersten amerikanischen Selbstmordattentäter in Syrien, einen Anhänger der Al-Nusra-Front, den er persönlich kannte. Beide hatten in Fort Pierce, Florida, die gleiche Moschee besucht. Auf seiner Facebook-Seite schrieb Mateen: „Die echten Muslime werden die dreckigen Wege des Westens nie akzeptieren. Ihr tötet unschuldige Frauen und Kinder durch Luftschläge. Spürt nun die Rache des ‚Islamischen Staates‘.“ Er schloss sein Posting mit „Möge Allah mich akzeptieren“. Auch sein Verhalten vor dem Attentat zeigt, dass Omar Mateen ein gläubiger Muslim war. Laut Aussage seines Imams ging er drei- bis viermal in der Woche in die Moschee, das letzte Mal zwei Tage vor dem Attentat. Zweimal, 2011 und 2012, war er auf Pilgerfahrt in Saudi-Arabien – wo er womöglich mehr tat, als nur pilgern.

Nur in etwa einem Drittel der muslimischen Länder straffrei

Dennoch hatte die Gewalttat laut Mir Seddique Mateen, Omars Vater, „nichts mit Religion zu tun“, und große Teile der amerikanischen Politik und Medien sprachen es ihm nach. Als alternative Erklärung wies der Vater, selbst ein erklärter Taliban-Sympathisant, auf ein Ereignis einige Zeit vor dem Anschlag hin: Omar habe sich sehr aufgeregt, als er zwei Männer sah, die sich in der Öffentlichkeit geküsst hatten. Die Szene mag auch den Vater, selbst homophob, aufgeregt haben. Dieser hatte noch kurz vor dem Attentat auf seinem Videokanal erklärt, „dass das Schwulen- und Lesbenthema etwas ist, dass Gott in diesem Ramadanmonat bestrafen wird“.

Es ist offensichtlich, dass Omar Mateens Tat auch durch Hass auf Homosexuelle motiviert war, aber wir haben es hier nicht mit einer alternativen Erklärung zu tun, die eine religiöse Motivation ersetzen würde, wie große Teile der amerikanischen Öffentlichkeit es uns glauben lassen wollen. Im Gegenteil, Omar und sein Vater sind keine Ausnahmen: Der radikale, fundamentalistische Islam ist eng verbunden mit extremem Hass auf Homosexuelle. Vielleicht müsste man sogar sagen: Mit Ausnahme einer kleinen liberalen Minderheit ist der Islam insgesamt homophob. Klar, auch viele Christen oder Anhänger anderer Religionen lehnen Homosexualität oder doch zumindest die homosexuelle Ehe ab, aber der Homohass im Islam geht weit darüber hinaus.

Es gibt zehn Länder auf der Welt, wo das, was Omar Mateen getan hat, nämlich das Töten von Homosexuellen, offizielles Gesetz ist. Ohne Ausnahme sind diese zehn Länder, wo die Todesstrafe auf Homosexualität steht, muslimische Länder: Iran, Saudi-Arabien, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Jemen, Afghanistan, Sudan, Mauretanien und der islamische Norden Nigerias. Hinzu kommen noch die vom Islamischen Staat kontrollierten Teile von Syrien, der Irak und Libyen. In zwanzig weiteren muslimischen Ländern ist Homosexualität illegal. Damit steht Homosexualität nur in etwa einem Drittel der Länder der Welt, die eine muslimische Bevölkerungsmehrheit haben, nicht unter Strafe. Eine wichtige Ausnahme ist noch die Türkei, aber auch dort geraten Homosexuelle zunehmend unter Druck: Der jährliche Gay-Pride-Umzug in Istanbul wurde unlängst zum zweiten Mal verboten. Tausende Homosexuelle in islamischen Ländern haben ihre sexuellen Neigungen mit dem vom Staat oder von religiösen Schiagerichten sanktionierten Tod oder mit langen Haftstrafen bezahlen müssen. Und Millionen müssen ihre Sexualität verstecken, um dem Religionswahn nicht zum Opfer zu fallen.

Juden als beliebter Sündenbock

Auch viele Muslime, die im Westen leben, sind der Ansicht, dass Homosexualität bestraft werden sollte, wie eine jüngere Studie aus Großbritannien zeigt: 61 Prozent der dort lebenden Muslime meinen, Homosexualität sollte verboten sein. Laut einer belgischen Studie sagten mit 25 Prozent der befragten muslimischen

Jugendlichen dreimal so viele wie nichtmuslimische Altersgenossen, dass Gewalt gegen Homosexuelle erlaubt sei, und zwanzig Prozent fanden es gut, dass in manchen islamischen Ländern auf Homosexualität die Todesstrafe steht. Allgemein gesprochen gilt, dass es keine andere Weltregion gibt, wo der Hass auf Andersdenkende und religiöse Minderheiten und ihre Entrechtung so tief verwurzelt sind wie in der muslimischen Welt.

Auch Antisemitismus ist leider immer noch in großen Teilen der Welt verbreitet. Eine jüngere Studie der Anti-Diffamierungs-Liga (ADL) zeigte, dass vierundzwanzig Prozent der Westeuropäer antisemitische Auffassungen teilen. Sie meinen zum Beispiel, Juden hätten zu viel Einfluss in der Weltpolitik und der Finanzwirtschaft und wären verantwortlich für die meisten Kriege in der Welt. In Osteuropa unterschreiben sogar vierunddreißig Prozent der Bevölkerung solche Meinungen. Doch in fast allen Weltregionen lehnt eine deutliche Mehrheit der Befragten Antisemitismus ab. Nur im islamischen Nahen Osten und Nordafrika ist das anders. Dort ist Antisemitismus kein Minderheitenphänomen, sondern die gesellschaftliche Norm: 74 Prozent der Bevölkerung dieser Länder haben ein antisemitisches Weltbild. Unter den in Europa lebenden Muslimen ist die Situation nur etwas besser. Von der deutschen Bevölkerung insgesamt haben laut der ADL-Studie sechzehn Prozent ein antisemitisches Weltbild (was in etwa den Ergebnissen anderer Studien entspricht), unter den deutschen Muslimen sind es jedoch 56 Prozent. Ähnliche Zahlen nennt diese Studie für Frankreich und Großbritannien.

Juden sind ein beliebter Sündenbock in Verschwörungstheorien, die in der muslimischen Welt weit verbreitet sind. Diese kursieren nicht nur unter einfachen, ungebildeten Leuten. Der Großmufti der Al-Azhar-Universität in Kairo, die am meisten respektierte religiöse Autorität in der sunnitischen Welt, erklärte zum Beispiel 2015: „Wir sehen uns mit mächtigen internationalen Verschwörungen gegen Araber und Muslime konfrontiert, die die Gesellschaft auseinanderdividieren wollen auf eine Art und Weise, die den Träumen des neuen Weltkolonialismus entspricht, der mit dem Weltzionismus alliiert ist – Hand in Hand und Schulter an Schulter... Das Ergebnis dieser perfiden Manipulationen ist, dass der Irak verlorengegangen ist, Syrien verbrannt wurde, der Jemen zerrissen wird und Libyen vernichtet wurde. Sie haben noch vieles im Ärmel, das nur Allah wissen kann und vor dem wir bei Allah Schutz suchen.“

Nur zwei von 47 Ländern sind „frei“

Muslimische Führer und westliche Politiker reden viel und gerne über „Islamophobie“. Aber die Wahrheit ist, dass Muslime nicht nur im Westen, sondern auch in anderen Ländern der Welt, wo muslimische Minderheiten leben – etwa Ghana oder Indien –, ein Ausmaß an Gleichberechtigung genießen, von dem religiöse Minderheiten in muslimischen Ländern nur träumen können. Eine Studie von Jonathan Fox zu den Rechten religiöser Minderheiten zeigt, dass unter den zehn Prozent der weltweit am stärksten diskriminierten religiösen Minderheiten nur zwei Fälle sind, in denen Muslime von Staaten mit einer nichtmuslimischen Mehrheit unterdrückt werden: Myanmar und Russland. Dagegen gibt es vierunddreißig Fälle extremer Diskriminierung nichtmuslimischer Religionsgruppen durch einen Staat mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit, darunter Christen in Saudi-Arabien, Pakistan, Afghanistan, Iran, Turkmenistan, den Malediven, den Komoren, Sudan, Brunei, Kuwait, Qatar, Ägypten, im islamischen Norden Nigerias und in der Türkei.

Die Daten stammen noch aus der Zeit vor dem Aufmarsch des „Islamischen Staates“. Seitdem sind religiöse Minderheiten in Syrien, dem Irak und Libyen ihres Lebens nicht mehr sicher. Sogar in muslimischen Ländern, wo religiöse Minderheiten in der offiziellen Gesetzgebung relativ gleichberechtigt sind, gibt es weitverbreitete und nicht selten mit Gewalt einhergehende Feindseligkeiten der muslimischen Mehrheitsbevölkerung, wie zum Beispiel in Indonesien. Während viele Muslime in nichtmuslimische Länder einwandern, wird die muslimische Welt zunehmend zu einer monokulturellen Wüste, weil Minderheiten massenhaft in die Flucht getrieben werden. Wenn es so weitergeht, ist die religiöse Säuberung des Nahen Ostens von seiner bereits stark geschrumpften christlichen Population – und das Gleiche gilt für andere nichtmuslimische Minderheiten wie die Bahai oder die Yeziden – bald vollendet.

Auch sind wohl nur an der muslimischen Welt die verschiedenen Demokratisierungswellen der vergangenen hundert Jahre vorbeigegangen. Laut dem Index politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten des „Freedom House Institute“ sind nur zwei von 47 mehrheitlich muslimischen Ländern als „frei“ zu bezeichnen (Tunesien und Senegal). Eine Mehrheit von 25 muslimischen Ländern ist „unfrei“, und die restlichen neunzehn Länder, darunter die Türkei, werden als „teils frei“ eingestuft. Der Kontrast zur nicht-muslimischen Welt könnte kaum stärker sein: Während nur vier Prozent der muslimischen Länder frei sind, gilt dies für 58 Prozent der nichtmuslimischen Länder der Welt; während 55 Prozent der muslimischen Länder unfrei sind, gilt das heutzutage nur noch für siebzehn Prozent der Länder ohne eine muslimische Bevölkerungsmehrheit. Ähnliches könnte man anführen für die Pressefreiheit oder die Rechte der Frau.

Die Wurzeln des Problems

Und das alles liegt nicht an der Armut, denn viele islamische Länder sind reich und es gibt viele nichtmuslimische Entwicklungsländer und Schwellenstaaten, wo Freiheit herrscht. Es liegt auch nicht an dem gerne als Ausrede herangezogenen Erbe des westlichen Kolonialismus. Der Nahe Osten ist sogar eine der Weltregionen, die am wenigsten vom westlichen Kolonialismus betroffen waren. Der westliche Kolonialismus dauerte dort keine fünfzig Jahre – nicht zu vergleichen mit den Jahrhunderten, in denen weite Teile des arabischen Raumes zum Osmanischen Reich gehörten. Iran und Saudi-Arabien, die beiden Hauptstifter des islamischen Fundamentalismus, wurden sogar nie vom Westen kolonisiert.

Angesichts der weitverbreiteten Unterdrückung von sexuellen und religiösen Minderheiten in der islamischen Welt kann unmöglich behauptet werden, dass der Hass auf Anderslebende und Andersgläubige „nichts mit dem Islam zu tun“ habe oder dass „der“ Islam „eine Religion des Friedens“ sei. Es zeugt außerdem von einem mangelhaften Unrechtsbewusstsein, die Trommel der „Islamophobie“ zu rühren, aber zu schweigen über die viel schlimmere Phobie der muslimischen Welt gegen alles Unislamische. Es mag sein, dass das in der Vergangenheit einmal anders war, zum Beispiel in der mythischen Zeit des Al-Andalus, und man mag und soll für die Zukunft hoffen, dass irgendwann Frieden und Toleranz die islamische Welt kennzeichnen werden. Aber für das Hier und Jetzt ist die einzig richtige Analyse, dass der islamische Radikalismus leider sehr viel zu tun hat mit der Art und Weise, wie im Mainstream der islamischen Welt mit Andersdenkenden und Andersgläubigen umgegangen wird.

Um das zu ändern, ist eine Revolution des Denkens innerhalb der islamischen Welt notwendig – eine islamische Reformation, wenn man so will. Und die wird es so lange nicht geben, wie die Verneinungsthese des „Es hat mit dem Islam nichts zu tun“ und die Kultivierung der muslimischen Opferrolle die Debatte über Radikalisierung, Verfolgung und Gewalt dominieren. Nur wenn sich ein Bewusstsein dafür herausbildet, dass die Wurzeln des Problems im Mainstream des gegenwärtigen Islams liegen, ist eine Besserung möglich. Die Weigerung von Barack Obama und vielen anderen, das Problem beim Namen zu nennen, mag gut gemeint sein, aber es steht diesem Heilungsprozess nur im Wege.

Der Soziologe Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und lehrt an der Humboldt-Universität.

146,83

Mayers Weltwirtschaft

Die nächste Bankenkrise

Die aktuelle Schieflage italienischer Banken ist erst der Anfang. Bald schon werden auch deutsche Kreditinstitute noch stärker leiden. Eine Einschätzung des prominenten Ökonomen Thomas Mayer.

09.07.2016

Der „Brexit“ ist nur der äußere Anlass für Italiens gegenwärtige Bankenkrise, und die italienische Krise ist nur die Spitze des Eisbergs der Probleme europäischer Banken. Der tiefere Grund für die tödliche Krankheit der Banken ist die Verschleppung der Bereinigung maroder Bilanzen nach der Finanzkrise. Die Niedrigzinspolitik der **EZB** und anderer Zentralbanken hat zwar eine Depression wie nach dem Aktienmarktcrash von 1929 verhindert, sie hat aber gleichzeitig den Druck für notwendige Strukturanpassungen verringert. Daraus ist ein Teufelskreis entstanden: Die Niedrigzinspolitik stützt eine ineffiziente Struktur der Wirtschaft mit der Folge, dass Wachstum und Inflation niedrig bleiben, was wiederum zur Begründung der Niedrigzinspolitik dient. Dieser Teufelskreis führt zu einer Auszehrung der Banken, die in die nächste Krise führt.

Markus Krall von der Unternehmensberatung goetzpartners beschreibt, wie die Niedrigzinspolitik zum Abschmelzen der Zinsmargen und zur gefährlichen Veränderung der Bilanz von Kreditbanken führt. Die Zinsmarge einer Bank, die im klassischen Kreditbankgeschäft die Gewinnmarge bestimmt, besteht aus drei Komponenten: der Passivmarge, der Transformationsmarge und der Kreditmarge. Die Passivmarge ergibt sich aus dem Einlagezins und dem Geldmarktzins. Sie entsteht, wenn der Bank Einlagen zufließen, die sie nicht gleich als Kredite weiterreichen kann und daher auf dem Geldmarkt parken muss. Solange der Einlagezins nicht unter null gesetzt werden kann (weil die Kunden sonst ihre Einlage in bar abheben) und der Geldmarktzins negativ bleibt, ist auch die Passivmarge negativ.

Die Transformationsmarge entsteht dadurch, dass Banken Kredite auf längere Frist vergeben, das damit geschaffene Girogeld aber auf Abruf durch den Kunden zur Verfügung stellen. Diese „Fristentransformation“ lassen sich die Banken normalerweise bezahlen. Wenn der Kreditzins aber von der Zentralbank auch für längere Laufzeiten gegen null gedrückt wird, verschwindet die Transformationsmarge. Schließlich ist da noch die Kreditmarge, die Banken dafür berechnen, dass sie das Risiko von Kreditausfällen auf sich nehmen. Fallen Passiv- und Transformationsmarge weg, müssen die Banken zur Deckung ihrer Kosten die Kreditmarge ausweiten, was nicht ohne Abstriche an der Kreditqualität geht. Unterm Strich führt die Niedrigzinspolitik der Zentralbank mit der Zeit folglich zur Ausdünnung der Gewinne und erhöhten Risiken in den Bilanzen der Kreditbanken. Da sie ohne ausreichende Gewinne keine angemessene Risikovorsorge betreiben können, werden die Banken zum Brandbeschleuniger im Wirtschaftsabschwung. Auch kleinere Schwächephasen der Realwirtschaft können dann eine Flucht aus Bankaktien auslösen, die auf Bankanleihen und im schlimmsten Fall auf die Einlagen übergreift.

Seit Ende 2011 befinden sich die Kreditzinsen auf einem steilen Abwärtspfad. Ab nächstem Jahr, wenn die noch zu höheren Zinsen vergebenen Kredite im Schnitt auslaufen und durch Kredite mit niedrigeren Zinsen ersetzt werden, wird die Auszehrung auch der deutschen Banken ernstlich beginnen. Die gegenwärtige **Bankenkrise** in Italien ist also nur ein Vorläufer dessen, was bei uns und im gesamten Euroraum zu erwarten ist.

Die italienischen Banken leiden an der Höhe ihrer schlechten Kredite. Die Regierung versucht nun, die Kapitalausstattung der Banken mit staatlicher Hilfe aufzustocken, damit sie diese abschreiben können. Dass die Regierung damit das im Rahmen der „Bankenunion“ gerade erst beschlossene Verfahren zum Umgang mit notleidenden Banken aushebeln würde, ist für sie weniger wichtig als die politischen Kosten, die ihr durch eine Beteiligung der Gläubiger an der Sanierung der Banken entstehen würden. Wie bei der Rettung Griechenlands durch öffentliche Finanzhilfen und danach der gesamten Währungsunion durch die EZB soll wieder einmal gelten: Not kennt kein Gebot. Allerdings würde auch diesmal ein Bruch der Regeln die Probleme nicht lösen, sondern nur in die Zukunft verschieben. Denn es wäre nur eine Frage der Zeit, bis das neu zugeführte Kapital im Umfeld niedrigen Wachstums und niedriger Zinsen durch Abschreibungen wieder verbraucht wäre.

Freunde der EZB halten der Diagnose einer tödlichen Krankheit der Banken entgegen, dass mit der Niedrigzinspolitik die Wirtschaft bald wieder auf Wachstumskurs gebracht und dadurch die Probleme der Banken gelöst werden könnten. Doch bisher ist es nirgendwo gelungen, mit dieser Geldpolitik robustes Wirtschaftswachstum und zielgerechte Inflation herbeizuzwingen. Dies führt leider zu dem Schluss, dass wir auf dem Weg in die nächste große Bankenkrise sind.

146,84

Kommentar

Wer dreimal lügt

Erinnert sich noch jemand an den Stabilitätspakt? An seine Regeln hält sich kaum noch ein Land. Jetzt geht es um Italien.

09.07.2016, von **HOLGER STELTZNER**

Erinnert sich noch jemand an den Stabilitätspakt? Mit Grenzen für Haushaltsdefizite und Staatsschulden sollte den Deutschen 1997 die Angst davor genommen werden, dass aus der Währungsunion eine Schuldenunion mit gemeinsamer Haftung werden könnte, die nach den EU-Verträgen ja eigentlich verboten ist.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

Heute weiß man es besser, das war eine Illusion. Kaum ein Land der Eurozone hält sich an die Regeln, was nicht wirklich eine Überraschung ist. Bitter jedoch war, dass ausgerechnet Deutschland und Frankreich bei dem ersten Anwendungsfall, als es um sie ging, die Sargnägel in den Pakt schlugen, indem sie 2003 die Regeln außer Kraft setzten. Seitdem wachsen in der Währungsunion die Defizite und Schulden, allen Klagen von Politikern und Ökonomen über das vermeintliche deutsche Spardiktat zum Trotz.

An den neuen Stabilitätspakt hält sich kaum ein Land

Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise wurde dann ein zweiter „Pakt“ eingeführt, mit dem der Stabilitätspakt angeblich geschärft werden sollte. Wie man heute weiß, war der Fiskalpakt 2012 nur der Köder, mit dem die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag die Einführung des Euro-Rettungsfonds ESM schmackhaft machte. An die Regeln des neuen „Stabilitätspakts“ hält sich natürlich wieder kaum ein Land, zum Beispiel Frankreich nicht, wie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker offenherzig begründet, „weil es Frankreich ist“. Ähnliches dürfte für Spanien, Portugal und andere Euroländer gelten.

Seit Einführung des Euros ist die Bankenunion das wichtigste Projekt der Währungsunion. Darin steckt im Kern das folgende Versprechen der von der Bankenkrise geschockten und angeblich geläuterten Politiker: Nie wieder sollen die Steuerzahler für die Verluste von Banken einstehen müssen, während Boni-Banker ihre Gewinne einstreichen. „Bail-in“ heißt das neue Zauberwort, gemeint ist damit, dass Eigentümer und Gläubiger statt der Steuerzahler in Haftung genommen werden sollen. In Zypern haben Bankkunden schmerzhaft erlebt, was das bedeuten kann.

Nun steht in Italien wohl der erste Anwendungsfall in einem großen Mitgliedsland bevor. Rom versäumte, die italienischen Wackelbanken zu sanieren, und möchte jetzt, kaum da die neuen Regeln der Bankenunion gelten, diese aushebeln. Was sagt die Europäische Zentralbank als Bankenaufseherin dazu? Die wirbt in Person ihres Vizepräsidenten für eine „kleine öffentliche Unterstützung“, noch bevor sie die Ergebnisse ihres Bankenstresstests vorlegt.

Quelle: F.A.Z.

146,85

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

Italy's Desperate Banks

Still another bailout drama for the European Union.



Italian Prime Minister Matteo Renzi , June 29, 2016. PHOTO: ZUMA PRESS

July 7, 2016 7:20 p.m. ET

[24 COMMENTS](#)

Italy faces an acute banking crisis, and again the country's political class is finding somebody else to blame. There's Britain, for injecting uncertainty into the European economy by voting to leave the European Union. There's Germany, for vetoing Prime Minister Matteo Renzi's plea for an emergency €40 billion (\$44.27 billion) taxpayer-funded bank bailout. And there's the euro, for preventing the country from devaluing its way out of its debts.

Sorry if we don't supply additional excuses, but to adapt what one Italian once said to another, the fault, dear Matteo, is not in your stars. For decades Italy's banking system has been [notorious](#) for clubby relationships with regulators and politicians, who [shielded](#) it from foreign takeovers, competition, layoffs or consolidation. Attempts to shape up the banks and clean out their nonperforming loans have been [half-hearted](#).

The result is that bank balance sheets are a mess. Some 17% of loans, amounting to €360 billion, are sour, as compared to 5% in the U.S. at the height of the financial panic. The current U.S. rate is about 1.5%. The European Central Bank has sent interest rates into negative territory to promote more lending, but negative rates are also a tax on banks that reduce their profitability. No wonder Italian bank shares have plunged this week.

The question is what to do about it. Mr. Renzi has floated the idea of a government-led bank restructuring that would cost as much as €40 billion. But the EU's 2014 postcrisis "bail-in" rules for bank rescues require bank bondholders to take haircuts on bank losses before taxpayers do.

That's politically problematic in Italy, where retail investors hold some €200 billion in bank bonds. Many of them would be wiped out in any bank restructuring. Mr. Renzi's bailout request was curtly turned down by Chancellor [Angela Merkel](#), who said, understandably, that having written the rules, "we cannot change them every two years." Another problem is Italy's bankruptcy laws, in which insolvency procedures typically take eight years to resolve in court, as compared to the European average of three, making it difficult for banks to sell nonperforming loans at decent prices. To his credit, Mr. Renzi has pushed measures to speed up judicial auctions of debtors' assets and allow banks to reach extrajudicial agreements with creditors.

The larger problem for Mr. Renzi is that, like nearly every Prime Minister before him, he has shied away from serious supply-side reforms. The health of banks is usually tied to the health of the economy, and on that score Italy's gross domestic product in 2015 was the same size it had been a decade ago. An effort in April to create a €4 billion bank-rescue fund was inadequate and marred by the participation of a state-owned bank.

As is their habit, EU leaders will probably search for some muddle-through solution that they can claim will satisfy the new "bail-in" rules while staving off any systemic financial threat from Italian bank failures. But this delay-the-pain habit is what has let Italy's banks continue as financial zombies for so long. As painful as it might be, Italy and Europe would be better off if they confronted the problem head on and cleaned up the banks once and for all. And if taxpayers are going to feel the pain, so should bank equity and bondholders.

146,86

Kommentar

Das Dilemma der EZB-Bankenaufsicht

Die EZB steckt in einem Interessenkonflikt. Einerseits will sie die Banken retten, andererseits treibt sie sie mit dem Niedrigzins in die Existenznot. Ihrem Auftrag Finanzstabilität wird sie jedenfalls nicht gerecht.

12.07.2016, von MARKUS FRÜHAUF

Das Undenkbare ist in der neuen Zinswelt der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#) Alltag: Banken prüfen, ob sie in Tresoren Bargeld horten können. Unternehmen zahlen für ihre Bankkonten Strafzinsen und Privatkunden höhere Gebühren. Immer mehr Anleihen weisen einen negativen Zins auf. [Derweil drohen in Italien Banken unter faulen Krediten zusammenzubrechen](#). Die Lehre aus der Finanzkrise, dass kein Steuerzahler mehr für Banken haften soll, wird einkassiert. EZB-Vizepräsident Vítor Constâncio bringt nun sogar wieder Staatshilfen ins Spiel. Dabei ist ihm, der EZB und Rom die schlechte Verfassung italienischer Banken seit Jahren bekannt, aber geschehen ist wenig. [Das kann auch daran liegen, dass EZB-Präsident Mario Draghi den Zins abgeschafft hat](#). Mit seinen Anleihekäufen verteilt er an Banken und Staaten Placebo-Pillen, die eine Genesung verhindern.

Gleichzeitig treibt die EZB gesunde Banken und Versicherer in Existenznot. Eine baldige Zinswende und damit eine wieder bessere Ertragsbasis ist nicht in Sicht. Der drohende EU-Austritt Großbritanniens und die maroden Banken in seinem Heimatland Italien werden [Draghi](#) als Argumente für eine noch extremere Geldpolitik dienen. Die EZB wird den Banken nahelegen, die Abhängigkeit von den Zinserträgen zu verringern. Das klingt so, als ob der Brandstifter Ratschläge zum Brandschutz erteilt.

Die Doppelrolle der EZB führt zu Interessenkonflikten. Der Unmut in den Banken wächst. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, warnt vor einem Vertrauensschwund der Bürger. Als wäre er ein Bankenlobbyist fordert er entgegen der Regeln der neu eingeführten Bankenunion jetzt 150 Milliarden Euro Staatshilfe für Euro-Wackelbanken. Ganz anders der Sparkassenpräsident [Georg Fahrenschon](#). Er fordert eine Neuordnung der Bankenaufsicht. Es bestehe ein Interessenkonflikt, weil der EZB-Rat über Geldpolitik und zugleich über Bankenaufsicht entscheidet. Das höchste Gremium, in dem Deutschland als mit Abstand größter Haftungsträger so wie Malta nur eine Stimme hat, soll entscheiden, ob, wann und wie eine marode Bank abgewickelt werden muss. Das setzt die EZB politischer Einflussnahme aus und bedroht ihre Unabhängigkeit.

Hilflose EZB-Vertreter

Ein Beispiel ist Italien. Die Bilanzprüfungen im Herbst 2014 zeigten, dass viele Banken angesichts ihrer faulen Kredite zu wenig Kapital haben. Doch eine geordnete Abwicklung fürchtete Ministerpräsident [Matteo Renzi](#) wegen der politischen Verwerfungen. Die EZB sah jahrelang weg und gibt ihm jetzt Rückendeckung, sie wirbt sogar für Staatshilfen. Zombiebanken soll weiter dahinvegetieren. Die EZB subventioniert sie schon mit ihren Käufen italienischer Staatsanleihen. Die damit vollgesogenen Banken freuen sich über die Kursgewinne, doch ihre Bilanzen sanieren sie nicht.

Es wirkt hilflos, wenn EZB-Vertreter Banken zu grenzüberschreitenden Fusionen aufrufen. Die Widerstandskraft wird nicht gestärkt, wenn sich ein Gesunder mit einem Kranken das Bett teilt. Der Wunsch nach großen, „paneuropäischen“ Banken steht im Widerspruch zu dem Ziel der führenden Wirtschaftsnationen (G20), zu große Banken wegen ihrer Gefahren für das Finanzsystem zu verhindern. Die Vergemeinschaftung der Risiken treibt die EZB auch in der Einlagensicherung voran. Sie will eine grenzüberschreitende Lösung: Am Ende sollen deutsche Sparer für griechische oder italienische Banken haften.

Gleichzeitig hat die EZB die Steuerungsfunktion des Zinses abgeschafft. Das verzerrt die Preise für Risiken und erhöht die Gefahr von Übertreibungen, wie man an den Immobilienpreisen in deutschen Großstädten sehen kann. Die Finanzkrise nach dem Lehman-Kollaps zeigt, was passiert, wenn Spekulationsblasen platzen. Doch trotz des Misserfolgs ihrer Extrempolitik hält die EZB an ihrem Kurs fest, um marode Banken in Südeuropa am Leben zu erhalten. Paradox ist, dass Banken für Geld, das sie bei der EZB parken, Strafzinsen zahlen müssen. Dabei hatten Aufseher nach der Finanzkrise Banken mit hohen Kundeneinlagen noch als sicher eingestuft, die sie heute bestrafen.

Konflikt mit der Geldpolitik

Indem die EZB das Schuldenmachen belohnt und das Sparen bestraft, brechen den noch gesunden Banken die Zinserträge weg. Wenn die alten, höher verzinsten Kredite auslaufen, bekommen die Institute die Auswirkungen der Negativzinspolitik voll zu spüren. Zusätzlich müssen sie die Kosten aus der Flut an aufsichtsrechtlichen Vorgaben tragen und gleichzeitig in den digitalen Umbruch investieren. Die Vorgaben kommen auch von der EZB, die Banken vorschreibt, wie viel Kapital sie vorhalten müssen.

Das steht im Konflikt mit der Geldpolitik, die auf eine höhere Kreditvergabe zielt. Diese müssen Banken aber einschränken, wenn sie ihr Kapital schonen sollen. Die EZB steckt in dem Dilemma, dass die Aufsicht entweder gegen die geldpolitischen Ziele wirkt oder sich unterordnet, aber dann ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Hinzu kommt noch großer politischer Druck. So schafft die EZB kein Vertrauen in die Banken. Durch den Interessenkonflikt ist der Auftrag Finanzstabilität für die Zentralbank unerfüllbar.

146,87

July 12, 2016 2:16 pm

Theresa May should beware of imitating the German model

Ursula Weidenfeld

Co-determination has stifled innovation and hit profits, writes Ursula Weidenfeld



German companies such as Volkswagen have adopted co-determination

At a reception in Berlin at the end of June [Joachim Gauck](#), the president of Germany, along with ministers, trade unionists and the heads of employers associations, assembled to celebrate the 40th anniversary of the *Mitbestimmungsgesetz* or “[co-determination](#)” act.

After the champagne toasts, the guests began to discuss the future of this system of joint decision-making between employers and employees in the age of globalisation. Optimism was in short supply. As politicians in other countries — including [Theresa May](#), the next British prime minister — are thinking about expanding workers’ rights, Germany, it seems, is quietly bidding farewell to them.

The great and the good gathered in Berlin were celebrating a glorious past. Since the law was passed in 1976, half of the seats on the boards of companies with 2,000 or more employees must be occupied by labour representatives. In companies with fewer than 2,000 employees, the proportion is one-third. The *Mitbestimmungsgesetz* transformed workers into co-managers of their companies. Employees in Germany not only have a say when it comes to working conditions; they are also involved in executive appointments and decisions over job cuts or the introduction of new technology.

In the past 40 years, workers have helped to reduce production costs, and agreed to flexible working schemes and short-time work where necessary. Owners and shareholders, meanwhile, have often given job guarantees and have invested in areas where labour costs were high.

“*Mitbestimmung* [co-determination] is part of our identity,” said Ingo Kramer, president of the federation of German employers. But in truth, its best years are behind it. While it has contributed to industrial peace within companies, it has also hindered innovation and reduced profits. Moreover, only 641 companies are at present covered by the law, 126 fewer than in 2002. According to Reiner Hoffmann, chairman of the German Trade Union Federation, “800,000 employees are deprived of their right” to *Mitbestimmung*. Where possible, shareholders and chief executives try to evade the legislation by exploiting loopholes.

It is not only the employers who are downbeat about the future of co-determination. Young employees, too, are less than enthusiastic about worker representation. They prefer taking stock options in start-ups to works councils and representation on the board. Since many no longer want to spend more than a few years with one company, they are reluctant invest too much time in stakeholder matters. If something goes wrong in a job, they would much rather resign than stay and fight for their rights.

The changing nature of the German labour market is also causing problems. Part-time and self-employed workers complain that trade unions and employers collude in protecting the interests of predominantly male full-time workers. *Mitbestimmung*, they argue, has entrenched existing privileges. Employers also worry that workers representation does not reflect the increasingly multinational character of German companies’ workforces. “We need to talk seriously [about *Mitbestimmung*]”, Mr Kramer said.

As Mr Gauck acknowledged, in companies with strong worker representation there is a tendency to be reactive and to innovate only in a crisis. It is much harder for businesses to be innovative when times are good, which means that they do too little too late.

[Germany](#) probably has no option but to stick with *Mitbestimmung* and make the best of it. Other countries, however, would be well advised not to go down this path. *The writer is a business journalist based in Berlin*

146,88

July 11, 2016 1:21 pm

A renewed nationalism is stalking Europe

Tony Barber

The instinct to defend national self-interest has soared amid eurozone struggles, writes Tony Barber



James Fergusson

Nationalism is one of modern Europe's strongest traditions, but it fell into disrepute after the second world war. Amid the avalanche of crises that have struck the EU over the past decade, of which [Britain's vote to leave the bloc](#) is the latest example, nationalism is making a reappearance.

It takes a different form from the nationalism born in the 1789 French Revolution and buried in 1945. Today's political and economic conditions are a world apart from those of 19th-century Europe, when many peoples rising to national consciousness had no state of their own. They are a world apart, too, from the 1918-1939 age of ideological extremes — fascism and communism — and severe economic hardship.

Contemporary Europe is, fundamentally, a peaceful and prosperous continent. The EU provides a framework for extremely close co-operation among national governments. It entrusts considerable power to supranational institutions, such as the European Commission, the European Parliament and the European Court of Justice. At a popular level, too, European societies are better acquainted with each other than ever, thanks to advances in communications, education and the ease of mass travel.

Yet nationalism, in new guises, is back on the stage. Its most obvious manifestations are, firstly, a stronger determination on the part of governments to defend their national self-interest within the EU and, secondly, the rise of rightwing [populist](#) nativism.

Both developments reflect profound political and social trends. There is a general mistrust of political elites, partly in Brussels but mainly at national level. More specifically, European voters of the moderate centre-left are losing faith in the capacity of 20th century-style social democracy to deliver economic security and protect identity.

The instinct to defend national self-interests in Brussels was never, of course, completely absent even in the heyday of EU integration in the 1980s and 1990s. However, it has soared to new heights amid the eurozone's struggles to hold itself together and last year's [refugee and migrant emergency](#).

It is visible in the paralysed effort to deepen Europe's banking union by means of a common deposit insurance scheme. It is visible in the ceaseless search by some governments to find ways of bending legally enshrined rules on fiscal discipline. And it is visible in a commission decision last week to let national parliaments have a veto over the terms of an [EU-Canada trade deal](#). National self-defence is likely to torpedo a proposed EU-US trade accord, too.

A year ago, the EU's "five presidents" — of the commission, European Council (which groups national leaders), European Central Bank, eurozone finance ministers' group and Parliament — published a report on advancing economic, financial, fiscal and political union. Copies of the tepidly received report are gathering dust in the filing cabinets of national capitals.

No big push on integration is conceivable until after next year's French presidential election and Germany's parliamentary elections. Even then, it may not happen. France's centre-right opposition Republicans, who are well-placed to win the presidential contest as well as the ensuing legislative elections, envisage stricter national border controls, a reduced role for the commission and more national influence over common EU policies. This stance has much in common with that of Poland's conservative nationalist government.

The second form of nationalism in today's Europe is radical rightwing populism. This is a more potent force than leftwing radicalism, as can be seen in the defeat of [Podemos](#) in Spain's election last month, the increasing unpopularity of Greece's Syriza-led government and the blind alley into which Jeremy Corbyn and his neo-Marxist allies are leading the UK's Labour party.

The radical right, at least in western Europe, is less anti-Semitic than it was during France's Dreyfus affair in the 1890s and under German Nazism. Rather, it is Islamophobic and anti-immigrant. In October, Austria will stage a re-run of its presidential election that may see a candidate of this type become the EU's first such democratically chosen head of state.

Yet the radical right is more than nativist. It draws on a well of angry attitudes among sections of society that are offended not only by multiculturalism, or by losing out in a globalised economy, but by liberal values as such. Surveys of British voters in the June 23 referendum on EU membership show that one of the surest guides to whether someone would vote Leave was whether they supported a return to capital punishment.

Part of the appeal of rightwing populism is that it hammers away relentlessly on the theme that mainstream political parties, especially since the end of the Cold War, are almost indistinguishable from each other and offer no proper choice. Not without reason, the parties are depicted as corrupt and detached from everyday life. But far from everything is running in the populists' favour.

Their chief weakness is that they have no economic policies beyond an iconoclastic rage at the euro, free trade and foreigners alleged to be parasites on the welfare state. The new nationalism, in its radical rightist colours, has no credible solutions for a modern Europe that, despite all its troubles, must pin its hopes for a better future on mutual co-operation and an open face to the world.

146,89

Kommentar

Spanien, Portugal und die Intelligenz Brüssels

All die Behauptungen, die EU habe aus der Euro-Krise gelernt und setze den Abbau der Staatsverschuldung durch, scheitern wieder einmal an der Realität. Hinzu kommt: Die angeblich schärferen Verfahrensregeln verkehren sich in ihr Gegenteil.

13.07.2016, von **WERNER MUSSLER**, BRÜSSEL

Für ihren Umgang mit den Defizitsündern Spanien und Portugal musste die EU-Kommission in den vergangenen Wochen berechtigte Kritik einstecken. Obwohl spätestens im April klar war, dass die beiden Länder die in den Defizitverfahren vereinbarten Haushaltsziele 2015 verfehlt haben, tat die Behörde so, als lasse sich das noch gar nicht feststellen.



Autor: Werner Mussler, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel, Folgen:

Die nötigen Schritte zu einer Verfahrensverschärfung verschob sie mit fadenscheinigen Begründungen in den Juli. Erst in der vergangenen Woche stellte sie dann fest: Die beiden Länder haben ihre Ziele verfehlt. Die Verfahren müssen verschärft werden. Es sind Sanktionen fällig.

Die EU-Finanzminister haben diese Feststellung am Dienstag immerhin gebilligt, die Verfahrensverschärfung ist nun auf den Weg gebracht. Dass es aber zu Sanktionen in Form von Geldbußen kommt, ist sehr unwahrscheinlich. Die Minister haben wortreich zu Protokoll gegeben, dass sie darüber nicht entschieden hätten. In der Sanktionsfrage haben sie den Schwarzen Peter schnellstmöglich an die Kommission zurückgegeben.

Der Sanktionen-Spielraum

Damit machen es sich die Minister sehr einfach. Es stimmt schon: Nach den Regeln des immer unübersichtlicher gewordenen EU-Stabilitätspakts ist jetzt wieder die Kommission mit einem Sanktionsvorschlag am Zuge.

Dieser könnte in einer Geldbuße von bis zu 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung bestehen, außerdem muss mindestens ein Teil der Mittelzusagen aus den Strukturfonds eingefroren werden. Die Länder können aber einen Nachlass beantragen. Wie dieser aussehen dürfte, hat Währungskommissar **Pierre**

Moscovici schon einmal angedeutet: Als Minimum sei auch eine Buße von „null“ möglich.

Tatsächlich hat die Kommission in der Festlegung der Buße Spielraum, und der reicht nach unten bis null. Die Sanktion erschöpft sich dann darin, die beiden Länder an den Pranger zu stellen, einige Haushaltsmittel einzufrieren, die bei Wohlverhalten wieder freigegeben werden können, und ansonsten festzustellen, dass eine Geldbuße der Wirtschaft schaden würde und ökonomisch kontraproduktiv wäre.

Hat die EU aus der Euro-Krise gelernt?

Das ist die Logik, die Moscovici die „Intelligenz“ des überarbeiteten Pakts beschwören lässt. Dessen allgemeine Anreizwirkung bleibt offensichtlich. Jede Regierung, die sich sicher sein kann, dass ein Defizitverfahren so „intelligent“ enden wird wie jetzt, wird sich künftig keinen Deut um irgendwelche Sparauflagen scheren.

All die Behauptungen, die **EU** habe aus der Euro-Krise gelernt und setze den Abbau der Staatsverschuldung durch, scheitern so wieder einmal an der Realität. Hinzu kommt: Die in der Krise zur Schärfung des Pakts eingeführten neuen Verfahrensregeln verkehren sich im aktuellen Fall in ihr Gegenteil.

Sie sehen vor, dass der Ministerrat eine Sparauflage der Kommission nur mit qualifizierter Mehrheit ändern kann. Wenn diese nicht binnen zehn Tagen zustande kommt, tritt die Kommissionsempfehlung unmittelbar in Kraft. Hinter dieser Neuregelung steckte die Überlegung, dass die Kommission als relativ strenge, der Haushaltsdisziplin verpflichtete Behörde gegen den politischen Einfluss der Mitgliedstaaten geschützt werden müsse. Diese Annahme war angesichts des ersten Bruchs des Pakts durch Deutschland und Frankreich 2003 sehr plausibel.

Pure Heuchelei bei „quasi-automatischen“ Sanktionen

Und in der Euro-Krise profilierte sich der damalige Währungskommissar **Olli Rehn** durchaus als halbwegs glaubwürdiger Hüter haushaltspolitischer Solidität. Doch jetzt heißen die Verantwortlichen Moscovici und Jean-Claude Juncker, und sie denken gar nicht an die Verhängung strenger Sanktionen.

Im Falle Spaniens und Portugals ist absehbar, dass in etwa zwei Wochen ein Null-Sanktions-Vorschlag der Kommission auf dem Tisch liegen wird. Dieser wird danach, irgendwann im tiefen Sommer, fast unbemerkt in Kraft treten. Die Minister, die trotz der Neuregelung immer noch die Herren des Verfahrens sind, müssen sich damit nicht mehr befassen.

Der Bundesfinanzminister lobt, so träten die Sanktionen „quasi-automatisch“ in Kraft. Da kommt ziemlich viel Heuchelei ins Spiel. Welchen Inhalt das Sanktionspaket haben wird, scheint Wolfgang Schäuble nicht zu interessieren. Wie sonst könnte er jetzt schon sagen, der Ministerrat werde die Kommissionsvorschläge wahrscheinlich akzeptieren – also nichts tun?

Der absehbare Gang der Dinge passt den Ministern allzu gut ins Konzept, weil er einen Defizit-Dauerstreit in aller Stille beerdigt. Die Kumpanei der Mitgliedstaaten nähert sich in dieser Frage wieder jenem Niveau, auf dem die damaligen Finanzminister 2003 den Bruch des Pakts durch Deutschland und Frankreich gebilligt haben.

Zyniker werden sagen, dies sei angesichts der haushaltspolitischen Dauermitde mit Frankreich nur logisch. Ein ähnlich zynisches Argument lautet, dass ja auch Italien demnächst wieder auf Milde angewiesen sei, wenn es seine Banken mit Staatsgeld rettet.

Diese Pläne stehen ja nicht nur im Widerspruch zu den EU-Regeln zur Bankenabwicklung. Sie hätten außerdem eine abermalige Verletzung des Stabilitätspakts zur Folge. Es ist wahrscheinlich, dass diese absehbare Verletzung als Kollateralschaden einer abermaligen staatlichen Bankenrettung hingenommen wird.

146,90

Arbeitsmarkt

Von wegen Überstunden-Skandal!

1,8 Milliarden Überstunden haben die Deutschen geleistet im vergangenen Jahr. Die Linkspartei klagt über die Unternehmen. Zu Unrecht. Tatsächlich geht der Trend in die andere Richtung.

12.07.2016, von SVEN ASTHEIMER

Gibt es eine alarmierende Entwicklung im Bereich der Überstunden in Deutschland? Die „Saarbrücker Zeitung“ berichtet, dass deutsche Arbeitnehmer im vergangenen Jahr etwa 1,8 Milliarden Überstunden geleistet haben damit gut ein Prozent mehr als 2014. Dazu zitiert das Blatt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann.

Für die Politikerin zeigen die Zahlen, wie eng die Personaldecke in den Unternehmen sei. Überstunden seien ein Spiegelbild von Arbeitsverdichtung und zunehmendem Stress. „Deutschland würde ein wahres Jobwunder erleben, wenn die Unternehmen, statt Überstunden zu verlangen, Stellen einrichten würden“, heißt es. Was ist dran an dieser These?

Unternehmen schaffen Stellen

Die Zahlen stammen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ([IAB](#)), dem wissenschaftlichen Arm der Bundesagentur für Arbeit und wurden schon Anfang Juni veröffentlicht. Für Aufregung sorgten sie bislang nicht – kein Wunder. Schließlich ist das gesamte Arbeitsvolumen in Deutschland dank der guten Wirtschaftsentwicklung in derselben Zeit um 1,2 Prozent und damit noch stärker als das Volumen der Überstunden gestiegen. „Es hat sich im Jahresvergleich nichts getan“, sagt Enzo Weber vom IAB gegenüber FAZ.NET.

Aussagekräftiger als das Gesamtvolumen ist die Entwicklung der Überstunden je Kopf, und hier zeigt sich: Die Zahl der unbezahlten Überstunden je Arbeitnehmer ist sogar minimal auf 25,7 gesunken, die der bezahlten leicht auf 21,1 gestiegen. Es sei nicht zu sehen, dass die Überstunden zunehmen, so Weber.

Im Gegenteil: Im Zehnjahresvergleich ergibt sich ein deutlicher Rückgang. Damals betrug die unbezahlte Mehrarbeit rund 35 Stunden je Beschäftigtem. IAB-Wissenschaftler Weber weist darauf hin, dass unbezahlte Überstunden in der Regel von Führungskräften geleistet würden, deren Mehrarbeit mit einer außer-tariflichen Bezahlung abgegolten wird. Der durchschnittliche Produktionsmitarbeiter bekomme die Zusatzarbeit in der Regel bezahlt oder auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben.

Über das absolute Niveau der Überstunden lasse sich immer streiten, sagt Weber weiter. Von Seiten der Wirtschaft wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Überstunden ein Instrument zur sogenannten internen Flexibilisierung sind - wenn zum Beispiel größere Aufträge abgearbeitet werden müssen.

Ein Blick auf die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl zeigt überdies, dass die Unternehmen seit Jahren neue Stellen schaffen. Wie die IAB-Statistik aufführt, legte die Zahl der Arbeitnehmer im Jahr 2015 um rund mehr als 400.000 auf 38,7 Millionen zu. Zehn Jahre zuvor waren es nur 34,9 Millionen gewesen.

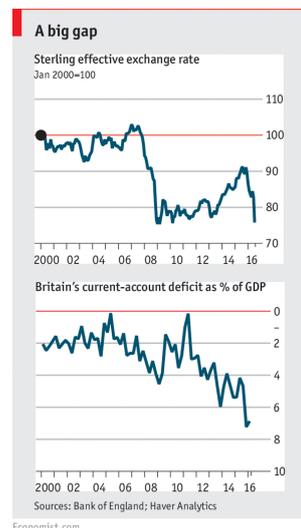
146,91

After the Brexit vote

Funding the deficit: the big test for the pound

Jul 7th 2016, 13:09 BY BUTTONWOOD

THE pound has been the biggest post-Brexit casualty in the financial markets. It has fallen from almost \$1.50 to around \$1.30 against the dollar; less so against the euro which itself has been dragged down by Brexit worries. The immediate impact for British citizens is a cut in their standard of living; it costs more to buy goods from abroad, whether it be imported commodities or foreign holidays.



Of course, currency depreciation can be a very useful tool for countries when they have become locked in to an overvalued exchange rate. Many people will recall Britain's departure from the Exchange Rate Mechanism in 1992 when the economy perked up quickly and the inflationary impact was limited. But the circumstances were very different; interest rates were 12% and were brought down rapidly while there was a lot of spare capacity in the economy (unemployment was 10%). Now interest rates are just 0.5% and unemployment is 5%.

The big question, as David Bowers and Ian Harnett of Absolute Strategy Research explain, is the British current-account deficit. At around 7% of GDP, this deficit is not just a peacetime record, it is bigger than the shortfalls seen in World War One (but not WWII). This means that Britain has to attract foreign capital; it has been very successful in doing so via foreign direct investment (FDI). But that was, in large part, because of Britain's place as part of the EU. Last year, a [survey by Ernst & Young](#) reported that:

With 72% of investors citing access to the European single market as important to Britain's attractiveness, the referendum has the potential to change perceptions of Britain dramatically, posing a major risk to FDI. Our survey indicates that 31% of investors will either freeze or reduce investment until the outcome is known.

All this has now been thrown into doubt. Of course, one element of the Brexit campaign argued that Britain could become more open to international investment outside the EU; a kind of Singapore of Europe. However, as [this blog pointed out](#) before the vote, this camp sat uneasily with the more nativist, anti-globalisation and anti-immigration side of the campaign. Until the outcome of the post-Brexit negotiations become clear (and the talks may not even *start* until next year), investors may hold back. Indeed, when it comes to the property market (one source of FDI), there are [signs that investors have already done so](#).

As with everything in economics, things can get back into balance at the right price. The pound can fall so that British assets are so cheap that they seem attractive. But ASR argues this may require a prolonged decline to cheap levels; they estimate that fair value for the pound/dollar rate is around \$1.42. Eliminating the deficit could require the pound to fall to parity with the dollar.

The pound did get almost that low in the mid-1980s (that was largely down to a soaring dollar, rather than any great British problems). Such a fall would drive up inflation significantly, squeezing living standards (the problem that may have inspired some voters to back Brexit in the first place).

It would, of course, be good for exports. But as the chart shows, Britain has already seen one big depreciation in the pound since 2000. It narrowed the current-account deficit for a while but the effect was short-lived. Recent evidence does not show that currency depreciations lead to a big gain in market share for exporting nations. The first issue is that [world trade is growing fairly sluggishly](#). The second, as ASR points out, is that companies may decide not to cut their prices in foreign currency terms but to take the higher foreign currency receipts (in domestic currency terms) as extra profit.

A third issue is that globalisation means that business is conducted through "value chains", in which products are assembled or distributed in many markets. These chains take time to assemble and companies are unlikely to unpick them because of currency shifts. This [paper published on Vox](#) explains that:

By disentangling the impact of exchange rate changes on trade results, we have shown that the underlying assumption of the 'currency wars' discussion – that devaluations bring about substantial export gains – may be severely flawed. Non-price/non-exchange rate factors often appear to explain the lion's share of export outcomes, and this is particularly the case when exports are measured in value-added terms.

Indeed, it is worth noting that a deficit can fall in two ways; a rise in exports or a decline in imports, thanks to a collapse in domestic demand (as in 2009). That route tends to be more common. But it won't be what voters thought they were getting as they clearly didn't believe the warnings of economists before the vote.

20th-century history

Vantage point

Jul 9th 2016 | [From the print edition](#)



The House by the Lake: One House, Five Families, and a Hundred Years of German History. By Thomas Harding. Picador; 410 pages; \$28. William Heinemann; £20. IN 2007 Thomas Harding, an English journalist, began probing his German-Jewish roots after hearing an amazing story at a family funeral. The result was “Hanns and Rudolf”, a bestselling account of how his great-uncle, Hanns Alexander, tracked down and eventually captured the kommandant of Auschwitz, Rudolf Höss.

Mr Harding was only beginning to mine his family’s history, it transpired. In “The House by the Lake”, a book acclaimed in Britain last year and now available in America, his gaze broadens to the century-long saga of five families’ fortunes and misfortunes. If “Hanns & Rudolf” was a sonata, “The House by the Lake” is a symphony, telling the story of modern Germany with one recurring theme: history as seen from the Alexander family’s lake house outside Berlin.

Alfred Alexander, Mr Harding’s great-grandfather, built the house at Gross Glienicke, 15km (nine miles) west of Berlin, in 1927. A prominent doctor who counted Einstein among his patients, Dr Alexander sought a calm refuge for himself, his wife Henny and their four children. That idyll came to an abrupt end in 1936, when the Alexanders fled Nazi Germany to England.

Thus “Aryanised”, their cottage would, by an extraordinary twist of fate, offer a ringside seat to the many convulsions of German history. This house not only endured seizure by the Gestapo and had the Berlin Wall built at the bottom of its garden, but was on the front-line of every other major event of Germany’s 20th century: the 1936 Olympics, Soviet conquest and mass rape, the Berlin airlift, the socialist republic, spies, sports doping, and finally, the Wall’s fall in 1989.

“The House by the Lake” skips between its varied occupants and these events to present an admirably clear and concise history of modern Germany. It’s an impressive feat of archival and investigative research. Fascinating revelations abound, such as the fact that the anthem of the Berlin airlift, “Berlin bleibt doch Berlin” (“Berlin is still Berlin”), was written in 1948 by Will Meisel, the composer who took over the Alexanders’ house in 1937 and vainly tried to reclaim it after the second world war.

Yet for all its detailed digging, the emotional side of the family’s loss remains submerged. Mr Harding is more comfortable with facts; with classic English reticence, he buries his family’s responses in footnotes and summaries. A greater willingness to explore the pain of this historic theft would have made this powerful book even more so.

146,93

Le Figaro, no. 22377

Le Figaro, mercredi 20 juillet 2016, p. 20

Opinions

Brague : « L'erreur de l'Europe est de penser l'islam sur le modèle du christianisme »

Tremolet de Villers, Vincent

page 20

LE FIGARO. - Mohamed Lahouaiej Bouhel, à en croire ses proches, n'avait pas le profil d'un djihadiste. Le ministre de l'Intérieur a parlé de « radicalisation express ». Que vous inspire cette réflexion ?

Pas mal de perplexité. Dans le cas précis du tueur niçois, nous ne sommes pas encore totalement au clair sur ses motivations. Et, quel que soit le rythme auquel elle s'opère, la « radicalisation » n'est pas une notion claire. Il faudrait d'abord se mettre d'accord sur ces « racines », auxquelles le mot renvoie. Pourquoi retourner aux racines devrait-il mener au crime ?

La vie de l'individu (viveur, buveur d'alcool, danseur de salsa) témoigne de son éloignement de l'islam. Les hommes du 11 Septembre étaient aussi, en apparence, des « Occidentaux » dans leur mode de vie. Comment expliquer cette schizophrénie ?

Il faudrait d'abord vérifier les déclarations de ceux qui parlent de cet individu. Bon nombre de ceux qui se sont fait exploser ou ont tué sont présentés après coup comme de gentils garçons serviables et sans problème, voire, suprême compliment, jouant au foot... Schizophrénie ? Peut-être pas... Il se peut que la pratique d'un djihad violent soit aussi, pour certains, une façon de « se faire pardonner » une adaptation trop facile à des moeurs occidentales jugées corrompues, voire de se punir soi-même de ces compromissions. Se faire exploser est plus rapide qu'entrer dans un processus long et pénible de conversion.

Daech semble exercer une attraction violente sur les délinquants. Comment se fait le passage de la délinquance à la guerre sainte ?

Il faudrait, pour expliquer ce passage, et simplement pour l'analyser, des compétences en psychologie et en sociologie que je ne possède pas. Mais je m'arrêterai à cette notion de « guerre sainte ». Bien des musulmans veulent aujourd'hui éviter l'expression et garder l'arabe *jihād*, souvent conçu comme un effort purement spirituel de lutte contre ses propres passions. On la trouve pourtant très souvent dans un sens très concret, par exemple dans les traités de droit (*fiqh*), où le chapitre intitulé « *jihād* » traite d'hostilités tout à fait matérielles. On y établit qu'il s'agit d'une obligation dite « de suffisance » : elle n'incombe pas à tous les musulmans, mais il suffit qu'un certain nombre s'y livre pour que le devoir soit accompli. On y traite des sommations préalables, on demande s'il est permis d'abattre les palmiers de l'ennemi ou de le bombarder, s'il faut pour cela tuer les femmes et enfants dont il se faisait un bouclier ; on explique que faire des prisonniers, comment se partager le butin, etc. Et, au sens mystique, on emploie d'ailleurs plutôt l'autre nom verbal de la même forme de la même racine, à savoir *mujâhada*.

Il vaut en tout cas la peine de s'arrêter sur le paradoxe que constitue cette alliance de mots : « guerre sainte » . Il comporte un renseignement précieux : l'islam a sur les autres religions vivantes cet immense avantage qu'il permet de mettre directement en équation ce qu'il y a de pire et ce qu'il y a de meilleur, les instincts les plus vils et l'être le plus saint, le meurtre et Dieu. Les croisés et les inquisiteurs ne pouvaient le faire qu'au prix de mille détours : prendre les récits de conquête de l'Ancien Testament ou les fulminations contre les sorciers comme des recommandations actuelles, etc., et carrément contourner le Sermon sur la montagne. Certaines religions disparues, comme celle des Carthaginois ou des Aztèques - et des Gaulois ! -, risquaient cette jonction en commandant de sacrifier autrui. Pour l'État islamique, Dieu commande de se sacrifier soi-même en tuant le plus possible d'autres hommes. Cet islam-là permet aussi de faire croire à des gens qui n'ont pas trop réussi dans leur vie que tout est de la faute des autres, qui sont des méchants, et qu'il faut donc éliminer. Se sentir du « *parti de Dieu* » (Coran, V, 56) en lutte contre les « *pires des animaux* » que sont les incroyants (Coran, VIII, 22) peut donner une certaine exaltation. Et d'ailleurs, la culpabilité est évacuée, puisque c'est Dieu lui-même qui tue Ses Ennemis (Coran, VIII, 17).

Selon Gilles Kepel, le but de l'État islamique est de provoquer la guerre civile sur notre territoire et de rallier ainsi à sa cause l'intégralité des musulmans de France. Partagez-vous ce point de vue ?

Je n'ai guère d'autorité pour me prononcer, mais cela me semble tout à fait possible. Si c'était le cas, nous serions en présence d'une version actualisée de la tactique employée dans les années 1970 par des groupes gauchistes extrémistes : provoquer une répression dont les excès entraîneraient chez le reste une réaction de solidarité. Cela n'a pas marché avec les Brigades rouges ou la bande à Baader, qui visaient la population entière de pays vastes comme l'Italie ou l'Allemagne.

L'État islamique pourrait avoir un peu plus de chances de réussir, car le groupe visé, les musulmans vivant en France, possède déjà une certaine forme d'unité, assez lâche d'ailleurs, qui pourrait peut-être faire prendre la mayonnaise plus aisément. Cette unité tient à plusieurs facteurs : le sentiment d'être encore une minorité qui doit se « serrer les coudes », celui d'avoir dû souvent se contenter des métiers dont les autres ne voulaient pas et donc d'être en bas de l'échelle, parfois une même citoyenneté d'origine, la pratique d'une langue identique ou le fait très simple d'habiter les mêmes quartiers et enfin, bien entendu, la référence plus ou moins accentuée à la religion.

Nombre de politiques et d'intellectuels dissocient absolument la religion musulmane de l'État islamique ou d'al-Qaïda, qu'ils considèrent même à l'inverse de l'islam. Daech n'a rien à voir avec l'islam ?

La « religion musulmane » est déjà une expression trompeuse. Il est clair que, si l'on veut classer l'islam dans une des grandes catégories de l'activité humaine, il vaut mieux le ranger dans la rubrique « religion » que dans la rubrique « jardinage ». Mais cette rubrique est bien large. Et surtout, les Européens, du plus pieux des pratiquants au bouffeur de curés invétéré, pensent tous la religion sur le modèle inconscient du christianisme. Ils réduisent donc la religion à ce qu'ils observent dans les diverses confessions chrétiennes : des actes de culte, la prière, éventuellement des jeûnes et des pèlerinages. Ce qui n'en relève pas est censé être extérieur à la religion. Or, pour l'islam, la religion consiste essentiellement à appliquer la loi divine. C'est parce qu'elle le commande qu'il faut prier, jeûner, etc. Et elle commande aussi le voile, la nourriture halal, etc.

L'État islamique se prétend fidèle à l'adjectif qu'il arbore. De quel droit le lui contester ? Ses propagandistes considèrent ceux que nous appelons « modérés » comme des tièdes, voire des traîtres. Qui suis-je pour distribuer des brevets d'orthodoxie islamique ? Je dirais pour ma part que, si l'État islamique ne coïncide pas avec tout l'islam, et donc s'il n'est pas l'islam, il est bien un islam parmi d'autres. Il représente une tentative pour ressusciter, avec les moyens d'aujourd'hui, les pratiques que les biographies les plus anciennes attribuent à Mahomet lui-même, le « *bel exemple* » (Coran, XXXIII, 21).

On considère qu'Internet, plus encore que les mosquées, entraîne des jeunes vers le djihad. À quelle source puisent ces sites Internet ?

Il m'est difficile de répondre en détail, faute d'une fréquentation suffisamment assidue des sites qui prônent le djihad. Et qui sont de tendances très variées. D'une manière générale, Internet permet un maximum d'impunité. Sous le couvert de l'anonymat, ou plutôt du pseudonymat, on peut se permettre de raconter n'importe quoi, de mentir, de diffamer, d'insulter, d'appeler au meurtre. Ceci ne vaut d'ailleurs pas que pour les sites islamistes. Dans leur cas, il devient en tout cas facile de se construire un imaginaire paradis sur terre.

On compare souvent l'islam à l'Église catholique en insistant sur le fait que la religion musulmane doit faire son Vatican II. Ce parallèle est-il pertinent ?

Il me semble totalement boiteux, pour bien des raisons. D'abord, l'Église catholique est une organisation aux dogmes bien définis et à la hiérarchie assez claire ; elle a un catéchisme et des évêques, dont celui de Rome, le pape. C'est un de ceux-ci, Jean XXIII, qui a décidé de réunir un second concile au Vatican. Qui, dans l'islam, pourrait lancer un appel de ce genre, se faire écouter et faire appliquer les décisions prises ?

D'autre part, Vatican II cherchait un retour aux sources, par-delà les incrustations postérieures, un peu dans l'esprit de François d'Assise, qui voulait revenir à l'Évangile sans les interprétations qui l'atténuent. **Or, dans l'islam, le pire est au début. C'est de la période de Médine (622-632) que s'inspirent les gens de l'État islamique.** Ils l'idéalisent, mais sans en ôter les massacres, les assassinats et les tortures. **Les Évangiles ne contiennent pas d'appel à la violence. Le Coran et le Hadith, lus littéralement, si...**

Qu'est-ce que l' « islam des Lumières » ?

On emploie cette expression depuis déjà quelque temps. Je me demande si le premier à la lancer ne serait pas

Malek Chebel dans son *Manifeste pour un islam des Lumières*, de 2004. Bien sûr, ce qu'il entend par là serait une excellente idée. Je ferai cependant deux remarques. D'une part, il faut ne chercher dans le passé des réalisations d'un tel islam qu'avec beaucoup de prudence. Si l'on veut parler de réalisations intellectuelles et artistiques, pas de problème. Mais s'il s'agit de la « tolérance » ? Averroès ? Il conclut un raisonnement philosophique par « *et c'est pourquoi il est obligatoire de tuer les hérétiques* » (*Tahafut at-Tahafut*, XVII, 17). L'Andalousie ? Là-dessus, lisons plutôt les historiens que les romanciers... D'autre part, « les Lumières » sont une de nos vaches sacrées, et il serait bon de faire un peu le ménage dans notre propre passé occidental et de voir qu'elles ont bien des ombres avant de les proposer au reste du monde, islam compris...

146,96

Pourquoi la France est plus touchée que ses voisins par le djihadisme ?

Hugues Moutouh

Mis à jour le 22/07/2016 à 19:32

FIGAROVOX/TRIBUNE - L'existence de l'Etat islamique n'est pas la cause principale des attentats que nous subissons. Il faut accepter de constater que certaines personnes vivant en France haïssent notre pays, considère Hugues Moutouh.

Hugues Moutouh a été conseiller spécial du ministre de l'Intérieur au moment de l'affaire Merah, puis préfet. Il est désormais avocat. Il est l'auteur de [168 heures chrono: la traque de Mohamed Merah \(Plon, 2013\)](#).

La France est aujourd'hui le troisième pays au monde le plus touché par le terrorisme islamiste. Avec plus de 230 morts recensés ces dernières années, l'Hexagone est en effet passé devant des pays comme l'Afghanistan ou la Somalie. La question que se posent désormais nos compatriotes, au lendemain de l'attentat de Nice, est simple: pourquoi la France est-elle autant touchée? On connaît la réponse du gouvernement et des médias. Nous payons au prix fort notre engagement dans la coalition internationale en Irak et en Syrie, ainsi que nos opérations anti-terroristes au Mali. Ce n'est pas entièrement faux, mais ce n'est qu'une partie seulement de la vérité. L'autre est nettement plus problématique et politiquement beaucoup moins correcte. Tout laisse penser que si la France est plus durement frappée que d'autres pays par le terrorisme islamiste, c'est parce qu'il existe sur son sol une minorité très active d'individus se réclamant de l'islam et qui a développé une haine obsessionnelle de son peuple, de ses valeurs et de ses institutions. A cet égard, il faut arrêter de se demander, après chaque attentat, si le tueur était ou non un vrai musulman religieux. Ce débat ne rime à rien. Un terroriste islamiste est un terroriste qui se réclame de l'islam, même si cette revendication trouve davantage ses fondements dans un sentiment d'appartenance à une communauté culturelle et identitaire qu'à la puissance de sa foi.

La France est durement frappée parce qu'il existe sur son sol une minorité d'individus se réclamant de l'islam et qui a développé une haine obsessionnelle de son peuple, de ses valeurs et de ses institutions.

Trop d'observateurs complaisants, politiques ou journalistes, cherchent à ces actes terroristes une explication qui ne mette pas l'islam en cause. Qu'ils soient le fait de musulmans, prétendent-ils, n'en font pas automatiquement des actes islamistes. Cette représentation des événements tragiques que nous vivons est dangereuse, même si elle répond parfois à de louables intentions, comme éviter la stigmatisation d'une population entière par exemple. Elle est dangereuse parce qu'elle nous empêche de voir la réalité telle qu'elle est et de combattre ce grand fléau du XXI^e siècle qu'est le terrorisme islamiste. Pour combattre un mal, il faut en comprendre les causes.

Les terroristes qui frappent la France depuis l'affaire Merah ne sont pas des Talibans, des «étudiants en religion», mais des jeunes hommes immigrés ou d'origine immigrée, toujours passés par la délinquance et résidant dans des banlieues connues pour être des poudrières. Cela ne signifie pas, par exemple, que tous les émeutiers de 2005 qui affrontaient les forces de l'ordre à coup de barres de fer ou de pierres, qui brûlaient des

écoles, des camions de pompiers ou des commissariats soient des terroristes en puissance. Mais que les terroristes proviennent exactement du même terreau: celui d'une frange de la population qui se réfère à l'islam pas tant comme religion, mais comme point d'ancrage d'une identité qu'elle ressent humiliée par la majorité. Je sais que mes propos risquent de choquer. Mais je pense qu'exceptés pour une toute petite minorité de fanatiques religieux, les ressorts de l'action terroriste ne sont souvent pas fondamentalement très différents de ceux de la délinquance des bandes de nos banlieues, lorsqu'elles s'en prennent aux représentants de l'Etat ou commettent des actes de racisme «à l'envers», c'est-à-dire anti-blancs. La différence - et elle est bien sûr de taille - tient à l'ampleur de la violence déployée en retour: dans un cas on est un «simple» émeutier ; dans

Les terroristes ne sont pas des Talibans, mais des jeunes hommes immigrés ou d'origine immigrée, toujours passés par la délinquance et résidant dans des banlieues connues pour être des poudrières.

l'autre, on se transforme en terroriste. Rappelons-nous que la haine de l'autorité et de l'Etat poussent parfois des émeutiers à tirer au fusil sur des policiers du haut des tours. N'est-ce pas déjà une forme de terrorisme?

Ce phénomène n'est pas compris ni accepté par les responsables politiques, encore moins les médias. Personne ne peut comprendre, en effet, qu'une société aussi attachée aux droits de l'homme et à l'égalité que la société française, aussi respectueuse de la liberté religieuse et d'opinion, puisse à ce point susciter autant de frustrations, de rancœurs et de haine. C'est mal comprendre les choses. Plus une société est ouverte et équitable, plus elle proscrie la discrimination, moins l'échec est toléré et accepté par ceux qui le subissent. Humilié et jaloux, celui qui ne parvient pas à réaliser ses ambitions personnelles ou à trouver des réponses à ses aspirations recherche des boucs émissaires et des alibis faciles. Pour ces terroristes vivant en France, notre pays est responsable de tous leurs malheurs. Et elle doit payer le prix fort.

Quelles sont les leçons à tirer de cette rapide analyse sociologique du terrorisme français? Que la menace est bien plus grande et structurelle que ne le pensent nos gouvernants. Nous avons affaire à un phénomène générationnel, qui trouve son prétexte, mais non sa cause profonde, dans la politique de l'Etat islamique. C'est écrit: nous vaincrons Daech en Irak, en Syrie et en Libye. Ce n'est qu'une question de temps. Mais il est fort à craindre que la violence islamisée lui survivra. Ceux qui nous gouvernent devraient en prendre conscience afin de nous protéger.

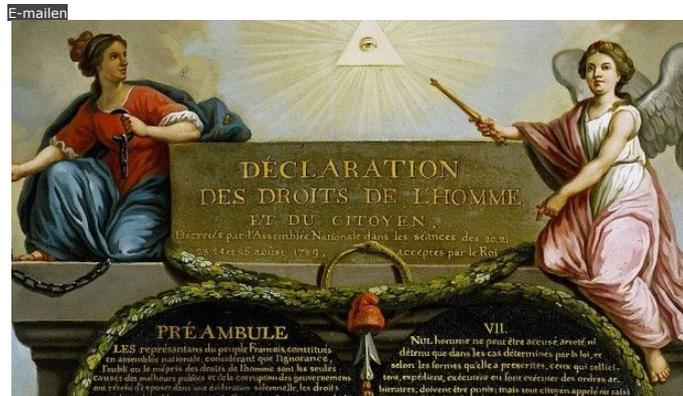
146,98

Nach Terror-Attacken

In Frankreich herrscht für immer Notstand

Frankreich bekämpft den Terrorismus mit allen Mitteln. Zentrale Bestandteile des französischen Nationalmythos scheinen dabei keine Rolle mehr zu spielen.

30.07.2016, von **MICHAELA WIEGEL**, PARIS



© AKG-IMAGES / ERICH LESSING Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 durch die französische Nationalversammlung

Im „Krieg gegen den Terror“ erliegt Frankreich immer mehr der Versuchung, in einem autoritären Staat sein Heil zu suchen. Nach dem Anschlag von Nizza mit 84 Toten und Hunderten Verletzten sind Trauer und Erschütterung blitzschnell Rufen nach einer zupackenden Staatsgewalt gewichen. Nur wenige Stunden nach dem Blutbad auf der Promenade des Anglais rückten die rechtsbürgerliche Opposition und der rechtspopulistische **Front National** (FN) zum Generalangriff auf die sozialistische Regierung aus.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris, Folgen:

„Wann fängt der Krieg gegen den Terror endlich an?“, fragte **Marine Le Pen**, die Präsidentschaftskandidatin des FN. Selbst der gemäßigte bürgerlich-liberale Präsidentschaftsanwärter Alain Juppé (Les Républicains) kritisierte: „Wenn alle Mittel eingesetzt worden wären, dann wäre das Drama vermieden worden.“ Die Schweigeminute für die Terroropfer an der berühmten Strandpromenade wurde zur Kulisse eines Buh- und Pfeifkonzerts für den Premierminister.

Mit jedem Attentat radikalisiert

Der Gegensatz zu dem friedlichen Schweigemarsch am 11. Januar 2015 in Paris nach den Attentaten in der Redaktion von „Charlie Hebdo“ und auf den jüdischen Supermarkt könnte größer kaum sein. Damals zogen Millionen durch die französische Hauptstadt, umarmten Polizisten und Gendarmen, sangen die Marseillaise und entzündeten Kerzen. Marine Le Pen wurde isoliert, Regierung und Opposition gaben sich angesichts der Terrorgefahr geeint.

Doch mit jedem Attentat hat sich die politische Antwort radikalisiert. Nach den Selbstmordanschlägen am 13. November 2015 in Paris und Saint-Denis knüpfte Frankreich nicht nur verbal an die Epoche des Algerien-Kriegs an. Die Regierung setzte Notstandsgesetze aus dem Jahr 1955 in Kraft. Der französische Rechtsstaat hatte dieses Ausnahmerecht in den Anfängen des Algerien-Kriegs entwickelt, um der Repression in den drei Departements auf algerischem Boden einen rechtlichen Rahmen zu geben.

Die „France métropolitaine“, jenes zivilisatorische Herzland Frankreichs auf europäischem Boden, war in der ausgehenden Kolonialepoche von dem „état d'urgence“ nur bedingt betroffen. Das hat sich nun radikal gewandelt: Die Regierung, die Frankreich in Sonntagsreden immer gern als „Wiege der Menschenrechte“ beschreibt, beantragte beim Europarat, die Europäische Menschenrechtskonvention nach Artikel 15 auszusetzen. So konnte sich die Türkei auf Frankreich berufen, als es die Europäische Menschenrechtskonvention suspendierte.

Die Terrorangst machte zudem eine koloniale, islamfeindliche Mentalität wieder salonfähig, die seit der gewaltsamen Ablösung Algeriens in der öffentlichen Debatte weitgehend unterdrückt worden war. Die Sicherheitsdiskussion steht ganz unter dem Eindruck der unverarbeiteten Kolonialvergangenheit. „Nicht alle Muslime sind Islamisten, aber alle Islamisten sind Muslime“, sagte die Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen (FN). Der frühere Präsident **Nicolas Sarkozy** forderte, muslimische Gebetsstätten und Moscheen endlich besser zu überwachen und radikale Prediger auszuweisen. Er sprach nach Nizza von einem „totalen Krieg“.

Gegen Polizeirrtümer nur noch bedingt geschützt

Eine Normalisierung ist nicht in Sicht. **Präsident Hollande**, der in seinem traditionellen Fernsehgespräch zum Nationalfeiertag ein Ende der Notstandsgesetze angekündigt hatte, vollzog wenige Stunden später eine spektakuläre Kehrtwende. Unter dem Eindruck des Terroranschlags verwarf er berechtigte Zweifel an den Notstandsgesetzen in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit.

Nationalversammlung und Senat billigten den Präsidentenwunsch, die Notstandsgesetze um weitere sechs Monate bis zum 26. Januar 2017 zu verlängern. Der Schutz vor willkürlicher Festnahme, eines der ältesten Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, besteht formal fort. Aber Ermittler können dank der Notstandsgesetze ohne richterliche Genehmigung Hausdurchsuchungen zu jeder Tages- und Nachtzeit vornehmen und Verdächtige festnehmen. Sie dürfen Computer beschlagnahmen und sollen auch Daten kopieren dürfen. Letzteres muss allerdings noch vom Verfassungsrat genehmigt werden. Gegen Polizeirrtümer sind die Franzosen nur noch bedingt geschützt, wie just diese Woche in Nizza deutlich wurde.

Ein 39 Jahre alter Mann tunesischer Herkunft wurde in Nizza vor den Augen seines vier Jahre alten Sohnes in seiner Wohnung von der Polizei überwältigt, weil er aufgrund einer Namensähnlichkeit für einen Komplizen des Lastwagenattentäters gehalten wurde. Der Mann wurde 48 Stunden in Polizeigewahrsam gehalten, bis die Ermittler ihren Irrtum bemerkten. Entschuldigungen habe es keine gegeben, teilte der schockierte Mann der französischen Presse mit.

Im Palais Bourbon, dem Amtspalast der Nationalversammlung gleich am Seine-Ufer, wird im Ehrenhof die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hochgehalten. Im Inneren des Palastes aber werben viele Volksvertreter inzwischen für eine Abkehr von verfassungsrechtlichen Schutzbestimmungen. Sie klingen, als träumten sie zur Zerstörung der Staatsfeinde von einer „kommissarischen Diktatur“, wie sie der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt in seinen frühen Schriften entwickelt hat.

Das zeigte die nächtliche Debatte über die Verlängerung der Notstandsgesetze. Bis kurz vor fünf Uhr morgens am Mittwoch diskutierten die Abgeordneten darüber, wie viel demokratische Prinzipien sich Frankreich im Krieg gegen den Terror noch leisten kann.

„Wir müssen das Recht ändern“, forderte der frühere Europaminister Laurent Wauquiez (Les Républicains). Der 41 Jahre alte Politiker ist bei den Regionalwahlen im Dezember zu einer Art Ministerpräsident gekürt worden, er steht als Regionalratspräsident der zweitgrößten französischen Wirtschaftsregion um die Metropole Lyon vor. „Sie sprechen von bürgerlichen Freiheitsrechten, wir aber sagen: Es kann keine Freiheit für die Feinde der Republik geben“, hielt Wauquiez Premierminister Valls in einem hitzigen Schlagabtausch vor.

Sarkozy: 12.000 Personen überwachen

Der Abgeordnete ist kein Einzelfall in der früheren Präsidentenpartei. Unter der Führung des Parteivorsitzenden Nicolas Sarkozy hat sich bei vielen führenden Parteikadern die Annahme durchgesetzt, dass nur ein autoritärer Staat Frankreich vor den islamistischen Barbaren schützen kann.

Sarkozy fordert, alle 12.000 Personen, deren Akte in der Datenbank der französischen Sicherheitsbehörden den Vermerk „S“ erhalten haben, zu überwachen, mit elektronischen Fußfesseln zu versehen und die schwersten Fälle unter Hausarrest zu stellen. „S“ steht für „sûreté“ wie Staats-Sicherheit. Mit dem Buchstaben S werden jene Personen gekennzeichnet, die eine Gefahr für die Staatssicherheit darstellen könnten. Sarkozy verlangt nun, präventiv gegen diese Personengruppe vorzugehen, „bevor sie zur Tat schreiten kann“.

In den Medien und in der öffentlichen Meinung sind kritische Stimmen selten geworden. Die Regierung versucht Journalisten einzuschüchtern, die ihr Vorgehen hinterfragen. Jüngster Fall ist die Debatte über mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in Nizza.

Der sozialistische Parlamentsminister Jean-Marie Le Guen hielt Journalisten, die Ungereimtheiten offengelegt hatten, vor, „die Demokratie zu gefährden“. „Wer die Funktionsweise der Justiz und der Staatsbehörden in Frage stellt, der verbreitet Thesen, die für die Demokratie extrem gefährlich sind“, sagte der Parlamentsminister. 81 Prozent der Franzosen sind laut jüngster Umfrage zu weiteren Einschränkungen ihrer bürgerlichen Freiheiten bereit, wenn es dem Kampf gegen die Terroristen diene. Frankreich richtet sich im permanenten Notstand ein.

Quelle: F.A.S.

146,100

Brighelli - Pour en finir avec la culture de l'excuse

Les garçons issus de l'immigration maghrébine échouent davantage que la moyenne. La faute à une école discriminante ? Ou à leur manque d'investissement ?

PAR JEAN-PAUL BRIGHELLI

Modifié le 03/08/2016 à 14:42 - Publié le 03/08/2016 à 10:50 | Le Point.fr



Une CPGE. L'idée de quota s'était imposée, via des concours spécifiques à Sciences po. © Frederic MAIGROT/REA

Ma chronique de la semaine dernière ayant déchaîné les foudres de certains commentateurs (ainsi sur le forum de discussion neoprofs), j'aimerais revenir sur ce qui a paru à certains comme des assertions erronées. Pourtant, qu'est-ce qui pousse les jeunes issus de l'immigration nord-africaine à mal réussir à l'école ? Le racisme des enseignants – majoritairement de gauche ? Des facteurs économiques souvent défavorables – et que l'on ne peut nier ? Ou une pré-culture de l'excuse qui donne de bonnes raisons de ne pas même tenter de réussir, sauf exceptions ?

Un échec massif

Et d'abord, l'échec des populations d'origine maghrébine est-il attesté ? Oui, répond l'Insee dans une étude exhaustive parue en octobre 2012 : ces enfants réussissent en général nettement moins bien que la moyenne. Les garçons moins encore que les filles, comme nous l'a expliqué Jean-Louis Auduc, dont j'ai récemment décortiqué l'étude – sans doute parce que les filles prennent encore l'école comme un moyen de s'affranchir des tutelles parentales ou sociétales, de la pression de la « communauté » (je mets le mot entre guillemets tellement il me révulse – je ne connais qu'une communauté en France, c'est la communauté française), de l'enfermement à la maison, dans le quartier ou sous leurs voiles. Chez les garçons en revanche, c'est à qui en fera moins que son voisin.

« À cause du différentiel culturel ! » clament les bonnes âmes. La culture française, culture d'héritiers comme le disent tous les disciples de Bourdieu, est très loin de celle de ces jeunes issus directement ou indirectement de l'immigration. Et sans doute faut-il modifier les programmes afin d'être moins exigeant. Ainsi Sciences po il y a trois ans, suivant en cela une politique décidée par Richard Descoings quand il présidait aux destinées de la rue Saint-Guillaume, a supprimé une épreuve de culture générale afin de se mettre au niveau de celles et ceux qui n'étaient pas issus de la bourgeoisie française. Au grand dam de nombre d'écrivains venus d'horizons politiques fort différents – Régis Debray, Marc Fumaroli, Michel Onfray, Jean d'Ormesson, Erik Orsenna et Philippe Sollers. Des « pseudo-z-intellectuels » sans doute.

Le problème, c'est que moins on leur en demande, et moins ils y arrivent. Qui s'en étonne encore ?

L'école des "Blancs"

La faute à l'héritage !, répliquent immédiatement les mêmes belles âmes. Le poids du colonialisme – et la répétition d'attitudes néocoloniales. La guerre et ses séquelles. C'est l'avis par exemple de Houria Bouteldja,

présidente du Parti des indigènes de la République, qui n'hésite pas à affirmer (dans *Les Blancs, les Juifs et nous*, la Fabrique, 2016) que Jean Genêt fut grand parce qu'il salua, en 1940, la défaite de l'État colonialiste français (à croire que les Allemands ne colonisaient personne), et que ce qui est blanc est, par définition, coupable. Qu'elle se doit, dans l'ordre, dit-elle, « à ma famille, à mon clan, à mon quartier, à ma race, à l'Algérie, à l'islam ». Et que les excès auxquels se livrent les jeunes Maghrébins ne sont que les manifestations de « la virilité testostéronée du mâle indigène la part qui résiste à la domination blanche ». Sic. Les femmes violées à Cologne n'ont qu'à s'en prendre à elles-mêmes. Même Serge Halimi, homme de gauche s'il en fut, [s'en étrangle dans Le Monde Diplomatique ce mois-ci](#). On le comprend.

Atlantico a [demandé leur avis](#) cette semaine à quelques spécialistes, dont votre serviteur, sur cette « culture de l'excuse » qui, comme l'explique Éric Verhaeghe, « permet de perpétuer le rapport colonial tout en semblant l'inverser ». Je ne peux que répéter ce que j'y ai expliqué : « Chose étrange, ce ne sont pas toutes les populations immigrées originaires des anciennes colonies qui ont réagi ainsi. Les Asiatiques par exemple, originaires de l'ancienne Cochinchine (le Vietnam principalement), ne présentent aucun symptôme d'une culture de l'excuse : ils travaillent dur, réussissent souvent brillamment, et se font une place dans la société française – y compris en prenant territorialement la place (à Belleville par exemple, ou dans le centre de Marseille, pour ne pas parler de l'implantation de Chinois à Alger même) de populations venues du Maghreb.

La réussite des boat people

« Pourtant, les Indochinois ont été sacrément exploités par le colonisateur ! Que l'on pense par exemple à la culture importée de l'hévéa et au travail forcé qui en a résulté – ou à la réquisition de travailleurs indochinois dans les rizières camarguaises pendant la Seconde Guerre mondiale, sans rémunération ni reconnaissance... Et c'est par une guerre aussi qu'ils se sont libérés des Français. Il y a quelque chose de spécifique aux anciens colonisés d'Afrique du Nord qui tient peut-être à la façon dont on leur a raconté leur histoire – et il y a là une double responsabilité, celle de la famille et celle de l'école. Qui tient aussi peut-être à l'islam, à la certitude d'être dans le vrai – et d'être rejetés alors même qu'ils devraient être au sommet – et au fatalisme quelque peu contemplatif de cette religion où « c'est écrit », et où par conséquent l'effort personnel n'est pas survalorisé.

« D'où cette culture de l'excuse, le discrédit jeté a priori sur le travail scolaire, et un sentiment de frustration que la religion peut compenser – ou la violence, qu'elle s'exprime à travers la délinquance ou à travers le terrorisme – et, de plus en plus souvent, à travers les deux. »

Parce qu'enfin, les mêmes causes devraient produire les mêmes effets. Je suis assez vieux pour avoir eu en cours, à la fin des années 1970 et surtout au début des années 1980, les enfants des boat people qui arrivaient tout aussi misérables que les « migrants » aujourd'hui, fuyant un pays dévasté par vingt ans de conflit, des bombardements massifs, la déforestation chimique, des centaines de milliers de morts, et les petites filles napalmées courant en larmes sur les routes. Tout le monde se rappelle [cette photographie magistrale et terrible](#). Quarante ans plus tard, [Kim Phuc n'a rien oublié](#) – comment l'aurait-elle pu ? –, mais elle s'est reconstruite – en exil elle aussi. Et mes élèves indochinois arrivés au lycée des Ulys presque sans parler français en seconde réussissaient brillamment le bac – le bac des années 1980 – trois ans plus tard – et leurs études, au-delà.

Alors, qu'est-ce qui bloque chez les Beurs des années 2000 ? Dans quelle mythologie personnelle vont-ils chercher des excuses pour être encore et toujours discriminés, ce qui leur sert de prétexte pour ne même pas essayer de s'en sortir ? Loin de moi l'idée de nier que c'est plus dur pour eux que pour des petits bourgeois français depuis trente générations et enfants d'intellectuels. Mais l'exemple du million d'Asiatiques vivant aujourd'hui en France, qui réussissent si bien [qu'ils sont désormais la cible](#) des gangs des cités de Belleville, devrait les persuader qu'avec du travail et de l'obstination, on y arrive – et non avec des jérémiades reconverties en syndrome d'échec et en violence.

146,102

EXCLUSIF. Pourquoi "Le Fascisme islamique" ne paraîtra pas à la rentrée

Les éditions Piranha devaient publier la traduction du best-seller d'Hamed Abdel-Samad le 16 septembre. Avant de faire marche arrière.

PAR THOMAS MAHLER

Publié le 03/08/2016 à 14:57 | Le Point.fr



L'essayiste germano-égyptien Hamed Abdel-Samad. Son livre est paru en Allemagne et aux États-Unis. En France son éditeur a jeté l'éponge. © EPA/Maxppp/ INGA KJER

Un best-seller allemand sur l'islam pourrait-il ne pas être publié dans la patrie de Voltaire ? Les éditions Piranha avaient annoncé la traduction du *Fascisme islamique* qui devait paraître le 16 septembre prochain. Une « analyse » du Germano-Égyptien Hamed Abdel-Samad qui dresse des parallèles entre l'idéologie fasciste et l'islamisme, des Frères musulmans (apparus dans les années 1920) en remontant jusqu'aux racines du Coran. L'auteur, fils d'imam et ancien membre des Frères musulmans, est devenu un critique de l'islam très médiatisé outre-Rhin, ce qui lui a valu de vivre sous protection policière à la suite de fatwas pour hérésie et de menaces de morts de la part des djihadistes.

Mais fin juillet, la petite maison d'édition française (spécialisée dans les traductions de l'allemand, mais aussi dans des documents remarquables comme l'enquête du journaliste Lawrence Wright sur la scientologie) fait brusquement marche arrière, annonçant à l'auteur qu'elle ne mesure pas les risques en matière de sécurité, mais aussi qu'elle ne souhaite pas « apporter de l'eau au moulin » de l'extrême droite. La décision a provoqué un tollé dans la presse germanique, qui a rappelé que l'essai a été publié en Allemagne par un grand éditeur (Droemer Knauer) et qu'une traduction anglaise a pu paraître sans problème aux États-Unis début janvier.

Un nouveau contexte ?

Au *Point*, Jean-Marc Loubet, patron de Piranha, confie avoir acquis les droits de l'ouvrage il y a deux ans, mais que le contexte « a depuis changé avec la multiplication des attentats ». « À l'époque, ça nous paraissait être un livre iconoclaste qui pouvait faire débat, même si on ne partageait pas forcément ses thèses et qu'il pouvait prêter à des raccourcis historiques sur l'islam. Mais, après Nice, j'ai vu monter les polémiques politiques et une parole de haine des musulmans. Ça a libéré des choses... » L'éditeur, qui a reçu le soutien « à l'unanimité » de sa petite équipe, se défend de toute autocensure, expliquant que le livre existe en allemand et en anglais. « Je suis désolé pour l'auteur, mais son livre devrait rapidement trouver un nouvel éditeur en France. »

Hamed Abdel-Samad comprend l'argument sécuritaire. « C'est plus facile de cibler une petite maison d'édition qui n'a pas les moyens de s'assurer une protection à sa porte », nous explique-t-il. « Si Jean-Marc Loubet avait fini son mail là-dessus, j'aurais dit OK et accepté sans problème ce retrait. Je vis sous protection policière, j'ai reçu des menaces de mort, et je ne peux pas demander aux autres de prendre le même risque. Moi, je prends ce risque, car je crois intimement qu'être effrayé face à des menaces n'arrangera pas les choses. Au contraire, plus nous serons silencieux et plus nous aurons peur, plus les islamistes seront brutaux, car ils ne fonctionnent que selon cette logique : tuer et effrayer. C'est la stratégie du terrorisme. Mais j'aurais compris la décision de Jean-Marc Loubet, car c'est une affaire de vie ou de mort. »

L'auteur furieux

En revanche, l'auteur est furieux contre la deuxième justification avancée par Piranha. « Jean-Marc a écrit qu'il ne voulait pas *apporter de l'eau au moulin de l'extrême droite*. Ça, c'est l'argument typique d'un chantage moral auquel je suis sans cesse confronté. Je suis un penseur libre, qui n'appelle pas à la violence, qui ne stigmatise pas les musulmans – au contraire, je les défends comme êtres humains –, mais qui s'en prend à une idéologie que j'estime violente. J'ai le droit, en Allemagne, plus de 200 ans après Kant et 230 ans après Voltaire, de publier ces pensées sans devoir avoir peur et être terrifié. C'est pour ça que je suis tellement en colère. Je trouve ça très dangereux comme façon de penser, notamment venant d'un éditeur qui, plus qu'aucune autre profession, devrait être le garant des débats de qualité et de la liberté d'expression. »

Dans un éditorial au vitriol intitulé « Déjà perdu », l'hebdomadaire de référence *Der Spiegel* s'est indigné de cette volte-face de Piranha. « Ce livre a été controversé en Allemagne, et on reproche régulièrement à Abdel-Samad d'être islamophobe. Il est possible que cela soit vrai. Mais il est aussi possible que cela ne change en rien la pertinence de certaines de ses thèses. On peut débattre là-dessus. C'est pourquoi de tels livres existent. Mais il faut vouloir ce débat. *Le Fascisme islamique. Une analyse apporte de l'eau au moulin de l'extrême droite* peut-on lire dans le mail de Loubet envoyé à Abdel-Samad. C'est un peu comme si on se prononçait pour la reconduite à la frontière des migrants pour que les nazis soient privés d'arguments. Qui s'exprime ainsi a déjà perdu – contre l'islamisme comme contre l'extrême droite. »

À lire ce jeudi 4 août sur *LePoint.fr* : l'interview complète d'Hamed Abdel-Samad sur son livre.

146,103

Artus –

Le mythe du couple franco-allemand pour réformer l'Europe

Il réapparaît à chaque crise, mais, pour l'économiste de Natixis, le concept de "couple franco-allemand" est une chimère. Et ce, pour trois raisons.

PAR PATRICK ARTUS

Publié le 08/08/2016 à 16:38 | Le Point.fr

Pour l'économiste de Natixis Paul Artus, le concept de "couple franco-allemand", auquel on fait appel à chaque crise de l'Union européenne, est un mythe. © DPA/AFP/ RALF HIRSCHBERGER

Chaque fois que l'Europe est en crise, comme aujourd'hui après **le Brexit**, on évoque en France la nécessité de s'appuyer sur le « couple franco-allemand » pour mettre en place des réformes, comme force de proposition. Nous pensons que ce concept de « couple franco-allemand » est un mythe puisque les structures économiques de la France et de l'Allemagne sont si différentes que les besoins de politique économique des deux pays sont eux-mêmes très différents. Les visions de la France et de l'Allemagne sur les institutions européennes sont très éloignées ; l'exclusion de l'Espagne et de l'Italie est une mauvaise idée : ces deux pays ont mis en place des réformes, **l'Espagne est la seule grande économie vraiment dynamique de la zone euro.**

Chaque fois que l'Europe est en crise, un certain nombre d'hommes politiques et d'intellectuels réclament une initiative du « couple franco-allemand » : des propositions de réformes, des politiques de reprise économique, des idées pour améliorer les institutions. Nous pensons que le couple franco-allemand est un mythe, pour trois raisons : les différences majeures entre les structures économiques de la France et de l'Allemagne ; les différences entre les visions du fonctionnement institutionnel de la zone euro ; l'erreur que serait l'exclusion de l'Italie et de l'Espagne.

La France et l'Allemagne ont des structures économiques très différentes. Quand on regarde le poids de l'industrie dans l'économie, le poids des services peu sophistiqués dans l'économie, le niveau de gamme de la production, la balance courante et la démographie, on voit que la structure des économies est très différente en Allemagne et en France. L'Allemagne est une économie industrielle haut de gamme, où la crainte du vieillissement a fait apparaître une épargne domestique très importante ; la France est une économie de services avec une industrie de moyenne gamme et un déficit extérieur chronique.

Cela fait apparaître des objectifs de politique économique très différents entre l'Allemagne et la France : besoin d'une monnaie faible en France (avec la forte sensibilité aux prix du commerce extérieur) et forte en Allemagne (faible sensibilité aux prix du commerce extérieur) ; défense des prêteurs en Allemagne (d'où les protestations vis-à-vis de la politique de la BCE), défense des emprunteurs en France.

La France et l'Allemagne ont des visions différentes du fonctionnement institutionnel de la zone euro. La majorité de l'opinion, des hommes politiques, des économistes en France pensent que, sans fédéralisme, la zone euro finira par éclater. Les spécialisations productives très différentes des pays conduisent à une inégalité croissante de revenu entre les pays de la zone euro.

Ces inégalités croissantes seront de plus en plus politiquement inacceptables, d'où le risque d'éclatement de l'euro, s'il n'y a pas de transferts des pays les plus riches vers les pays les plus pauvres, c'est-à-dire une dose

suffisante de fédéralisme, qui les réduise. Mais la vue majoritaire en Allemagne est différente de la française. Selon la vision allemande, l'hétérogénéité des pays peut être évitée si les pays suivent des règles communes de politique économique, en particulier des règles budgétaires limitant les déficits publics, règles d'ajustement des coûts salariaux (dévaluations internes) pour éviter la divergence des compétitivités. Il s'oppose donc une vue favorable à la solidarité, au fédéralisme (France) et une vue favorable au respect de règles, contrepartie des bénéfices de la monnaie unique (Allemagne).

Pourquoi exclure l'Italie et l'Espagne ? Parler du rôle prééminent du couple franco-allemand exclut de fait l'Espagne et l'Italie du leadership en Europe. Cela nous paraît être, outre une erreur politique, une erreur économique. L'Italie et l'Espagne ont mené des réformes efficaces du marché du travail, qui ont facilité le redémarrage de l'emploi et dont d'autres pays pourraient s'inspirer. L'Espagne est la grande économie la plus dynamique de la zone euro.

Il faut trouver une autre technique de relance de l'Europe que le « couple franco-allemand ». Le « couple franco-allemand » ne peut pas être le moteur du redressement de l'Europe. Les structures des économies en France et en Allemagne sont très différentes, ce qui conduit les deux pays à avoir des objectifs opposés de politique économique. Les vues des deux pays sur l'organisation institutionnelle optimale de la zone euro sont opposées (fédéralisme contre règles). Il n'y a pas de raison d'exclure l'Italie ou l'Espagne.

146,105

MEINUNG

ESSAY

14.08.16

Ich bleibe dabei, kriminelle Flüchtlinge müssen wir abschieben

Ich bin Rebell, ich bin Mathematiker, und deshalb sage ich: Nur wenn wir straffällige Asylbewerber hart anfassen, können wir mehr Syrer zu uns holen. Das ist weder rassistisch noch unmenschlich.

Von Boris Palmer



Foto: dpa "Einen moralischen Anspruch auf Hilfe ohne die gleichzeitige Verpflichtung zur Achtung des Helfenden gibt es nicht", sagt Boris Palmer

Im Alter von etwa sieben Jahren war ich zu Besuch bei meinem Vater. Im Gefängnis. Wir, meine Mutter, mein kleiner Bruder und ich, wurden in eine Besuchszelle geführt, die in der Mitte durch eine Panzerglasscheibe getrennt war. Ein Beamter protokollierte auf der anderen Seite jedes Wort. Der engste Kontakt war Handauflegen am Panzerglas.

Mein Vater war ein Rebell. Er wurde dafür verurteilt, Unfallstellen an Straßen eigenmächtig zu entschärfen oder Beamte, die er für unfähig hielt, zu beleidigen – zugegebenermaßen wüst. Für das, was er unter Zivilcourage und Meinungsfreiheit verstand, verbrachte er 423 Tage im Gefängnis.

Seit ich mich im Herbst in einen Widerspruch zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und implizit zur Programmatik meiner Partei begeben habe, merke ich, wie stark solche Erlebnisse prägen.

Dafür haben wir das Strafrecht

Wenn mir angeraten wird, doch einfach mal den Mund zu halten, oder wenn die Reaktion auf eine Meinungsäußerung in Ausgrenzung und persönlicher Herabsetzung besteht, dann rebelliert es in mir. Selbst wenn ich denke, es wäre klüger, einem Streit auszuweichen, gelingt mir das nur selten.

So war es auch letzte Woche, als ich von der "Stuttgarter Zeitung" gefragt wurde, wie wir nach den Blutaten von Ansbach, Würzburg und Reutlingen mit Asylbewerbern umgehen sollen, die zu einer Gefahr für unsere Sicherheit werden. Früher hätte ich darauf geantwortet: Das spielt zahlenmäßig überhaupt keine Rolle, und dafür haben wir das Strafrecht. Abschiebungen sind dafür keine Lösung. Heute sehe ich das anders, und weil ich meine Meinung nicht verstecke, habe ich das auch gesagt.

Die Reaktionen in meiner Partei und den Medien waren verheerend. Von "Palmer-Nonsens" und "hysterisch" ging es bis zu "menschenverachtend", "zynisch", "rassistisch" und der Forderung der Abschiebung in die AfD. Wohlmeinende sprachen von falscher Wortwahl oder unnötiger Provokation.

Meinungswandel resultiert aus Risikobetrachtung

Heute ist mir klar, dass mich neben der väterlichen Prägung zur freien Meinungsäußerung eine weitere Eigenschaft in eine Falle tappen ließ: Mein früherer Kollege Christian Ude hat mich darauf hingewiesen, dass der Politiker darauf achten müsse, auch atmosphärisch verstanden werden. Ich versäume das häufig, weil ich mir im Mathematikstudium angewöhnt habe, die korrekte Beweisführung an sich als aussagekräftig genug zu betrachten.

Mein Meinungswandel in der Frage der Abschiebung von Straftätern ist im Wesentlichen das Ergebnis einer Risikobetrachtung: Weil junge Männer alleine die besten Chancen hatten, sich aus den Krisengebieten bis zu uns durchzuschlagen, machen diese heute einen relativ großen Anteil der Asylbewerber aus. Diese Gruppe ist nahezu überall auf der Welt am häufigsten in Gewalt verwickelt – dafür haben wir beim Blick auf unsere eigene rechtsextreme Szene selbst sehr unschöne Beispiele. Wir haben also unter den Asylbewerbern selbst dann ein höheres Risiko von Gewalt, wenn die Flüchtlinge um diesen Faktor bereinigt dieselbe Kriminalitätsrate aufweisen wie die deutsche Bevölkerung – was ich vermute.

20-mal mehr Asylbewerber – 20-mal höheres Risiko

Nimmt man nun hinzu, dass im letzten Jahr 20-mal mehr Asylbewerber ins Land gekommen sind als noch 2010, ergibt sich zwangsläufig, dass auch das Risiko, Opfer von Gewalt durch einen Asylbewerber zu werden, um etwa den Faktor 20 angestiegen ist.



Palmer-Vorstoß

„Recht zu sagen: Für euch greift das Asylrecht nicht mehr“

In den Zeitungen sieht man diesen Unterschied: Früher wurde zu Recht nicht über Gewalt von Flüchtlingen berichtet, weil es ein nahezu nicht existentes Problem war. Mittlerweile lese ich auch in meiner linken Lokalzeitung fast jede Woche von solchen [Übergriffen mit Nennung der Herkunft der Täter](#). Als Oberbürgermeister habe ich Chance, mit Menschen aller sozialen Schichten und politischen Richtungen in Kontakt zu sein. Aus den dadurch entstehenden Gesprächen habe ich den Eindruck gewonnen, dass sich durch diese gewachsene Gefahr und die noch stärker gewachsene Wahrnehmung derselben etwas verändert hat.

Strafgesetzbuch gilt für alle

Die Bereitschaft, es zu tolerieren, dass Flüchtlinge auch nur Menschen sind und deshalb in einem gewissen Maß Straftaten begehen, ist drastisch gesunken. Wie geht man damit um?

Man kann an dem festhalten, was in der Vergangenheit zu diesem Thema gesagt wurde. Fast alle Flüchtlinge sind friedlich, denn sie sind vor Gewalt geflohen. Das [Strafgesetzbuch gilt für alle](#). Abschiebungen in Krisengebiete können Todesurteile sein und sind daher unmenschlich. Und nichts davon ist falsch. Mein Wunsch wäre es, dabei bleiben zu können. Ich glaube indessen, dass wir es auf Dauer in dieser Großzügigkeit nicht durchhalten können. Unser Staats- und Gesellschaftssystem ist in wenigen Jahren unerwartet stark unter Druck gekommen. Die Krise des Europäischen Währungssystems und die Flüchtlingsströme stellen uns vor die stärksten Bewährungsproben. Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in Europa, um sich greifende Sympathiebekundungen für Diktaturen und das Menetekel eines [Donald Trump](#) als Präsidenten unseres wichtigsten Verbündeten geben uns zusätzlich eine dunkle Vorahnung dessen, was da vielleicht lauert.

Staat muss seine BürgerInnen vor Gewalt beschützen

In Gesprächen mit normalen, unbescholtenen BürgerInnen erlebe ich immer häufiger ein wachsendes Misstrauen gegenüber unseren staatlichen Institutionen. Wenn dieses Misstrauen irgendwann in echten Vertrauensentzug umschlägt, werden wir uns die derzeitigen Umfrageergebnisse der AfD von nur rund zehn Prozent zurückwünschen.

Wir können es uns nicht leisten, diese Menschen für unsere Demokratie aufzugeben. Daher müssen wir zu einer Sprache zurückfinden, die unmissverständlich klarmacht, dass die Grundwerte unseres demokratischen Rechtsstaates absolut unveräußerlich sind.

Dazu gehört an oberster Stelle das Gewaltmonopol des Staates. Es ist die wichtigste Aufgabe dieses Staates, seine BürgerInnen vor Gewalt zu beschützen. Welche Instrumente hierfür in welchem Kontext angemessen sind, ist eine schwierige Abwägungsfrage.

Staat muss Selbstachtung unter Beweis stellen

Es ist aber nicht zu leugnen, dass eine potenzielle Gewaltbedrohung durch einzelne Flüchtlinge hier ein qualitativ anderes Problem für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stellt als eine solche durch Inländer mit einem verfestigten Aufenthaltsrecht.

Dass die Duldsamkeit gegenüber Ersteren hier niedriger ist, entspricht nicht nur der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Es ist auch ethisch gut begründbar. Denn einen moralischen Anspruch auf Hilfe ohne die gleichzeitige Verpflichtung zur Achtung des Helfenden gibt es nicht.

Die Zurückweisung eines Hilfesuchenden, der ein Minimum an Achtung für den Helfenden vermissen lässt, ist eine notwendige Grenzziehung, die uns in allen sozialen Kontexten schon die Selbstachtung gebietet. Auch unser Staat muss diese Selbstachtung unter Beweis stellen, wenn er das Vertrauen, das ihm die BürgerInnen entgegenbringen, dauerhaft rechtfertigen will.

Mehr Flüchtlinge in Deutschland als im Rest Europas

Wer diesen Gedanken als unmenschlich, rassistisch oder rechtsradikal brandmarken will, sollte die Genfer Flüchtlingskonvention lesen. Dort heißt es in Artikel 33: Auf den Schutz vor Ausweisung "kann sich jedoch ein Flüchtling nicht berufen, der aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem er sich befindet, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit dieses Staates bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde."

Wir konnten es uns in der Vergangenheit leisten, diese Regelung nicht in Anspruch zu nehmen. Wir haben die Konvention nun schon aber bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlings großzügiger ausgelegt als zum Beispiel Frankreich, Großbritannien oder Polen. Deutschland hat mehr Flüchtlinge aufgenommen als der Rest Europas, der Landkreis Tübingen beherbergt 2500 Flüchtlinge.

Wir sollten Menschen aus Syrien aktiv zu uns holen

Meine Schlussfolgerung ist, dass wir das humanitäre Bleiberecht nicht mehr so großzügig auslegen können wie früher. Wir sollten in jedem Einzelfall prüfen, ob ein gewalttätiger oder die Sicherheit gefährdender Asylbewerber [in sein Heimatland zurückgeschickt](#) werden kann, ohne dass ihm konkrete Gefahr für Leib und Leben droht. Die Genfer Konvention erlaubt das sogar für Kriegsgebiete, für alle anderen Gebiete gilt es ohnehin. Verliert eine Gesellschaft an Humanität, wenn sie so handelt? Humanität müssten wir nach meiner Auffassung angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Lage in Aleppo durch direkte Hilfe zeigen. Wir sollten jetzt Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten im Rahmen von Kontingenten in relevanter Zahl nach Deutschland bringen. Die Kapazitäten dafür haben wir aufgebaut, sie stehen teilweise leer. Und die Akzeptanz für weitere Hilfe gibt es, wenn wir sicherstellen, dass Gewalttäter sich nicht auf den Flüchtlingsstatus berufen können, um bei uns zu bleiben.

146,108

Retraite : les Français champions d'Europe de la durée d'indemnisation

BFM Business s'est appuyée sur plusieurs données pour faire un classement des pays européens où la durée d'indemnisation des retraites est la plus importante.

6MEDIAS

Publié le 17/08/2016 à 20:59 | Le Point.fr

Un salarié français né en 1963 pourra profiter de 23 années de retraite. Image d'illustration. © AFP/ PHILIPPE HUGUEN

Si la [France](#) n'a pas réussi à gagner l'Euro de football, il y a une catégorie où ses performances sont exceptionnelles : la durée d'indemnisation des retraités. Alors que le débat sur l'âge de départ à la retraite devrait occuper une place importante lors de la prochaine élection présidentielle, les données d'Eurostat conjuguées à celles du centre des liaisons européennes et internationales de Sécurité sociale, [relayées par BFM Business](#), révèlent la France comme la plus généreuse avec ses salariés qui terminent leur carrière professionnelle. En effet, ces statistiques comparent l'espérance de vie dans chaque pays d'[Europe](#) et les relient avec l'âge de départ à la retraite. Du coup, un Français qui quitte le monde du travail peut vivre 23 ans avec sa pension.

13,6 années de retraite en [Pologne](#) !

Selon ces données, aucun autre État européen n'est aussi généreux. Ainsi l'écart entre l'espérance de vie et l'âge légal de départ à la retraite pour un salarié né en 1963 est de 15,9 ans en [Allemagne](#), 13,6 en Pologne, 18,4 au Royaume-Uni, 18,5 en Italie ou 19,7 en Espagne. La moyenne européenne se situe à 16,8 années. Avec 23 ans, la France est championne d'Europe. Les autres pays n'ont eu de cesse de repousser l'âge de départ légal à la retraite (67 ans en Allemagne).

Comme le note [BFM Business](#), ce comparatif ne prend pas en compte la différence entre les hommes et les femmes - ces dernières bénéficient d'une espérance de vie supérieure et prennent leur retraite plus tôt dans plusieurs pays. L'OCDE avait ainsi en 2015 noté que les femmes françaises avaient 27,2 années de retraite contre 23 ans pour les hommes.

146,109

Brice Couturier : le Parti des médias et l'intelligentsia méprisent la réalité

Publiée 19/08/2016 à 21:39



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Dans un entretien fleuve, Brice Couturier, qui a été le chroniqueur matinal de France Culture pendant cinq ans, décrypte les contours d'une vie médiatico-intellectuelle où le pluralisme et le vrai débat sont en voie de disparition.

Journaliste et producteur de radio, Brice Couturier rejoint France Culture en 2002, où il anime alors une émission hebdomadaire consacrée à l'Europe, Cause Commune, avant de devenir producteur de l'émission Du grain à moudre. De 2011 à 2016, il a été chroniqueur et co-animateur dans Les Matins de France Culture.

FIGAROVOX. - De septembre 2011 à juin 2016, vous avez été chroniqueur et co-animateur dans *Les Matins de France Culture*. Que retenir de ce quinquennat sur le plan intellectuel et politique?

Brice COUTURIER. - Un quinquennat, oui, l'expression est bien trouvée. C'est d'ailleurs un principe de vie: je change d'activité tous les cinq ans. Ces cinq dernières années, j'ai donc écrit chaque jour un éditorial que j'ai lu le lendemain matin sur notre antenne de France Culture, afin de lancer le débat de la deuxième partie des Matins. Lorsque le directeur de l'époque, Olivier Poivre d'Arvor, m'a proposé ce défi, je lui ai fait remarquer que l'éditorialiste d'un journal, c'est quelqu'un qui reflète la ligne éditoriale de ce titre et qu'en ce qui me concerne, je me regardais comme assez décalé par rapport à celle de France Culture. Mais c'était précisément ma différence qui l'intéressait. Il souhaitait que je provoque l'invité des Matins, en lui balançant des idées susceptibles de le faire réagir. Là où l'exercice trouvait ses limites, c'est que je n'étais pas toujours autorisé à répondre à l'invité - notamment lorsqu'il démolissait mon papier. Sans doute fallait-il que le tenant du «politiquement correct» conserve le dernier mot... J'apparaissais ainsi comme un trublion qu'on sort de sa boîte, afin de provoquer un peu, mais qu'on s'empresse de faire taire lorsqu'il a joué son rôle afin que tout rentre dans l'ordre. Dommage, car j'ai travaillé sérieusement chaque sujet de manière à pouvoir poursuivre la discussion en m'appuyant sur des faits.

Le Parti des médias préfère nous abreuver de petites nouvelles insignifiantes, d'une part, de ses grandes indignations, de l'autre.

Ce qui m'a frappé dans les débats des dernières années, c'est la difficulté avec lesquels ils sont parvenus à émerger. Car les plus importants d'entre eux portent précisément sur les sujets dont le «Parti des médias» - pour reprendre l'expression créée par Marcel Gauchet - tente d'empêcher l'évocation... Il y a comme ça, à chaque époque, des problèmes vitaux qui forment comme un angle mort du débat public. Ce sont précisément ceux qui vont décider de l'avenir. En 1936, après la remilitarisation de Rhénanie par Hitler, dans la plupart des médias français, il était presque impossible d'évoquer la perspective d'une guerre avec l'Allemagne. Tous les gens de bien étaient furieusement pacifistes... On trouverait bien un terrain d'entente avec le chancelier allemand, disaient-ils. Mais dans les cafés et les salons, on ne parlait que de ça.

Aujourd'hui, l'histoire est à nouveau en phase d'accélération brutale et le défi qui nous est lancé par l'islamisme politique, entré en phase de conquête du monde, est redoutable. Mais le Parti des médias, aveuglé par ses bons sentiments, préfère nous abreuver de petites nouvelles insignifiantes, d'une part, de ses grandes indignations, de l'autre.

Vous croyez à un «complot des médias»?

Je n'irais pas jusque-là. Mais comment ne pas voir que le rassemblement de quelques milliers de bobos place de la République, prétendant proposer une réalité radicalement alternative, a été monté en mayonnaise afin de gommer les 4 millions de Français, descendus spontanément dans les rues pour protester contre les attentats islamistes de janvier? Pour ne prendre que cet exemple. De la même façon, chaque fois que le discours lénifiant sur le «vivre-ensemble» est contredit par des faits, ceux-ci font l'objet d'un remontage. Combien d'attentats islamistes ont été requalifiés en «actes commis par un déséquilibré»? Ou alors, on organise à la hâte une diversion.

Le pire, c'était de supporter ces idéologues de petit calibre, cooptés par leurs camarades de l'Université, qui tiennent lieu d'intelligentsia aux yeux des journalistes bien-pensants.

Mais ce n'est pas l'essentiel. Le pire, c'est qu'il y a trop peu d'intellectuels capables de discerner les grands courants de fond sous le miroitement de surface. En finissant l'année, sur France Culture, par une série d'émissions consacrées à Raymond Aron, j'ai voulu montrer ce qu'avait été mon ambition au cours de ces cinq années. Il est mon modèle. Aron aussi était éditorialiste. A Combat, au temps de Camus, puis au Figaro, surtout, et enfin à L'Express. Et tandis que les simples journalistes se contentaient de rapporter les faits au jour le jour, lui savait discerner, en historien, les tendances profondes, celles qui allaient modifier les rapports de force, redessiner la carte, décider du mouvement de l'histoire. Aujourd'hui, nos chers confrères passent leur temps à guetter le fil de l'AFP, afin d'être «les premiers sur une info». Ils sont concurrencés par internet qui met tout ce fatras de pseudo-news, de «stories», à la disposition de chacun. Ils misent sur l'antériorité pour légitimer leur profession ; ou encore sur leur connaissance personnelle des acteurs politiques pour rapporter leurs propos à des stratégies individuelles de conquête du pouvoir. Ce faisant, ils rabaisent la politique et contribuent au développement du populisme ambiant.

Alors qu'il leur faudrait jouer sur la compétence, la capacité du spécialiste à interpréter les faits, à discerner la manière dont le monde est en train de se réorganiser. Mon problème tient à ce que j'étais censé être un spécialiste universel: parler économie avec Attali un jour, histoire avec Pierre Nora, le lendemain, politique internationale avec Védrine, le surlendemain et conclure la semaine sur la littérature américaine avec Richard Ford... Sans oublier de me faire traiter de crétin par Montebourg, de journaliste partisan par Copé, ou d'agent de l'Allemagne par Marine Le Pen! Mais le pire, c'était de supporter ces idéologues de petit calibre, cooptés par leurs camarades de l'Université, qui tiennent lieu d'intelligentsia aux yeux des journalistes bien-pensants. Quel dialogue peut-on avoir avec ces personnages, arrogants quoiqu'incultes, et d'autant plus pérorant qu'ils méprisent les faits, les chiffres, la réalité? Ils prétendent déconstruire ce qu'ils n'ont jamais cessé d'ignorer.

La vie des idées a-t-elle beaucoup évolué depuis cinq ans? Certaines idées neuves sont-elles apparues? Quels sont les grands débats qui vous ont le plus marqué?

Sur tous les plans, on se rapproche de la vérité en marchant en crabe. Ça ne facilite pas le règlement des problèmes. Prenez l'économie. Il y a cinq ans, le débat portait sur les délocalisations: nos problèmes venaient de l'étranger, qui ne respectait pas nos règles, qui prétendait réussir en ne faisant pas comme nous. La Chine, voire l'Allemagne nous faisaient une concurrence déloyale. À partir d'un certain moment, on a commencé à s'inquiéter de la désindustrialisation. C'était approcher du vrai problème, celui du manque de compétitivité de notre appareil productif. Encore quelques mois, et on a commencé à réaliser que nos entreprises supportaient des charges disproportionnées par rapport à celles de leurs concurrentes et qu'il convenait donc de les alléger, après les avoir augmentées. Mais c'est justement l'un des sujets dont le Parti des médias ne veut pas entendre parler, comme du déficit budgétaire et de l'endettement.

Sur tous les plans, on se rapproche de la vérité en marchant en crabe.

Pour ces aveuglés, l'absence de croissance française, le niveau extravagant du chômage n'ont qu'une seule cause: «l'austérité»... Mais si l'austérité, c'est un niveau de dépense publique inouï, qui absorbe 57,5 % de tout ce que produit le pays, le plus fort taux de prélèvement obligatoire d'Europe, et une dette publique de 100 % du PIB, alors je demande comment on va qualifier l'économie allemande... Un État dont le budget est équilibré et qui, étrangement, a un taux de chômage deux fois inférieur au nôtre. Encore une fois, pour prendre un exemple. Mais dans tous les domaines, c'est la même danse du ventre: on approche de la vérité en tournant autour, plutôt que d'affronter franchement nos problèmes.

L'économie n'est pas seule en cause. La vie des idées, dans notre pays, pâtit du fait qu'un faible nombre de gens sont à la fois suffisamment qualifiés et suffisamment honnêtes pour en rendre compte. Les chers confrères, dans l'ensemble, préfèrent rabattre la nouveauté sur les schémas qu'ils connaissent. Cela a pour conséquence de figer le débat, de le ramener à des lignes de clivage devenues autant d'ornières: souverainistes versus euro-enthousiastes, républicains versus démocrates, libéraux contre étatistes, communautaristes contre républicains et, bien sûr, droite/gauche. Mais les nouveaux sujets transcendent ces catégories et les font exploser. Dans le domaine éthique, en particulier. Et on tente d'intimider ceux qui posent de bonnes questions en les traitant de réactionnaires, ou d'ultra-libéraux...

Le tournant de ces 5 ans a été l'attaque de Charlie hebdo et la litanie des massacres qui a suivi. Au lendemain des attentats du 13 novembre, votre Lettre ouverte aux djihadistes qui nous ont déclaré la guerre a bouleversé vos éditeurs... Vous vous identifiez au nomade hyperconnecté de Jacques Attali et puis tout a changé. Pourquoi?

En s'attaquant aux Juifs, comme l'ont fait Merah et Coulibaly, à un symbole de l'esprit de ma génération, comme Charlie, les infiltrés du djihad, cette cinquième colonne islamiste, m'ont « rendu la France », comme disait Aragon.

Oui, cela a constitué pour moi un choc, une rupture personnelle. Ayant vécu une partie de mon adolescence au Liban, repris des études à Oxford à 42 ans, enseigné trois ans en Pologne, beaucoup bourlingué en Europe, du Nord au Sud et d'Est en Ouest, j'avais fait mienne l'idée d'Attali selon laquelle les nations étaient en train de devenir des hôtels où l'on pose provisoirement ses valises, en prenant pour critère le rapport qualité/prix. En s'attaquant aux Juifs, comme l'ont fait Merah et Coulibaly, à un symbole de l'esprit de ma génération, comme Charlie, les infiltrés du djihad, cette cinquième colonne islamiste, m'ont « rendu la France », comme disait Aragon. Poète communiste, il a tourné patriote lors de l'occupation, après avoir longtemps conspué le drapeau et la Marseillaise. Je me suis senti visé personnellement par les fous de Dieu. Comme dit Orwell, dans *Le lion et la licorne*, cet hymne au patriotisme britannique, «Car nous combattons des hommes à l'intelligence vive et maléfique et le temps presse...». Mon père, maquisard FFI à 18 ans, a fini la guerre dans un bataillon de choc. Lorsque j'ai vu la formidable réaction, spontanée, de la population, opposant 4 millions de poitrines aux tueurs, semblant dire: «nous sommes bien trop nombreux, vous ne pourrez pas nous tuer tous», je me suis senti conforté dans l'idée qu'il fallait défendre le vieux pays menacé.

Mais il faut en être conscient: il va devenir de plus en plus dangereux de vivre dans un pays qui refuse le chantage des islamistes: soumettez-vous ou bien vous mourrez. C'est une raison supplémentaire de rester: tenter de renforcer le camp de la résistance. Et non leur abandonner le terrain. Ne pas collaborer lâchement, comme la dernière fois...

Pour certains observateurs, les «néo-réactionnaires», pour reprendre la formule de Daniel Lindenberg, auraient gagné la bataille des idées. Partagez-vous cette analyse?

J'ai été le premier journaliste à faire parler Lindenberg, lorsqu'il a publié *Le rappel à l'ordre* en 2002. Le livre n'était pas encore en librairie que je l'avais invité à l'émission que j'animais alors sur la grille d'été de France Culture, Contre-expertise. C'est vous dire si le livre m'avait paru intéressant. Certes, il avait le défaut de mêler, dans une même réprobation, tout ce qui, dans la vie intellectuelle, déplaisait à son auteur - de Pierre Manent à Alain Badiou, de Michel Houellebecq à Jean-Claude Milner. Mais il avait le mérite de pressentir un changement dans l'air du temps. L'époque où une bande de «vigilants» parvenaient à interdire qu'on aborde certaines questions - concernant la compatibilité de l'islam et de la démocratie, par exemple -, l'époque où ils pouvaient chasser en meute un intellectuel du calibre de Pierre-Alain Taguieff, était en train de s'achever. L'eau avait commencé à bouillir. Le couvercle qu'ils avaient longtemps maintenu était en train de leur sauter à la figure.

J'avais invité Lindenberg parce que ma conception à moi d'une émission de débat sur une chaîne du service public, c'est le pluralisme, la diversité idéologique, la curiosité intellectuelle.

J'avais invité Lindenberg parce que ma conception à moi d'une émission de débat sur une chaîne du service public, c'est le pluralisme, la diversité idéologique, la curiosité intellectuelle. Et non le militantisme au service d'une cause. Celle qu'on croit juste, ou celle grâce à laquelle on pense servir au mieux ses intérêts de carrière... Bien sûr, les intellectuels, très divers, que la bande des maîtres-penseurs a qualifié de «néo-réactionnaires» n'ont pas conquis le pouvoir intellectuel. L'hégémonie intellectuelle est toujours détenue par «presse qui pense», même si elle a de moins en moins de lecteurs: Télérama, Les Inrocks, Le Nouvel Obs, Libé, etc. C'est elle qui donne le ton, décerne des brevets et censure ce qu'ils appellent les «dérapages». Ces contestataires professionnels sont étonnés et furieux d'être à leur tour contestés. C'est que l'espèce de bouillie intellectuelle, ce néo-marxisme rudimentaire à base de slogans creux qui leur sert de pensée s'est fracassé sur la réalité sociale. Souvent demeurés intellectuellement dans les années 1960/70 (Derrida, Foucault, etc.), ils s'acharnent à «transgresser», à «renverser des tabous», alors qu'il n'y a plus, en face, que le vide. Ils rejouent éternellement la scène originelle de 68, alors qu'on a radicalement changé d'époque. C'est pourquoi les gens qui pensent juste ont opéré, depuis le début de notre XXI^e siècle, ce retour à Camus, à Arendt, à Orwell - qui n'étaient certes pas des penseurs «réactionnaires». «Empêcher que le monde ne se défasse», comme disait Camus. Et ne pas pousser la tolérance à l'absurde, en prétendant tolérer la barbarie. Ne pas justifier l'inacceptable au nom du relativisme des valeurs.

Vous reconnaissez-vous dans les idées de certains d'entre eux? Lesquels?

Lorsque je me retrouve devant mon ordinateur, avec un article à écrire, je pense : comment Christopher Hitchens tournerait-il ça ?

Oui, sans doute. Grâce au métier que je fais, journaliste culturel, je rencontre tout le monde et je suis payé pour lire. Quel luxe! Alors, dans le paysage intellectuel francophone, je vous dirais apprécier beaucoup Marcel Gauchet, Pascal Bruckner, Nicolas Baverez, Dominique Schnapper, Jean-Marc Daniel, Jean-Pierre Le Goff, Kamel Daoud, Philippe d'Iribarne, Boualem Sansal, Malika Sorel-Sutter, Mathieu Bock-Côté... Je voue aussi une immense admiration à Jacques Julliard, une espèce de modèle pour moi depuis mes débuts de journaliste. Non seulement c'est un historien immensément cultivé, mais c'est un intellectuel sans tarifs réduits ; avec lui, tout le monde a droit au même traitement. Il est sans indulgence particulière envers les siens, sans agressivité particulière envers les autres. *Sine ira et studio*. Mais lorsque je me retrouve devant mon ordinateur, avec un article à écrire, je pense: comment Christopher Hitchens tournerait-il ça? Orwellien lui aussi, «Hitch» savait comme personne mettre le doigt sur l'hypocrisie, la mauvaise foi, le double standard moral. Et c'était un esprit

absolument libre. Un véritable voltairien de la fin du XX^e siècle. Il n'a aucun équivalent en français, mais quelques héritiers en Angleterre, comme Nick Cohen.

Lors d'un débat sur «Nuit debout», vous avez quitté le plateau sur ces mots: «Moi je ne veux pas incarner à moi tout seul la diversité idéologique autour de ce plateau, donc je vous laisse entre vous.» Est-il devenu impossible de débattre en France?

On venait d'entendre trois invités et un journaliste ayant fait un reportage sur place, à République, s'extasier... A les entendre, on était à la veille d'une nouvelle prise de la Bastille.

Écoutez, on venait d'entendre trois invités et un journaliste ayant fait un reportage sur place, à République, s'extasier, dire combien tout cela était nouveau, prometteur, bouleversant... A les entendre, on était à la veille d'une nouvelle prise de la Bastille, d'une réinvention de la démocratie. Ces affligeantes «assemblées générales» allaient accoucher d'une réalité alternative... On voit ce qu'il en est advenu: beaucoup de bruit pour rien. La surexposition médiatique de ces rassemblements contrastait péniblement avec l'affligeante pauvreté des propositions qui en émanaient. Mais le Parti des Médias rêve de l'arrivée au pouvoir d'une «vraie gauche de gauche». On nous a fait le coup avec die Linke, en Allemagne, puis avec Chavez au Venezuela, qui a ruiné le premier détenteur de pétrole de la planète... Ensuite, il y a eu Podemos, Occupy Wall Street, Jeremy Corbyn... Moi, je crois qu'on peut modifier le réel dans certaines proportions lorsque cela est souhaitable. Mais pas lui substituer une autre réalité, sous prétexte qu'elle serait plus conforme à l'idéal de certains utopistes. J'aurais disposé d'une minute pour dire que je n'étais pas au diapason de cet enthousiasme collectif, avant de me faire remettre à ma place en tant que «réactionnaire». Alors oui, j'ai refusé, non pas de débattre, mais de servir de tête de turc. Je suis resté à les écouter s'entre-congratuler. Je ne suis pas «parti en claquant la porte», contrairement à ce qu'ont écrit les médias gauchistes à l'époque. Trop de «débats», dans nos médias, sont ainsi «montés», de manière à en truquer le déroulement, empêcher la libre confrontation des idées. Il y a des experts...

Vous définissez-vous toujours comme un libéral de gauche?

Tony Blair disait : « ce qui est social, c'est ce qui crée des emplois ». Il avait raison.

À l'époque où j'avais un engagement politique, je roulais pour Rocard au sein du PS. En 1985, j'avais créé un club de discussion, *Rouleau de Printemps*, qui se définissait comme un rassemblement de jeunes libéraux de gauche. Je pense être resté fidèle à cet idéal. «Le socialisme, c'est quand la liberté arrive dans la vie des gens les plus pauvres», a écrit Carlo Rosselli, l'un des théoriciens du libéralisme de gauche, assassiné en France par les sbires de Mussolini. Je pense que la véritable lutte des classes n'oppose pas tant les salariés aux entrepreneurs que les insiders du système aux exclus, les détenteurs de rentes à ceux qui sont prêts à emprunter l'escalier de service lorsque l'ascenseur social est en panne. La «défense des avantages acquis» est un mot d'ordre qui profite aux planqués. Tony Blair disait: «ce qui est social, c'est ce qui crée des emplois». Il avait raison. Notre système a fait le choix implicite du chômage de masse. C'est une calamité. Non seulement, le chômage détruit des vies, mais il rend des millions de personnes dépendantes de l'État pour leur survie. Il bloque toute ambition, il étouffe cette «étincelle vivante» que les hommes portent en eux et qui, selon Goethe, «se recouvre de la cendre toujours plus épaisse des nécessités quotidiennes si elle cesse d'être alimentée.»

Vous êtes également un européen assumé. Durant ces cinq dernières années, l'Union européenne a essuyé de multiples crises: la crise grecque, mais aussi celle des migrants et dernièrement le Brexit. Quel regard portez-vous sur l'évolution de la construction européenne?

Je suis revenu à France Culture en janvier 2002 avec une émission hebdomadaire consacrée à l'Europe, *Cause commune*, que j'ai animée pendant cinq ans. À l'époque, je croyais que l'Europe pouvait devenir une puissance capable, en alliance avec les États-Unis et les autres démocraties, de rivaliser avec les grandes puissances émergentes. Que nous pourrions contribuer à définir un ordre du monde basé sur le droit international, la souveraineté des peuples, la démocratie, les droits de l'homme... Encore aurait-il fallu que les dirigeants européens assument notre héritage. Qu'ils n'aient pas honte d'être européens.

Tel que c'est parti, c'est raté. Cette Union européenne, qui refuse d'être une puissance politique, est prise en tenailles.

Or, ils ont agi comme s'il fallait se débarrasser de notre culture. Comme si notre formidable héritage les encomrait. Le continent qui a donné au monde Leonard de Vinci, Cervantes, Shakespeare, Rembrandt, Racine, Mozart, Goethe, Hugo, Proust, Pessoa, Chaplin, Milosz... illustre ses billets de banques avec des ponts et des fenêtres. Pour ne froisser personne, paraît-il. Entre l'arrogance et la haine de soi, il devrait exister une position moyenne. Quand je suis rentré de Pologne, je suis allé voir la rédactrice en chef d'un magazine consacré à l'Europe avec des projets d'article sur l'apport de la culture centre-européenne à l'identité européenne. «Moi, ce qui m'intéresse dans l'Europe, c'est l'Autre», m'a-t-elle dit. Allez demander aux Chinois, aux Indiens ou aux Turcs, si c'est «l'Autre» qui les intéresse prioritairement!

Alors, oui, c'est raté. Tel que c'est parti, c'est raté. Cette Union européenne, qui refuse d'être une puissance politique, est prise en tenailles. Elle est coincée entre l'islamisme qui se rapproche de nous par la Turquie et risque de nous entraîner dans le chaos proche-oriental et la contre-révolution culturelle tentée par Poutine, avec son rêve impérial post-soviétique. Cette UE, régie par le droit et le marché, purement procédurale et évitant toute décision politique, cette Europe-là est condamnée. Ses concepteurs ont cru à la possibilité d'un avion en pilotage automatique. Ça pouvait marcher par temps calme, mais aussitôt qu'est apparue une zone de turbulence, en 2008, la machine s'est enrayée. Lorsqu'il a fallu décider quelque chose, c'est la BCE, organisme technique, qui a dû assumer des décisions politiques. Les dirigeants de l'UE ont refusé à l'Europe toute identité,

toute substance, toute limite géographique: ils ont créé une coquille vide, un ensemble flou dans lesquels les citoyens ne reconnaissent pas. Comment s'étonner que ceux-ci se réfugient dans leurs États-nations. Au moins, pensent-ils, on en contrôle les dirigeants en les remplaçant lorsqu'ils prennent de mauvaises décisions. Et on peut en défendre les frontières, ce que l'UE refuse de faire, face à une crise migratoire qui va s'aggraver. Je le déplore, parce que nos petites nations en communauté de déclin ne font pas le poids face aux géants émergents. Il faudra tenter autre chose, une fois ce chapiteau-là démonté.

La montée des «populismes» vous inquiète-t-elle?

Dans son *Essai sur l'esprit d'orthodoxie*, Jean Grenier, le professeur de philo de Camus, écrit: «L'extension de l'instruction ne va pas toujours de pair avec le progrès de la culture. Les masses sont de plus en plus éclairées, mais les lumières sont de plus en plus basses. Les idées courtes et simplistes ont plus de succès que les autres». Face à la complexité du monde, à ses métamorphoses difficiles à saisir, les gens se réfugient dans des explications simples. Cela a nourri les grandes idéologies du XX^e siècle. Le fascisme, le marxisme, offraient des réponses simplètes à des questions compliquées. Mais il y a aussi quelque chose de positif dans ce que les élites baptisent «populisme»: les simples gens ont parfois une vision plus juste que des dirigeants vivant hors-sol, dans l'ignorance des vrais problèmes de la population.

Reste qu'il souffle indéniablement sur la planète un vent mauvais.

Reste qu'il souffle indéniablement sur la planète un vent mauvais. Il nous faut réaliser que, contrairement à ce qui se passait durant les trois dernières décennies du XX^e siècle, ce n'est pas la démocratie qui a le vent en poupe. Le système du parti unique chinois, les «démocraties» de Russie ou de Turquie apparaissent, depuis longtemps déjà, à bien des gens du Sud, comme plus à même de bien contrôler les choses. A présent, c'est aussi le cas dans notre Nord. Voyez Donald Trump. Nous avons affaire à une concurrence sérieuse. La victoire des démocraties, en 1945 et 1989, peut très bien s'avérer n'avoir été qu'une heureuse parenthèse. Mais, pour moi, la démocratie est un horizon indépassable et je ressens une solidarité spontanée envers chacune d'entre elles - des États-Unis à Israël inclus.

Vous apparteniez au comité de rédaction de la revue Le Meilleur des mondes depuis sa création. Vous avez été favorable au droit d'ingérence et aux différentes interventions militaires de l'Occident depuis la guerre en Irak de 2003. Quel bilan faites-vous de cette politique étrangère «néo-conservatrice»?

Qui peut nier que les peuples du Moyen Orient aspirent, eux, à la démocratie? Les racistes nous répètent que les Arabes ne sont «pas mûrs», que leur société civile n'est pas assez émancipée, que l'islam constitue un facteur de blocage insurmontable. J'ai vibré à l'unisson des «révolutions arabes», qui rappellent tellement le Printemps des peuples européens de 1848. Je n'ignore pas leur échec, à peu près général, à l'exception de la Tunisie. On ne peut nier que l'islamisme, qui guette les occasions d'avancer ses pions et de contrôler les sociétés, a profité des libertés conquises. Là où il a cru son heure arrivée, comme en Egypte, il a provoqué la réaction des militaires. Mais les peuples n'ont pas dit leur dernier mot. Après 1848, nous avons eu aussi une sévère réaction en Europe. La liberté ne se conquiert pas en un jour.

Mais qu'on ne vienne pas me dire qu'avec les despotes - Saddam Hussein, Kadhafi et Bachar el-Assad, Moubarak, nous vivions dans un monde «plus sûr». C'est l'inverse qui est vrai. Ces systèmes politiques, archi-corrompus et tyranniques, étaient tous au bout du rouleau. Dans le combat entre «réalpolitiques» cyniques et droits-de-l'hommeistes, solidaires des peuples en lutte contre leurs tyrans, je persiste à choisir ces derniers. En ce qui concerne l'Irak et la Syrie, l'erreur politique, c'est Obama qui l'a commise. En retirant prématurément ses soldats d'Irak, à une époque où Daech comptait 200 combattants ; et en refusant de soutenir la rébellion démocratique contre al-Assad, ce qui a laissé le champ libre aux djihadistes, encouragés par le régime...

146,114

Mayers Weltwirtschaft

Italien ohne Euro

In Italien liegt vieles im Argen. Politischer Wille allein wird nicht genügen, um das Land in der Währungsunion zu halten.

20.08.2016



© THILO ROTHACKER Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institutes und Professor an der Universität Witten/Herdecke.

Die Villa Vigoni am Comer See ist eine Perle im Immobilienportfolio der Bundesrepublik Deutschland. Von ihrem früheren Eigentümer wurde sie als deutsch-italienische Begegnungsstätte für Wissenschaftler und Kulturschaffende gestiftet. Da die Leitung der Villa Vigoni die Ökonomie dankenswerterweise zu den Wissenschaften zählt, durfte ich anlässlich einer Konferenz Mitte Juli dort wieder zu Gast sein. Am Tag der Abreise erschien meine Kolumne „Krisenland Italien“. Dabei hatte ich unterschätzt, wie intensiv die Konferenzteilnehmer die F.A.S. lesen. Da mein Text schon am Samstagnachmittag online auf faz.net erschien, war er Gegenstand intensiver Diskussion beim Abschiedessen.

Die italienische Seite war zwar mit meiner kritischen Sicht der italienischen Wirtschaftslage einverstanden, glaubte jedoch nicht an meine Prognose, dass Italien die Europäische Währungsunion (EWU) früher oder später verlassen müsse. Ich fragte meine italienischen Gesprächspartner, warum Italien denn in der Zwangsjacke einer Währungsunion bleiben wolle, die der Wirtschaft einen für sie zu starken Wechselkurs aufzwingt.

Außerhalb der Währungsunion hätte eine eigene Währung doch sicherlich einen wesentlich geringeren Außenwert, so dass die italienische Wirtschaft an internationaler Konkurrenzfähigkeit gewänne. Die Antwort war, dass man der Währungsunion beigetreten sei, um eine bessere Wirtschaftspolitik herbeizuzwingen.

Doch das Gegenteil ist eingetreten. Die Qualität der Politik wurde während der EWU-Mitgliedschaft deutlich schlechter. Die [Weltbank](#) berechnet für eine Vielzahl ihrer Mitgliedsländer regelmäßig einen Index zur Qualität der politischen Verwaltung eines Landes. Zwischen 1996 und 2014 fiel der Index für Italien um elf Punkte, die schlechteste Entwicklung in der Eurozone. Mit 67 von maximal 100 Punkten war Italien im Jahr 2014 das Schlusslicht unter den EWU-Mitgliedsländern. Sogar Griechenland lag mit 69 Punkten vor Italien. Innerhalb der Europäischen Union unterbieten nur Bulgarien und Rumänien den italienischen Qualitätsindex.

Meine italienischen Gesprächspartner machten geltend, dass kein ernsthafter Politiker in Italien und den anderen EWU-Ländern an einen Austritt Italiens denken würde. Doch die Verteidigung des Status quo gründet in der Annahme des Primats der Politik vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Diese Annahme ist kaum zu halten. Der österreichische Ökonom und Finanzminister Eugen von Böhm-Bawerk bestritt schon im 19. Jahrhundert zu Recht, dass politische Macht über ökonomische Gesetze bei der Verteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeit und Kapital langfristig dominieren könnte.

Einiges spricht dafür, dass Böhm-Bawerks These auch auf das Währungsregime angewendet werden kann. Folglich wird politischer Wille allein nicht genügen, Italien in der Währungsunion zu halten. Bleiben die wirtschaftlichen Umstände so unbefriedigend wie in den vergangenen 18 Jahren, wird der Wille zur fortdauernden Mitgliedschaft ausgehöhlt und die politischen Zentrifugalkräfte gewinnen die Oberhand. Der Aufstieg der eurokritischen Fünf-Sterne-Bewegung weist in diese Richtung.

Aber könnten denn nicht öffentliche Transfers zwischen Ländern der Eurozone die wirtschaftlichen Unterschiede auf ein erträgliches Maß verringern? Schließlich stabilisiert der Norden Italiens durch Transfers den Süden, und in Deutschland unterstützen die reicheren Bundesländer die ärmeren. Für die Umverteilung von Steuergeldern zwischen Regionen braucht es jedoch einen demokratisch legitimierten Zentralstaat, der den Interessenausgleich der Regionen regelt. Der Regionalausgleich wird nur dann von allen akzeptiert, wenn er nach allgemeinen und als fair empfundenen Regeln erfolgt. Davon sind wir in Euroland jedoch meilenweit entfernt.

Der größte Teil der Transfers wird verdeckt über die Geldpolitik und den Europäischen Stabilitätsmechanismus in Form von Zinssubventionen arrangiert. Ein kleinerer Teil wird über Strukturfonds und den „Juncker-Plan“ zur Investitionsförderung vergeben. Da die Effektivität der offenen Transfers zweifelhaft ist und die verdeckten Transfers vielen Bürgern als illegitim erscheinen, ist die Zahlungsbereitschaft der Politiker in den Geberländern gering. Eine Aufstockung der Transfers würde auch dort die eurokritischen Kräfte stärken.

Im katholischen Italien darf man an Wunder glauben und glaubte daher eine Zeit lang, dass Matteo Renzi Staat und Wirtschaft heilen werde. Doch Renzi scheint die Wunderheilung nicht zu gelingen. Nun verortet man finstere Kräfte in Deutschland, die den Euro zum Nachteil Italiens für ihre Zwecke nutzen. Der Schluss liegt nicht mehr fern, dass man den Euro verlassen muss, wenn die finsternen Kräfte nicht zu bändigen sind.

Quelle: F.A.S.

146,115

Verschleierungsdebatte

Die Burka ist heute schon verboten

Würden die bestehenden Gesetze angewandt, könnte die Burka aus dem öffentlichen Straßenbild verschwinden. Dazu bräuchte es keine neuen Regelungen – oder Scheindebatten.

21.08.2016, von **MORTEN FREIDEL**

Es klang wie ein Durchbruch, als Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** diese Woche verkündete, an welchen Orten die Union das Tragen einer Burka überall verbieten wolle. Er listete auf: an Schulen, Universitäten, im Straßenverkehr, bei Behörden, zum Beispiel dem Standesamt, und vor Gericht. Lange hatten die Landesinnenminister der Union und de Maizière über diesen Kompromiss verhandelt. Die Innenminister wollten mehr, nämlich ein generelles Verbot der Vollverschleierung, de Maizière hatte verfassungsrechtliche Bedenken. Gleichwohl machte er klar, dass man die Grenzen des Rechts ausschöpfen müsse, um die Burka überall dort zu verbieten, wo es „für das Zusammenleben unserer Gesellschaft nötig ist“.



Autor: Morten Freidel, Redakteur in der Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Folgen:

Allerdings ist das fast überall schon jetzt der Fall. Zum Beispiel vor Gericht. Dort muss die Wahrheitsfindung gewährleistet und müssen Richter, Zeugen, Kläger und Angeklagte eindeutig zu identifizieren sein. Wer eine Burka trägt, ist das nicht. Ähnliches gilt für Zuhörer. Sie dürfen zwar nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit einem Kopftuch erscheinen, aber nur, wenn man ihre Identität zweifelsfrei feststellen kann. Auch auf dem Standesamt ist das so. Wer heiratet, gibt eine Willenserklärung ab, dafür muss er sich ausweisen. Und das geht nur mit einem unverschleierten Gesicht. Im Standesamt der Frankfurter Innenstadt hatten sie diesen Fall ohnehin nur einmal, vor Jahren. Was passierte? Die Frau musste ihren Schleier vor dem Standesbeamten lüften.

Burka-Träger dürfen nicht Auto fahren

Ebenfalls eindeutig sind die Gesetze an den Schulen. Lehrer müssen politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität wahren. Sie dürfen keine Kleidung oder Symbole tragen, die das Vertrauen in diese Neutralität beeinträchtigen können. So steht es in den Schulgesetzen der Bundesländer. Also keine Burka. Auch Schülerinnen dürfen nicht vollverschleiert in den Unterricht kommen, denn um sie zu unterrichten, müssen Lehrer sie erkennen können, in ihren Gesichtern lesen können.

Es geht dabei nicht nur darum, Betrug durch falsche Identitäten zu vermeiden, also zum Beispiel zu verhindern, dass eine Schülerin ihre Schwester in der Burka zu den Abiturklausuren schickt. Es geht vor allem um den mündlichen Unterricht. Denn wie sollen Lehrer Kindern eine mündliche Note geben, wenn sie ihre Auffassungsgabe gar nicht beurteilen können? Selbst wenn sich Schülerinnen vor Gericht auf die Religionsfreiheit berufen würden, mit der Verteidigung eines Kleidungsstücks, das jeden Unterricht unmöglich macht, hätten sie dort kaum eine Chance.

Etwas komplizierter ist die Lage nur im Straßenverkehr. Zwar darf die Sicht eines Verkehrsteilnehmers nicht beeinträchtigt sein. Burka-Träger haben ein Gitter vor Augen, dürfen also nicht Auto fahren. Sich zu maskieren ist aber grundsätzlich nicht verboten. Jeder darf mit einer Karnevalsmaske am Steuer sitzen, also dürften das theoretisch auch Frauen mit Niqab, einem Vollschleier, der die Augenpartie freilässt. Hier gibt es also noch eine gesetzliche Lücke, genauso wie an den Universitäten. Nur sind Burka-Verbote an diesen Orten besonders irrelevant.

Obwohl an der Universität Frankfurt Kopftücher alltäglich sind, gab es dort bisher noch keine einzige Studentin mit Burka. Und wer hat in Deutschland überhaupt mal eine Burka-Trägerin am Steuer gesehen? Es ist auch unwahrscheinlich, dass sich das ändert. Ein Ehemann, der seiner Frau das Tragen einer Burka vorschreibt, wird sie wohl kaum ans Steuer lassen, geschweige denn, in einen Hörsaal.

So erweist sich die Debatte über de Maizières Vorhaben als Scheindebatte, ganz egal, wie man zu einem Burka-Verbot steht. Nur die Aufmerksamkeit ist echt.

Quelle: F.A.S.

146,116

Ruhestand in Deutschland

Rente mit 73

Die Deutschen leben immer länger. Und immer gesünder. Was spricht dagegen, auch immer länger zu arbeiten?

22.08.2016, von **DYRK SCHERFF**

Eine Verkäuferin, eine Krankenschwester, eine Altenpflegerin halten [das für eine beklopfte Idee](#). Ich auch.“ Es war das Zitat der Woche, das [Sigmar Gabriel](#) da am Dienstag in die Welt jagte. Und damit die Debatte um die Rente mit 69 Jahren mit den alten Klischees tottrat. Keinen dieser Berufe könne man im hohen Alter noch ausüben, wollte er damit sagen.



Autor: Dyrk Scherff, Redakteur im Ressort „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Folgen:

Ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister von der SPD machte sich nicht die Mühe, [den neuesten Vorschlag der Bundesbank](#) genauer zu prüfen. Und zu hinterfragen, ob das Klischee überhaupt stimmt. Dabei hatten zuvor schon Bundesfinanzminister [Wolfgang Schäuble](#) (CDU) und zahlreiche Ökonomen für einen späteren Rentenbeginn, zum Teil erst nach 70 Jahren plädiert, damit das Rentensystem nicht aus den Fugen gerät. Die Forscher vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) haben errechnet, dass die Deutschen 2041 sogar bis 73 arbeiten müssten, wenn sich die Beitragssätze und das Rentenniveau im Vergleich zu heute nicht verschlechtern sollen.

[Was wird aus der Rente? Zu unserer FAZ.NET-Themenseite geht es hier entlang.](#)

Sie haben recht. Länger arbeiten ist der Königsweg, um die Renten zu stabilisieren. Und anders als viele denken: Es wird keine Qual sein. Selbst für Verkäuferinnen und Altenpfleger nicht. Die Sorgen sind übertrieben.

Doch zunächst einmal: Wo liegt überhaupt das Problem? Bis 2030 steigt die offizielle Regelaltersgrenze in Stufen bis auf 67 Jahre. Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung erhöht sich bis dahin von 18,7 auf etwa 22 Prozent, und das Rentenniveau fällt von heute 48 Prozent auf knapp über 44 Prozent des Netto-Durchschnittsverdienstes. Diese Entwicklung ist zwar ungemütlich, aber nicht dramatisch. Richtig schwierig wird es erst nach 2030, wenn die Babyboomer verstärkt in Rente gehen. Doch kein offizieller Rentenversicherungsbericht der Regierung befasst sich mit dieser Zeit.

Die [Bundesbank](#) hat nun einen Blick bis 2060 gewagt. Demnach sinkt das Rentenniveau weiter auf 42 Prozent. Bei einem Durchschnittsverdienst von netto 2000 Euro wären das nur noch 840 Euro statt heute 960 Euro. Der Beitrag würde weiter über 22 Prozent steigen.

Die Ursache dieser Entwicklung ist der Anstieg der Lebenserwartung durch bessere medizinische Behandlungsverfahren und eine gesündere Lebensweise. Bisher steigt sie alle zehn Jahre um etwa 2,5 Jahre. „Jedes zweite heute geborene Kind wird 100 Jahre alt“, sagt Jim Vaupel, Direktor am angesehenen Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Das heißt, die Rentner sind immer länger im [Ruhestand](#). Gleichzeitig ist die Geburtenrate zu gering. Weniger Erwerbstätige müssen daher mehr Rentner finanzieren.

Höhere Beiträge von bis zu 27 Prozent

Nun sind Prognosen über mehr als 40 Jahre hinweg natürlich unsicher. Wird sich die Geburtenrate vielleicht erhöhen? Wie entwickeln sich die Wirtschaft und die Einwanderung – und damit die Zahl der beitragszahlenden Erwerbstätigen? Eine günstigere Entwicklung könnte die Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung abmildern. Aber sie wird sie nicht aus der Welt schaffen. Entscheidend ist der Anstieg der Lebenserwartung. Ein Ende ist hier nicht absehbar, bisher wurde er sogar unterschätzt.

Das zu bewältigen wird nicht ohne Schmerzen gehen. Sinkt das Rentenniveau weiter, schimpfen die politisch mächtigen Rentner. Schon jetzt übertrumpfen sich die Parteien mit Vorschlägen, das Rentenniveau bei 45 oder sogar 50 Prozent einfach festzuschreiben. Das würde 16 beziehungsweise 41 Milliarden Euro kosten, hat der renommierteste deutsche Ökonom für Altersfragen, Axel Börsch-Supan, errechnet.

Solche Pläne bringen die Erwerbstätigen in Rage. Denn sie müssten dafür bezahlen. Höhere Beiträge von bis zu 27 Prozent wären die Folge. Zusammen mit einem vermutlich auch steigenden Krankenkassenbeitrag müssten dann schon Bürger aus der Mittelschicht zwei Drittel ihres Einkommens für Steuern und Sozialkassen abgeben. Das wird keiner mitmachen wollen. Auch einen höheren Steuerzuschuss müssten vor allem die Berufstätigen finanzieren.

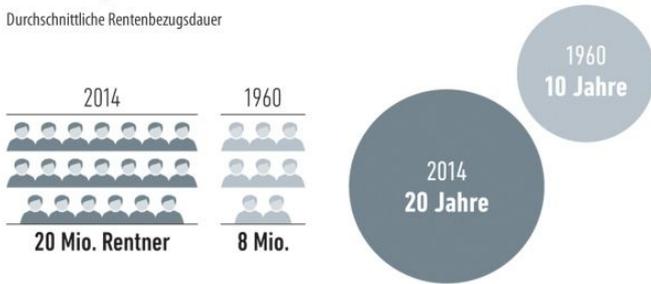
Optimistisches Bild vom Ruhestand

Längeres Arbeiten würde die Zahl der Rentner reduzieren. Hier schickt nun Gabriel die Verkäuferinnen und Krankenschwestern ins Rennen, um den Vorschlag abzubügeln. Aber wäre das wirklich so schlimm? Und so unzumutbar für viele Berufe?

Zunächst einmal ist es nicht verwerflich, längeres Arbeiten vorzuschlagen. Denn noch nie hat eine Rentnergeneration so ausgiebig ihren Ruhestand genießen dürfen wie die heutige: 20 Jahre lang, doppelt so lang wie 1960. Hinzu kommt, dass von diesen 20 Jahren ein größerer Teil als früher in guter Gesundheit verbracht wird. Die Rentner bekommen also viel gesunde Zeit geschenkt. Davon einige wenige Jahre durch einen späteren Ruhestand wieder abzugeben wäre nicht so unzumutbar, wie manche Kritiker behaupten.

Immer länger in Rente

Durchschnittliche Rentenbezugsdauer



Quellen: IW, MEA / F.A.Z.-GrafikPiron



© F.A.Z.

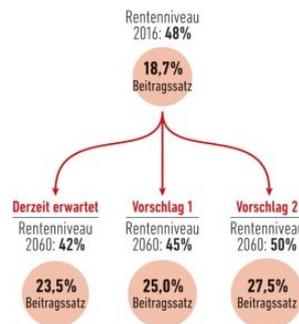
Es könnte die Älteren sogar glücklicher machen, etwas länger zu arbeiten. Denn sie haben ein zu optimistisches Bild vom Ruhestand, können es vorher kaum erwarten, in Rente zu gehen. Nachher sind sie oft ernüchtert. „Die Forschung hat gezeigt, dass sie zwei bis drei Jahre nach Beginn des Ruhestandes unglücklicher sind als in den letzten Berufsjahren“, sagt Axel Börsch-Supan. „Befragungen nach Rentenbeginn zeigen, dass sie am liebsten zwei Jahre länger gearbeitet hätten, als sie vorher geplant haben.“ Auch ihre Hauptziele für den Ruhestand verwirklichten die meisten nicht. Weder sahen sie die Enkel häufiger, noch nahmen sie ein Ehrenamt an. Nur die Freizeitaktivitäten nahmen zu. „Viele Neurentner sind aber unglücklicher, weil die Sozialkontakte aus der Arbeit weggebrochen sind und nicht gleichwertig ersetzt werden können.“

Die Kinderbetreuung als Leihoma

Und was ist nun mit Gabriels Altenpflegerin? „15 bis 20 Prozent der Erwerbstätigen haben Berufe, die körperlich im Alter schwer auszuüben sind“, sagt der Altersforscher Andreas Kruse von der Universität Heidelberg. Das heißt, für 80 Prozent der Beschäftigten gibt es zunächst einmal keinen Grund, nicht länger zu arbeiten. „Gabriel macht die Ausnahme zur Regel“, sagt Börsch-Supan. Es stimme zudem nicht, dass Ältere zu unproduktiv für die Unternehmen seien. „Sie sind körperlich vielleicht weniger fit und nicht so schnell, aber profitieren von mehr Erfahrungen. Sie machen weniger Fehler als die Jungen.“

Auch Menschen mit körperlich anstrengenden Berufen müssen im höheren Alter nicht arbeitslos werden. „Es wird sehr unterschätzt, was man alles für seine Gesundheit tun kann durch einen gesunden Lebensstil, Sportprogramme und Vorsorgeuntersuchungen“, sagt Gerontologe Andreas Kruse. Technische Hilfsmittel, etwa der Hebekran in den Pflegeheimen, könnten die Belastungen für die älteren Mitarbeiter reduzieren. „Und gerade für die Unterschicht müssten Staat und Unternehmen mehr in gesundheitliche Aufklärung investieren.“ Der demographische Wandel sei „kein Problem, sondern ein Gestaltungsauftrag“.

Das hat Folgen für die Beiträge und das Rentenniveau



Quellen: IW, MEA / F.A.Z.-GrafikPiron



© F.A.Z.

Selbst für die, die es körperlich nicht mehr schaffen, gibt es Verwendung. Der Handwerker kann im Büro arbeiten oder die Lehrlinge schulen, Pflegekräfte können die Leitung übernehmen oder in der Verwaltung helfen. Oder ganz die Tätigkeit wechseln, etwa in die Kinderbetreuung als Leihoma. „Die Älteren haben besondere Kompetenzen in der Organisation, der Schulung und der Motivation von Jüngeren“, sagt Kruse.

„Es fehlt der ökonomische Druck“

Trotz dieser guten Aussichten ist längeres Arbeiten in Deutschland verpönt. Im Ausland ist man weiter. Schweden, Polen, Lettland und Italien haben ein System, in dem die Beschäftigten ihr Rentenalter frei wählen können und dann mehr oder weniger Rente bekommen, abhängig von ihren Einzahlungen. Die Niederlande heben das Rentenalter gleitend auf mehr als 70 Jahre an. Dänemark und Norwegen planen die Einführung von Regelaltersgrenzen, die mit der Lebenserwartung steigen, Frankreich hat so etwas schon. Börsch-Supan schlägt das auch für Deutschland vor. Steigt die Lebenserwartung um drei Jahre, würde die Rente zwei Jahre später beginnen. Ein Jahr bekäme der Rentner „geschenkt“. Nach diesem System würde die Rente 2060 mit 69,5 Jahren beginnen.

Die Einführungschancen stehen aber schlecht. „Es fehlt der ökonomische Druck“, vermutet der Rentenexperte des IW, Jürgen Pimpertz. Die Rente mit 63 hat sogar die Anreize für eine Frühverrentung gestärkt. Dass dadurch die Rente geringer wird, können sich die Ruheständler leisten. Und die Unternehmen spüren den Mangel an Fachkräften, den Ältere ausgleichen könnten, erst allmählich. Der Staat wiederum sonnt sich in der guten Konjunktur, die die Einnahmen der Rentenkasse sprudeln lässt. Die tickende Zeitbombe wird ignoriert.

Quelle: F.A.S.

146,118

2017: le très coûteux projet économique d'Arnaud Montebourg

Publiée le 22/08/2016 à 13:21



VIDÉO - Baisses d'impôts, investissements massifs dans la rénovation énergétique, formation obligatoire de tous les chômeurs pendant un an... Autant de mesures onéreuses et incompatibles avec les critères de Maastricht, dont le candidat souhaite s'affranchir.

Candidat à l'élection présidentielle, Arnaud Montebourg a dévoilé ce week-end une première ébauche de son programme. Pour relancer l'activité et l'emploi, l'ancien locataire de Bercy mise avant tout sur «les PME made in France» dont il s'est fait l'ardent défenseur ces dernières années. «Les PME? Elles sont plus de 3 millions et demi de moins de 10 salariés. Il suffirait d'une seule embauche dans chacune d'entre elles pour régler l'essentiel du problème du chômage», avance-t-il. Afin de doper ces petites pousses, l'ancien ministre a présenté plusieurs propositions, complétées par des mesures de soutien au pouvoir d'achat des ménages. Un programme coûteux qui s'affranchit des contraintes budgétaires et des règles européennes. Décryptage de ses mesures les plus fortes.

- Réserver 80% des marchés publics de l'Etat, des collectivités locales et des hôpitaux aux PME françaises pendant huit ans. «Nos marchés publics passés par l'Etat, les collectivités locales, les hôpitaux, -l'argent de nos impôts-, sont une manne exceptionnelle mais nous ne les utilisons pas», déplore Arnaud Montebourg.

L'idée de réserver une partie des marchés publics aux PME n'est pas nouvelle, mais l'ampleur de la part que le socialiste souhaite réserver aux PME est inédite. Une telle mesure existe en effet déjà pour certains marchés, comme les concessions (à hauteur de 10%) ou les marchés de partenariats. La loi de modernisation de l'économie a également prévu, dès 2008, la possibilité de réserver une partie de certains marchés de haute technologie aux PME innovantes, à titre expérimental et jusqu'en 2013. Sans aucune obligation toutefois.

La préférence accordée aux entreprises françaises est en revanche plus problématique puisqu'elle contrevient manifestement aux règles européennes. «Nous assumerons les sanctions, car je préfère payer des amendes plutôt que laisser mourir l'économie française», a balayé Arnaud Montebourg.

- Créer une «banque d'encouragement au risque» qui cautionnera 90% des crédits aux petites entreprises. À ce jour, la Banque publique d'investissement, créée en 2012, finance déjà les entreprises de toutes tailles, des TPE aux grands groupes. D'après son bilan, elle a accompagné 86.000 entreprises depuis sa création, mobilisé 21,7 milliards d'euros et affirme vouloir mobiliser 200 milliards d'euros d'ici à 2019, en collaboration avec d'autres partenaires.

Insuffisant pour Arnaud Montebourg. «Aujourd'hui, la Banque Publique d'Investissement ne [finance les PME] que de façon homéopathique et au compte-gouttes. Nous recréerons donc un Crédit National, qui a été privatisé il y a vingt ans».

La structure se superposerait aussi à la Banque européenne d'investissement (BEI), dont les 28 membres de l'UE sont actionnaires, et qui ambitionne de relancer l'investissement en Europe. En France, elle a accordé pour 8,7 milliards de financements nouveaux en 2015.

- Consacrer 10% à 20% de l'assurance-vie des Français aux PME: «Ce sera au minimum 150 milliards en cinq ans qui vont enfin s'investir dans l'économie française». Cette mesure ressemble fort à une promesse... d'Emmanuel Macron, le successeur d'Arnaud Montebourg à Bercy! Le ministre avait promis en février l'apparition de fonds dédiés aux PME dans les contrats d'assurance-vie. Le calendrier a été respecté puisque le premier de ces fonds «Macron» a été présenté en juillet par Axa et que d'autres devraient suivre à la rentrée. L'apparition de ces contrats a été rendue possible par une mesure glissée dans la loi Macron, qui permet aux assureurs de rembourser leurs clients en titres et non en liquide, s'ils souhaitent récupérer leur mise, ce qui était impossible avec des entreprises non cotées.

- Consacrer 100 milliards d'euros sur cinq ans à la rénovation thermique, financés par des emprunts à très long terme, d'une durée de 50 ans, «ce qu'obtiennent les bailleurs sociaux aujourd'hui». «Cet investissement considérable dans les économies d'énergie est de nature à faire repartir fortement les PME du bâtiment et du secteur des travaux publics», vante Arnaud Montebourg. Le plan de rénovation énergétique lancé par François Hollande en 2013 est en effet nettement plus modeste, avec [1,2 milliard d'euros investis](#) pour rénover les logements, soit presque 100 fois moins que ce que propose le candidat socialiste. De quoi, cependant, faire exploser le montant de la dette.
 - Favoriser l'accès à la propriété de 4,5 millions de Français en baissant de 50% à 70% le prix des logements sociaux par rapport aux prix du marché. «Cela représenterait pour des millions de ménages modestes une chute significative de la charge du prix du logement et une hausse de leurs revenus», fait valoir Arnaud Montebourg.
 - Revenir sur les hausses d'impôts de ces cinq dernières années. «Ce sera justice de restituer ces prélèvements indus et ce sera excellent pour l'économie. Car ce sont les baisses d'impôts qui feront rentrer l'argent dans les caisses de l'Etat, qui diminueront les déficits et non l'inverse», avance Arnaud Montebourg. Entre 2012 et 2014, le gouvernement a en effet accru la fiscalité des ménages et des entreprises à hauteur de 20 milliards d'euros. «Un choc fiscal pour les gens, ce qui explique beaucoup de la rupture entre cet exécutif et les Français», a reconnu Manuel Valls l'année dernière. Pour redresser la barre à l'approche des élections, François Hollande a annoncé vouloir baisser les impôts des ménages de 2 milliards d'euros... à condition que la croissance soit au rendez-vous. Compte tenu du ralentissement de la croissance au deuxième trimestre, le pari est hasardeux.
 - Suspendre de façon unilatérale la directive sur les travailleurs détachés. «Un rapport parlementaire fait état d'un demi million de travailleurs détachés sur nos chantiers et sur nos routes», fait valoir Arnaud Montebourg. Le chantre du made in France n'est pas le premier à souhaiter s'affranchir de cette directive très contestée. Cet été, Manuel Valls s'est également dit [prêt à ne plus l'appliquer](#) si l'UE ne la réforme pas dans le sens souhaité par la France. Une négociation est actuellement en cours à Bruxelles.
 - Nationaliser une des cinq grandes banques françaises. «Je n'hésiterai pas à nationaliser temporairement ou partiellement une des cinq grandes banques françaises. Nous pourrions la faire acquérir par la Caisse des Dépôts et Consignations et cela nous permettrait de disposer d'un bras séculier en mesure d'agir sur l'économie nationale».
 - Former chaque chômeur à un nouveau métier pendant un an sur les 24 mois d'indemnités. «Je propose enfin que les établissements de Pôle emploi dans chaque région et les budgets de formation professionnelle des Conseils régionaux et des Chambres de commerce fusionnent en un seul service public local et autonome», a expliqué le candidat.
- François Hollande a lui aussi mis l'accent sur la formation comme remède contre le chômage: il s'est engagé à former 500.000 demandeurs d'emploi cette année, et met pour cela un milliard d'euros sur la table. [La qualité des formations délivrées](#) est cependant sujette à caution, comme le souligne le *Canard enchaîné* dans un article récent. Former tous les chômeurs durant un an ferait donc forcément exploser la facture... Sans compter que tous les demandeurs d'emploi n'ont pas besoin de changer de métier et que plus de la moitié restent heureusement moins d'un an inscrits à Pôle emploi.

146,120

Europe's single currency

On course to fail

Aug 20th 2016 | [From the print edition](#)



The Euro: How a Common Currency Threatens the Future of Europe. By Joseph Stiglitz. *Norton*; 416 pages; \$28.95. *Allen Lane*; £20.

THOSE in search of an antidote to the anxieties that arise from Britain's vote to leave the European Union should avoid the latest book from Joseph Stiglitz. Its subject is the euro, which has hitherto been the main font of fears for Europe and (his analysis suggests) will soon be once again. It is a meaty subject, suited to a big-name economist. Mr Stiglitz has won a Nobel prize, served as a feather-ruffling chief economist for the World Bank and written several books with a fair claim to prescience, notably, "Globalisation and Its Discontents", published in 2002.

The main argument of his new book is that, on its current course, the euro is certain to fail—and indeed, that it was fatally flawed from birth. It entails a fixed exchange rate and a single interest rate for its members, which means countries must forgo the option to devalue in times of economic weakness. To make up for that loss, the euro's architects should have created institutions, such as jointly issued bonds, mutual backing of bank deposits and a common fund for unemployment insurance, so the costs of righting each economy are shared. Instead the burden falls on individual countries through austerity policies, such as tax rises and wage cuts. The results have been ugliest in Greece, where national income has shrunk by a quarter since 2007 and where the unemployment rate is 24%. There is still time to put in place better policies, thinks Mr Stiglitz. But an amicable divorce would be preferable to the current situation, which puts the considerable achievement of European integration at risk.

A good chunk of the book is taken up with a critique of policymakers' efforts to address the euro crisis. Mr Stiglitz rightly takes issue with the blame-the-victim analysis of the euro's failings that is commonly heard in Germany. The persistent trade surpluses of Germany and the vast deficits of boomtime Spain, Portugal and Greece are two sides of the same coin. Indeed, in a world short of aggregate demand, German thrift is the bigger failing, argues Mr Stiglitz. He favours the remedy, first proposed by John Maynard Keynes, of forcing creditor countries to adjust by taxing their trade surpluses. But in redressing the balance, Mr Stiglitz gives too little weight to the mistakes of crisis countries. The book has other shortcomings. The strident tone and frequent self-references will put off many readers. If sentences that contained the word "I" or "my" were expunged, the book would be rather slimmer. In places it reads as if the miseries of the euro zone stem from sinister corporate forces and not misplaced idealism. Similar arguments crop up in several chapters, a further irritation and a symptom of careless structure.

Mr Stiglitz is not the first economist to make dark predictions about the euro, though it is clear that he favours its success. A fuller reckoning of the blame for the mess the euro zone is in would not undermine Mr Stiglitz's

main arguments; it would strengthen them. It is only right at the end of the book that he presents the euro story as mostly tragedy: “It was created with the best of intentions by visionary leaders whose visions were clouded by an imperfect understanding of what a monetary union entailed.” It is a shame that such a dispassionate tone does not permeate the earlier chapters. Mr Stiglitz is at his best when coolly analytical and at his most trying when settling scores. Yet on the essentials, he is surely right. Without a radical overhaul of its workings, the euro seems all but certain to fail.

From the print edition: Books and arts

146,122

Renewable energy

It's not easy being green

Even with new reforms, doubts remain about Germany's energy transition

Aug 13th 2016 | BERLIN | [From the print edition](#)



BRANDENBURG used to be called the sandbox of the Holy Roman Empire for its poor soil and marginal geography. Today a more appropriate moniker might be “the wind farm of the European Union” for all the spinning turbines that tower over the flat landscape. In Bavaria’s Holledau region endless rows of hop vines still undulate through the hills as they have for centuries; but today they share the south-facing slopes with solar panels. Germany’s *Energiewende* (“energy transition” or “revolution”) has transformed its countryside.

The main tool in this transition is a policy of subsidising renewable power. Germany guarantees investors in green energy that their electricity is fed into the grid before that from conventional sources, and at high prices fixed for 20 years. Thanks to this support, the share of renewable energy in German electricity generation has gone from 3.6% in 1990 to 30% last year. But although green energy is subsidised in most of the EU and America, Germany’s efforts are unusually generous. Consumers pay the price of the subsidies—more than €20 billion (\$22 billion) each year—through their electricity bills. Germans pay more for power than all other Europeans except Danes (German industry is exempt from some of the burden).

As a result, Germany’s renewables law has long been in need of reform. In July, after much wrangling, the German parliament finally changed it. The government will still determine the volume of renewable-energy capacity it wants added each year, to try and slow climate change. Its target is for 40-45% of electricity to be generated from renewables by 2025, 55-60% by 2035 and at least 80% by 2050. But from next year the fixed sum paid in feed-in tariffs to everyone supplying renewable power will be replaced with auctions in which investors place sealed bids to build new wind or solar farms. Those who offer to do it for the lowest price will win, and only they will be paid for the power they supply. (Small installations, of solar panels on roofs and the like, will stay in the old system.)

This reform is an important step toward a market economy, says Patrick Graichen of Agora Energiewende, a think-tank. But problems remain. Local politicians, especially in Bavaria, take a NIMBYish attitude to the power lines that need to be built to bring electricity from the windy north to the industrial south. Those lines must now go underground, making them more expensive. Moreover, the new reform does not address the more fundamental flaws in the *Energiewende*. The first is that even as the share of renewable energy in electricity generation rises, overall production is so far not getting cleaner, as measured by emissions. One reason is the snap decision after the disaster at Fukushima in 2011 by Angela Merkel, the chancellor, to phase out nuclear power (which emits no greenhouse gases) by 2022.

While renewables can easily compensate for this missing nuclear capacity on windy and sunny days, other energy sources are needed for the rest. Environmentally, gas-fired power plants would be the next best option, but they are more expensive to run than coal-fired plants. And so Germany continues to rely on dirty lignite and only slightly less dirty hard coal. This gives the *Energiewende* a “credibility problem”, says Claudia Kemfert at the German Institute for Economic Research.

Alongside this, the *Energiewende* has so far focused almost entirely on electricity generation. But electricity accounts for only about 21% of energy consumed in Germany, with the rest used to drive cars and trucks and to heat homes. Renewable sources play a negligible role in these sectors. Electric vehicles remain more of a marketing dream than reality. Too few Germans drive them to make the air cleaner, though this may change in the wake of the Volkswagen diesel emissions scandal last year.

The policy of the *Energiewende*, says Clemens Fuest of the Ifo Institute, a think-tank in Munich, had three goals: to keep energy supply reliable; to make it affordable; and to clean it up to save the environment, with a target of cutting emissions by 95% between 1990 and 2050. “All three goals will be missed,” he thinks, making Germany’s energy transition “an international example for bad policy”. That may be a bit harsh. Germany’s policy has helped bring down the cost of solar panels and wind technology. But in order to get the revolution Germany really wants, far more drastic reforms will be needed.

From the print edition: Europe

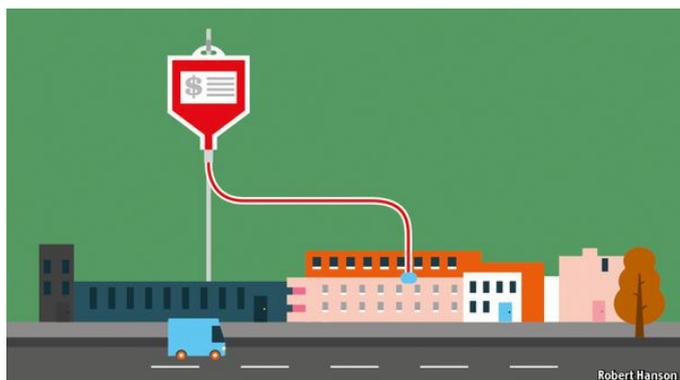
146,124

Fiscal multipliers

Where does the buck stop?

Fiscal stimulus, an idea championed by John Maynard Keynes, has gone in and out of fashion

Aug 13th 2016 | [From the print edition](#)



AT THE height of the euro crisis, with government-bond yields soaring in several southern European countries and defaults looming, the European Central Bank and the healthier members of the currency club fended off disaster by offering bail-outs. But these came with conditions, most notably strict fiscal discipline, intended to put government finances back on a sustainable footing. Some economists argued that painful budget cuts were an unfortunate necessity. Others said that the cuts might well prove counterproductive, by lowering growth and therefore government revenues, leaving the affected countries even poorer and more indebted.

In 2013 economists at the IMF rendered their verdict on these austerity programmes: they had done far more economic damage than had been initially predicted, including by the fund itself. What had the IMF got wrong when it made its earlier, more sanguine forecasts? It had dramatically underestimated the fiscal multiplier.

The multiplier is a simple, powerful and hotly debated idea. It is a critical element of Keynesian macroeconomics. Over the past 80 years the significance it has been accorded has fluctuated wildly. It was once seen as a matter of fundamental importance, then as a discredited notion. It is now back in vogue again.

The idea of the multiplier emerged from the intense argument over how to respond to the Depression. In the 1920s Britain had sunk into an economic slump. The first world war had left prices higher and the pound weaker. The government was nonetheless determined to restore the pound to its pre-war value. In doing so, it kept monetary policy too tight, initiating a spell of prolonged deflation and economic weakness. The economists of the day debated what might be done to improve conditions for suffering workers. Among the suggestions was a programme of public investment which, some thought, would put unemployed Britons to work.

The British government would countenance no such thing. It espoused the conventional wisdom of the day—what is often called the “Treasury view”. It believed that public spending, financed through borrowing, would not boost overall economic activity, because the supply of savings in the economy available for borrowing is fixed. If the government commandeered capital to build new roads, for instance, it would simply be depriving private firms of the same amount of money. Higher spending and employment in one part of the economy would come at the expense of lower spending and employment in another.

As the world slipped into depression, however, and Britain’s economic crisis deepened, the voices questioning this view grew louder. In 1931 Baron Kahn, a British economist, published a paper espousing an alternative theory: that public spending would yield both the primary boost from the direct spending, but also “beneficial repercussions”. If road-building, for instance, took workers off the dole and led them to increase their own spending, he argued, then there might be a sustained rise in total employment as a result.

Kahn’s paper was in line with the thinking of John Maynard Keynes, the leading British economist of the day, who was working on what would become his masterpiece, “The General Theory of Employment, Interest and Money”. In it, Keynes gave a much more complete account of how the multiplier might work, and how it might enable a government to drag a slumping economy back to health.

Keynes was a singular character, and one of the great thinkers of the 20th century. He looked every inch a patrician figure, with his tweed suits and walrus moustache. Yet he was also a free spirit by the standards of the day, associating with the artists and writers of the Bloomsbury Group, whose members included Virginia Woolf and E.M. Forster. Keynes advised the government during the first world war and participated in the Versailles peace conference, which ended up extracting punitive reparations from Germany. The experience was dispiriting for Keynes, who wrote a number of scathing essays in the 1920s, pointing out the risks of the agreement and of the post-war economic system more generally.

Frustrated by his inability to change the minds of those in power, and by a deepening global recession, Keynes set out to write a *magnum opus* criticising the economic consensus and laying out an alternative. He positioned the “General Theory” as a revolutionary text—and so it proved.

The book is filled with economic insights. Yet its most important contribution is the reasoning behind the proposition that when an economy is operating below full employment, demand rather than supply determines the level of investment and national income. Keynes supposed there was a “multiplier effect” from changes in investment spending. A bit of additional money spent by the government, for instance, would add directly to a nation’s output (and income). In the first instance, this money would go to contractors, suppliers, civil servants or welfare recipients. They would in turn spend some of the extra income. The beneficiaries of that spending would also splash out a bit, adding still more to economic activity, and so on. Should the government cut back, the ill effects would multiply in the same way.

Keynes thought this insight was especially important because of what he called “liquidity preference”. He reckoned that people like to have some liquid assets on hand if possible, in case of emergency. In times of financial worry, demand for cash or similarly liquid assets rises; investors begin to worry more about the return *of* capital rather than the return *on* capital. Keynes posited that this might lead to a “general glut”: a world in which everyone tries to hold more money, depressing spending, which in turn depresses production and income, leaving people still worse off.

In this world, lowering interest rates to stimulate growth does not help very much. Nor are rates very sensitive to increases in government borrowing, given the glut of saving. Government spending to boost the economy could therefore generate a big rise in employment for only a negligible increase in interest rates. Classical economists thought public-works spending would “crowd out” private investment; Keynes saw that during periods of weak demand it might “crowd in” private spending, through the multiplier effect.

Keynes’s reasoning was affirmed by the economic impact of increased government expenditure during the second world war. Massive military spending in Britain and America contributed to soaring economic growth. This, combined with the determination to prevent a recurrence of the Depression, prompted policymakers to adopt Keynesian economics, and the multiplier, as the centrepiece of the post-war economic order.

Other economists picked up where Keynes left off. Alvin Hansen and Paul Samuelson constructed equations to predict how a rise or fall in spending in one part of the economy would propagate across the whole of it. Governments took it for granted that managing economic demand was their responsibility. By the 1960s Keynes’s intellectual victory seemed complete. In a story in *Time* magazine, published in 1965, Milton Friedman declared (in a quote often attributed to Richard Nixon), “We are all Keynesians now.” But the Keynesian consensus fractured in the 1970s. Its dominance was eroded by the ideas of Friedman himself, who linked variations in the business cycle to growth (or decline) in the money supply. Fancy Keynesian multipliers were not needed to keep an economy on track, he reckoned. Instead, governments simply needed to pursue a policy of stable money growth.

An even greater challenge came from the emergence of the “rational expectations” school of economics, led by Robert Lucas. Rational-expectations economists supposed that fiscal policy would be undermined by forward-looking taxpayers. They should understand that government borrowing would eventually need to be repaid, and that stimulus today would necessitate higher taxes tomorrow. They should therefore save income earned as a result of stimulus in order to have it on hand for when the bill came due. The multiplier on government spending might in fact be close to zero, as each extra dollar is almost entirely offset by increased private saving.

Rubbing salt in

The economists behind many of these criticisms clustered in colleges in the Midwest of America, most notably the University of Chicago. Because of their proximity to America’s Great Lakes, their approach to macroeconomics came to be known as the “freshwater” school. They argued that macroeconomic models had to begin with equations that described how rational individuals made decisions. The economic experience of the 1970s seemed to bear out their criticisms of Keynes: governments sought to boost slow-growing economies with fiscal and monetary stimulus, only to find that inflation and interest rates rose even as unemployment remained high.

Freshwater economists declared victory. In an article published in 1979 and entitled “After Keynesian Economics”, Robert Lucas and Tom Sargent, both eventual Nobel-prize winners, wrote that the flaws in Keynesian economic models were “fatal”. Keynesian macroeconomic models were “of no value in guiding policy”.

These attacks, in turn, prompted the emergence of “New Keynesian” economists, who borrowed elements of the freshwater approach while retaining the belief that recessions were market failures that could be fixed through government intervention. Because most of them were based at universities on America’s coasts, they were dubbed “saltwater” economists. The most prominent included Stanley Fischer, now the vice-chairman of the Federal Reserve; Larry Summers, a former treasury secretary; and Greg Mankiw, head of George W. Bush’s Council of Economic Advisers. In their models fiscal policy was all but neutered. Instead, they argued that central banks could and should do the heavy lifting of economic management: exercising a deft control that ought to cancel out the effects of government spending—and squash the multiplier.

Yet in Japan since the 1990s, and in most of the rich world since the recession that followed the global financial crisis, cutting interest rates to zero has proved inadequate to revive flagging economies. Many governments turned instead to fiscal stimulus to get their economies going. In America the administration of Barack Obama succeeded in securing a stimulus package worth over \$800 billion.

As a new debate over multipliers flared, freshwater types stood their ground. John Cochrane of the University of Chicago said of Keynesian ideas in 2009: “It’s not part of what anybody has taught graduate students since the 1960s. They are fairy tales that have been proved false. It is very comforting in times of stress to go back to the fairy tales we heard as children, but it doesn’t make them less false.”

The practical experience of the recession gave economists plenty to study, however. Scores of papers have been published since 2008 attempting to estimate fiscal multipliers. Most suggest that, with interest rates close to zero, fiscal stimulus carries a multiplier of at least one. The IMF, for instance, concluded that the (harmful) multiplier for fiscal contractions was often 1.5 or more.

Even as many policymakers remain committed to fiscal consolidation, plenty of economists now argue that insufficient fiscal stimulus has been among the biggest failures of the post-crisis era. Mr Summers and Antonio Fatas suggest, for example, that austerity has substantially reduced growth, leading to levels of public debt that are higher than they would have been had enthusiastic stimulus been used to revive growth. Decades after its conception, Keynes’s multiplier remains as relevant, and as controversial, as ever.

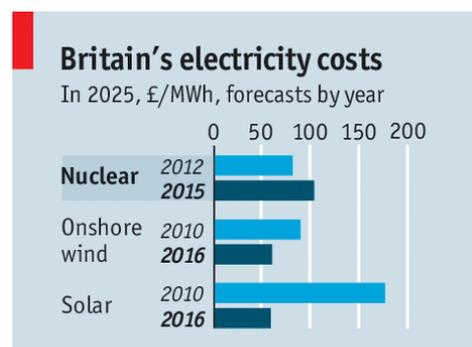
146,126

Energy policy

Hinkley Pointless

Britain should cancel its nuclear white elephant and spend the billions on making renewables work

Aug 6th 2016 | [From the print edition](#)



Economist.com

THE "golden decade" of co-operation between Britain and China, launched last year as Xi Jinping banqueted at Buckingham Palace, seems to have lasted all of nine months. The centrepiece of the new partnership was a deal in which China would invest £6 billion (\$8 billion) in a new French-built nuclear power station at Hinkley Point in south-west England, before building one of its own in the south-east (see page 21). Yet on July 28th, as the Hinkley project was due to receive final approval, Britain's new government announced ominously that it was under review.

Putting the brakes on Hinkley has tarnished the golden era with China, whose state-owned news agency complained about Britain's "suspicious approach" (see [article](#)). It risks annoying France, which can complicate Britain's exit from the EU. And Britain badly needs new sources of energy.

Even so, scrapping the deal would be the right decision. Regardless of security worries about China, which are probably overblown, the Hinkley plan looks extraordinarily bad value for money. What's more, as renewable sources of energy become more attractive, the days of big, "baseload" projects like Hinkley are numbered. Britain should pull out of the deal, and other countries should learn from its misadventure.

The fallout

EDF, the firm building Hinkley, has yet to finish two similar reactors in France and Finland that, based on a design plagued by problems, are overdue and over-budget. The British government has nonetheless promised to pay about £92.50 per megawatt hour for Hinkley's output, compared with wholesale prices of around £40 today. By 2025, when Hinkley is due to open, that may look even pricier; by the time the guarantee runs out, 35 years on, it could look otherworldly. Other technologies are galloping ahead, upsetting all kinds of pricing assumptions. In the past six years Britain's government has reduced the projected cost of producing electricity from onshore wind in 2025 by one-third, and of solar power by nearly two-thirds (see chart). Because nobody knows how the next few decades will unfold, now is not the time to lock in a price.

One of the few certainties is that Hinkley is not the sort of power station that any rich country will want for much longer. Nuclear energy has a future, but big, always-on projects like Hinkley, which would aim to satisfy 7% of Britain's energy needs, do not fit the bill. As renewables generate a growing share of countries' power, the demand will be for sources of energy that can cover intermittent shortfalls (for instance, when the wind stops blowing or the sun goes in).

To keep the lights on in the short run it would make more sense to use gas-powered plants. These can be built quickly, run cheaply and turned on or off as required. Meanwhile, the sums earmarked for Hinkley could be put to use in better ways. Improved electricity storage is one answer to the intermittency problem. Battery technology is fast improving (see [article](#)); Tesla Motors opened its "Gigafactory" in America last week; and other firms are experimenting with drawing power from unusual stores, such as traffic-light batteries. Interconnectors can link energy-hungry countries like Britain with northern European ones, where there is a wind-energy surplus, or Iceland, which crackles with geothermal energy. The grid operator could pay firms to curb power usage at peak times.

All of these options would be cheaper than Hinkley, which would take ten years to get going and represent a huge, ongoing cost to bill payers, if it ever worked at all. Such a strategy would also buy time to see what new technologies emerge. The chances are, these would come from China anyway.

[From the print edition: Leaders](#)

146,127

Nuclear power

When the facts change...

Hinkley Point would tie Britain into an energy system that is already out of date

Aug 6th 2016 | [From the print edition](#)



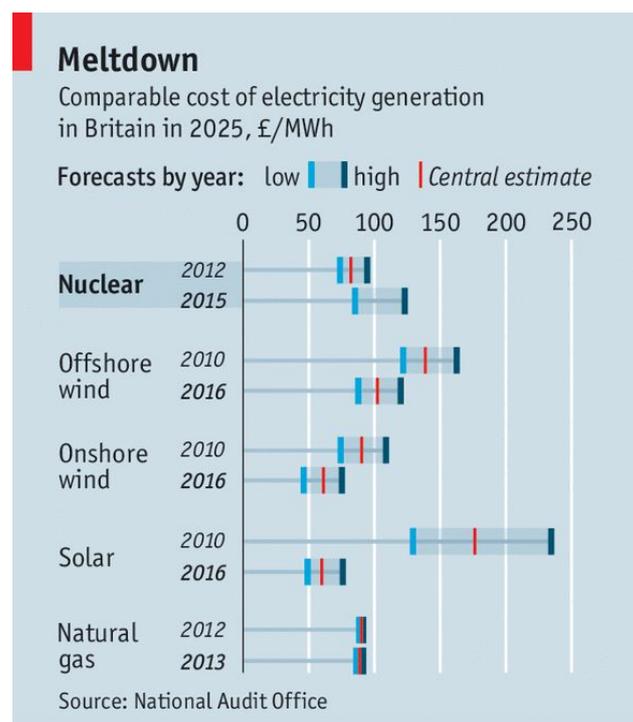
LESS than three years ago the British government struck a deal with EDF, a French state-owned utility, to subsidise the first new nuclear power station built in Britain since 1995: Hinkley Point C on the Somerset coast. The agreement was hailed by David Cameron, the then-prime minister, as “brilliant news”. But a lot has changed since then—and not just the incumbent at 10 Downing Street.

On July 28th, hours after EDF’s board narrowly endorsed a decision to go ahead with the £18 billion (\$24 billion) Hinkley Point investment, the new government of Theresa May unexpectedly slammed the brakes on, launching a review of the project that it says it will finish by the autumn. It is understood to want to probe a deal with China General Nuclear Power, a Chinese state behemoth, which had offered to stump up one-third of the price tag in exchange for permission to build a nuclear-power station of its own at Bradwell, in Essex. The delay is the clearest sign that Mrs May is rethinking the open-door industrial policies of her predecessor (see [article](#)).

Yet analysts say there is more to the delay than mere Sinophobia. Hinkley is “big and based on last-century technology, which is not what the UK’s power system needs for the future,” says Michael Grubb of University College London. A review of the assumptions prevailing when the government struck the deal reveals how flimsy the economic rationale was. In 2012 Britain’s energy boffins predicted that for the foreseeable future the price of non-nuclear fuels, such as natural gas, would be more than double where they are today. As a result, they estimated that wholesale electricity prices—the basis for determining the level of subsidy to EDF—would remain above £70 per megawatt hour. They are currently below £40. Last month the National Audit Office, a spending watchdog, said that forecasting error alone had almost quintupled the implied value of the subsidy, from £6 billion to almost £30 billion over 35 years.

At the time, the civil servants reckoned that by 2025, when Hinkley Point is due to open, the cost of producing electricity from a nuclear-power station would be lower than from a gas-fired one—and much lower than from wind farms and solar-power plants. They have since reversed those views (see chart). Since Hinkley became a serious proposal less than a decade ago, the cost of nuclear power has increased, that of renewables has fallen and the price of battery storage—which could one day disrupt the entire power system—has plummeted. What is more, EDF’s nuclear technology has failed to get off the ground in the two projects in Finland and France

that have sought to use it. “When so much has changed, it would have been inappropriate not to pause,” says Professor Grubb.



Economist.com

Hinkley’s supporters counter that it would help to plug a looming gap in the country’s energy supply. Over the next 15 years, Britain plans to shut down its coal-fired power stations and decommission all but one of its ageing nuclear plants, losing 23 gigawatts (GW) of power-generating capacity. Hinkley Point C, with a capacity of 3.2GW, is intended to ensure there is enough clean energy to offset that, by kickstarting a broader revival of nuclear power in the country. It would also strengthen energy security, reducing reliance on Russian gas. And its power would be clean: without it, supporters say, Britain would fail to meet its obligation under the 2008 Climate Change Act to reduce greenhouse gases to 80% below their 1990 level by 2050.

But these arguments fail to account for how quickly the energy landscape is changing. First, as their costs continue to drop, renewables are becoming a bigger part of the energy mix. They currently account for about one-quarter of Britain’s power output. But renewables are intermittent, generating little power on days that are calm or overcast. So they must be complemented by alternative sources of energy, which add to the total cost. Big power stations such as Hinkley Point cannot fill that role: nuclear power is hard to flex up and down. Combined-cycle gas turbines (CCGTs) are cheaper and more nimble. As a backup to renewables, they can enable Britain to “muddle along” at least for another 20 years, says Deepa Venkateswaran of Bernstein Research, a firm of analysts. That would buy time to assess the progress of other clean technologies, such as battery storage and carbon capture.

Smaller businesses are also jostling to step into the breach, offering standby power when shortages occur. One such firm, UK Power Reserve, uses small gas-fired generators that can be switched on and off quickly. It calls itself a “scalpel” compared with a CCGT “sledgehammer”. Another, Upside Energy, proposes selling to the grid surplus power stored in battery systems that back up everything from office computers to traffic lights. Others enable companies to shift their power consumption to times of lower demand, cutting their bills. Such options may not provide the bedrock of power or thousands of jobs that EDF promises at Hinkley Point, and may require more innovative policymaking. But in terms of value for money, they could beat it hands down.

From the print edition: Britain

146,129

Charlemagne

Au revoir, l'Europe

What if France voted to leave the European Union?

Aug 6th 2016 | [From the print edition](#)



BARELY a year into his second presidency, Nicolas Sarkozy looked out from the steps of the Élysée and admitted defeat. The referendum had been lost. The European Union flag still fluttering behind him, the president said that he regretted that France, a founding member of the EU, would now have to leave it. Pollsters were flabbergasted. Mr Sarkozy put on a brave face. “Eternal France”, he said, trying to sound like de Gaulle, had endured far worse in its long and glorious history. Its best days lay ahead. And *non*, the president had no intention of resigning.

His optimism was unusual. Mr Sarkozy had won another spell in the Élysée by trafficking in fear (borrowing several ideas from Donald Trump’s almost-successful campaign for the White House). In the primary for France’s centre-right Republicans, held in November 2016, Mr Sarkozy had focused relentlessly on the country’s *année de cauchemars* (“year of nightmares”), blaming weak leaders and bumbling Eurocrats for failing to prevent a bloody series of terrorist attacks. In this febrile atmosphere Mr Sarkozy’s rival, the genteel Alain Juppé, didn’t stand a chance.

The same arguments carried Mr Sarkozy through the first round of the following year’s presidential election. But in the run-off pressure from a surging Marine Le Pen, who campaigned openly for France to follow Britain out of the EU, forced him to beat the nationalist drum even harder. A plot to bomb the railway station in Lille, organised over the Belgian border in Namur, was foiled just in time, but added to the sense that the EU’s commitment to open borders was endangering French lives. Eventually Mr Sarkozy pledged a referendum on France’s EU membership within a year of taking office. (Inevitably, the plebiscite was dubbed “Frexit”). It won him the presidency.

Ms Le Pen's National Front made the running during the referendum campaign, tapping old French neuroses about cheap eastern European workers and newer ones about Muslims. Mr Sarkozy argued vigorously for France to stay in the EU. But voters found it hard to swallow his bromides about European co-operation after years of hearing him rail against it. The opposition Socialists were in disarray. A gloomy (and, said some, racially charged) piece in *Le Figaro* by Michel Houellebecq, an eccentric author, accusing Europe of "auto-crucifixion", seemed to capture the mood of *malaise*. In the end it was not even close: the French voted to leave by 55%-45%.

The loss liberated Mr Sarkozy to indulge the grittier side of his politics. He revived his old idea of shutting the border with Italy, across which refugees from Libya's civil war were streaming. The revelation that a refugee who entered Belgium in the wave of 2015 had had a bit-part in the Lille plot allowed the president to accuse Angela Merkel, Germany's chancellor, of having endangered European security by opening her country's borders. Mrs Merkel was not amused; not least because the ringleader of the foiled attack was not a refugee or even an immigrant, but a French-Algerian child of the Paris *banlieue*.

The euro had played little part in the referendum campaign. Indeed, the hastily drafted referendum text did not mention the single currency at all. So the finest legal minds in Brussels were put to work to find a way to keep France inside the euro even after it left the EU. That didn't keep markets from swooning. France was, after all, the second-largest economy in the euro zone. The French elite believed more passionately in the EU than they did in God. Without Paris to propel it along, what hope was there for the European project? Bond yields in Greece, Portugal and Italy soared. Mario Draghi, the head of the European Central Bank, sought vainly to calm investors' nerves.

After a summit of the 26 other members in Sofia, Mrs Merkel declared gamely that the EU would survive, because "we are always stronger together than apart". Her domestic popularity, which had been waning after her fourth election victory, rose as quickly as the Bunds into which frightened investors had poured their money. But Mrs Merkel acknowledged that a "momentous" change to the EU treaty was needed. (Merkologists confirmed that this was the chancellor's first known use of the word.)

Moins d'Europe

It didn't take long for the gears to spin in Brussels. Jean-Claude Juncker, the hapless president of the European Commission, jumped before he was pushed; his appeal to French voters not to kill "our beautiful Europe" was ridiculed. A leaked paper from Wolfgang Schäuble's finance ministry in Germany became the template for a radically stripped-down commission, proposing the removal of its competition and fiscal-scrutiny powers. At an emergency summit Mr Juncker's rapidly shrinking job was handed to Donald Tusk, who chaired the summits of EU leaders.

But events were moving quickly. The unbowed Ms Le Pen and Nigel Farage, a British Eurosceptic, toured Europe stirring up nationalists at vast "Patriotic spring" rallies. Pressure for referendums was growing in the Netherlands and Denmark. In Spain and Portugal and most of eastern Europe there was little appetite for destruction but scarce will to stem the bleeding. Left-wing parties began to lose faith in the EU; one oddball outfit in Romania even campaigned for "socialism in one country". From free movement to fishing quotas, governments began openly defying EU law, eating away at the commission's authority.

Perhaps most worrying was the decay in the EU's influence abroad. With the prospect of membership now all but dead, Serbia's voters turned to the pro-Russia Radicals. Bosnia began to fray. Ukraine, despite the best efforts of a despairing Mr Tusk, drifted further from the EU into corruption and misrule. Putting a brave face on things, Mr Sarkozy visited Britain to sign a naval co-operation deal. But his trip was cut short when he was called home to deal with an emergency. An explosion had taken place near Nantes, and it did not appear to be an accident.

146,131

Buttonwood

Vanishing workers

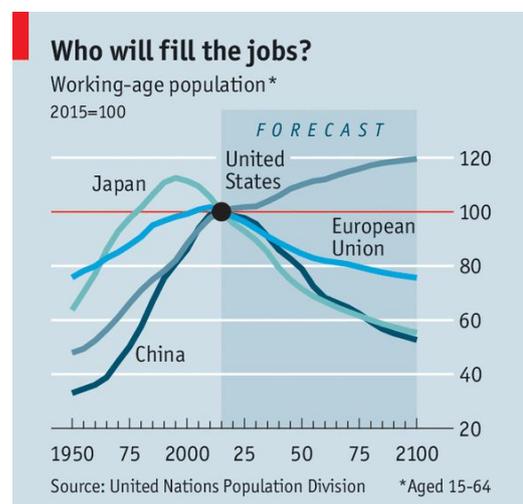
Can the debt-fuelled model of growth cope with ageing populations?

Jul 23rd 2016 | [From the print edition](#)

THE world is about to experience something not seen since the Black Death in the 14th century—lots of countries with shrinking populations. Already, there are around 25 countries with falling headcounts; by the last quarter of this century, projections by the United Nations suggests there may be more than 100.

Such a shift seems certain to have a big economic impact, but there is plenty of debate about what that impact might be. After the Black Death a shortage of labour eventually led to a sustained rise in real wages. If that trend were repeated, it would come as a big shift after a prolonged period of sluggish wage growth, something that has fuelled political discontent across the rich world.

A new report on the demographic outlook by Berenberg, a German bank, focuses on one important measure: the dependency ratio. This compares the number of children and the elderly with people of working age (those aged 15-64). The higher the dependency ratio, the greater the burden on the workforce. In the world's biggest economies, America apart, the workforce is set to shrink significantly (see chart).



Economist.com

In many developed countries, the dependency ratio rose after the second world war (thanks to the baby boom), fell in the late 1960s and 1970s as the boomers entered the workforce, and has recently started rising again. That history makes it possible to analyse how economies performed during periods of both falling and rising ratios. Berenberg based its analysis on ten rich countries: America, Australia, Britain, France, Germany, Italy, Japan, Spain, Sweden and Switzerland.

The housing market seems an obvious place to start. You would expect a growing workforce to push house prices higher, as wage-earners seek more space for their families. Sure enough, the authors find that, since 1960, the median increase in real house prices when the dependency ratio was decreasing (ie, when there were relatively more workers) was 2.7% a year. However, when the dependency ratio was increasing (ie, relatively fewer workers), real house prices fell by 0.2% a year.

Similarly, as you might expect, real GDP per person tends to grow faster (2.6%) in years when the dependency ratio is falling than in years when it is rising (1.9%). Having more workers makes it easier for the economy to grow. Inflation also tends to be higher (4.1%) in years when the dependency ratio is falling and lower (2.7%) when the ratio is increasing.

That points to a problem. In recent decades, the developed world has seen a big surge in total debt-to-GDP ratios in both the private and public sectors. People tend to take on debt for two reasons: to maintain their consumption or to buy an asset (for individuals, often a home). This requires a belief on the part of the debtor (and the lender) that, at a minimum, their future incomes and asset prices will not both fall by a lot, so the money can be paid back.

In a world of sluggish growth, low inflation and stagnant house prices, debts become much harder to pay off. Indeed, that has pretty much been the picture since the financial crisis in 2008: debt has been shuffled around a bit (from the private sector to the government) but total debt-to-GDP ratios have not fallen.

The show has been kept on the road by big reductions in interest rates, which have enabled most borrowers to keep servicing their debts. And demography suggests that the era of low interest rates is set to continue. Berenberg finds that, since 1960, real interest rates have tended to rise when the dependency ratio is decreasing and fall when the ratio is rising (as it is now forecast to do).

Low rates are in part a deliberate policy by central banks to stimulate the economy by encouraging people and companies to borrow. But as workers age, they are less likely to want to take on debt. And if an ageing workforce means slower growth, companies won't want to borrow to invest. So the policy may not work. Indeed, the Berenberg study found that since 1960, private-sector debt rose almost three times as fast, relative to GDP, in years when the dependency ratio was decreasing than when it was increasing.

The big question is whether economic growth and rising debt levels go hand-in-hand, or whether the former can continue without the latter. If it can't, the future could be very challenging indeed. To generate growth in our ageing world may require a big improvement in productivity, or a sharp jump in labour-force participation among older workers. To date, the signs on productivity are not encouraging and elderly employment ratios have a lot further to go.

146,132

Dani Rodrik: "Ich muss Angela Merkel einen Großteil der Schuld geben"

Der Harvard-Ökonom Dani Rodrik warnt vor den Exzessen der Globalisierung. Er kritisiert auch Deutschlands Rolle im europäischen Integrationsprozess.

Interview: **David Zajonz**

22. August 2016, 18:05 Uhr [177 Kommentare](#)



Harvard-Ökonom Dani Rodrik beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Fragen der Globalisierung.

ZEIT ONLINE: Herr Rodrik, ist die Globalisierung eine gute oder eine schlechte Sache?

Dani Rodrik: (*lacht*) Ich glaube, diese Frage führt uns auf den falschen Weg. Die Globalisierung ist gekommen, um zu bleiben. Die Frage ist: Haben wir eine Globalisierung, die Spannungen und politische Probleme verschlimmert und sich dadurch selbst untergräbt, so wie in den Zwischenkriegsjahren des vergangenen Jahrhunderts? Oder können wir die Exzesse in den Griff bekommen, die Ungleichheit reduzieren und die Chancengerechtigkeit erhöhen?

ZEIT ONLINE: Welche Exzesse meinen Sie?

Rodrik: In bestimmten Bereichen sind wir weiter gegangen, als es vernünftig und sinnvoll gewesen wäre. Die Welthandelsorganisation hat in den 1990er Jahren angefangen, sich verstärkt in nationale Regulierungen einzumischen, anstatt nur gegen Zölle und Einfuhrbeschränkungen vorzugehen. Die wahrscheinlich größten Fehler haben wir jedoch auf den Finanzmärkten gemacht. Hier wurde fast jede Beschränkung für grenzüberschreitende Kapitalströme beseitigt. Das hat zu Instabilität und Finanzkrisen geführt.

ZEIT ONLINE: Und jetzt?

Rodrik: Ich glaube nicht, dass wir die Globalisierung zurückdrehen sollten. Das wäre die populistische Antwort auf die Probleme, aber sicherlich nicht meine. Im Finanzsektor sollten wir manches zurücknehmen. Staaten müssen besser in der Lage sein, Kapitalströme zu kontrollieren. Andererseits gibt es auch Bereiche, in denen wir noch weiter gehen sollten. Was wir brauchen, ist eine stärkere Globalisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

DANI RODRIK

ist Professor für Internationale Politische Ökonomie in Harvard. Er beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Globalisierung und nationaler Demokratie.

ZEIT ONLINE: Wie kann man das erreichen?

Rodrik: In der Vergangenheit haben vor allem Konzerne und Banken die Globalisierung vorangetrieben. Es lag in ihrem Interesse, Regeln und Normen abzubauen oder zu harmonisieren. Wichtig wäre jetzt, dass sich Gewerkschaften, Verbraucherschützer und Menschenrechtsgruppen stärker engagieren. Das könnte für ein besseres Gleichgewicht sorgen.

ZEIT ONLINE: Haben die nicht viel zu wenig Einfluss?

Rodrik: Natürlich sind die gewählten Regierungen auch weiterhin der entscheidende Faktor. Sie aber reagieren auf Druck der Wähler oder zivilgesellschaftlicher Organisationen.

ZEIT ONLINE: In manchen Bereichen ist es auch für nationale Regierungen schwer, alleine tätig zu werden. Wie können wir zum Beispiel verhindern, dass Konzerne und Kapital in Steueroasen abwandern?

Rodrik: Ich bin auf jeden Fall für wesentlich größere zwischenstaatliche Kooperation beim Kampf gegen Steueroasen. Allerdings könnten Staaten wie die USA oder auch die EU als Ganzes selbst viel mehr tun, um gegen die Steuerflucht ihrer Unternehmen vorzugehen. Das eigentliche Problem ist, dass die Regierungen selbst unter dem Einfluss von Konzernen stehen. Der mangelnde Wille der Staaten ist das große Hindernis – mehr noch als fehlende globale Kooperation.

ZEIT ONLINE: Wie sollte die Politik auf die Kritik an der Globalisierung reagieren?

Rodrik: Sie muss klare Antworten formulieren, wie sie Exzesse der Globalisierung einfangen will. Hillary Clinton engagiert sich mittlerweile viel stärker im Kampf gegen die wachsende Ungleichheit in den USA, auch in der Handelspolitik hat sie sich bewegt. Ich befürchte aber, dass das größtenteils kleine Korrekturen sein werden und dass die Politik in den USA und auch in Europa dem wachsenden Populismus nicht gewachsen ist.

Falls Hillary Clinton die Wahlen wirklich gewinnt: Was passiert, wenn danach ein Populist kommt, der intelligenter und weniger selbstzerstörerisch ist als Trump? Die letzte Phase der Globalisierung wurde durch den Faschismus und den Kommunismus jäh beendet. Das darf nicht wieder passieren.

"Die europäische Krise ist ein verstärktes Abbild der globalen Wirtschaftskrise"

ZEIT ONLINE: Vor 16 Jahren haben Sie in der ZEIT vorhergesagt, dass die Globalisierung in 20 Jahren einen Rückschlag erleben wird. Damals haben Sie auch prognostiziert, dass es im Jahr 2100 eine Weltregierung geben könnte.

Rodrik: Das war damals eine spielerische Überlegung von mir. Deshalb habe ich auch den fernen Zeitpunkt in hundert Jahren gewählt. Ich glaube nicht, dass eine echte Weltregierung, ein Weltföderalismus, in der näheren Zukunft durchsetzbar oder auch nur wünschenswert ist. Allerdings dachte ich damals und eigentlich auch noch bis vor Kurzem, dass die EU eine regionale Version davon werden könnte. Leider hat mich die Reaktion der EU auf die Finanzkrise und die Eurokrise auch hier skeptischer gemacht.

ZEIT ONLINE: Warum?

Rodrik: Die europäische Krise ist ein verstärktes Abbild der globalen Wirtschaftskrise. In der EU ist die wirtschaftliche Integration wesentlich stärker ausgeprägt als die politische. Es gibt eine gemeinsame Währung und einen Binnenmarkt mit freiem Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Die Wirtschaft ist europäisch, die Politik aber immer noch national. Ich halte dieses Ungleichgewicht für die Ursache der europäischen Krise.

ZEIT ONLINE: Wie kann das gelöst werden?

Rodrik: Entweder man dreht die wirtschaftliche Integration zurück oder man vertieft die politische Integration bis hin zur politischen Union. Tut man das nicht und behält man das Ungleichgewicht bei, höhlt man die Demokratie aus.

ZEIT ONLINE: Welche der Varianten würden Sie bevorzugen?

Rodrik: Ich würde gerne ein vereintes Europa sehen, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene. Also nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Union.

ZEIT ONLINE: Halten Sie das für realistisch?

Rodrik: Bis zur Eurokrise dachte ich, Europa sei auf dem Weg dahin. Aber die Art, wie führende Politiker in der Eurokrise reagiert haben, hat die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten verschärft. Ich muss Angela Merkel hier einen Großteil der Schuld geben. Das Narrativ von Merkel und anderen Politikern hätte sein können: Das hier ist eine Krise der gesamten EU, nicht nur von Griechenland, Spanien, Portugal oder Irland. Wir sind da gemeinsam reingeraten, wir kommen auch gemeinsam wieder raus – und zwar, indem wir die europäischen Institutionen stärken.

ZEIT ONLINE: Stattdessen wurde Europa gespalten?

Rodrik: Genau. Der fleißige Deutsche und Nordeuropäer gegen faule und verschwenderische Südeuropäer. Diese moralische Erzählung hat es erheblich erschwert, die Krise als Motor für eine weitere politische Integration zu nutzen, und hat die Grundlage für die nationalistischen Reaktionen auf die Krise bereitet.

ZEIT ONLINE: Wollen Sie damit sagen, dass Deutschland an den jetzigen Problemen der EU schuld ist?

Rodrik: Es ist keine Frage, dass die griechische Wirtschaftspolitik komplett verrückt war. Auch die Politiker in Spanien, Portugal oder Irland hätten viel vorsichtiger sein sollen. Aber ich glaube, dass Deutschland die Reaktion auf die Krise maßgeblich geprägt hat, als größte Volkswirtschaft Europas und als wichtigster Gläubiger. Hätte Deutschland sich ein anderes Narrativ zu eigen gemacht, dann wäre die Krise für die verschuldeten Staaten weniger teuer gewesen und sie hätte die EU in eine bessere Richtung bewegt.

ZEIT ONLINE: Sie kritisieren, die EU sei nicht demokratisch genug. Was kann dagegen getan werden?

Rodrik: Die Politik muss verstehen, dass man sich nicht allein auf eine wirtschaftliche Integration konzentrieren kann. Sonst überlässt man das Feld den Populisten. Die behaupten dann, in der EU geht es nur um die Interessen der Banken und Konzerne. Entweder sind wir bereit, die EU zu vervollständigen und über eine Fiskalunion und ein europäisches Sozialstaatsmodell zu sprechen. Oder aber, wenn wir nicht den Mumm haben, das zu machen, und wir die Wähler nicht davon überzeugen können, dann müssen wir die wirtschaftliche Integration zurückdrehen. Wenn die Politiker keinen Klartext reden, wird der Brexit kein singuläres Ereignis bleiben.

ZEIT ONLINE: Wirklich optimistisch scheinen Sie nicht zu sein?

Rodrik: Leider nein. Es schmerzt mich sehr, das zu sagen. Ich bin in der Türkei aufgewachsen und wir haben immer zu Europa und zur EU aufgeblickt. Eine demokratische Gemeinschaft, mit gleichen Werten und Zielen und einer sozialen Marktwirtschaft. Mittlerweile bin ich jedoch skeptisch, ob die Union diesen Idealen wirklich noch gerecht werden kann.

146,134

Vollverschleierung

Burkini – warum denn nicht?

Wie kein anderes europäisches Land ist Frankreich zur Zielscheibe des islamistischen Terrors geworden – und nun reglementiert die Politik die Strandmode? Der Aktivismus zeigt die Nervosität der etablierten Parteien.

25.08.2016, von CHRISTIAN SCHUBERT



© AFP

Burkini-Verbot: In der südfranzösischen Stadt Cannes wurde der Ganzkörperbadeanzug verboten. Diese Strandszene fand allerdings nicht in Frankreich statt, sondern in Tunesien.

Kleider machen nicht nur Leute, sie machen auch Politik. Die Debatte über die **Vollverschleierung** muslimischer Frauen, die in der CDU vor knapp zwei Jahren begonnen und inzwischen ganz Deutschland erfasst hat, ist in Frankreich wesentlich älter. Schon 2004 wurde das Tragen eines Kopftuches, aber auch von Kippa und großen Kreuzen in der Schule untersagt. Burka, Niqab und andere Vermummungsstile sind in der Öffentlichkeit seit 2011 verboten – das Gesetz hat außer der Verhängung von mehreren hundert Bußgeldern im Jahr keine größeren Auswirkungen. Jetzt wollen viele einen Schritt weitergehen: Mehrere Bürgermeister haben das Tragen des Burkini genannten Ganzkörperbadeanzugs verboten, obwohl dieser, anders als die Burka, das Gesicht freilässt. Die bürgerlich-konservative Opposition setzt die Links-Regierung mit der Forderung unter Druck, ein Gesetz gegen den als religiöses Symbol verstandenen Badeanzug auf den Weg zu bringen.



Autor: Christian Schubert, Wirtschaftskorrespondent in Paris.Folgen:

Man reibt sich verwundert die Augen: Wie kein anderes europäisches Land ist Frankreich zur Zielscheibe des islamistischen Terrors geworden, und nun reglementiert die Politik die Strandmode? Der Aktivismus zeigt die Nervosität der etablierten Parteien links und rechts, die unter dem Druck des Front National stehen. Handlungsfähigkeit wollen sie beweisen. Stattdessen vermitteln sie den Eindruck von Hilflosigkeit.

Schon seit den Anschlägen auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 diskutieren die Politiker an den wahren Anliegen vorbei. Bevor die Burkinis in den Fokus traten, setzte die Regierung Hollande monatelang auf die Idee, Terroristen die französische Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Am Ende musste sie ihren Antrag mangels Mehrheit in der Nationalversammlung zurückziehen. Bei der Terrorbekämpfung hat die Regierung noch weniger Erfolge aufzuweisen. Etliche Terroristen waren den Sicherheitsbehörden vor den Anschlägen bekannt. Dennoch konnten sie ihre mörderischen Taten ungehindert planen und ausführen. Radikale Prediger wurden nur selten ausgewiesen. Vereinen zur Bekämpfung der Radikalisierung Jugendlicher wurden bis vor kurzem öffentliche Zuschüsse gekürzt.

Strenge Trennung zwischen Kirche und Staat

An den Grundfesten des französischen Staatswesens will niemand rütteln. Frankreich ist bekannt für seine strenge Trennung zwischen **Kirche** und Staat, die seit 1905 Gesetz ist. In den staatlichen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht, kein Politiker hält anlässlich eines christlichen Feiertages eine Rede. Doch der strikte Laizismus hat sich gegenüber dem Terror als wirkungslos erwiesen. Viele Muslime empfinden ihn als Aufforderung zur Religionslosigkeit, was sie von der Republik entfernt. Die französische Angst vor dem sogenannten Kommunitarismus, mit dem die Absonderung religiöser und anderer Gruppen gemeint ist, macht das Zusammenleben nicht leichter. Jede Art von Vereinigung gilt potentiell als Bedrohung für den Zusammenhalt der Republik und die Gleichheit der Lebensbedingungen. Der immer noch verehrte Jean-Jacques Rousseau hatte einst verlangt, dass zwischen dem Staat, der die *volonté générale* durchsetzt, und dem Citoyen kein Blatt passen dürfe. Daher waren bis weit in das 19. Jahrhundert auch Gewerkschaften oder Arbeitgebervereinigungen untersagt. Doch mit der Einwanderung aus Nordafrika und aus anderen ehemaligen Kolonien hat sich der Wunsch nach identitätsstiftenden Formen der Zusammengehörigkeit verstärkt. Die Franzosen zeigen gerne mit dem Finger auf die Briten, die dem Kommunitarismus und damit beispielsweise den islamistischen Predigern im Londoner Stadtteil Finsbury Park tatenlos zugesehen hätten. Das Problem: Frankreich kann keine bessere Bilanz aufweisen. Radikale Kräfte haben sich genauso, wenn nicht noch stärker ausgebreitet. Frankreich hat nicht nur extremistische Prediger gewähren lassen, es hat auch viele Muslime der zweiten und dritten Generation nicht integrieren können.

Nur eine Facette der Integrationsdebatte

Kleidungsfragen sind nur eine Facette dieser Integrationsdebatte. Viel wichtiger wären die wirtschaftliche, soziale und städtebauliche Einbindung von Minderheiten und eine Antwort auf die Frage, warum Bürgermeister und gemäßigte Muslime oft weghörten, wenn islamistische Parolen verbreitet wurden. Das Interesse an Wählerstimmen und an ausländischen Finanzquellen war oft stärker als die Vernunft. Und die große Politik begegnete dem Geschehen in den Banlieues meist nur mit Desinteresse.

Ein Innehalten scheint nun angebracht. Es ist verständlich, dass die Nerven in Frankreich wegen der Terroranschläge bloßliegen. Doch nun sind die Politiker von Regulierungswut erfasst. Passt es zum freiheitsliebenden Frankreich, wenn der öffentliche Raum zu einem Ort der Verbote und der Einschränkungen wird? Soll sich das Recht auf den Bikini in eine Pflicht zum Bikini oder zu einem Mindestmaß an nackter Haut verkehren? Ein Effekt des Burkini-Verbotes zeigt schon jetzt: Viele muslimische Frauen bleiben zu Hause. Dabei wurde der Burkini einst erfunden, damit Musliminnen in Australien Rettungsschwimmerinnen werden konnten.

146,135

Anstieg durch Zuwanderung

Deutschland hat 82,2 Millionen Einwohner

Die Bevölkerung in Deutschland ist auf 82,2 Millionen gestiegen. Das liegt vor allem an der Zuwanderung. Noch nie kamen so viele Menschen nach Deutschland wie im vergangenen Jahr.

26.08.2016

Die Bevölkerung in Deutschland ist aufgrund der Rekord-Zuwanderung im vergangenen Jahr auf 82,2 Millionen gestiegen. Ende 2015 lebten rund 978.000 Menschen (oder 1,2 Prozent) mehr in der Bundesrepublik als im Jahr zuvor. Das ist das stärkste Plus seit der Wiedervereinigung, wie das [Statistische Bundesamt](#) in Wiesbaden am Freitag mitteilte. Die Einwohnerzahl war allerdings in den Jahren 2001 bis 2005 mit 82,4 bis 82,5 Millionen noch etwas höher.

Flüchtlinge nach Deutschland



Ohne die Zuwanderung wäre die Bevölkerung 2015 zurückgegangen, weil 188.000 Menschen mehr gestorben sind als geboren wurden. Dafür kamen so viele Menschen in die Bundesrepublik wie noch nie in einem Jahr. Unterm Strich (Fortzüge abgezogen) waren es rund 1,139 Millionen Menschen. Der Ausländeranteil pro 100 Einwohner erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 9,3 auf den Spitzenwert von 10,5. Neben Schutzsuchenden aus den Kriegs- und Krisenregionen kamen auch viele EU-Bürger auf der Suche nach Arbeit.

Die Bevölkerungszahl ist dabei in allen Bundesländern gestiegen, besonders in den bevölkerungsreichen Ländern Nordrhein-Westfalen (+ 227.000 Personen), Baden-Württemberg (+ 163.000) und Bayern (+ 152.000). Bezogen auf die dort lebende Bevölkerung gab es im Vergleich zum Vorjahr stärkere Zunahmen in Baden-Württemberg und Bremen (jeweils + 1,5 Prozent) sowie in Berlin, Hamburg und Hessen (jeweils + 1,4 Prozent). Sachsen-Anhalt (+ 0,4 Prozent) und Thüringen (+ 0,6 Prozent) hatten die geringsten Zuwächse.

146,136

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

The Illusion of Germany's Jobs Miracle

A decade after legal overhauls pushed more people into work, taxes and overregulation still make good jobs too rare.

ENLARGE

PHOTO: REUTERS

By **OLIVER HARTWICH**

Aug. 25, 2016 3:46 p.m. ET

With Britain set to leave the European Union in the next few years, pressure will mount on Germany to keep up its economic-leadership role in Europe. The country appears up to the task, especially given the labor-market reforms of a decade ago that boosted employment to unusual highs (for Europe). Probe a bit, however, and Germany is in worse shape than many may have thought.

It is easy to understand why Germany's labor market makes for positive headlines these days. The key figures certainly look better than at the beginning of the century, when the country was often referred to as "the sick man of Europe." In 2005, the German unemployment rate peaked at 11.7%. Some 4.9 million people were officially classified as jobless.

What has happened since then has been called the "German miracle." As a response to the crisis, the center-left government under then-Chancellor Gerhard Schröder reformed the labor market and the welfare state. The goal was to make it harder to remain on out-of-work benefits and return those who were jobless back to the market faster. Whereas job seekers previously could claim relatively generous benefits indefinitely, Mr. Schröder's reform meant that after one year out of work, the available benefits were reduced to a bare minimum. This increased the pressure on the unemployed to find a new job even if it didn't match their previous salary or their qualifications. The reforms also made it possible to create marginally paid jobs by offering reduced taxes and social-security contributions for such "mini jobs."

Thanks in large part to those reforms, the latest unemployment number is 6%, which translates to only 2.7 million people out of work—among the best for developed economies and certainly within Europe.

The problem lies in the details. To find it, dig deep into the German Federal Labor Agency's monthly reports. All the way to the small print on page 70 of its July assessment, as it happens.

In that obscure spot, the government reveals who is counted as unemployed—and, more importantly, who is not. In this way we find out, for example, that anyone over the age of 58 who is unemployed isn't counted by default. This is a significant difference from the normal method for counting employment in other countries, which define the working-age population as up to 65.

More conventionally, people without a job but receiving some kind of training don't tally as unemployed either. The same goes for jobless people who are sick or those who are registered with a private recruitment agency but aren't currently working. It isn't unusual that these groups wouldn't count as technically unemployed. What's unusual in Germany is the size of these categories.

Once the over-58s and these other groups are included, the actual unemployment figure is 8%, or 3.5 million people. That is still better than it used to be, but not nearly as positive as the headlines suggest. And it gets worse.

About 15% of all employment consists of people who are only marginally employed. These so-called mini-jobs carry a maximum salary of €450 (\$508) a month, not enough to meet the cost of living but high enough not to be counted as unemployed.

Similarly, shift-based hiring, or zero-hour contracts, is also increasingly popular with German companies. Though more common elsewhere, for Germany this was quite a new phenomenon. Such jobs are obviously not the most desired and secure form of employment. However, this practice still leads to a reduction in the official unemployment rate, though there are no official figures for this.

Demographics also cloud an accurate assessment of Germany's labor market. The country's median age now is 47 and getting older. In 2015, the the EU median was 42.4. More people are entering retirement than are joining the labor force. This means that even without creating any new jobs, the unemployment rate will automatically be reduced.

Meanwhile, the German jobs miracle has completely bypassed one significant group of would-be workers: the long-term unemployed. For the past five years, the number of people who have been unemployed for at least 12 months has remained virtually unchanged. It stands at just over one million.

Once workers reach that point, the way out tends not to involve finding a new job. According to Germany's Federal Labor Agency, only 13% of the long-term unemployed eventually re-entered the workforce. The rest were simply declassified because they were deemed too old, too sick or in some other way unavailable to the labor market.

With all these data problems, intelligent guesswork is necessary to determine Germany's real unemployment (or rather, underemployment) rate. It could be 10%, 12% or 15%. But it certainly isn't the official 6% usually reported.

And the unemployment rate tells only part of the labor-market story anyway. The quality of the jobs that are being created should count as much, if not more, than the quantity. Germany hasn't been able to increase the number of well-paid and decent full-time jobs. It has mainly managed to massage its official employment statistics by part-time and poorly paid jobs combined with changes in statistical definitions. A 2015 Bertelsmann Foundation study showed how the bottom fifth of German real wages have fallen over the past two decades.

Though it is still better to be marginally employed than completely unemployed, this isn't what jobs miracles look like. For that to happen Germany would need a much better growth and productivity improvement than what it actually achieved. One message is that Germany's jobs miracle isn't currently something in which other European leaders and economists can put their faith—and won't be without more domestic reforms in Germany.

Mr. Hartwich is the executive director of The New Zealand Initiative.

146,138

• [EUROPE](#)

• [BRUSSELS BEAT](#)

EU Hopes Helping Workers Will Blunt Populism

After Britain's vote to leave the bloc, Brussels sees efforts to boost social mobility and reduce inequality as a way to limit support for fringe movements



Workers and students attend a demonstration in Marseille, France, in March. PHOTO: JEAN-PAUL PELISSIER/REUTERS

By [LAURENCE NORMAN](#)

Aug. 25, 2016 4:38 p.m. ET

[7 COMMENTS](#)

The European Union has been left battered by [Britain's vote to leave the bloc](#) and rising populist forces around the continent, but officials in Brussels hope a new initiative will help them fight back.

Ultimately, European officials say, the idea is aimed at draining support from fringe political movements by protecting the people who have been hardest hit economically in the years following the financial crash. They hope it will transform the image of the EU from being a cheerleader for hard-line economic policies into a champion of social mobility and reduced inequality.

It includes ideas such as retraining workers in troubled economic sectors, ensuring part-time and contract workers aren't exploited, improving long-term care for an aging population and ending gender inequality in pay and benefits. Marianne Thyssen, the European employment commissioner, said Wednesday the EU's executive will put "the social dimension at the heart of its agenda."

Even in its nascent stages, some business leaders are concerned that the initiative, which was first proposed by European Commission President Jean-Claude Juncker last September, risks pushing the bloc in the wrong direction. They believe that Europe's problems stem not from inadequate social policies but from barriers to competition.

Yet, even if it is the right answer, Brussels doesn't hold the powers to enact many of its proposals alone.

"My biggest worry is that you promise things you cannot deliver," said Guntram Wolff, director of Brussels-based think tank Bruegel. "This is very likely where many of the tools and resources are at national level. That would be devastating for the reputation of the European Union."

Consultations on the initiative with business groups, trade unions and the public will finish at year-end and recommendations are due to be presented in spring 2017. The proposals are aimed at eurozone countries but others are invited to join.

The timing is no coincidence. Britain's EU referendum had put big, new EU initiatives on ice. Now the U.K. has voted to leave, removing a social-welfare skeptic from the bloc, and officials say there is greater political leeway to step up their ambitions. The final recommendations will come at a critical political juncture, lending the EU a fresh message in the lead-up [to the French, Dutch and German elections next year](#).

Preliminary ideas, put forward in a report last March by Ms. Thyssen, ranged over actions that could be taken at the national or European level in 20 policy areas.

One cluster of initiatives focused around an expansion of on-the-job education along with targeted work or apprenticeships for young people and in-depth guidance and training for the long-term unemployed.

Officials say there is a bottom tier of workers trapped in declining economic sectors with stagnant wages who lack skills to gain work elsewhere. EU data also suggest fewer than 10% of unemployed people are in education or training.

"This is the black hole in the European economy," said one senior official closely involved in the work.

Another group of measures seeks to update workers' rights in a labor market where many people no longer have long-term contracts with a single employer. The report says efforts are needed to make sure that firms don't exploit the growing numbers of part-time, temporary or self-employed workers to erode basic standards such as protections from unfair dismissal.

Other goals range from improving citizens' work-life balance to providing adequate unemployment benefits. The report suggests minimum incomes so that working people aren't in poverty and minimum wages which rise with productivity gains.

This is just the sort of talk that makes some businesses wary. In its first response, Business Europe, which represents some of the continent's largest business groups, said Wednesday that while the report raises worthwhile questions, the bloc's biggest problems aren't due to a "deficit of social policy but to a lack of competitiveness."

"There is already a strong social dimension in Europe European employers are willing to discuss how to sustain and improve this in future," the group said. "The sole focus on 'social rights' is not the right approach."

Nor is there a single view across member states. Moves to shore up labor rights and conditions across the bloc are generally more popular in higher-income countries such as France and Belgium than in lower-wage economies in central and Eastern Europe. That division flared earlier this year when the EU tried to make it harder for firms to cut labor costs by hiring cheaper workers in one country and temporarily posting them in wealthier countries.

For now, the commission is focused on gathering data and evidence on where social problems lie and how national governments are dealing with them, in the hope of prodding capitals into action. Ms. Thyssen, the employment commissioner, said Wednesday the commission is prepared to deploy the more powerful tools of "legislation, coordination and funds" to deliver its goals.

Yet even if her ambitions are frustrated this time, questions of how the bloc deals with the social consequences of stubborn unemployment and low-skilled workers will remain paramount, one way or another, in coming years.

146,140

Burkini-Debatte in Frankreich

Religion darf sichtbar sein

Religion gehört zum öffentlichen Leben. Sie darf deshalb sichtbar sein, solange sie ein friedliches Zusammenleben ermöglicht. Man darf sich öffentlich zum Kreuz bekennen – und am Strand auch einen Burkini tragen. Ein Kommentar.

26.08.2016, von **REINHARD MÜLLER**



© APBurkini-Trägerin am Strand von Marseille

Wer religiöse Zeichen aus dem öffentlichen Raum verbannen will, der muss auch das offene Tragen eines Kreuzes polizeilich unterbinden lassen. Frankreich hat im Angesicht des islamistischen Terrors seinen Laizismus auf die Spitze getrieben. Es hat schon vor Jahren die Verschleierung des Gesichts in der Öffentlichkeit gesetzlich untersagt. Und der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte](#) hat darin keinen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention gesehen. Doch mit seinem Burkini-Strandverbot geht der französische Staat auch seinen eigenen Richtern zu weit – der Staatsrat hat die Maßnahme am Freitag aufgehoben.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“, Folgen:

Tatsächlich lässt auch ein Land, dem die strikte Trennung von Staat und Religion heilig ist, jedes Maß vermissen, wenn Frauen in Ganzkörperbadeanzügen von staatlichen Organen öffentlich gemäßregelt werden oder sich gar zum Enthüllen gezwungen sehen. Das heißt freilich überhaupt nicht, dass Burkinis ein Allheilmittel zur Integration wären und nicht jeder frei wäre, die dahinterstehende Haltung zu missbilligen. Doch gibt es eben einen Unterschied zwischen der Verhüllung des Gesichts im öffentlichen Raum, gar an Schulen, in Gerichten und Universitäten, und dem Bedecken von Armen und Beinen am Strand. Der Staatsrat sieht in dem staatlichen Verbot eine Verletzung grundlegender Freiheiten.

Nicht nur Frankreich muss sich freilich die Gretchenfrage stellen, wie sich Staat und Islam in Zeiten islamistisch geprägten Terrors zueinander verhalten sollen. Es ist eine Gratwanderung zwischen klarer Kante und offenem Austausch. Nicht nur Gewalttäter, sondern auch Fundamentalisten, welche Freiheit und Gleichheit bekämpfen, müssen sich ändern – oder sie haben hier allenfalls im Gefängnis Platz.

Doch jeder Bürger und Gast, der sich an das europäische Wertefundament hält, muss auch mit seinem Glauben und seinen Haltungen ernst genommen werden. **Der Säkularismus, wie er in Deutschland eine lange Tradition hat, scheint bisher eher zu gesellschaftlichem Frieden und Integration beizutragen als die strikte Laizität Frankreichs.** Religion gehört zum öffentlichen Leben. Religion darf deshalb sichtbar sein, solange sie ein offenes, friedliches Zusammenleben ermöglicht. Man darf sich also bekennen – auch zum Kreuz.

146,141

Muslimische Strandmode

Französisches Gericht hebt Burkini-Verbot auf

Der französische Staatsrat, das oberste Verwaltungsgericht des Landes, hat das Burkini-Verbot für illegal erklärt. Etwa 30 französische Kommunen hatten Ganzkörper-Badeanzüge für Musliminnen an ihren Stränden untersagt.

26.08.2016, von **CHRISTIAN SCHUBERT**, PARIS



© PICTURE-ALLIANCE/Burkini-Trägerinnen im August an einem Strand in Frankreich

Die Burkini-Verbote an französischen Stränden sind illegal. Diese Entscheidung traf am Freitag das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs, der Staatsrat, nachdem eine Menschenrechtsorganisation und eine muslimische Interessenvertretung gegen ein zuvor erfolgtes Urteil Berufung eingelegt hatten.



Autor: Christian Schubert, Wirtschaftskorrespondent in Paris.Folgen:

In dem verhandelten Fall der Kommune Villeneuve-Loubet, nahe Nizza, wie auch in den anderen Ortschaften Frankreichs hatten die Bürgermeister das Verbot mit Risiken für die öffentliche Ordnung begründet. Der **Burkini** könne als ein religiöses Symbol und damit im Lichte der jüngsten Terroranschläge als eine Provokation verstanden werden, argumentierten die Kommunen.

Der Staatsrat aber ist der Ansicht, dass „kein einziges Element“ dieses Risiko in Villeneuve-Loubet belege. Auf dieser Grundlage dürften Grundrechte wie die Bewegungsfreiheit und die Gewissensfreiheit nicht eingeschränkt werden. Auch „die Emotion und die Ängste, die aus den Terroranschlägen resultieren, besonders jenem vom 14. Juli in Nizza, reichen nicht um die Maßnahme zu rechtfertigen“, teilten die drei Richter des Staatsrates mit.

In Frankreich ist nur das Tragen gesichtsverhüllender Bekleidung wie der Burka oder des Niqab in der Öffentlichkeit seit 2011 gesetzlich verboten. Zudem ist das Kopftuch an Schulen seit 2004 untersagt. Der Burkini, der das Gesicht frei lässt, fällt nicht unter dieses Verbot.

Ende Juli hatte der Küstenort Cannes mit einem kommunalen Verbot des Burkinis angefangen. Rund dreißig Ortschaften sind gefolgt. Ein Verwaltungsgericht in Nizza hatte die Verordnungen in zwei Fällen bestätigt.

Der Staatsrat entschied am Freitag zwar nur im Fall von Villeneuve-Loubet, doch sein Urteil dürfte allen Klägern gegen die anderen kommunalen Verbote Recht geben. Die Regierung könnte nun unter Druck geraten, ein Gesetz gegen den Burkini zu erlassen. Bis jetzt hat dies die Regierung abgelehnt, auch wenn Premierminister Manuel Valls die Verbote der Bürgermeister für richtig erklärt hatte. In einer Umfrage sprach sich eine Mehrheit der Franzosen gegen den Burkini am Strand aus.

146,142

Burkini au Conseil d'Etat : le problème n'est pas la laïcité, mais l'islamisme

Alexis Feertchak

Publiée 26/08/2016 à 16:57

FIGAROVOX/ENTRETIEN - Le Conseil d'Etat a suspendu ce vendredi un arrêté «anti-burkini». Pour Catherine Kintzler, il ne s'agit pas d'une question juridique liée à la laïcité, mais d'une question davantage politique liée à l'acceptation (ou non) du communautarisme islamiste.

Philosophe, spécialiste de la laïcité, Catherine Kintzler est professeur émérite de l'Université Lille-III et vice-présidente de la Société française de philosophie. Elle est notamment l'auteur de [Penser la laïcité](#) (éd. Minerve, 2015) et anime le site internet [Mezetulle](#).

FIGAROVOX. - Suspendu ce vendredi par le Conseil d'Etat, l'un des arrêtés «antiburkini» portait sur l'interdiction de l'accès à la baignade «à toute personne ne disposant pas d'une tenue correcte, respectueuse des bonnes mœurs et du principe de laïcité». Si le burkini pose vraiment un problème de laïcité, faut-il interdire également les soutanes ou les kippas?

Catherine KINTZLER. - Je ne suis pas juriste, mais tout le monde sait que le principe de laïcité au sens strict vaut pour ce qu'il est convenu d'appeler «la sphère publique». Par exemple, un fonctionnaire ne peut pas porter un signe religieux lorsqu'il est en fonction, un local administratif ne peut afficher aucun signe religieux, un magistrat ne peut pas invoquer un motif religieux dans ses interventions publiques. En 2004, devant les nombreux problèmes posés par des affichages très visibles et générateurs de conflits, la loi a étendu l'exigence de neutralité aux élèves de l'école publique en leur interdisant le port de signes religieux ostentatoires dans les établissements - on pourrait d'ailleurs penser à le faire à l'université dans les situations d'enseignement, comme l'avait suggéré le naguère le HCI.

Qu'on ait affaire à une « fausse question laïque » ne veut pas dire que ce «burkini» ne soulève aucun problème.

Mais dans les espaces ordinaires accessibles au public (rue, transports, etc.), l'expression des opinions est libre, dans le cadre du droit commun. Donc, je pense que le port du «burkini» sur une plage publique, pas plus que celui d'une soutane ou d'une kippa dans la rue, ne relève d'une question de laïcité: c'est une fausse question laïque. D'ailleurs en 2010, l'interdiction du port de la cagoule dans ces espaces n'est pas fondée sur la laïcité, mais sur un motif de sécurité publique. En revanche, qu'on ait affaire ici à une «fausse question laïque» ne veut pas dire que ce «burkini» ne soulève aucun problème, ni qu'il soit anecdotique.

Le burkini n'est-il pas le signe en revanche d'un communautarisme grandissant au sein de la nation française?

Quand on parle de communautarisme, il faut préciser les choses. Toutes sortes de communautés peuvent s'assembler en république et bénéficier de la législation sur les associations. Le communautarisme social commence lorsqu'un groupe considère qu'il y a obligation d'appartenance, fait pression sur ceux qu'il considère comme «les siens», leur rend la vie impossible s'ils n'adoptent pas une manière de vivre, de se présenter, de parler, de manger, etc. Sur ce terrain, s'installe le communautarisme politique, qui consiste à réclamer des droits et des devoirs spécifiques à tel ou tel groupe.

Plus les manifestations communautaristes se font provocatrices, plus cela témoigne de l'impopularité du communautarisme.

Le port du «burkini», à l'évidence, relève du communautarisme: c'est une tentative de stigmatisation envers toutes celles qui, de confession musulmane, le refusent et refusent le port du voile, refusent l'uniformisation de leur vie.

Faut-il en conclure que le communautarisme a le vent en poupe en France? Je pense l'inverse. Plus les manifestations communautaristes se font provocatrices, plus cela témoigne de l'impopularité du communautarisme. Les réactions très vives au sujet de cette signalétique ségrégationniste montrent pour le moins un malaise à son égard. Nos concitoyens sont extrêmement sensibles à l'attitude communautariste, on l'a vu notamment lors du grand rassemblement du 11 janvier 2015. Ce seuil de sensibilité, loin d'être une forme d'intolérance, est au contraire le signe que nous sommes très attachés à l'unité de la nation, à l'égalité des droits et des devoirs. En France la fraternité vaut entre des individus libres et égaux et non entre des communautés dont certaines pratiquent la ségrégation et l'inégalité.

On a affaire à une tentative de banalisation du totalitarisme islamiste.

D'autre part, il ne suffit pas de ramener le port du «burkini» à un simple geste communautariste au sens social. Cela va bien plus loin et touche le domaine politique: un jalon s'ajoute à tous ceux posés par une version ultra-réactionnaire et totalitaire de l'islam politique depuis une quarantaine d'années. La forte coïncidence chronologique avec les attentats tragiques de ces derniers mois - et tout particulièrement le massacre du 14 juillet à Nice - le situe comme une provocation politique. Laurence Rossignol a raison de parler d'un «étendard»: on est bien au-delà du moment d'expression religieuse! Ce qui compte ici n'est pas un événement isolé, mais la série, sa continuité et sa cohérence. Une fois de plus, dans un contexte aggravé, on a affaire à une tentative de banalisation du totalitarisme islamiste. Ce «burkini» est très récent, personne ne s'y trompe - on se demande même ce que les islamo-totalitaires vont encore inventer pour pourrir la vie des gens.

Le burkini n'est-il pas également une gageure vis-à-vis des femmes? Ne porte-t-il pas atteinte à l'égalité de l'homme et de la femme? En même temps, que répondre à l'argument «libéral» des femmes qui rappellent qu'elle le porte librement?

La banalisation du totalitarisme islamiste s'affirme le plus souvent par un contrôle du corps des femmes, par l'accoutumance insidieuse à une forme de «moralité» qui se présente comme quelque chose d'ordinaire, de «normal» et qui de ce fait tend à particulariser et à montrer du doigt celles qui ne s'y plient pas... Cette férocité est véritablement obscène: elle est une forme d'assignation, de harcèlement. Il ne faut pas inverser les choses: ce sont les femmes de culture musulmane refusant cette uniformisation étouffante qui subissent la stigmatisation. Et au-delà d'elles, par elles, toutes les femmes sont visées.

Que faire si les interdictions de burkini ne sont pas une solution? Est-ce un combat de nature quasi-idéologique qu'il faut mener?

Il s'agit bien d'un combat idéologique et politique au sens où la conception de la cité est engagée. Ce combat implique un devoir de réprobation publique.

Le motif de trouble avéré à l'ordre public peut parfois être avancé, mais cela ne peut être que ponctuel et temporaire. Il s'agit bien d'un combat idéologique et politique au sens où la conception de la cité est engagée. Je pense que ce combat implique un devoir de réprobation publique, dans le cadre et les limites du droit commun bien sûr. Minimiser ces accoutrements revient à les soutenir, contribue à les imposer, à les rendre ordinaires, et donc à accoutumer un totalitarisme. Non, il faut que cela reste extra-ordinaire. Faire en sorte que la manifestation publique de ces marquages soit soulignée, questionnée, critiquée, expliquée dans sa signification politique. Faire en sorte que cela ne soit pas inclus dans le paysage, que ces affichages restent «remarquables» et remarqués. On peut les tolérer et exprimer sa réprobation en disant toute l'horreur qu'ils inspirent. La loi ne les interdit pas: mais ce n'est pas pour cela qu'ils doivent devenir une norme.

Si ne pas porter de voile, si porter une jupe courte, si porter un maillot deux-pièces, si s'attabler seule à la terrasse d'un café, si tout cela devient pour certaines femmes un acte d'héroïsme social, c'est qu'on a déjà accepté que cela le devienne pour toutes, c'est qu'on a déjà accepté de ne pas faire attention aux signaux envoyés par un totalitarisme féroce: c'est l'inverse qui devrait être «normal».

Burkini: Die Freiheit der Andersbekleideten

Ein französisches Gericht hat das Burkiniverbot aufgehoben. Richtig, findet unser Autor. Das Abendland braucht keine Kleidervorschriften, wenn es baden geht.

Von **Raoul Löbbert**

25. August 2016, 13:08 Uhr Aktualisiert am 26. August 2016, 16:22 Uhr [Erschienen in Christ & Welt](#) [417 Kommentare](#)



Eine Frau in einem Burkini schwimmt im Meer bei Marseille. © Reuters

Erst wer sich verhüllt (und sei es nur mit T-Shirt und Shorts) in die textilfreie Zone irgendeines deutschen Ostseebads wagt, weiß, wie sich die Tyrannei der Intimität am eigenen Leib anfühlt. Der spürt, wie sich beim Stapfen durch die Kolonie der glatten und glänzenden Wohlstandsbäuche misstrauische Blicke in den bedeckten Rücken bohren: Was macht der hier? Warum liegt der nicht? Warum ist der nicht nackt? Ist der krank? Ein Sittenstrolch? Will der sich etwa sattsehen an der Blöße der anderen, ohne sich selbst zu entblößen? Ist der etwa – Himmel hilf! – prüde? Und wenn ja, warum tut keiner etwas? Der verdirbt uns noch die Kinder!

Die Älteren werden sich erinnern: Es gab eine Zeit, da bedeutete es noch etwas, nackt zu sein in Deutschland. Da war jeder Quadratzentimeter Haut, der der Sonne entgegengestreckt wurde, eine Störung der öffentlichen Ordnung. Da hieß wahre Freiheit, sich frei zu machen. So wie in der DDR. Da feierte das Individuum regelmäßig seinen kleinen Sieg über das System, indem es sich am Badesee die Blöße gab. Da ging sogar die stramm sozialistische Anna Seghers oben ohne ins Wasser – und ließ sich nicht mal vom notorisch hochgeschlossenen Johannes R. Becher irritieren, der am Ufer stand und schimpfte: "Schämen Sie sich nicht, Sie alte Sau?" Rückblickend kann man sagen: Es war keine freie Zeit. Es war keine gute Zeit. Genau deshalb war es so wichtig, sich auszuziehen am Strand.

Wie anders heute! An jeder Küste von Rügen bis Rhodos dieselbe ölige, glitschig-braune Konformität der Körper, die sagt: "Ich bin nackt! Du siehst es! Also sind wir!" Wer nicht nackt ist, verstößt zwangsläufig gegen das totale Transparenzgebot, das Louis Réard, der Erfinder des Bikinis, bereits vor 70 Jahren verbindlich fürs moderne Abendland formuliert hat: "Der Bikini ist so klein, dass er alles über die Trägerin enthüllt bis auf den Geburtsnamen ihrer Mutter." Wer gegen dieses Transparenzgebot verstößt, egal ob Männlein oder Weiblein (denn Männer sind meist noch weniger angezogen am Strand und quellen zudem gerne undekoratив über ihre Badehosen), der hat möglicherweise etwas zu verstecken, der stört, der muss weg.

Die Bilder des Sittenpolizeieinsatzes in Nizza gingen um die Welt

So wurde die Freikörperkultur der Vergangenheit zur Unfreikörperkultur der Gegenwart. In Nizza musste sich die Trägerin eines Burkinis unter Polizeiaufsicht entkleiden. Die Bilder des Sittenpolizeieinsatzes gingen um die Welt. Seit den islamistischen Terroranschlägen der vergangenen

Monate fordern immer mehr Franzosen, religiöses Textil am Strand zu verbieten. Mehr als 30 französische Gemeinden haben den Burkini deshalb bereits aus der Öffentlichkeit verbannt.

Nun hat das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs entschieden, dass ein Burkiniverbot nicht rechtens ist. Es verstöße gegen fundamentale Freiheitsrechte seiner Trägerin. Das Urteil wurde zwar zu einem Erlass der Gemeinde Villeneuve-Loubet gefällt, es gilt aber als Präzedenzfall für die anderen Küstenorte, die muslimischen Frauen den umstrittenen Stoff am Strand verbieten wollten.

Die offizielle Begründung für das Verbot lautete folgendermaßen: "Eine Strandbekleidung, die offensiv eine Religionszugehörigkeit zeigt, während Frankreich und seine religiösen Stätten aktuelle Ziele terroristischer Anschläge sind, birgt das Risiko, öffentliches Ärgernis zu erwecken." Zudem gelte der Burkini als textiler Ausdruck der Unterdrückung der Frau im Islam. Doch stimmt das überhaupt? Immerhin wurde der Burkini von einer australischen Designerin erfunden, damit muslimische Frauen so frei sind zu schwimmen, ohne befürchten zu müssen, von mehreren Schichten nasser Kleidung in die Tiefe gezogen zu werden. Konservative Prediger und Politiker in der muslimischen Welt würden den Burkini deshalb auch gerne verbieten. Die Bedeckung ist hier also eher Ausdruck einer neuen Freiheit als einer alten Unfreiheit im Islam.

Die katholische Kirche verteidigt den Burkini

Diese Fähigkeit, durch Verhüllung subversiv zu wirken, ist auch für die abendländische Entkleidungskultur eine Provokation. Gesteht der Burkini doch der Frau und dem Einzelnen das Recht zu, sich anzuziehen, selbst wenn die Gemeinschaft demonstrativ unbekleidet ist. Paradoxerweise macht genau diese Fähigkeit den Burkini anschlussfähig für eine Institution, die in Bekleidungsfragen nicht gerade als Hort der Subversion bekannt ist: die katholische Kirche. Gleich mehrere Bischöfe der Kurie und der italienischen Bischofskonferenz verteidigten in den vergangenen Tagen das Recht der muslimischen Frau, anders zu sein als die Wassernixe des Westens. Denn auch in Italien überlegt man, die allgemeine Freizügigkeit am Strand vor allzu viel Verhüllung zu schützen.

Natürlich ist es nicht überraschend, dass der Kirche die Freizügigkeit in welcher Form auch immer suspekt ist. Doch geht das Unbehagen der Bischöfe über den reinen Reflex hinaus. Er weist auf ein Paradoxon des abendländischen Strandbetriebs hin: Denn wie kann man die Unterdrückung der Badenden im Islam beklagen, wenn im italienischen Fernsehen regelmäßig und unhinterfragt vollbusige Bikinischönheiten in investigativen Strandreportagen auf und ab hüpfen? Wie kann man vorgeben, für Freiheit und Freizügigkeit zu sein, und gleichzeitig die Freiheit der Andersbekleideten, welcher Religion auch immer, nicht anerkennen? Wie kann man als Feministin für westliche Frauenrechte streiten und den Bikini gestern als Garnierung zur Fleischschau verdammen und ihn sich heute im Kampf der Kulturen als Freiheitssymbol auf den Schild malen?

Es geht gar nicht. Und es geht doch. Denn es geschieht ja. An jedem Strand, an jedem sonnigen Augusttag an den Küsten Europas. So ist das mit der Mode in der freien Welt: Sie ist sich selbst Sinn und Zweck. Ihr Wesen ist das Gefallen. Im Gefallen ist sie brutal, aber ehrlich. Wenn die Mode sagt: Hüpfende Bikinischönheiten gefallen, hüpfende Bäuche von Männern in den besten Jahren nicht, ist das hart, aber ehrlich. Wenn sie sagt: Der Stringtanga kleidet auch Feministinnen, stellt sie fest, aber wertet nicht.

Die Mode fragt nicht nach Freiheit, auch wenn sie von ihr abhängt. Genauso wenig wie die Freiheit nach der Mode fragt. Sie muss es nicht. Denn man muss nicht schön, schlank oder braun sein, um frei zu sein. Manchmal reicht es, den Mut zu haben, sich anzuziehen und die Blicke zu ertragen, während man erhobenen Hauptes durch die Reihen der Nackten und der Roten geht. Davon geht das Abendland nicht unter. Davon bekommt man nicht mal Sonnenbrand.

http://www.nytimes.com/2016/08/27/world/middleeast/syria-civil-war-why-get-worse.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=photo-spot-region®ion=top-news&WT.nav=top-news&_r=0

146,146

Syria's Paradox: Why the War Only Ever Seems to Get Worse

Experts on civil wars say there are several reasons Syria is “a really, really tough case” that defies historical parallels.

The Interpreter By MAX FISHER AUG. 26, 2016 WASHINGTON —

There is a basic fact about Syria's civil war that never seems to change: it frustrates any attempt at resolution. Despite many offensives, peace conferences and foreign interventions, including this week's Turkish incursion into a border town, the only needle that ever seems to move is the one measuring the suffering of Syrians — which only worsens. Academic research on civil wars, taken together, reveals why. The average such conflict now lasts about a decade, twice as long as Syria's so far. But there are a handful of factors that can make them longer, more violent and harder to stop. Virtually all are present in Syria. Many stem from foreign interventions that were intended to end the war but have instead entrenched it in a stalemate where violence is self-reinforcing and the normal avenues for peace are all closed. The fact that the underlying battle is multiparty rather than twosided also works against resolution. When asked what other conflicts through history had similar dynamics, Barbara F. Walter, a University of San Diego professor and leading expert on civil wars, paused, considered a few possibilities, then gave up. There was none. “This is a really, really tough case,” she said.

1. A conflict immune to exhaustion

A conflict immune to exhaustion Most civil wars end when one side loses. Either it is defeated militarily, or it exhausts its weapons or loses popular support and has to give up. About a quarter of civil wars end in a peace deal, often because both sides are exhausted. That might have happened in Syria: the core combatants — the government and the insurgents who began fighting it in 2011 — are both quite weak and, on their own, cannot sustain the fight for long. But they are not on their own. Each side is backed by foreign powers — including the United States, Russia, Iran, Saudi Arabia and now Turkey — whose interventions have made Syria an ecosystem with no entropy. In other words, the forces that would normally impede the conflict's inertia are absent, allowing it to continue far longer than it otherwise would. Government and rebel forces are supplied from abroad, which means their arms never run out. They also both draw political support from foreign governments who do not feel the war's costs firsthand, rather than from locals who might otherwise push for peace to end their pain. These material and human costs are easy for the far richer foreign powers to bear. This is why, according to James D. Fearon, a Stanford professor who studies civil wars, multiple studies have found that “if you have outside intervention on both sides, duration is significantly greater.” The ground battles also include Kurdish militias, who have some foreign backing, and the Islamic State, which does not. But pro-government and opposition forces are focused on one another, making them and their sponsors the war's central dynamic.

2. No one can lose, no one can win

Foreign sponsors do not just remove mechanisms for peace. They introduce self-reinforcing mechanisms for ever-intensifying stalemate. Whenever one side loses ground its foreign backers increase their involvement, sending supplies or air support to prevent their favored player's defeat. Then that side begins winning, which tends to prompt the other's foreign backers to up their ante as well. Each escalation is a bit stronger than what came before, accelerating the killing without ever changing the war's fundamental balance. This has been Syria's story almost since the beginning. In late 2012, as Syria's military suffered defeats, Iran intervened on its

behalf. By early 2013, government forces rebounded, so wealthy Gulf states flooded support to the rebels. Several rounds later, the United States and Russia have joined the fray. These foreign powers are strong enough to match virtually any escalation. None can force an outright victory because the other side can always counter, so the cycle only continues. Even natural fluctuations in the battle lines can trigger another round. Over the last year, for example, the United States has supported Syrian Kurds against the Islamic State. As the Kurds grew strong, this alarmed Turkey, which is fighting its own Kurdish insurgency. This week, Turkey intervened to seize the Syrian town of Jarabulus, backed by the United States, in part to prevent Kurds from taking it first. (The United States backed this effort, too, in case the alliances weren't complicated enough already.) "We tend to think this is as bad as it can get," Professor Walter said. "Well, no, it could get a lot worse."

3. War's structure encourages atrocities

Syria has seen repeated mass, indiscriminate killings of civilians, on all sides. This is not driven just by malice, but by something more powerful: structural incentives. In most civil wars, the fighting forces depend on popular support to succeed. This "human terrain," as counterinsurgency experts call it, provides all sides with an incentive to protect civilians and minimize atrocities, and has often proved decisive. Wars like Syria's, in which the government and opposition rely heavily on foreign support, encourage the precise opposite behavior, according to research by Reed M. Wood, Jacob D. Kathman and Stephen E. Gent, political scientists at respectively, Arizona State University; the State University of New York at Buffalo; and the University of North Carolina. Because Syria's combatants rely on foreign sponsors, rather than the local population, they have little incentive to protect civilians. In fact, this dynamic turns the local population into a potential threat rather than a necessary resource. The incentives push them to "utilize collective violence and terror to shape the behaviors of the population," the researchers found. The images we see of dead mothers and children may not represent helpless bystanders but deliberate targets, killed not out of madness or cruelty but coldly rational calculation. Severe, indiscriminate attacks on civilians bring little nearterm risks and substantial benefits: disrupting the enemy's control or local support, pacifying potential threats, plundering resources and others. Progovernment forces have conducted by far the most attacks against civilians, but opposition fighters have led some as well. Among the insurgents, individual groups that refuse to attack civilians end up at a disadvantage compared with the groups that will.

4. Fear of defeat entrenches a terrible status quo

Stalemate is also driven by uncertainty. No one is sure what a postwar Syria would look like or how to get there, but everyone can imagine a worse situation. This creates a status quo bias, in which combatants are more worried about preserving what they have than risking it to pursue their broader goals. As Professor Fearon of Stanford put it: "It's more important to stop the other side from winning than it is to win yourself." Each foreign power understands it cannot win, but earnestly fears that a victory by the other side would be unbearable. Saudi Arabia and Iran, for example, see Syria as a battleground in their regional power struggle, the loss of which they believe could endanger their own regimes. Even if Syria's war hurts everyone in the long-term, guaranteeing more extremism and instability, shortterm fears of defeat pull everyone toward maintaining a perpetual, unwinnable draw. This is exacerbated by the decisionmaking dynamics of loose coalitions.

Each side consists of several actors with wildly different agendas and priorities. Often, all they can agree on is that they wish to avoid defeat. It is strategy by least common denominator. There is reason to believe that Russia, for example, would like President Bashar al-Assad of Syria to step down, or at least make some concessions for peace. But Russia can't force him to act, nor can it simply quit Syria without abandoning its interests there. Mr. Assad, meanwhile, might want a fuller Russian intervention that brings him victory, something Moscow is unwilling to provide. The result: Mr. Assad stays in place, and Russia intervenes only enough to keep him there for now.

5. Syrian parties are built to fight, not to win

The Syrian government and the insurgents fighting it are internally weak in ways that lead them to prefer a stalemate, no matter how terrible, over almost any viable outcome. Syria's top leaders mostly belong to the Alawite religious minority, which makes up a small share of the country's population but a disproportionate share of security forces. After years of war along demographic lines, Alawites fear they could face genocide if Mr. Assad does not secure a total victory. But such a victory appears extremely unlikely, in part because the Alawites' minority status gives them too little support to restore order with anything but violence. So Syria's leaders believe that stalemate is the best way to preserve Alawite safety today, even if that increases risks for their longterm future. Syria's opposition is weak in a different way. It is fractured among many groups, another factor that tends to prolong civil wars and make them less likely to end peacefully. A study of every United Nations peacemaking effort since 1945 found that it succeeded in resolving twothirds of twosided civil wars, but only onequarter of multisided ones. Syria's battlefield is a complex polygon, with an array of Syrian rebel groups that include moderates and Islamists; affiliates of Al Qaeda and the Islamic State; Syrian forces and outsiders like the Lebanese Shiite militia Hezbollah; and foreign fighters who join in the name of jihad. Each of these factions has its own aims, which narrow the terms of any possible peace deal. Each also has an incentive to compete with other groups for resources during the war, and for concessions afterward. This is why multisided oppositions tend to fail. Even if they overthrow the government, they often end up in a second war among themselves.

6. The dangers of victory

The only certain way to break the logjam is for one side to surge beyond what the other can match. Because Syria has sucked in two of the world's leading military powers, Russia and the United States, that bar could likely only be cleared by a fullscale invasion. In the best case, this would require something akin to the yearslong American occupations of Iraq or Afghanistan. In the worst, invading a war zone where so many foreign adversaries are active could ignite a major regional war. Another way that such wars can end is that one foreign backer changes its foreign policy and decides to withdraw. This allows the other side to quickly win. But in Syria, because each side is backed by multiple foreign powers, every sponsor on one side would have to drop their support at the same time.

7. An obstacle to peace: no peacekeepers

Peace deals often succeed or fail on the question of who will control military and security forces. In Syria, this may be a question without an answer. It's not an issue of greed, but of trust. After a war as brutal as Syria's, in which more than 400,000 people have been killed so far, the combatants reasonably fear they will be massacred if the other secures too much power. But a deal that would give the parties equal military power creates a high risk of relapse into war. So does allowing rebels to keep their arms and independence — a lesson the world learned in Libya. At the same time, there has to be some sort of armed force to restore security and clean up any remaining warlords or militias. Often, the solution has been for an outside country or organization, such as the United Nations, to send peacekeepers. These forces keep everyone in check during the country's transition to peace and provide basic security in a way that won't spur either side to rearm. But what country would volunteer its citizens to indefinitely occupy Syria, particularly with the cautionary tale of America's experience in Iraq? Any foreign force would make itself a target for jihadist terrorists, and likely face a yearslong insurgency that could cost it hundreds or thousands of lives.

8. A drift into disaster

Professor Fearon, listing the ways that Syria's war cannot end, said that in the best case, one side would slowly grind out a faroff victory that would merely downgrade the war into "a somewhat lowerlevel insurgency, terrorist attacks, and so on." The worst case is significantly worse. According to a 2015 paper by Professor Walter and Kenneth M. Pollack, a Middle East expert, "Outright military victory in a civil war often comes at

the price of horrific (even genocidal) levels of violence against the defeated, including their civilian populations.” This could bring entirely new conflicts to the Middle East, they found: “Victorious groups in a civil war sometimes also try to employ their newfound strength against neighboring states, resulting in interstate wars.” This is not a drift that anyone wants, but it is the direction that Syria’s many domestic and foreign participants are pulling the country, whose darkest days may still be ahead.

146,150

République « gagnante » ou « soumission » : gauche et droite se déchirent sur la suspension de l'arrêté « anti-burkini »

LE MONDE | 26.08.2016 à 16h36 • Mis à jour le 26.08.2016 à 20h35

Réagir Ajouter

Partager (1 227) [Twitter](#)



Un panneau rapportant l'arrêté « anti-burkini » de la mairie de Nice, le 19 août. JEAN CHRISTOPHE MAGNET / AFP

Plusieurs députés socialistes se sont réjouis de la décision du Conseil d'Etat, vendredi 26 août, [de suspendre l'arrêté « anti-burkini » de Villeneuve-Loubet](#) (Alpes-Maritimes). Une partie de la droite et l'extrême droite appellent quant à elles à légiférer à l'échelle nationale pour soutenir l'interdiction prononcée par une trentaine de maires.

Plusieurs personnalités de gauche ont exprimé leur satisfaction. « *La République a gagné* », a tweeté Mathieu Hanotin, député socialiste de la Seine-Saint-Denis. « *Le Conseil d'Etat dans son rôle. Loin de l'hystérie et de la politocailerie* », a renchéri Arnaud Leroy, député de la 5^e circonscription des Français hors de France.

Benoît Hamon, candidat à la primaire du PS, interrogé par *Le Monde*, dit « *se réjouir de la décision du Conseil d'Etat* », qu'il considère comme « *un désaveu vis-à-vis de la position exprimée par Manuel Valls* ». Le premier ministre avait dit « *comprendre* » et « *soutenir* » les maires. « *Je suis frappé que le premier ministre ait ignoré que les arrêtés anti-burkini portent une atteinte grave et manifestement illégale, comme l'a rappelé le Conseil d'Etat, aux libertés fondamentales que sont la liberté d'aller et venir, la liberté de conscience et la liberté personnelle* », a ajouté le député socialiste des Yvelines.

Pour Pierre Laurent, secrétaire national du PCF, le Conseil d'Etat a pris « *une sage décision* » qui « *vient mettre un terme, espérons-le définitif, à une polémique qui n'a qu'un seul but : stigmatiser une partie de la population au prétexte de sa religion* ».

En porte-à-faux, Manuel Valls persiste à dénoncer le burkini

Le premier ministre, qui a soutenu la décision des maires contre les vêtements religieux à la plage en refusant toutefois d'envisager de légiférer, [s'est exprimé vendredi soir via un message posté sur sa page Facebook](#). Il a clairement affirmé qu'il continuerait à dénoncer le burkini. « *Cette ordonnance du Conseil d'Etat n'épuise pas le débat* », écrit-il, évoquant un débat « *de fond* », de l'ordre de celui sur le port de signes religieux en 2004 et sur le voile intégral en 2010. Le premier ministre a condamné fermement l'usage de la tenue de bain couvrante à la plage, dénonçant ce vêtement comme « *symbole d'un islamisme mortifère, rétrograde* ».

La droite et le FN veulent légiférer

Du côté du parti Les Républicains, l'heure n'est pas à la satisfaction. « *Ce n'est pas le Conseil d'Etat qui gouverne et qui fait la loi en France. Les islamistes veulent faire reculer la République ; c'est la République qui doit faire reculer les islamistes* », a déclaré Guillaume Larrivé, député de l'Yonne et porte-parole du parti. Il annonce préparer avec Eric Ciotti, député des Alpes-Maritimes et futur porte-parole de la campagne de Nicolas Sarkozy, « *une proposition de loi pour sécuriser les décisions des maires interdisant le burkini* », qui sera présentée à l'Assemblée nationale en septembre.

[Sur Twitter, Christian Estrosi a également diffusé une lettre](#) adressée au premier ministre dans laquelle il lui demande de « *prendre des mesures législatives pour lutter contre le burkini* ».

« Vêtement d'apartheid »

Le Front national s'est dit, lui, outré par cette décision. « *Le Conseil d'Etat a fait le choix de la soumission face aux pressions islamistes. Une décision consternante. Au peuple de reprendre la main* », a réagi le secrétaire général du parti d'extrême droite, Nicolas Bay. « *Le Conseil d'Etat, otage du juge socialiste Stirn, recule face au communautarisme* », s'est exclamé de son côté le maire d'Hénin-Beaumont, Steeve Briois.

Et la formation lepéniste de réclamer, elle aussi, la rédaction d'une loi. « *Face à la faiblesse du Conseil d'Etat, au législateur maintenant d'être responsable et d'interdire ce vêtement d'apartheid !* », a réclamé le vice-président du FN, Florian Philippot. Le parti présidé par Marine Le Pen milite pour l'interdiction de tout signe religieux ostentatoire dans l'espace public.

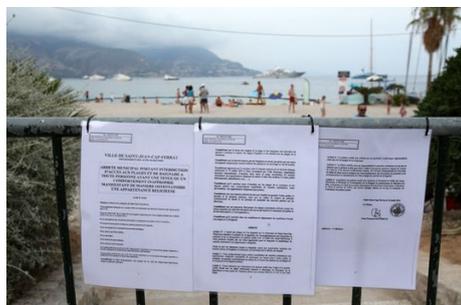
« *La tenue du burkini est incompatible avec nos mœurs*, a également réagi Nicolas Dupont-Aignan, président du parti souverainiste Debout la France. *Ce n'est pas seulement sur les plages de Cannes et de Villeneuve-Loubet mais sur l'ensemble du littoral et du territoire que le port du "burkini" comme celui de la burka doit être proscrit.*

146,152

Le « burkini » de la discoorde

LE MONDE | 20.08.2016 à 10h59 • Mis à jour le 20.08.2016 à 11h51

Réagir Ajouter



Editorial du « Monde ». La France est décidément un pays remarquable. Jusqu'à l'absurde. Capable de s'enflammer, au plus creux de l'été, une de ces polémiques fiévreuses dont elle a le secret. La « guerre » du « burkini » qui fait rage depuis quelques jours dans les cités balnéaires de la Méditerranée en offre une nouvelle démonstration. Pour qui y aurait miraculeusement échappé, précisons que le burkini – crase pour le moins paradoxale du « bikini » qui dénude la femme et de la « burqa » qui la cache intégralement – est une tenue de bain qui couvre le corps et la tête des quelques musulmanes qui la portent, soit l'équivalent, à la plage, du hidjab à la ville.

Depuis que le maire de Cannes a interdit, le 27 juillet, le port de cette tenue, les arrêtés municipaux se sont multipliés. Le burkini est désormais proscrit (en général jusqu'à la fin de la saison estivale) dans une douzaine de communes des Alpes-Maritimes, dont Nice, Menton, Cannes, Villeneuve-Loubet..., et cinq du Var, dont Fréjus, Sainte-Maxime ou Le Lavandou. Sans oublier Le Touquet, dans le Pas-de-Calais ou Sisco, en Haute-Corse, où l'on a fait, à tort, du burkini la cause d'une rixe récente.

Le débat fait donc rage. Les maires qui ont pris ces arrêtés invoquent principalement deux motifs étroitement liés : le trouble à l'ordre public que provoquerait – ou pourrait provoquer – cette tenue, considérée comme un vêtement religieux ostentatoire, et le respect du principe de laïcité. Leurs détracteurs, notamment la Ligue des droits de l'homme et le Collectif contre l'islamophobie en France, estiment au contraire que la laïcité ne s'impose pas aux individus dans l'espace public (sauf pour le port du voile intégral, interdit par la loi) et que ces interdictions constituent donc une atteinte à des libertés fondamentales, notamment celle de se vêtir à sa guise.

On verra ce que la justice en dit. Sans attendre, les responsables politiques se sont précipités dans la controverse. Le 17 août, dans un entretien à *La Provence*, le premier ministre a dit « *comprendre les maires qui, dans un moment de tension, ont le réflexe de chercher des solutions, d'éviter des troubles à l'ordre public* ». Et Manuel Valls ajoutait que « *le burkini n'est pas une mode. C'est la traduction d'un projet politique, de contre-société, fondé sur l'asservissement de la femme* ».

Beaucoup à droite (François Baroin, François Fillon, Christian Estrosi, Valérie Pécresse...) lui ont emboîté le pas, ainsi que la présidente du Front national, Marine Le Pen.

Symptôme

Le burkini mérite-t-il un tel émoi ? On ne le pense pas. Mais cette affaire est, hélas, révélatrice des tensions qui minent la société française, traumatisée par les attentats djihadistes qui la frappent depuis deux ans.

Elle est le symptôme d'une société assez troublée par l'islam pour être tentée d'adopter à l'égard des musulmans des réglementations spécifiques, voire discriminatoires : aujourd'hui le burkini, demain, si l'on suit quelques ténors de la droite, l'interdiction du voile à l'université ou le refus des menus de substitution dans les cantines scolaires.

Mais la polémique est également le symptôme d'une communauté musulmane qui, du moins dans sa composante radicale, refuse d'admettre le caractère ostensible, voire ostentatoire, que constitue une tenue comme le burkini, et n'y voit qu'une preuve d'ostracisme. C'est de ces crispations réciproques qu'il faut à tout prix sortir.

146,154



146,155

La polémique française sur le burkini fascine à l'étranger

Publiée 26/08/2016 à 18:57

Au-delà des frontières, l'affaire fait les gros titres. Entre fascination, indignation et incompréhension.

Vendredi, 15h. Le Conseil d'État a décidé de suspendre un arrêté anti-burkini pris le 5 août dans la commune de Villeneuve-Loubet dans les Alpes-Maritimes. Sur les smart-phones, les notifications des médias français tombent les unes après les autres. Mais les sites étrangers sont également sur le coup. On a ainsi reçu des alertes du quotidien britannique *The Guardian* ou des chaînes américaines Fox News et CNN. En début de semaine, le journal américain *New York Times* a publié un long article sur la question. Depuis début août, le sujet fascine et suscite les interrogations bien au-delà des frontières de l'hexagone.

Après la décision du Conseil d'État, le quotidien britannique *The Guardian* estime que «la plage est devenue un champ de bataille idéologique, conséquence des tensions après l'attaque terroriste du 14 juillet.» Pour la journaliste Rachel Woodlock du même journal, «le burkini est un exemple de la façon dont les musulmans évoluent et s'adaptent aux sociétés occidentales. Il ne s'agit pas d'une provocation. (...) Il ne s'agit pas de femmes cachées et piégées. Mais je suppose que les hommes politiques français savent déjà cela».

Aux États-Unis, la journaliste Romaisaa Benzinoune se montre plus ironique, en publiant au *New York Times* un article titré «À la plage avec mon burkini». Elle déplore notamment «l'incompréhension» autour de ce vêtement de bain islamique. Même ton pour le journal italien *Il Fatto Quotidiano*: «Manuel Valls a décidé d'ériger sur les serviettes de plage une ligne Maginot pour repousser l'assaut des djihadistes en uniforme burkini.»

En Espagne, un journaliste d'El Mundo se questionne ; «Sommes-nous vraiment libres alors que nous sommes des millions à répéter les mêmes rites? Les femmes, soumises à toutes sortes de diktats esthétiques, sont-elles vraiment plus libres en portant un bikini qu'un burkini?»

Le maire de Londres Sadiq Khan, en visite à Paris jeudi, a affirmé que «personne ne devrait dicter aux femmes ce qu'elles doivent porter». Le directeur Europe d'Amnesty International John Dalhuisen est également monté au créneau. «Ces interdictions ne contribuent en rien à renforcer la sécurité publique, mais font beaucoup pour favoriser une humiliation publique. Leur application entraîne des violences et un traitement dégradant pour les femmes et les filles musulmanes», dit-il.

Incompréhension

La publication mardi de photos d'une femme contrôlée par quatre policiers municipaux à Nice alors qu'elle ne portait qu'un simple voile n'a fait que renforcer l'incompréhension à l'étranger. «C'est ça, la laïcité? Des hommes en armes qui forcent des femmes à se déshabiller?», tentait le journal belge *Le Soir*, jeudi. Le *New York Times* en a même fait sa une, évoquant une «humiliation publique». La presse allemande a quant à elle mentionné une «guerre de religions». La journaliste musulmane et voilée Suhaiymah Manzoor-Khan, pour le quotidien *The Independent*, ne s'est pas montrée tendre. «Cher Blancs de France: être forcée de me déshabiller n'était pas vraiment la libération à laquelle j'aspirais». Dans son édito de mercredi, *The Guardian* évoquait déjà des images «grotesques, tristes, soulignant l'inadéquation profonde entre les idéaux affichés et leurs conséquences (...) Difficile de savoir quelles valeurs la France défend.» En Russie, une journaliste du tabloïd *Moskovski Komsomolets* a même décidé de revêtir le burkini pour voir les réactions des passants dans la rue.

146,156

The Economist explains

Why the French keep trying to ban Islamic body wear

Aug 23rd 2016, 23:29 BY S.P.



LIFEGUARDS in Australia wear them. A mainstream British retailer sells a fashion version of them on the high street. But the “burkini”, a body-covering swimsuit (named with the portmanteau of “burqa” and “bikini”), has been banned this summer by the mayor of Cannes from his stretch of Mediterranean beach, as well as by a dozen other mayors of French seaside towns. In countries with a tradition of liberal multiculturalism, such a ban is greeted by incomprehension, if not ridicule. Within France, however, it enjoys widespread political backing, not just from the far-right National Front but also from the mainstream right and left. Manuel Valls, the Socialist prime minister, has argued that the burkini is “not a fashion item”, but represents the “enslavement of women”. Why are the French so offended by Islamic body covering?

The government’s defence of the burkini ban rests on worries about religious tension and public order after recent terrorist attacks, coupled with two underlying principles. The first is *laïcité*, a strict form of secularism enshrined by law in 1905 after a struggle against authoritarian Catholicism. This principle is supposed to keep religion out of public life, and has been the basis of previous French bans: on the headscarf (and other “conspicuous” religious symbols, including the Jewish kippah and oversized crucifixes) in state schools (in 2004), and the face-covering *niqab* in all public places (in 2010). The other principle is women’s equality. It may appear bizarre, or frivolous, to argue that women should bare more flesh. But many on the French left in particular regard the need to protect women from a male-imposed doctrine as being at stake—and are willing to put it even before liberty, another founding value of republican France. The logic of the burkini, says Laurence Rossignol, the Socialist women’s minister, is to “hide women’s bodies in order better to control them”.

Over the years, such efforts have long been met with dismay, if not derision, outside France. When the French began to debate a ban on the burqa in 2009, for instance, Barack Obama declared in Cairo that Western countries should avoid “dictating what clothes a Muslim woman should wear” under “the pretence of liberalism”. Some civil-liberties groups within France have tried—but so far failed—to get the burkini ban overturned in the courts. Yet French governments bristle at the notion that their various attempts to defend *laïcité* amount to intolerance or an infringement of the freedom of expression. They may note that in 2014 the European Court of Human Rights upheld France’s burqa ban. What outsiders fail to understand, the French argue, is that such body wear is not just a casual choice but part of an attempt by political Islamism to win recruits and test the resilience of the French republic. Mr Valls dismisses as naive those who see it as being no different than a wetsuit. The burkini, he says, is part of a “political project”, and complacency plays into the hands of Islamists.

The difficulty is that, after a series of deadly terrorist attacks over the past 18 months, France is in a state of heightened tension. Perceived provocations on both sides are amplified. It is not just civil-liberty activists who consider the mayors’ ban excessive, or stigmatising. Some French scholars of Islam, such as Olivier Roy, consider it “absurd” to conflate the burkini with hard-line Islamism, not least because the latter would not permit women to bathe publicly in the first place. Politicians, though, are unlikely to cede ground. The nature of French identity is likely to feature prominently in next year’s presidential election. Some contenders, such as Nicolas Sarkozy, a centre-right former president, argue that the Muslim veil should be banned on the campuses of state universities. France looks set to defend, if not tighten, its strict approach to head-covering.

146,157

August 21, 2016 5:20 pm

Covering up divisions will not help French society to heal

Delphine Strauss

France needs an honest discussion of what secularism means, writes Delphine Strauss



It would be hard to find swimwear skimpy enough to cause offence on the French Riviera. It turns out that people are more easily shocked by the idea of covering up.

With emotions still running high after the attacks on Bastille Day crowds in Nice and on a Normandy church, the [mayor of Cannes instituted a ban](#) on swimming at the city's beaches in dress that could be held incompatible with morality, secularism, hygiene or safety — as well as anyone wading in fully clothed. No one was in any doubt of what he had in mind: the full-length, hooded two-piece for Muslim women, known as the burkini. Other local mayors followed suit, sparking fierce debate and legal challenges that have yet to be resolved by France's supreme court.

The controversy may seem frivolous but it encapsulates the difficulties French society is grappling with as it confronts the threat of jihadism. In a country that bans the veil from schools and the full-face version from public spaces, there is a widespread discomfort with visible expressions of faith. But this should not lead people to conflate strong religious conviction with violent extremism.

It can be hard for those outside [France](#) to see the subversive side of a swimsuit. There is no consensus on the issue within France, or among French Muslims. But dislike of the burkini crosses party lines. Jean-François Copé, a rightwing politician seeking to run for the presidency, whipped up opposition to a private burkini event (later cancelled) with the cry: "No to Salafist holidays!" Manuel Valls, socialist prime minister, has denounced the burkini as the instrument of an "archaic" concept of Islam, and of "a political project founded on the enslavement of women".

Whatever one thinks of the burkini, it is hard to see any way in which legislating against it could be helpful.

Feminist arguments are unlikely to cut much ice with young Muslim women who have no doubt of their own autonomy and choose to cover up. And for anyone who is indeed subject to family or cultural pressure, the alternative could be staying at home.

Some mayors are merely engaging in gesture politics. But others are acting on genuine concerns about disorder. There has been a [brawl on a beach](#) in Corsica between Muslim families and other locals, followed by a more serious disturbance.

Flaunting one's Muslim identity is a provocation in the current climate, the argument runs (this is a view shared by some Muslims, wary of inviting racist aggression). But this is the logic that blames victims of sexual assault for wearing provocative clothing. If there is a danger of such a reaction, politicians should not be legitimising it.

Rather than invoking the secular constitution and lashing out at symbols of Muslim identity, France needs an honest discussion of what secularism means and whether it is preventing some Muslims finding their place within French society. Laïcité is not a static concept. Attitudes [have hardened](#) in recent years, with a majority advocating not just separation of church and state, but the avoidance of religious display in all public spaces.

First-generation immigrants often acquiesced in such "discretion" as the price of acceptance in French society. But for younger Muslims, especially those angry at discrimination, religion is increasingly a badge of identity.

So when Jean-Pierre Chevènement, a senior socialist politician likely to head the new Foundation for French Islam — intended to aid integration — [said this week](#) that Muslims would do well to show discretion, social media offered a swift and [sarcastic response](#). Some suggested passing off a headscarf as a way to avoid frizzy hair; others posted Harry Potter donning an invisibility cloak.

Some may still be able to laugh it off, but the message many young Muslims draw from the polemic over burkinis is that the French state would prefer them to be invisible.

Burkini

Das Burkini-Verbot ist grassierender Irrsinn

Es ist gut, dass Frankreichs oberstes Gericht es gestoppt hat. Denn der Bann beleidigt im Grunde alle Franzosen.

Kommentar von Christian Wernicke

Gegen das Geschrei über den drohenden Zerfall Frankreichs, wider das Gezeter über den vermeintlichen Untergang des Abendlandes hat sich die Stimme der Vernunft durchgesetzt: [Frankreichs Staatsrat untersagt](#) den Bürgermeistern im Land, den Burkini pauschal zu verbieten.

Ein Burkini-Bann, so mahnen die Richter, sei eine erhebliche Einschränkung der persönlichen Freiheit. Solche Eingriffe seien zwar erlaubt - aber nur, wenn konkrete Gefahr drohe. Der bloße Verweis auf eine vergiftete Stimmung genüge da nicht.

Das Burkini-Verbot beleidigt alle Franzosen

Recht so. Hätte das Gericht anders entschieden, wäre Frankreich auf eine schiefe Bahn geraten: Wer den Burkini am Strand untersagt, der ächtet demnächst ebenso Kopftücher auf der Straße. Und dann Kippas oder Mönchskutten. Die Burkini-Verbote sind nicht nur ein Affront für Frankreichs Muslime. Sie beleidigen im Grunde alle Franzosen. Die Politiker unterstellen, ihr Volk sei seit dem blutigen 14. Juli so verhetzt und ja: so rassistisch, dass es jederzeit losschlagen könne gegen Frauen mit Kopftüchern oder Elaste-Kapuze am Strand.

Frankreichs Richter haben mehr Vertrauen in ihr Volk als die Politiker. Nur Vorsicht, die laizistischen Eiferer machen weiter. Marine Le Pen, Frankreichs Chef-Populistin, wie auch Nicolas Sarkozy, ihr eilfertiger Kopist, wollen den Burkini nun per Gesetz verbannen. Es wird wohl bis zum nächsten Sommer dauern, ehe diese Kreuzritter zur Vernunft kommen. Dann sind die Wahlen vorbei.

146,159

Islamic education in Europe

Faith of our fathers

Fearing extremism and lack of integration, European governments want more of the continent's imams to be home-grown

Aug 20th 2016 | HAMBURG AND NOTTINGHAM | [From the print edition](#)



FOR a snapshot of how Europeans, Muslim and non-Muslim, learn about Islam, visit the Centrum mosque near Hamburg railway station. A converted public bath, it is one of about 60 prayer spaces serving 200,000 Muslims in the city. This community's roots are in a Turkish Islamist movement, Milli Gorus (National Vision) which flourished among German Turks before propelling a pious government to power in Turkey, in 1996, for one turbulent year. On weekdays it bustles with people seeking solace, or reading matter in German, Arabic or Turkish. On Saturdays children take Koranic lessons.

Hundreds of non-Muslim adult Germans also file through this battered building: they are teachers taking courses in Islam. Ozlem Nas, a spokeswoman for the Schura, Hamburg's biggest mosque federation, explains: "They don't know what to do when, say, a Syrian pupil and a Chechen call each other bad Muslims."

For another picture of Islamic instruction, explore the redbrick streets of Nottingham in England's East Midlands. The Karimia Institute, a religious and cultural centre, is a hive of piety and learning. Nearly 1,500 children flock to after-school Koranic classes. These *madrassas* are respected, but there are some bad, brutal ones elsewhere in England and the government has vowed to reform this hitherto unregulated sector. As well as three mosques, the institute has a kindergarten and a private primary school (pictured above) where, in the words of Karimia's founder, Musharraf Hussain, children imbibe a "British Islamic" culture. The uniform is traditional (girls wear a body-covering *jilbab*) but the stress is on good interfaith relations and obeying British law. British royal events are celebrated keenly, but human links with Pakistan remain, thanks to satellite television and online learning (see [article](#)).

European governments fret over these fast-evolving combinations of local and imported influences. With so many Islamic teachers and clerics whose roots and ethos are far from western Europe, they fear for social cohesion; at worst they see fertile soil for terrorism, although the internet probably inspires more extremists than any mosque or school. They dream of a home-grown Islam that is less reliant on immigrants' countries of origin and sits well with democracy, led by teachers and administrators trained in national universities. In the background is wariness of Saudi Arabia, which sends few migrants or imams to Europe but finances mosques and literature reflecting its puritanical Salafi school of Islam. This is sometimes—though not always—a path to extremism.

One problem with "Europeanising" Islam is that home-grown need not mean emollient. Those Nottingham *madrassas* follow the relatively liberal Barelvi form of Islam, but that makes it harder to find British-schooled staff. The 50 teachers are mostly foreign-born. If they followed the stricter Deobandi school, they could hire graduates from more than 20 "seminaries" of that persuasion in Britain which boys can enter at 12 and stay in for a decade. But these copies of an Asian prototype, forged under the Raj, hardly foster integration.

As European countries tackle Islamic education, each confronts its own history and long-settled deals regarding the state's relationships with Christianity and Judaism. Belgium, for example, was created as a Catholic kingdom; it subsidises both worship and teaching. Islam now benefits from that; more than half its imams are paid by the state. In state schools in Brussels, most children study the religion of their heritage; half select Islam. (Next school year, a civics course for all will partly replace these lessons, but some confessional teaching will stay.) A Muslim body advising the government is now led by a well-connected Moroccan; Morocco is almost co-managing Belgian Islam.

Bringing it home

Religious education in the Netherlands is shaped by an old compromise between Protestants and Catholics, entitling small groups to found confessional schools. This has facilitated the creation of more than 40 Muslim primary schools. Demand is surging, says Haci Karacaer, a Milli Gorus veteran who runs one. But he struggles to find Muslim staff who are qualified to teach in Dutch, although several Dutch universities excel in Islamic studies. Nor do many imams preach in Dutch. Government pressure to use the national language has been counter-productive, he laments. This suggests a worrying disconnect between government, academia, clerics and Dutch-speaking youngsters.

At the other extreme is France, where the regime of *laïcité* (secularism) instituted in 1905 bars religion from state education. But last month the prime minister, Manuel Valls, proposed some changes after the grisly murder of a Catholic priest. France, he wrote, must become a centre of excellence in Islamic theology, and strategies must be found to replace foreign financing of mosques with national sources.

Under *laïcité*, state universities cannot have theology faculties, though they can offer related courses, say on Arab culture or religious sociology. Universities in Paris and Aix-en-Provence do that, as Mr Valls approvingly noted, and in Strasbourg (exempt from *laïcité* because it was not French in 1905) theology is allowed. With the will to give Islam a prestigious place in French higher education, there is certainly a way.

But that will not solve the problems faced by poor Muslim communities across Europe who can hardly pay imams anything, let alone a graduate salary. Their mosques seek practical solutions; whether that is foreign financing, or unsophisticated clerics from their homelands who will accept modest remuneration.

At least 70% of the 2,000-plus imams in France are foreign nationals. About two-thirds get no regular wage. Of the rest, 150 are paid by Turkey's government, 120 by Algeria's and 30 by Morocco's. France is co-operating more with these countries. Trainee imams from France now go to Morocco to attend a new Islamic seminary. A recent deal means that those in Algeria destined for France will study in both countries.

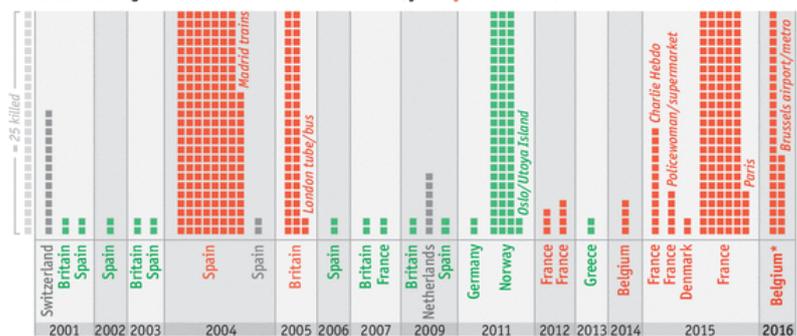
Germany's main source of imams is Turkey; it hosts 1,000 who are paid by the Turkish government, serving a third of its mosques. They enter on five-year visas under a deal with Ditib, the external arm of Turkey's religious-affairs directorate. But some Germans, including Turkish-descended ones, favour severing ties with Ditib, calling it a tool of Recep Tayyip Erdogan, Turkey's president. Since last month's failed putsch, Ditib has echoed him in blaming Fethullah Gulen, a preacher based in America. A network of Gulen-related schools, cultural centres and newspapers say they feel under threat from Ditib.

Fifteen years of terrorism

Main attacks in western Europe, September 11th 2001 - March 22nd 2016

Attacks causing two or more deaths □ = 1 killed

By: ■ jihadists ■ other ■ unknown affiliation



Attacks causing one death

Continued text: Austria 4; Belgium 1; Britain 16; France 6; Greece 5; Ireland 3; Italy 3; Netherlands 3; Spain 9; Sweden 4

Islam in Europe: perception and reality

Post-war German politicians never foresaw having to accommodate Islam within this framework. They viewed religion classes in schools, provided by Protestant and Catholic churches, as a bulwark against totalitarianism. Now German states, responsible for education under the federal system, are trying to fit Islam into the system. Their approaches vary. Schools in Berlin do not routinely teach religion, but a group close to Milli Gorus won a legal battle to offer Islamic education where parents want it. In 2012 Hamburg struck an accord with most Islamic bodies in the city, including Ditib, giving them a role in comparative-religion studies.

In several other states Ditib has in recent weeks been shunned. Three have gone slow on collaboration with the agency. This reaction risks creating a vacuum, says Jonathan Laurence, an American scholar of European Islam; instead the authorities should push Ditib's German operation to loosen ties with Ankara.

Ditib's departure would leave a gap. It discreetly backs another German project: fostering Islamic theology in higher education. Since 2010 the government has urged universities to help train future imams, teachers and chaplains. Places like Tübingen and Münster, famous for Christian scholarship, now offer Muslim studies.

Will Germany reap the desired harvest of home-grown scholars? Mohamed Taha Sabri, a Tunisian-born imam in Berlin, says Muslim communities may shun people who have studied Islam in liberal places under non-Muslims. Dietrich Reetz of Berlin's Free University retorts that they will easily find work, say in mosque administration. However few will be imams, because most are women.

The vision of great European universities, some founded as Christian seminaries, helping to distil and domesticate Islam has appeal. But they move slowly, and needs on the ground evolve fast. Intensive vocational courses for anyone in charge of children, and strict monitoring of foreign teachers and preachers, might be the best focus. Governments cannot micromanage faith but they can regulate it better.

From the print edition: [International](#)